



757.28  
Chef vom Dienst:  
+2 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex: 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
besetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 3. April 1989

Blatt 633

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Swoboda: Nationalparkprojekt darf nicht gefährdet werden! (634/FS: 1.4.)
- Führung: Die Wiener Synagoge (636)
- Montessori-Frühfördergruppe im Eltern-Kind-Zentrum (637)
- Enquete zur Weltausstellung 1995 (638)
- Neuer Primarius und neue Apothekenleiterin im Krankenhaus Lainz (639)
- Großer Erfolg der ersten Mobilen Mistplätze (640)
- Fahrbahneinengung auf dem Handelskai (640)
- Wiener ÖVP fordert eine „Gemeindewache“ (641)

### Kultur:

- Wien-Ausstellung in der Ostarrichi-Gedenkstätte (635/FS: 1.4.)
- Am Mittwoch „Wiener Vorlesungen“ (635/FS: 2.4.)
- „Verschwundene Wiener Theater“ in Margareten (636)

## **Swoboda: Nationalparkprojekt darf nicht gefährdet werden!**

Wien, 1.4. (RK-KOMMUNAL) „Die Diskussion über den Kraftwerksbau östlich von Wien ist für mich zur Unzeit vom Zaun gebrochen worden, mit dem vorliegenden Projekt wäre der in der Planungsgemeinschaft Ost eindeutig festgelegte Nationalpark Donau/March/Neusiedlersee nicht zu realisieren. Diese Vorgangsweise ist aus Wiener Sicht eindeutig abzulehnen“, stellte am Samstag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu der Auseinandersetzung über das Kraftwerksprojekt Engelhartstetten fest. Wie Swoboda betonte, sei das Nationalparkvorhaben nicht nur aus Wiener Sicht ein umwelt- und planungspolitisches Hauptziel, vielmehr sei die gesamte Ostregion und das Weltausstellungs-Partnerland Ungarn daran maßgeblich beteiligt. Swoboda bekräftigte auch, daß man selbstverständlich die Fragen der internationalen Schifffahrt in den möglichen weiteren Ausbau der Donau miteinbeziehen müsse. „In all diesen Fragen bedarf es aber gerade in der heutigen Zeit und im Hinblick auf unsere Zukunft einer äußerst sensiblen Vorgangsweise, die ich derzeit vermissen“, sagte Swoboda.

### **Kraftwerk Freudenau seriös diskutieren**

Die Diskussionen um den Ausbau der Donau östlich von Wien seien ein Beispiel dafür, wie man die Diskussion um das Kraftwerk Freudenau bestimmt nicht führen dürfe, meinte der Planungsstadtrat.

Wien habe überdies an diesem Beispiel gezeigt, wie man an ein so sensibles Projekt unter Einbeziehung von Fachleuten aus allen Wissensgebieten, besonders aber der Bevölkerung herangehen muß. Der Wettbewerb „Chancen für den Donauroum Wien“ und die daraus folgenden Empfehlungen der Jury haben die Grundlagen für eine seriöse Behandlung dieses Kraftwerksprojektes geschaffen. Jetzt gelte es, diese Diskussion sinnvoll, seriös und zielführend weiterzuführen, sagte Swoboda.

### **EXPO-Gelände darf Donaupark nicht antasten**

Zu einer Zeitungsmeldung, wonach „der Donaupark wahrscheinlich zu klein“ für das Wiener EXPO-Gelände sein könnte, stellte Planungsstadtrat Dr. Swoboda dezidiert fest, daß für ihn der einstimmige Gemeinderatsbeschluß vom 17.10.1988 gelte, der das EXPO-Gelände eindeutig ohne Einbeziehung des Donauparks festgelegt hat.

„Die weiteren Überlegungen zur Gestaltung unseres EXPO-Geländes sollen aber sicherlich auch Möglichkeiten aufzeigen, wie man bei etwaiger Platzknappheit, die im übrigen derzeit überhaupt nicht abzuschätzen ist, andere Flächen in der Stadt miteinbeziehen kann. Der Donaupark selbst kommt für eine Nutzung als Ausstellungsgelände sicherlich nicht in Frage“, schloß Swoboda. (Schluß) lf/gg

Bereits am 1. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Wien-Ausstellung in der Ostarrichi-Gedenkstätte**

Wien, 1.4. (RK-KULTUR) In der Ostarrichi-Gedenkstätte in Neuhofen/Ybbs in Niederösterreich wurde Samstag nachmittag die Ausstellung „Bittersüßes Wien. Glanz und Elend einer Kaiserstadt“ eröffnet. Die vom Historischen Museum der Stadt Wien zusammengestellte Ausstellung ist bis 15. November Dienstag bis Samstag von 10 bis 12 und von 14 bis 16 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr geöffnet.

Der Wiener Landtagspräsident Ing. Fritz HOFMANN, der die Ausstellung gemeinsam mit dem niederösterreichischen Landtagspräsidenten Franz ROMEDER eröffnete, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Epoche der Jahrhundertwende, die Wiener Kultur um 1900, in den letzten Jahren auch international immer stärker Beachtung gefunden habe. Der Ruf Wiens als eine der Kulturmetropolen der Welt ist dadurch profiliert worden. Die Aspekte des Alltags der kleinen Leute, der Kampf der sich konstituierenden Arbeiterbewegung, Hausherrnmacht und Mieterelend wurden dabei allerdings meist weniger reflektiert. Die Ausstellung in Neuhofen will beiden Gesichtspunkten — dem Glanz und dem Elend — gerecht werden und jene Epoche in ihrer Gesamtheit beleuchten, in der Wien zur europäischen Metropole geformt wurde und in der die Weichen für den Weg in das 20. Jahrhundert gestellt wurden.

Die Ostarrichi-Gedenkstätte in Neuhofen bezieht sich auf die erste Nennung des Namens Österreich (Ostarrichi) in einer Schenkungsurkunde Kaiser Ottos III. aus dem Jahr 996, die ein Gebiet in der heutigen Gemeinde Neuhofen/Ybbs betraf. Jedes Jahr gestaltet ein anderes Bundesland eine Ausstellung, heuer ist Wien an der Reihe. (Schluß) ger/gg

## **Am Mittwoch „Wiener Vorlesungen“**

Wien, 2.4. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen findet am kommenden Mittwoch, dem 5. April, um 19 Uhr, im Stadtssenatssitzungssaal des Rathauses statt. Der Stellvertretende Minister für Kultur der DDR, Klaus HÖPCKE, spricht über das Thema „Literatur als Seelenkunde“. Moderiert wird die Veranstaltung von Dr. Barbara RETT.

Die Wiener Vorlesungen stehen 1989 unter dem Generalthema „Seele — weites Land...“. (Schluß) ger/gg

Bereits am 1. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 2. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **„Verschwundene Wiener Theater“ In Margareten**

Wien, 3.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv gestaltete Ausstellung „Verschwundene Wiener Theater“, die mit großem Erfolg im Rathaus gezeigt wurde, ist noch bis 29. April, Donnerstag von 16 bis 18 Uhr und Samstag von 10 bis 12 Uhr, im Bezirksmuseum Margareten, 5, Schönbrunner Straße 54, 1. Stock, zu sehen. Die kleine Schau wurde durch interessante Exponate des Bezirksmuseums über das von 1838 bis 1895 bespielte Sulkowskitheater in der Wiedner Hauptstraße 129 und das Margaretner Orpheum in der Reinprechtsdorfer Straße 2 ergänzt. Viele später prominente Schauspieler, wie z.B. Josef KAINZ und Max REINHARDT debütierten im Matzleinsdorfer Sulkoswitheater. Eine Informationsbroschüre wird kostenlos abgegeben. (Schluß) am/rr

## **Führung: Die Wiener Synagoge**

Wien, 3.4. (RK-LOKAL) Im Rahmen des Veranstaltungsprogramms 1989 des Vereins für Geschichte der Stadt Wien findet am Donnerstag, dem 6. April, um 16 Uhr, unter dem Titel „Die Wiener Synagoge – Wiener Juden um 1800“ eine Führung statt. Es führt Dr. Klaus LOHRMANN vom Institut für Geschichte der Juden in Österreich. Treffpunkt: 15.45 Uhr, Wien 1, Seitenstettengasse 4. (Schluß) am/rr

## **Montessori-Frühfördergruppe im Eltern-Kind-Zentrum**

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Im Eltern-Kind-Zentrum der Stadt Wien in Wien 23., Pfarrgasse 34, hat das Jugendamt eine Frühfördergruppe auf der Grundlage des pädagogischen Konzeptes nach Maria MONTESSORI eingerichtet.

Die pädagogischen Überlegungen der italienischen Ärztin wurden in den letzten Jahren wieder in den Mittelpunkt erzieherischen Interesses gerückt. Vor allem im Zusammenhang mit der Frage der Förderung behinderter Kinder und den Integrationsbestrebungen ist die Pädagogik Maria Montessoris eine wertvolle Hilfe. Ihr Verdienst war es, den Kindern durch entsprechendes Material ein breites Angebot an spielerischer Förderung vor allem im Bereich der Sinneswahrnehmungen und des logische Denkens anzubieten. In der Frühfördergruppe wird Eltern die Möglichkeit geboten, dieses Konzept zu erleben und in die eigenen Bemühungen zur Förderung ihres Kindes aufzunehmen.

Vor allem Eltern sehr junger Kinder muß oft Mut gemacht werden, dem Kind selbstständiges Handeln zuzutrauen und nicht zu rasch in die Bewältigung einer Aufgabe einzugreifen. Hier das richtige Maß zwischen dem nötigen Freiraum und wünschenswerter Hilfe zu finden, ist sicher nicht einfach. In der Frühfördergruppe soll dazu Rat und Anregung geboten werden.

Anmeldungen können täglich von 8 bis 12 Uhr unter der Telefonnummer 67 59 488 oder 67 59 688 erfolgen. (Schluß) jel/rr

## Enquete zur Weltausstellung 1995

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Im Wiener Rathaus findet am Montag, dem 3. April, und am Dienstag, dem 4. April, eine von Bund und Stadt Wien gemeinsam veranstaltete Enquete zur geplanten Weltausstellung 1995 statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER und Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA. Fünf Arbeitsgruppen beschäftigen sich mit „Philosophie und Inhalt der Weltausstellung“, „Stadtentwicklung und Stadtgestaltung“, „Politische und ökonomische Rahmenbedingungen“, „Kultur — Stil und Gestaltung der Weltausstellung“ sowie „Marketing und Öffentlichkeitsarbeit zur Weltausstellung“.

Den Abschluß der Enquete wird Dienstag nachmittag nach den Berichten der Arbeitsgruppen eine Podiumsdiskussion bilden, an der Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, Vizebürgermeister Hans MAYR sowie die Stadträte Dr. Erhard BUSEK, Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ und Dr. Hannes SWOBODA teilnehmen werden.

### Swoboda: Projekt zur bewußten Gestaltung unserer Zukunft

In seinem Einleitungsreferat bezeichnete der Wiener Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda die Enquete, wenige Tage vor der Ankunft der Pariser B.I.E.-Delegation, als bewußtes Risiko, um zu dokumentieren, daß die Weltausstellung Wien — Budapest nicht eine Angelegenheit einiger weniger Politiker, Unternehmer und Architekten, sondern **das** Projekt schlechthin all derjenigen sei, die die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft dieser Region, dieses Landes, dieser Stadt bewußt gestalten wollen. Auch die geplante Weltausstellung „Brücken in die Zukunft“ selbst sei ein Risiko, gerade in einer Stadt, die von Skepsis geprägt ist wie kaum eine andere. Diese Skepsis gehört zum Wiener Stil und Ambiente, wir brauchen aber auch genügend Selbstvertrauen, daß wir die uns gestellte Aufgabe meistern können, betonte Swoboda. Wir sollten die Annäherung zwischen Ost und West im Herzen Mitteleuropas aktiv demonstrieren und gemeinsam mit Budapest ein Beispiel geben, wir sollten unsere Rolle als Stadt im Herzen Europas aktiv und selbstbewußt spielen. Wien kann aber auch aussich selbst heraus eine Weltausstellung brauchen: vor allem deshalb, weil Entwicklungsschübe, die wir im Zusammenhang mit der Weltausstellung erzielen können, wesentliche Impulse für unsere Stadt bringen. Die zur städtebaulichen Bearbeitung vorgesehene Entwicklungsachse Lassallestraße — Wagramer Straße und die Weiterentwicklung des Donauraumes können Meilensteine in der Entwicklung Wiens bedeuten.

Die Weltausstellung ist ein zentrales Großereignis — allerdings mit dezentralen Auswirkungen: Denn ganz Wien soll dadurch beeinflußt werden, ohne daß unser spezieller Charakter, unser spezifisches Flair verloren gehen. Das gesamte kreative und intellektuelle Potential unserer Stadt, unseres Landes ist eingeladen, an dieser Zukunftsaufgabe mitzuwirken, sagte Swoboda. (Schluß) ger/bs

## **Neuer Primarius und neue Apothekenleiterin im Krankenhaus Lainz**

**Amtseinführung durch Stadtrat Stacher**

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER führte Montag vormittag den neuen Vorstand der 2. Medizinischen Abteilung im Krankenhaus der Stadt Wien — Lainz, Dozent Dr. Josef SMOLEN, und die neue Leiterin der Apotheke in Lainz, Mag. pharm. Natalija MEIXNER, in ihr Amt ein.

Primarius Smolen ist seit 1982 Facharzt für Innere Medizin, seit 1985 Dozent für Klinische Immunologie und seit 1987 Dozent für Innere Medizin. Er war zuletzt Oberarzt an der II. Medizinischen Universitätsklinik im Wiener Allgemeinen Krankenhaus und tritt die Nachfolge von Hofrat Professor Dr. Rudolf EBERL an, der nun in den Ruhestand getreten ist.

Primarius Eberl war seit 1957 im Krankenhaus Lainz tätig — als Assistent, Oberarzt, Vorstand der 2. Medizinischen Abteilung seit 1985 zusätzlich als ärztlicher Direktor des Krankenhauses. Hofrat Eberl ist Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Rheumatologie und Balneologie in Wien-Oberlaa. Er erhielt 1968 den Theodor-Körner-Preis und 1979 den Staatspreis für Rheumaforschung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz.

Die neue Apothekenleiterin, Mag. Meixner, ist seit 1978 in der Anstaltsapothek des Krankenhauses Lainz tätig. Sie tritt die Nachfolge von Sanitätsrätin Mag. pharm. Charlotte TEUCHMANN an, die seit 1980 Leiterin der Apotheke war und nun in den Ruhestand getreten ist. (Schluß) sc/bs



## **Großer Erfolg der ersten Mobilen Mistplätze**

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Die ersten Mobilen Mistplätze am vergangenen Sonntag im 7. und 22. Bezirk waren ein voller Erfolg. Beim Mobilen Mistplatz Stiftgasse — Lindengasse lieferten 228 Personen ihren Müll ab, beim Mobilen Mistplatz Müllnermeisgasse — Wulzendorfstraße waren es sogar 237.

Die Mobilen Mistplätze, bei denen man Müll aller Art, aber auch Gerümpel und Problemstoffe abgeben kann, gibt es noch an allen weiteren Sonntagen im April, jeweils von 8 bis 12 Uhr. Die genauen Standorte erfährt man beim Misttelefon unter der Nummer 55 16 61. (Schluß) du/bs

## **Fahrbahneinengung auf dem Handelskai**

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Am Mittwoch, 5. April, in der verkehrsschwächeren Zeit zwischen 9 und 15 Uhr und, falls die Arbeiten an diesem Tag nicht beendet werden können, auch noch am Donnerstag, 6. April, wird es auf dem Handelskai im Bereich der Reichsbrücke in Fahrtrichtung Praterbrücke zu einer Einengung der Fahrbahn kommen. Den Grund für diese Verkehrsmaßnahme bilden Instandsetzungsarbeiten an der Tragwerksuntersicht der Reichsbrücke nach einer Beschädigung durch einen überhohen LKW. (Schluß) pz rr

## **Wiener ÖVP fordert eine „Gemeindewache“**

Wien, 3.4. (RK-KOMMUNAL) Für die Schaffung einer eigenen „Gemeindewache“ sprach sich am Montag ÖVP-Landtagsabgeordneter Anton FÜRST in einem Pressegespräch aus. Diese Gemeindewache sollte zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eingesetzt werden. Dadurch könnte gleichzeitig die Polizei von „artfremder“ Tätigkeit entlastet werden. Der Bezirksvorsteher des 1. Bezirkes Dr. Richard SCHMITZ (ÖVP) urgierte ein Landessicherheitsgesetz, wie es ein solches bereits in sieben Bundesländern gebe. Damit hätte die Polizei etwa am Karlsplatz die Möglichkeit, einzugreifen, bevor Delikte begangen werden.

Fürst berichtete über eine Zunahme der Kriminalität in Wien. Nach seinen Informationen hätte allein in den ersten drei Quartalen des Vorjahres die Summe aller Verbrechen (Eigentumsdelikte und Verbrechen gegen Leib und Leben) um 20 Prozent zugenommen. In diesem Zusammenhang kritisierte Fürst den mangelnden Personalstand der Wiener Polizei. Für ganz Wien müßten nach seiner Meinung rund 350 Beamte zusätzlich eingestellt werden.

Bezirksvorsteher Schmitz verwies auf die Sicherheitsprobleme der Innenstadt. Täglich pendeln mehr als 200.000 Menschen in den Bezirk ein, davon rund 120.000 Arbeitnehmer, 25.000 Selbständige und bis zu 80.000 Touristen, allein in den Abend- und Nachtstunden haben 400 Lokale geöffnet. Dem stünden, so Schmitz, knapp 100 Polizeibeamte pro Tag gegenüber, wobei diese Beamten noch zusätzliche Überwachungsaufgaben für Banken und Botschaften durchführen müssen. Außerdem gebe es für die Innenstadt nur eine einzige weibliche Kriminalbeamtin. (Schluß) fk/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

**Dienstag, 4. April 1989**

**Blatt 642**

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Politik:**

- 75. Geburtstag von Maria Hlawka (643)
- Zilk: Mit SPÖ-Beschluß zur EG-Frage zufrieden (651)

**Kommunal/Lokal:**

- Neue Einbahn im 20. Bezirk (644)
- Mobilbüro des Bürgerdienstes auf der Wiener Messe (644)
- Tunnelanschlag am Reithofferplatz (645/646)
- Offene Ideensuche zur Expo 95 (647/648)
- Viel Neues in der Stadterneuerung (649/650)
- Großbaustellen im Wiener Straßennetz (652-654)
- Stellvertretender Kulturminister der DDR Klaus Höpcke bei Wiener Vorlesungen (nur FS)

## **75. Geburtstag von Maria Hlawka**

Wien, 4.4. (RK-POLITIK) Die frühere Wiener Landtagspräsidentin Maria HLAWKA, geb. Tomschitz, wurde am 7. April 1914 in Gainfarn bei Baden als Tochter eines Maschinisten geboren. Nach dem Schulbesuch erlernte sie in Wien das Buchbindergewerbe. 1934 heiratete sie den Beamten der Wiener Verkehrsbetriebe Karl Hlawka.

Zwischen 1931 und 1934 war sie in der Sozialistischen Jugendorganisation tätig. Nach dem Wiedererstehen Österreichs wurden ihr in der Favoritner Bezirksorganisation der SPÖ wichtige Funktionen anvertraut. 1954 wurde sie in den Wiener Gemeinderat gewählt, dem sie bis 1978 angehörte. 1967 wurde sie zur Dritten, 1969 zur Zweiten und 1973 zur Ersten Präsidentin des Wiener Landtages gewählt. Dieses Amt hatte sie bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Wiener Gemeinderat bzw. Landtag inne.

Wichtig sind auch die Funktionen, die Maria Hlawka in der Frauenorganisation der SPÖ bekleidete. Von 1965 bis 1978 war sie Vorsitzende des Favoritner Frauenkomitees, von 1965 bis 1977 Vorsitzende des Wiener Frauenkomitees und von 1966 bis 1978 Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfrauenkomitees. Im Rahmen der Gesamtpartei fungierte sie von 1965 bis 1977 als Obmannstellvertreterin der Wiener SPÖ.

Für ihr umfassendes öffentliches Wirken erhielt sie 1964 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich und 1972 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. 1974 wurde ihr von der SPÖ die Viktor-Adler-Plakette verliehen. Wien würdigte ihre Leistungen 1975 mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen mit dem Stern und 1984 mit der Verleihung des Titels eines „Bürgers der Stadt Wien“. (Schluß) red/gg

### **Neue Einbahn im 20. Bezirk**

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Donnerstag, 6. April, 8 Uhr, tritt in der Pöchlarnstraße im Bereich von der Ospelgasse bis und in Richtung Pasettistraße im 20. Bezirk eine Einbahnregelung in Kraft. Dadurch wird eine Schrägparkordnung ermöglicht. (Schluß) pz/rr

### **Mobilbüro des Bürgerdienstes auf der Wiener Messe**

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Das Mobile Büro des Bürgerdienstes und das Wiener Stadtradio, UKW 90 und 95, bringen ihre Bürgerdienst-Live-Sendung morgen, Mittwoch, direkt von der Wiener Messe. Die Sendung dauert von 14 bis 15.30 Uhr, das Mobile Büro befindet sich dazu vor der Halle 8 am Messegelände. Wünsche, Anfragen, Beschwerden an den Bürgerdienst werden dabei möglichst an Ort und Stelle erledigt. (Schluß) hrs/rr

## Tunnelanschlag am Reithofferplatz

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Mit dem Tunnelanschlag am Donnerstag, dem 6. April, um 9.30 Uhr am Reithofferplatz fällt der Startschuß für die „Maulwürfe“ im 15. Bezirk. Unter der traditionellen Patenschaft einer „Tunnelpatin“ — diesmal wird Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL die ehrenvolle Aufgabe übernehmen — wird hier mit dem Tunnelbau in geschlossener Bauweise nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode begonnen. Dies gab Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL bekannt.

Die Bauarbeiten finden für die dritte Betriebsphase der U 3 (Westbahnhof bis Johnstraße) statt, die im Herbst 1994 in Betrieb gehen soll. Die Gesamtbaukosten für diesen insgesamt 14. Bauabschnitt der U 3 („Schweglerstraße“) betragen 1,6 Milliarden Schilling, die Rohbauzeit ist mit 38 Monaten angesetzt. Insgesamt werden in diesem knapp einen Kilometer langen Bauabschnitt 2,2 Kilometer Tunnel vom zentralen Anfahrtschaft Reithofferplatz aus hergestellt. Dafür müssen rund eine Million Arbeitsstunden aufgewendet werden.

Der Bauabschnitt U 3/14, „Schweglerstraße“, schließt an den Anfahrtschacht Gerstnerstraße des Bauabschnittes Westbahnhof an und endet vor dem Schacht Kardinal-Rauscher-Platz des Bauabschnittes Johnstraße. Er umfaßt zwei Streckengleise, ein Abstellgleis im Anschluß an den Schacht Gerstnerstraße sowie die Station „Schweglerstraße“ mit ihren beiden Stationsröhren. Alle Tunnelröhren werden in geschlossener Bauweise nach der Neuen Österreichischen Tunnelbaumethode errichtet. In offener Bauweise werden lediglich die Schächte für die Stationen in der Stättermayergasse und in der Benedikt-Schellinger-Gasse hergestellt. In diesen beiden Bauwerken werden die Aufgänge der zwischen diesen beiden Gassen gelegenen Station „Schweglerstraße“ untergebracht.

### „NÖT“ für den U-Bahn-Bau

Die Neue Österreichische Tunnelbaumethode (NÖT) wurde von Österreichern entwickelt und hat bereits ihren Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Ursprünglich für den Gebirgstunnelbau entwickelt, wurde sie im Rahmen der zweiten Ausbauphase der Wiener U-Bahn erstmals für den städtischen Tunnelbau eingesetzt und hat sich auch hier bisher hervorragend bewährt. Sie ist dadurch charakterisiert, daß durch bestimmte Baumaßnahmen die Tragwirkung des Bodens aktiviert wird und die Setzungen minimiert werden. Als Konstruktionselemente für die Herstellung der Außenschale werden Spritzbeton, Baustahlmatten und stählerne Gitterbögen angewendet.

Durch ein umfangreiches Meßprogramm im Tunnel, im Boden und an den Häusern, das täglich über einen in der Baukanzlei aufgestellten Computer ausgewertet wird, wird die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen laufend kontrolliert.

Umfangreiche Bodenerkundungen und eine großflächige Grundwasserabsenkung mittels Brunnen stellen sicher, daß die Herstellung der Tunnel im Trockenen erfolgen kann. Wo die Grundwasserabsenkung nicht ausreichend ist, werden die Tunnel unter Druckluft aufgeföhren.

### Geringe Behinderungen für Anrainer

Bemerkenswert an diesem Bauabschnitt ist auch, daß in der Station durch die Verlegung eines Teiles der Betriebsräume von den teuren unterirdischen Bauteilen in billigere oberirdische im Betriebsgebäude in der Benedikt-Schellinger-Gasse eine sehr wirtschaftliche Lösung gefunden wurde.

Durch den zentralen Angriffspunkt für alle in geschlossener Bauweise herzustellenden Tunnelröhren vom Arbeitsschacht am Reithofferplatz aus kommt es zu minimalen Belästigungen der Bevölkerung, außerdem wurde dadurch die Rohbauzeit verkürzt. Lediglich in der Benedikt-Schellinger-Gasse und in der Stättermayergasse werden baubedingt Sperren erforderlich werden, wobei durch entsprechende Bauphasen die Zufahrt zu den Häusern möglich bleiben wird. Großflächige Umleitungen sind nicht erforderlich. Nach dem U-Bahn-Bau sind in diesen beiden Gassen verkehrsberuhigte Zonen vorgesehen. Der Rohbau wird im Juni 1991 beendet sein.  
(Schluß) roh/gg

Forts. von Blatt 645

## **Offene Ideensuche zur EXPO 95**

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Grünes Licht gab nunmehr Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA für die offene Ideensuche zur EXPO 95.

Diese Ideensuche ist Auftakt zu einem Planungsverfahren insbesondere zur Gestaltung des laut Gemeinderatsbeschluß vorgesehenen EXPO-Geländes Donauraum/Konferenzzentrum sowie der möglichen Verbindungen zur und über die Donau bis hin zur Achse Praterstern/Lassallestraße/Wagramer Straße. Die Ideensuche soll aber, so Planungsstadtrat Dr. Swoboda Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters, auch EXPO-Ideen sammeln, die über reine Gestaltungsfragen hinausgehen.

Unter dem Motto „Alles ist möglich“ sind alle Interessenten (ohne Einschränkungen) eingeladen, Vorschläge jedweder Art einzubringen, die mit dem Thema der geplanten EXPO 95 Wien/Budapest zusammenhängen und in Wien realisiert werden können.

Die ursprünglich vorgesehenen Szenarien zum EXPO-Wettbewerb mußten aufgrund der Verschiebung diverser Rahmenbedingungen geändert, und der Zeitablauf variiert werden. An der Erstellung eines genaueren Ablaufplanes wird derzeit noch gearbeitet.

### **Informationsmöglichkeiten zur Ideensuche**

Für alle Interessenten an der Ideensuche, zu der nicht nur die Wienerinnen und Wiener, sondern alle Österreicher eingeladen sind, ist ein eigenes Perspektiven-Heft in Vorbereitung, das aufbauend auf den Ergebnissen der Montag und Dienstag stattgefundenen EXPO-Enquete im Frühjahr 1989 erscheinen soll.

In der Stadtwerkstatt in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) ist bis 28. April 1989 eine Publikumsausstellung zum Thema EXPO 95 zu sehen, die später auch den Bundesländern angeboten wird. (Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 19 Uhr, für die Wochenenden sind angemeldete Führungen möglich).

Für Detailanfragen zur Ideensuche und zum Bezug der Ausschreibungsunterlagen steht ab sofort das EXPO-Büro in der Rathausstraße 14-16 (Telefonnummer 48 88 44) in den Amtsstunden zur Verfügung.

### **Einigung über EXPO-Gesellschaft**

Wie Planungsstadtrat Dr. Swoboda bekanntgab, schuf der Lenkungsausschuß für die EXPO am vergangenen Freitag die Voraussetzungen für die Gründung der EXPO-Vienna Wiener Weltausstellungs Aktiengesellschaft, die mit der Planung, Organisation, Finanzierung und Durchführung der EXPO 95 beauftragt ist, soweit sich diese Maßnahmen auf Wien und Österreich beziehen. Die Planung, Finanzierung und Errichtung der hierfür erforderlichen Anlagen in Wien, die Verwertung aller daraus entstehenden Rechte, insbesondere der entstehenden Anlagen, sowie die Einrichtung einer gemeinsamen Joint-Venture-Organisation zum Zweck der Kooperation und Koordination mit den ungarischen Stellen gehört ebenfalls zu diesen Aufgaben.

Die Gesellschaft wird von Bund und Wien gegründet und soll weitestgehend privatisiert werden.

Die Geschäftsführer für diese Gesellschaft sollen nach einer sechswöchigen Ausschreibungsfrist Ende Mai ausgewählt werden.

### **Besuch der B.I.E.-Delegation in Wien**

Swoboda kündigte den Besuch der B.I.E.-Delegation für kommenden Donnerstag an. Die Delegation besteht aus dem Präsidenten des Bureau International des Expositions (B.I.E.) Jacques SOL-ROLLAND, der Gene-



ralsekretärin des B.I.E., Marie-Helene DEFRENE, beide aus Frankreich, dem Präsidenten des Exekutivkomitees des B.I.E., Ted ALLAN aus Großbritannien sowie William TAPPE, dem US-Delegierten für das B.I.E.

Von Seiten Österreichs betreut Dr. Benita WALDNER, die österreichische B.I.E.-Delegierte, das Besuchsprogramm. Die Delegation wird bis Dienstag, den 11. April 1989, in Wien bleiben.

#### **Dienstag nachmittag Podiumsdiskussion bei der EXPO-Enquete**

Zum Abschluß der Montag begonnenen EXPO-Enquete mit mehr als 300 Teilnehmern findet Dienstag, ab 14.30 Uhr, im Rathaus eine Podiumsdiskussion zu den Berichten der Enquete-Arbeitsgruppen statt. An der Podiumsdiskussion nehmen Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer PAWKOWICZ teil.

Diskussionsleiter ist Alfred STAMM vom Studio Wien des ORF.

#### **Wiener Standort so groß wie Brisbane**

Planungsstadtrat Dr. SWOBODA nahm — im Zusammenhang mit einer heutigen Zeitungsmeldung — auch neuerlich zur Standortfrage Stellung. Die in der Zeitungsmeldung kolportierte Kritik aus Ungarn am „zu kleinen“ Wiener Standort sei schon deshalb unverständlich, weil es in Budapest noch gar keine definitive Standortentscheidung gebe, ein Vergleich mit dem Wiener Expo-Standort daher noch gar nicht möglich sei. Der in Wien festgelegte Kernbereich für die Weltausstellung sei ungefähr gleich groß wie der Ausstellungsstandort in Brisbane (wobei noch zu berücksichtigen sei, daß Brisbane die Weltausstellung allein, Wien jedoch gemeinsam mit Budapest durchführe). Abgesehen davon bestehe außerdem die Möglichkeit einer Weiterentwicklung zur Donau und bis zum Nordbahnhof-Gelände, falls dies notwendig sein sollte. Schließlich sei zu berücksichtigen, betonte Swoboda, daß mit Donaupark und Donauinsel in Wien bereits Erholungsflächen im Nahbereich des Weltausstellungsgeländes vorhanden sind, die anderswo erst geschaffen werden müssen. (Schluß)

lf/ger/rr/bs

Forts. von Blatt 647

## Viel Neues in der Stadterneuerung

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz wird voraussichtlich mit 1. Juni 1989 in Kraft treten. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch die entsprechenden Durchführungsverordnungen der Wiener Landesregierung vorliegen. Gesetz und Verordnungen sollen gewährleisten, daß die negativen Langzeitfolgen der Wohnbauförderungen 1968 und 1984 im Neubau künftig nicht mehr auftreten und daß außerdem in der Stadterneuerung ein Bauvolumen von 3 Milliarden Schilling sichergestellt wird.

### Objektive Sanierungsförderung durch „Punktesystem“

Die Stadterneuerung ist in Wien voll angelaufen. Ende Februar 1989 ergaben die Statistiken des Wiener Stadterneuerungsfonds folgendes Bild:

- Über 1.100 Sanierungsprojekte mit einem Gesamtbau- und -sanierungsvolumen von 7,2 Milliarden Schilling sind in den letzten Jahren vom Land Wien gefördert worden.
- 534 Wohnhaussanierungen mit einem Gesamtbauvolumen von 4,87 Milliarden Schilling sind derzeit in Bau.
- 391 geförderte Wohnhaussanierungen im Wert von 1,454 Milliarden Schilling sind bereits fertiggestellt.

Im Zuge dieser Wohnhaussanierungen werden jährlich etwa 2.000 alte Wohnungen auf modernen Standard verbessert. Dazu kommen etwa 8.000 weitere geförderte Einzelwohnungsverbesserungen in Wien pro Jahr. Die Stadterneuerung modernisiert jährlich 10.000 Wohnungen. Etwa 2.000 Sanierungsvorhaben stehen noch auf der Warteliste. Für eine objektive Vergabe der Förderungsmittel an diese Projekte soll künftig ein „Punktesystem“ sorgen. Damit wird in erster Linie die Notwendigkeit und die Qualität der Sanierung, vor allem aber auch die Einbindung der Mieter bewertet und „belohnt“. Ein Großteil der Sanierungsvorhaben wurden bereits bewertet. Die Reihung der Projekte wird in Kürze beim Stadterneuerungsfonds einsehbar sein. Grundsätzlich soll gelten: Je besser und mieterfreundlicher ein Sanierungsvorhaben ist, umso rascher wird es künftig zur Förderung gelangen.

Das Kuratorium des Stadterneuerungsfonds hat sich zum Ziel gesetzt, daß der Großteil jener Sanierungsvorhaben, die eine Förderungsempfehlung (Vorprüfbericht) des Fonds vor dem 1.7.1988 erhalten haben, bis Ende 1990 auch tatsächlich die Förderung durch die Landesregierung bekommt.

Wie groß das Interesse an der geförderten Wohnhaussanierung in Wien trotz länger werdender Wartezeit immer noch ist, beweist die Tatsache, daß monatlich 20 bis 30 Anträge gestellt werden. Diese Projekte werden aber frühestens 1991 gefördert werden können. Seit Bestehen des Stadterneuerungsfonds wurden insgesamt bereits 3.754 Förderungsansuchen für die Sanierung von Wohnhäusern gestellt. In diesen Häusern befinden sich rund 200.000 Wohnungen — also ein Viertel des Wiener Wohnungsbestandes.

### Neuer Schritt in der Stadterneuerung: Die Blocksanierung

Nachdem die Einzelwohnungsverbesserung bereits seit zwei Jahrzehnten erfolgreich funktioniert (150.000 Wohnungen wurden bisher verbessert) und nun auch die Wohnhaussanierung anläuft, soll ein neuer Qualitätsschritt in der Stadterneuerung gesetzt werden: die Blocksanierung.

Mit der Blocksanierung sollen künftig ganze Häuserblöcke und damit nicht nur die Wohnungen und Häuser, sondern vor allem das Umfeld der Wohnungen verbessert werden. Das heißt, daß

- durch Hofentkernung,
- durch Grünraumgestaltung,
- durch eine Verbesserung der Nahversorgung,
- durch eine Ausschaltung oder Reduzierung negativer Umwelteinflüsse durch Wirtschaftsbetriebe und

Forts. von Blatt 649

- durch verkehrsberuhigende Maßnahmen um den Block herum Verbesserungen der gesamten Wohnumgebung erfolgen sollen.

In einer ersten Testphase werden derzeit 17 Häuserblöcker in ganz Wien untersucht,

- wie diese Sanierung rein technisch (durch Sanierung, aber auch Abbruch und Neubau),
- wie sie möglichst bürgerfreundlich unter Einbeziehung aller Betroffenen — der Hauseigentümer, Mieter, aber auch der Geschäftsleute — und
- wie sie möglichst kostensparend unter Verwendung der neuen Förderungsmodelle, die mit dem neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaus-sanierungsgesetz eröffnet werden sollen, erfolgen kann.

Gemeinsam ist diesen Häuserblöcken, daß sie sich durchwegs in Gebieten mit hohem Erneuerungsbedarf, Grün- und Parkraumangel befinden. Mit diesen Untersuchungen wurden Architekten, Bauträger und mehrere Gebietsbetreuungen in den Stadterneuerungsgebieten beauftragt. Die Ergebnisse der ersten Untersuchungen werden bei einem Experten-Hearing am 28. April diskutiert.

### „Sanfte Stadterneuerung“ durch Mieterbetreuung

Das erklärte Ziel der Stadt Wien — die „sanfte“, mieterfreundliche Stadterneuerung — wird nicht nur durch die österreichweit mit Abstand beste und höchste Förderung und das „Punktesystem“ unterstützt. Bei immer mehr Wohnhaussanierungen — vor allem bei größeren Vorhaben — arbeiten Mieterbetreuungsteams.

Die Wohnhaussanierung ist ein bedeutender Einschnitt im Leben der betroffenen Mieter: Sie kostet Geld und verändert die „abgewohnte“ Umgebung. Die Stadt Wien geht bei der Mieterbetreuung seit einiger Zeit mit gutem Beispiel voran: Zur Vorbereitung der Sanierung des Karl-Marx-Hofes, des George-Washington-Hofes, des Rabenhofes, des Lassallehofes oder der Wohnhausanlagen Gudrunstraße 55-102 in Favoriten und Thalheimergasse 33-39 in Ottakring wurden Mieterbetreuungen eingerichtet, die die Mieter informieren und beraten über

- die geplanten und möglichen Sanierungsmaßnahmen am Haus und in den Wohnungen,
- die Kosten und finanziellen Unterstützungen (etwa Wohnbeihilfe),
- aber auch kurzzeitig notwendigen Umsiedlungen.

Bei Mieterversammlungen, durch Fragebogenaktionen und in Einzelgesprächen werden die Wünsche der Mieter bestmöglichst erfaßt und zur Grundlage des gesamten Sanierungsvorhabens gemacht.

Darüberhinaus bestehen bereits einige weitere Mieterberatungsteams für private Sanierungsvorhaben. Die Kosten für diese Betreuung können in die Gesamtsanierungskosten eingerechnet und gefördert werden.

### Neuer Geschäftsführer des Stadterneuerungsfonds

Der Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds erhält einen neuen Geschäftsführer. Dr. Ernst THEIMER, derzeit Leiter der Magistratsabteilung 69 (zuständig für rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten der Stadt), wurde vom Kuratorium des Fonds einstimmig zum Nachfolger von Direktor Ing. Walter HOFSTETTER bestellt, der im Juni in den Ruhestand tritt.

Dr. Ernst Theimer ist 42 Jahre alt, gelernter Jurist, und war im Bereich der Stadt bisher insbesondere mit wirtschaftlichen Angelegenheiten betraut. Insgesamt gab es 30 Bewerbungen für die ausgeschriebene Funktion. Ing. Walter Hofstetter war seit 1984 Geschäftsführer und für den Aufbau des Fonds als zentrale Servicestelle für die Wohnhaussanierung wesentlich verantwortlich. Er war bis 1984 zwei Jahrzehnte Mitglied des Wiener Gemeinderates und zuletzt dessen Vorsitzender. (Forts. mgl.) ah/bs

### **Zilk: Mit SPÖ-Beschluß zur EG-Frage zufrieden**

Wien, 4.4. (RK-POLITIK) Er sei mit dem gestrigen Beschluß der SPÖ zur EG-Frage zufrieden, weil dieser seine Position bestätigt habe, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK Dienstag in seiner wöchentlichen Pressekonferenz. Seine Bedenken gegen einen Beitritt zur EG um jeden Preis seien durch den SPÖ-Beschluß zum Ausdruck gekommen. Es könne nicht an bestimmten Grundsatzfragen der Neutralität, der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik gerüttelt werden, sagte Zilk. Nun sei es die Aufgabe, diese Position in jene gemeinsame Erklärung einzubringen, die Grundlage für das Beitrittsansuchen bzw. den Brief an Brüssel sei. Er sei zuversichtlich, daß auch die ÖVP in diesen Grundsatzfragen zustimmen werde, meinte Zilk. Überdies werde aber auch die interessante Entwicklung in den osteuropäischen Staaten die Debatte in den kommenden Jahren beeinflussen, sagte der Bürgermeister. (Schluß) ah/bs

## Großbaustellen im Wiener Straßennetz

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL im Pressegespräch des Bürgermeisters am Dienstag mitteilte, setzt mit April die Bautätigkeit im Wiener Straßennetz wieder in deutlich verstärktem Umfang ein. Es werden etliche große Vorhaben — von Gleisbauarbeiten über Kanaleinbauten bis zu kompletten Neuaufbauten der Fahrbahndecke — in Angriff genommen, die entsprechende begleitende Verkehrsmaßnahmen in Form von Sperrungen beziehungsweise Umleitungen erforderlich machen.

Die nach Bezirken gereichte Übersicht jener größeren Bauvorhaben, die im April und Mai beginnen:

### 1. BEZIRK:

#### **Bellaria**

Nachdem beim U-Bahn-Bau U 3/10 die Bauarbeiten im wesentlichen abgeschlossen sind, wird mit der Monatswende April/Mai der Straßenrückbau beziehungsweise die Neuherstellung der Fahrbahndecken im Bereich zwischen der 2er-Linie und der Hansenstraße begonnen. Die Arbeiten werden voraussichtlich bis September 1989 dauern.

#### **Schmerlingplatz**

Im Bereich vor dem Justizpalast beginnt Mitte April ein Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe, das etwa drei Wochen dauern wird.

### 2. BEZIRK:

#### **Obere Donaustraße**

Im Abschnitt zwischen der Brigittenauer Lände (B 227) und dem Gaußplatz erfolgt ein kompletter Straßenumbau sowie der Einbau eines Radweges. Arbeitsbeginn ist Ende April, Arbeitsende voraussichtlich Ende Juli. Der Verkehr wird in die Brigittenauer Lände umgeleitet.

### 3. BEZIRK:

#### **Landstraßer Hauptstraße – Rochusmarkt**

Nach Beendigung der U-Bahn-Bauarbeiten erfolgt die Wiederherstellung der Verkehrsflächen im Zeitraum zwischen April und September dieses Jahres. Hauptarbeitsbereich ist der Abschnitt zwischen der Rochusgasse und der Sechskrügelgasse. Auch während des Straßenbaues bleibt je Fahrtrichtung ein Fahrstreifen für den Verkehr offen.

#### **Schlachthausgasse – Erdbergstraße**

Die im Mai beginnenden und voraussichtlich bis Dezember 1989 dauernden Arbeiten umfassen diverse Einbauten, Gleisbau und Straßenbau. Es ist eine komplette Sperre erforderlich; die Verkehrsumleitung erfolgt über Würtzlerstraße — Schnirchgasse — Schlachthausgasse — Ludwig-Koeßler-Platz — Fruethstraße — Erdbergstraße und umgekehrt.

### 9. BEZIRK:

#### **Friedensbrücke**

Nach Beendigung der Arbeiten in der Porzellangasse wird voraussichtlich in der zweiten Maihälfte mit Gleisbauarbeiten auf der Friedensbrücke begonnen. Während der rund sechs Wochen dauernden Arbeiten wird in Fahrtrichtung 20. Bezirk nur eine Fahrspur offen bleiben.

### 10. BEZIRK:

#### **Ettenreichgasse**

Im Abschnitt zwischen Troststraße und Reumannplatz beginnen im Mai Kanalbauarbeiten, die voraussichtlich elf Monate dauern werden. Die Um-

leitung des Verkehrs erfolgt über die Leibnitzgasse, wobei der Autobus auf einer eigenen Spur zum Teil auch gegen die Einbahn geführt wird.

**11. BEZIRK:****Plateau Kaiser-Ebersdorfer Straße/Simmeringer Hauptstraße**

Hier sind Arbeiten diverser Einbautendienststellen sowie ein Straßenumbau durch die Magistratsabteilung 28 vorgesehen. Die Vorarbeiten der Magistratsabteilung 28 beginnen am 23. Mai, es folgen die Arbeiten der Einbautendienststellen und voraussichtlich ab der zweiten Julihälfte die Fertigstellung des Straßenbaues. Arbeitsende voraussichtlich September. Ab Anfang Juni erfolgt die Verkehrsumleitung in Richtung stadteinwärts über Florian-Hedorfer-Straße — Kaiser-Ebersdorfer Straße.

**13. BEZIRK:****Maxingstraße**

Am 24. April beginnen die voraussichtlich ein Jahr dauernden Arbeiten mehrerer städtischer Einbautendienststellen, des Fernmeldebauamtes und die abschließende Neuherstellung der Fahrbahndecke. Es ist eine komplette Sperre erforderlich.

Die Umleitung in Fahrtrichtung Norden erfolgt über Elisabethallee — Wattmangasse — Trauttmansdorffgasse — Maxingstraße, Richtung Süden über Hietzinger Hauptstraße — Lainzer Straße — Gloriettegasse — Wattmangasse — Elisabethallee — Montecuccoliplatz.

**Plateau Feldkellergasse/Hofwiesengasse**

Hier beginnen in Kürze Gleisbauarbeiten der Verkehrsbetriebe. In der Feldkellergasse wird nur eine Fahrspur aufrecht bleiben.

**14. BEZIRK:****Plateau Johnstraße/Meiselstraße**

Im Zuge des U-Bahn-Baues (Abschnitt U 3/15) erfolgt eine Querung der Johnstraße. Ab 16. April kann das Plateau nur in Fahrtrichtung Hütteldorfer Straße übersetzt werden. In der Gegenrichtung zum Wiental erfolgt die Umleitung über Tautenhayngasse — Matthias-Schönerer-Gasse — Flachgasse.

**16. BEZIRK:****Thaliastraße**

Im Bereich zwischen Maroltnergasse und Enenkelstraße beginnen am 10. April Gleisbauarbeiten, die voraussichtlich neun Wochen in Anspruch nehmen werden. Als Verkehrsmaßnahme erfolgt die Einbahnführung der Thaliastraße von der Enenkelstraße bis und in Richtung Maroltnergasse; der Verkehr in der Gegenrichtung wird über Hasnerstraße — Enenkelstraße geführt.

**18. BEZIRK:****Währinger Straße**

In der Währinger Straße im Bereich zwischen Weinhausergasse und Aumannplatz beginnen Mitte April Arbeiten der Gaswerke, die bis Ende Juni dauern werden; daran schließt sich ein Kanalbauvorhaben von Juni bis Oktober 1989. Als Verkehrsmaßnahme ist die Einbahnführung der Währinger Straße in Fahrtrichtung Zentrum vorgesehen. Der Verkehr in der Gegenrichtung wird über die Gentzgasse umgeleitet.

**21. BEZIRK:****Brünner Straße**

Ein Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe im Abschnitt zwischen Peitlgasse bis Hermann-Bahr-Straße führt zu einer örtlichen Behin-

Forts. von Blatt 652

Forts. auf Blatt 654

derung: es bleibt eine Fahrspur, zusätzlich werden Abbiegeverbote erlassen. Die Dauer der Arbeiten: voraussichtlich ein Monat ab der zweiten Maiwoche.

#### **AUTOBAHNEN IM RAUM WIEN**

Im Zuge der Donauufer Autobahn/A 22 erfolgt beim Lärmschutztunnel Kaisermühlen am 17. April die Verkehrsfreigabe der wasserseitigen Tunnelröhre. Die Abwicklung des Verkehrs auf je einer Fahrspur pro Fahrtrichtung bleibt bis zur Freigabe der landseitigen Tunnelröhre Anfang Mai. Der Verkehr von der Wagramer Straße in Fahrtrichtung zur A 23 wird über Reichsbrücke und Handelskai umgeleitet.

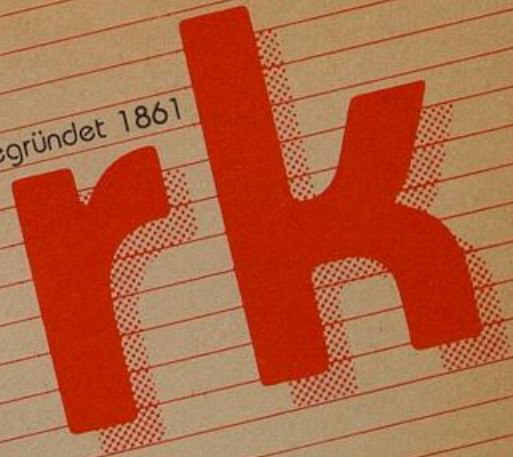
Mitte Mai erfolgt die komplette Sperre der Auffahrtsrampe zur Südbahn/A 2 von der B 17/Triester Straße — Inzersdorf für die Dauer von zwei Wochen. Anschließend erfolgt eine vierwöchige halbseitige Sperre; damit ist die Freihaltung eines Fahrstreifens im Zuge der Auffahrtsrampe zur A 2 von der B 17 und auf der A 23/Altmannsdorfer Ast in Fahrtrichtung zur A 2 gegeben. In den genannten Bereichen erfolgen die Aufbringung eines komplett neuen Fahrbahnbelages sowie der Wechsel der Dilatationen (Fahrbahnübergangskonstruktionen) auf der Auffahrtsrampe. Diese umfangreichen Arbeiten werden voraussichtlich zur Monatswende Juni/Juli beendet sein. (Schluß) pz/bs. rr

Forts. von Blatt 653

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien. Gesetz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 5. April 1989

Blatt 655

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Enquete zur Weltausstellung '95 (656/FS: 4.4.)
- 11,1 Millionen Schilling für Landaufenthaltsaktion (657)
- Hietzinger Nachkriegsbauten werden saniert (659)
- Stadt Wien ehrte Professor Kunz und Primarius Jelinek (660/661)
- Hochquellenwasserleitung: Verbesserungsvorschläge brachten Millioneneinsparung (662)
- Populärer japanischer Spielfilm wird in Wien gedreht (663)
- Wien zeigt Herz für Amphibien (664)

### Kultur:

- 65. Geburtstag von Johannes Mario Simmel (658)
- Simmeringer Heimatmaler im Bezirksmuseum (658)

### Sport:

- Vor Teilnehmerrekord beim 6. Wiener Stadtmarathon (665)



## Enquete zur Weltausstellung '95

### Podiumsdiskussion der Spitzenpolitiker

Wien, 4.4. (RK-KOMMUNAL) Zum Abschluß der zweitägigen „Enquete zur Weltausstellung '95“ fand am Dienstag nachmittag im Festsaal des Wiener Rathauses eine Podiumsdiskussion mit Minister Dr. NEISSER und den Stadträten Dr. SWOBODA, Dr. BUSEK und Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ statt.

Bundesminister Dr. Heinrich Neisser stellte einleitend fest, daß die Weltausstellung keine reine Wiener Angelegenheit sein dürfe, sondern ein gesamtösterreichisches Anliegen sei. In diesem Zusammenhang sprach Neisser auch von kritischen Stimmen aus den westlichen Bundesländern, etwa Vorarlberg, wo man die Weltausstellung als eine Art Sanierungsaktion für die Ostregion betrachte. Es gelte nun, den Donauraum geistig zu erschließen, Philosophie und Inhalte nicht nur in Blickrichtung 1995 allein zu erarbeiten. Die Weltausstellung dürfe auch nicht nur ökonomisch gesehen werden, es gelte, „Neues“ sichtbar zu machen.

Zur Diskussion über den Flächenbedarf der Expo '95 meinte Wiens Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda, daß die derzeit vorgesehene Fläche der Weltausstellung in Brisbane entspreche, „und da kommt ja auch noch die Fläche in Budapest dazu“. Der Bereich um das Konferenzzentrum sei der Kernbereich, wobei die Entwicklungsachse in Richtung Donau und Nordbahnhof reiche. Die Donau sei damit der Ausgangspunkt. Zur Frage der Nachnutzung meinte Swoboda, daß die Diskussion bereits viel weitergegangen sei. Es gelte, eine städtisch sinnvolle Nutzung zu finden, multifunktional, für den kulturellen Bereich ebenso wie für Wissenschaft und Forschung. Die Weltausstellung selbst müsse publikumswirksam sein, aber einen hohen Qualitätsanspruch erfüllen: ein Großereignis, das für die weitere Entwicklung der Stadt von großer Bedeutung sei.

Die Weltausstellung bezeichnete Stadtrat Dr. Erhard Busek als eine „Trägerrakete“, die einen Klärungsprozeß auch für die eigene Geschichte einleiten könne. In diesem Zusammenhang forderte Busek dazu auf, den Nachbarn und sein Umfeld besser kennenzulernen. „Was wissen wir eigentlich von den Ungarn, was wissen wir von den geistigen Vorgängen in diesem Land?“ fragte Busek. Und gleichzeitig warnte er davor, Österreich und Wien als ein Museum darzustellen. „Wir dürfen nicht von der Postmoderne in die Postnostalgie verfallen“. Die Zeit der Vorbereitung der Weltausstellung könne auch dazu dienen, das Positive in uns selbst zu erkennen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz erinnerte daran, daß vor allem die Diskussion um die sogenannte Papstwiese zu einer Skepsis der Bevölkerung gegenüber der Weltausstellung geführt habe. Die positiven Aussichten müßten klar dargestellt werden, man müsse zeigen, daß die Expo '95 ein Vehikel sei, mit dem man sehr viel in und für die Stadt verbessern könne. Die Chance, die Stadtkultur weiterzuentwickeln und eine Kulturoffensive zu entfalten, sei nun gegeben. Man dürfe die Weltausstellung daher nicht nur singular als ein Großereignis betrachten. Pawkowicz regte einen engen Kulturaustausch mit den Ungarn an, etwa gegenseitige Schüleraustausche und ähnliches. „Auf keinen Fall aber darf die geplante Weltausstellung zu einer 'Disney-landisierung' werden“, warnte Pawkowicz. (Schluß)

fk/gg

Bereits am 4. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **11,1 Millionen Schilling für Landaufenthaltsaktion**

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Eine Subvention in der Höhe von 11,1 Millionen Schilling beschloß der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales für die Landaufenthaltsaktion 1989 des Sozialamtes.

Die Landaufenthaltsaktion, die seit 1952 durchgeführt wird und heuer zum 38. Mal stattfindet, ist vor allem für Wiener Senioren, die nicht mehr allein auf Urlaub fahren können, gedacht. An den zweiwöchigen Erholungsaufenthalten werden heuer rund 3.400 Dauersozialhilfebezieher, Pensionistenklubbesucher und nach Maßgabe freier Plätze auch Pensionisten, die keinen Klub besuchen, teilnehmen. In jeder der elf Urlaubspensionen in Nieder- und Oberösterreich, der Steiermark, Kärnten und dem Burgenland steht ein Betreuer zur Verfügung. Teilnehmen können auch Diätkranke und Diabetiker.

Bisher haben an den 2.806 Turnussen insgesamt 113.003 Personen teilgenommen.

Anmeldungen nimmt das zuständige Sozialreferat bzw. die Bezirksvorstehung ab sofort entgegen. Restplätze werden bis zum Ende der Landaufenthaltsaktion, die von Mitte Mai bis Mitte September 1989 läuft, angeboten.  
(Schluß) jel/rr

## **65. Geburtstag von Johannes Mario Simmel**

Wien, 5.4. (RK-KULTUR) Johannes Mario SIMMEL wurde als Kind deutscher Eltern am 7. April 1924 in Wien geboren. Er studierte hier Chemie, war dann zunächst in einem Kohle-Laboratorium tätig, bis er nach dem Krieg Dolmetscher und Übersetzer und schließlich Journalist, Filmautor und Schriftsteller wurde. Den ersten ganz großen Erfolg hatte er mit dem Roman „Es muß nicht immer Kaviar sein“ (1960). Alle seine folgenden Bücher kamen auf die Bestseller-Listen.

Besonders erfolgreiche Titel waren: „Liebe ist nur ein Wort“ (1963), „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“ (1965), „Alle Menschen werden Brüder“ (1967), „Und Jimmy ging zum Regenbogen“ (1970), „Der Stoff, aus dem die Träume sind“ (1971), „Die Antwort kennt nur der Wind“ (1973), „Niemand ist eine Insel“ (1975), „Hurra, wir leben noch“ (1978), „Wir heißen euch hoffen“ (1980), „Bitte, laßt die Blumen leben“ (1983) und „Doch mit den Clowns kamen die Tränen“ (1987).

Die meisten seiner Bücher wurden auch verfilmt. Lange Zeit wurde Simmel von der Literaturkritik als zur Trivialität neigender Erfolgsschriftsteller und „Bestseller-Mechaniker“ abgestempelt, doch in den letzten Jahren scheint sich eine neue literarische Bewertung seiner Arbeiten durchzusetzen.

1984 erhielt Simmel das „Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“. (Schluß) red/bs

## **Simmeringer Heimatmaler im Bezirksmuseum**

Wien, 5.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Simmering, Enkplatz 2, ist bis 12. Mai eine Gedächtnisausstellung für die Simmeringer Heimatmaler Alois HANDLOS, Georg HOLINKA, Gustav JAUCH und Anton KLEMENT zu sehen. Federzeichnungen, Aquarelle und aquarellierte Federzeichnungen erinnern an die „stillen Gassen und alten Häuser“ Simmerings. Die Ausstellung ist jeden Freitag von 10 bis 12 und 15 bis 18 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/rr

## **Hietzinger Nachkriegsbauten werden saniert**

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL/LOKAL) Gemeindewohnhäuser in Hietzing aus den Kriegs- und Nachkriegsjahren mit insgesamt über 400 Wohnungen sollen jetzt mit öffentlicher Hilfe saniert werden. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung in seiner Sitzung am Dienstag nachmittag einstimmig.

Die Siedlung Roter Berg in der Horeischygasse 3-7 (108 Wohnungen) sowie die Wohnhausanlagen Hetzendorfer Straße 165-187 (213 Wohnungen) und 164-182 (83 Wohnungen), alle zwischen 1943 und 1951 errichtet, sollen mit einem Kostenaufwand von fast 129 Millionen Schilling saniert werden.

Ebenfalls saniert werden soll das denkmalgeschützte städtische Althaus in der Landstraßer Hauptstraße 13 im 3. Bezirk. Das Haus stammt aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, umfaßt 26 zur Hälfte leerstehende Substandardwohnungen und soll um 31,34 Millionen Schilling erneuert werden.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß ferner den Neubau einer Obdachlosenherberge in Erweiterung der bestehenden Herberge im 3. Bezirk, Gänsbachergasse 3. Mit einem Kostenaufwand von 65,76 Millionen Schilling soll eine Unterkunft für rund 320 Menschen, zum Großteil Einzelpersonen, geschaffen werden. Bereits im November soll die Hälfte der Räumlichkeiten zum Bezug fertig sein, womit das Projekt in Rekordtempo vorbereitet, geplant und durchgeführt werden wird. (Schluß) ah/rr

## Stadt Wien ehrte Professor Kunz und Primarius Jellnek

Stadtrat Stacher überreichte Auszeichnungen

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zeichnete Dienstag nachmittag im Wiener Rathaus zwei bekannte Mediziner aus: Er überreichte dem Virologen Univ.-Prof. Dr. Christian KUNZ die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold und dem Chirurgen Primarius DDr. Robert JELINEK das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien. Als erster Gratulant fand sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bei den Geehrten ein. An der Feier nahm auch Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS teil.

Stadtrat Stacher betonte in seiner Laudatio, daß die beiden Ausgezeichneten einen Teil der medizinischen Geschichte Wiens darstellen, im Ausland aber vielleicht bekannter sind als in Österreich. Sie sind ein Beweis dafür, daß die Wiener medizinische Schule nach wie vor international anerkannte Leistungen erbringt.

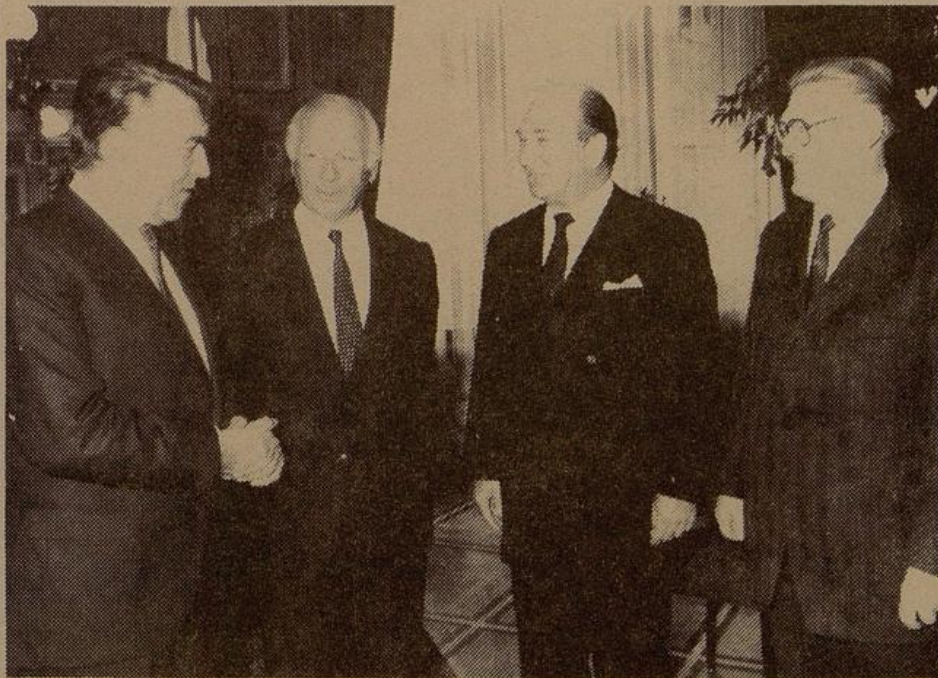


Foto: PID/Hutterer

Prof. Kunz trat, wie Stadtrat Stacher ausführte, nach Studien in Innsbruck und Wien 1955 in das Hygiene-Institut der Universität Wien ein und widmete sich dort verschiedenen Forschungsbereichen. Nach einem Aufenthalt im Max Planck-Institut für Virusforschung in Tübingen konzentrierte er sich auf virologische Fragestellungen, vor allem auf die Erforschung des Virus der Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME). 1961 führte er ein Jahr lang im New Yorker Rockefeller Institut Studien über durch Zecken übertragene Viren durch. 1971 wurde er zum ordentlichen Universitätsprofessor ernannt und zum Vorstand des neu gegründeten Instituts für Virologie an der Medizinischen Fakultät der Universität Wien bestellt.

Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit lag auf der Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes gegen FSME, der mittlerweile nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern verwendet wird. Prof. Kunz befaßte sich aber auch intensiv mit der Ausarbeitung und der praktischen Anwendung von Methoden zur frühzeitigen und raschen Diagnose von anderen Virusinfektionen. Er ist Mitglied und Ehrenmitglied einer Reihe von nationalen und internationalen wissenschaftlichen Vereinigungen, darunter auch Mitglied einer Expertenkommission der Weltgesundheitsorganisation.

Prof. Kunz ist Autor oder Koautor von mehr als 230 wissenschaftlichen Publikationen sowie Mitherausgeber zweier internationaler Fachzeitschriften über Virologie.

Primarius Jelinek ist, wie Stadtrat Stacher hervorhob, schon seit 1950 im Franz-Josef-Spital tätig. Anfangs widmete er sich besonders der Abdominalchirurgie, der Chirurgie des sympathischen Nervensystems und der Sporttraumatologie, später auch der Neurochirurgie. Er ergänzte seine Ausbildung bei mehreren Auslandsaufenthalten. 1956 erhielt Dr. Jelinek die Anerkennung als Facharzt für Chirurgie.

1965 wurde Dr. Jelinek zum Vorstand der Chirurgischen Abteilung im Franz-Josef-Spital berufen. Dabei kam ihm seine umfassende Ausbildung besonders zugute, da an dieser Abteilung neben der Bauchchirurgie auch die Unfallchirurgie eine wesentliche Rolle spielt und chirurgisch-orthopädische und gefäßchirurgische Eingriffe vorgenommen werden. Im besonderen widmete sich Primarius Jelinek der Sporttraumatologie, wo er sowohl operativ als auch wissenschaftlich tätig ist. Seit 1954 ist Primarius Jelinek Verbandsarzt des Österreichischen Fußballbundes, 1956 betreute er die österreichische Olympiamannschaft in Cortina d'Ampezzo, seit 1968 ist er Mitglied des medizinischen Beirates der FIFA. In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Institut für Sportmedizin eröffnete er 1976 an der Chirurgie des Franz-Josef-Spitals ein Sportunfallzentrum.

1977 wurde Primarius Jelinek nach Bulgarien berufen, wo er als Berater bei der Errichtung eines sporttraumatischen Zentrums wirkte. In der Folge wurde er zum Doktor der medizinischen Wissenschaften der Medizinischen Akademie Sofia ernannt. Primarius DDr. Jelinek verfaßte eine Reihe von Handbuchbeiträgen und mehr als 100 medizinische Publikationen, von denen viele der Sporttraumatologie gewidmet sind. Gemeinsam mit Koautoren schrieb er ein Buch über Sportschäden. In Vorbereitung ist eine Monographie über die Chirurgie der Meniskusverletzungen. (Schluß)  
sc/gg

Forts. von Blatt 660

### **Hochquellenwasserleitung: Verbesserungsvorschläge brachten Millionen einsparung**

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Der Initiative von drei Mitarbeitern der Wiener Wasserwerke ist eine Millioneneinsparung bei der Instandhaltung der Hochquellenwasserleitungen zu danken. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte den drei Beamten dafür am Mittwoch Prämien im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens in der Höhe von jeweils 10.000 Schilling.

Senatsrat Dipl.-Ing. Peter STEINWENDER, der Leiter der Abteilung für Quellengebiete und Fernleitungen in den Wasserwerken, und Oberstadtbaurat Dipl.-Ing. Peter HOFBAUER, der Referent für die 2. Hochquellenwasserleitung, hatten ein neues Konzept zur Behebung von Gebrechen an den Muffen der Wasserleitungsrohre entwickelt, Betriebsoberinspektor Henry WENZ arbeitete die neue Methode bis zur Anwendungsreife aus. Im wesentlichen geht es dabei darum, daß die Sanierung schadhafter Muffen nicht wie bisher durch Freilegen und Abdichten von außen, sondern durch geeignetes Dichtungsmaterial von innen erfolgt. Diese wesentlich billigere Vorgangsweise erbrachte in den vergangenen Jahren bei den beiden Hochquellenwasserleitungen bereits Einsparungen in der Höhe von insgesamt mehr als 9 Millionen Schilling. (Schluß) ger/gg

## **Populärer japanischer Spielfilm wird in Wien gedreht**

**Bürgermeister Zilk empfängt Filmteam**

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Nun wird Wien Drehort für einen japanischen Kinofilm: wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK mit dem bekannten japanischen Regisseur Yoji YAMADA und Produktionsmanager Kiyo KUROSA vereinbarte, wird ein großer Teil der 41. Folge der beliebten japanischen Filmserie „Tora-san“ vor der Kulisse der typischen Wiener Tourismusattributionen gedreht. Damit wird zum ersten Mal ein ausländischer Schauplatz für einen Film dieser am längsten laufenden Spielfilmserie der Welt gewählt.

Der ältere, etwas linkische Herr Tor genießt in Japan so große Popularität, daß einzelne Filme der Serie bis zu 2,5 Millionen Kinobesucher und ca. 25 Millionen Fernsehzuseher für sich verbuchen können. Das Projekt, das seit Jahren vom Wiener Fremdenverkehrsverband vorbesprochen wurde, wird von japanischen Werbeexperten auf 150 Millionen Schilling Werbewert für Wien geschätzt. Die sechswöchigen Dreharbeiten zu dem Film beginnen Ende Mai. (Schluß) wfv/rr



## **Wien zeigt Herz für Amphibien**

Wien, 5.4. (RK-KOMMUNAL) Jahr für Jahr kommen tausende Kröten, Frösche und Salamander im Frühling ums Leben. Der Weg von den Winterquartieren zu ihren angestammten Laichgewässern birgt große Gefahren. Kreuzt ihre Route eine Autostraße, so wird das Asphaltband zur Todesstrecke.

Im Rahmen der vom WWF Österreich initiierten Aktion „Amphibien und Autoverkehr“ konnten heuer in Wien zwei solche Straßenabschnitte entschärft werden. Mit tatkräftiger und finanzieller Unterstützung der Magistratsabteilung 22 — Umweltschutz wurden in der Amundsenstraße, Höhe Schottenhof, und in der Mauerbachstraße, Höhe Nr. 56, Schutzzäune installiert. Bei der sogenannten Zaun-Kübel-Methode werden die Amphibien durch einen niederen Zaun in Kübeln gelenkt. Die Kübel werden von den Betreuern der Anlage zweimal täglich kontrolliert und die Tiere über die Straße getragen. Die zeitaufwendige Arbeit haben dankenswerterweise Herr Dr. HAAS (Mauerbachstraße) und Oberförster JEITLER (Amundsenstraße) übernommen.

Diese beispielhafte Artenschutzaktion für die in Österreich vom Aussterben bedrohten Amphibien wird hoffentlich noch viele Helfer und Förderer gewinnen. (Schluß) wwf/du/bs

## **Vor Teilnehmerrekord beim 6. Wiener-Stadtmarathon**

Wien, 5.4. (RK-SPORT) Auf einer stark veränderten Strecke und mit einem Starterfeld, das nach Ansicht des Veranstalters die Bundeshauptstadt bisher noch nicht gesehen hat, geht der 6. Wiener Stadtmarathon am 16. April in Szene. Mit Start in Schönbrunn und Ziel am Heldenplatz werden über 3.000 Marathonläufer — darunter allein rund 1.000 aus dem Ausland — den Kampf gegen die Uhr antreten. Das bedeutet zugleich neuer Teilnehmerrekord. Darunter befinden sich zehn echte Weltklasseathleten, an der Spitze Gabriel KAMAU (Kenia) und Agapius MASONG (Tansania) sowie Vorjahressieger Mirko VINDIS (Jugoslawien) und der Österreicher Gerhard HARTMANN, der den Wien-Marathon bereits dreimal gewonnen hat.

Hartmann ist auch zuversichtlich: „Eine herrliche Strecke, wenn alles normal läuft, dann werden sicherlich bessere Zeiten als im Vorjahr erzielt werden“.

Der Budgetrahmen der Veranstaltung beläuft sich auf rund 6 bis 7 Millionen Schilling. Als Novum führt die Strecke erstmals durch das Rathaus. Start für die Marathonläufer und Frühlingsläufer — sie haben eine Distanz von 14,5 km zurückzulegen — ist gemeinsam um 10 Uhr in Schönbrunn. Den Startschuß geben Bürgermeister Helmut ZILK und Sportstadtrat Michael HÄUPL. Als zusätzliches Service: Am Tag der Veranstaltung können alle Teilnehmer die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benützen. Für die Sieger bei Damen und Herren gibt es einen Renault 19 — ein toller Preis.  
(Schluß) hof/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 6. April 1989

Blatt 666

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Dr. Erwin Hirnschall seit 25 Jahren Gemeinderat (671)

### Kommunal/Lokal:

Freundschaftsvertrag Tokyo-Taito ku mit Wien — Innere Stadt (667)

„Italiener in Wien“ im Südbahnhof (668)

Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Krankenhausorganisation (670)

„Super Channel“ auch in deutscher Sprache (672)

Drei neue Einbahnen (673)

Startschuß für U 3 im 15. Bezirk (674)

### Kultur:

60. Geburtstag von Walter Berry (669)

Wiener Musiksommer-Abos noch bis Ende April (669)

## Freundschaftsvertrag Tokyo-Taito ku mit Wien - Innere Stadt

Wien, 6.4. (RK-LOKAL) Die Zentrumsbezirke von Tokyo und von Wien haben einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Die beiden „Bezirksbürgermeister“ von Tokyo-Taito ku, Eiichi UCHIYAMA, und des 1. Bezirkes, Dr. Richard SCHMITZ, unterzeichneten am Mittwoch nachmittag in Anwesenheit von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK den Freundschaftsvertrag im großen Festsaal des Alten Rathauses. In der Urkunde heißt es „Damit sollen die persönlichen Verbindungen vertieft und die Kontakte auf sämtlichen kulturellen Gebieten gefördert werden. Durch die rege Pflege menschlicher und kultureller Beziehungen soll eine starke Brücke von Mensch zu Mensch, von Bezirk zu Bezirk und von Land zu Land geschlagen werden.“ (Schluß) fk/rr



Foto: PID/Hutterer

### **„Italiener in Wien“ Im Südbahnhof**

Wien, 6.4. (RK-LOKAL) Die interessante Ausstellung „Italiener in Wien“, die mit großem Erfolg im Wiener Rathaus, in Oderzo bei Treviso, Italien, und im Pier Ost des Wiener Flughafens gezeigt wurde, ist nun bis 11. Juni im Wiener Südbahnhof (obere Halle) zu sehen.

Die kleine Schau, die vom Wiener Stadt- und Landesarchiv mit Unterstützung durch das Italienische Kulturinstitut gestaltet wurde, zeigt die Wien-Bezüge großer Persönlichkeiten: von Aeneas Silvius Piccolomini, dem Sekretär Kaiser Friedrichs III. und späteren Papst Pius II., über den Erbauer des Schweizer Tores, Pietro Ferabosco, bis zum berühmten Dirigenten Arturo Toscanini. (Schluß) am/bs

## **60. Geburtstag von Walter Berry**

Wien, 6.4. (RK-KULTUR) Walter Berry wurde am 8. April 1929 in Wien geboren, wo er früh Klavierunterricht genoß, in Kirchenchören sang und schon als Kind solistische Aufgaben erfüllte.

An der Wiener Musikakademie studierte Berry zwischen 1946 und 1950 bei Hermann Gallos Gesang im Fach des Baß-Baritons. Er trat bei verschiedenen Musikwettbewerben (Wien, Genf, Verviers) auf und erhielt eine Reihe von Auszeichnungen.

Seit 1950 ist er als Solist an der Wiener Staatsoper engagiert, wo er seitdem alle großen Rollen seines Faches gesungen hat. 1953 trat Berry erstmals bei den Salzburger Festspielen auf.

Bis 1955 galt Berry beinahe ausschließlich als Mozart-Sänger; danach erweiterte er sein Fach. Er sang die Titelrolle in Alban Bergs „Wozzeck“, dann Partien in Opern von Richard Strauss, Richard Wagner und Ludwig van Beethoven.

Ab 1960 stieg Walter Berry zu einem der bedeutendsten Opern- und Liedsänger unserer Zeit auf. Engagements bei den Salzburger Osterfestspielen, nach Bayreuth, New York und zu allen bedeutenden Festivals der Welt folgten. Eine große Anzahl von Schallplattenaufnahmen dokumentiert seinen künstlerischen Rang.

Er gilt als exemplarischer Liedsänger (z.B. Schubert, Wolf) und als bedeutender Rollengestalter. Schon 1963 wurde Walter Berry zum österreichischen Kammersänger ernannt. 1984 erhielt er von der Stadt Wien die Ehrenmedaille in Gold. (Schluß) red/rr

## **Wiener Musiksommer-Abos noch bis Ende April**

Wien, 6.4. (RK-KULTUR) Für den Wiener Musiksommer 1989 wird erstmals ein Abonnement aufgelegt. Das „Wiener Musiksommer-Abo“ ermöglicht bei freier Terminwahl den Besuch von acht Konzerten zu einem Gesamtpreis von 400 Schilling. Letzter Bestelltermin für das Abonnement ist der 30. April. Auskunft und Bestellung: Tel. 42 800/2741. (Schluß) gab/bs

## **Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Krankenhausorganisation**

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION — er ist auch Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft — eröffnete Mittwoch die neue Ludwig-Boltzmann-Forschungsstelle für Krankenhausorganisation. Sie setzt sich zum Ziel, in Verbindung von Grundlagenforschung und Praxis Instrumentarien für die Weiterentwicklung einer zielorientierten und ökonomischen Krankenhausführung zu erarbeiten. Die Einrichtung dieser neuen Forschungsstelle erfolgt nach dem in der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft seit langem bewährten Prinzip der Partnerschaft mit bestehenden Institutionen, in diesem Fall dem Anstaltenamt (MA 17) der Stadt Wien. Wissenschaftliche Leiter sind Obersenatsrat Dr. Wolfgang ZWINS, der Chef der MA 17, und Univ. Lektor Dkfm. Dr. Eugen HAUKE, Mitarbeiter des Wiener Kontrollamtes; administrativer Leiter ist Obersenatsrat Dipl.-Ing. Gerhard KÖLBLINGER (MA 17). Die Finanzierung erfolgt ausschließlich aus Drittmitteln.

Magistratsdirektor Dr. Bandion bezeichnete es als besonders wichtig, daß die Leiter der Forschungsstelle praktische Erfahrungen und Problemeinsicht in der größten Spitalsverwaltung Österreichs haben. Die Ansprüche an das Gesundheitswesen und insbesondere an die Spitäler sind enorm gestiegen, der medizinische Fortschritt hat neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden erschlossen. Zugleich zeichnen sich aber die Grenzen der Finanzierbarkeit des Spitalswesens ab. Notwendige Reformen dürfen sich nicht auf die Veränderung des Finanzierungsschlüssels beschränken, sie müssen nicht zuletzt auch im Krankenhaus selbst ansetzen. Das Verbesserungspotential bei Organisation und Betrieb von Krankenhäusern gilt es zu analysieren und auszuschöpfen. Der Schwerpunkt der Tätigkeit der neuen Forschungsstelle wird im ökonomischen Bereich liegen, wobei aber eine interdisziplinäre Betrachtungsweise nicht vernachlässigt werden darf: „Ein ökonomisch vielleicht perfektes Krankenhaus, in dem überspitzt formuliert — der Patient und seine Bedürfnisse wegrationalisiert wurden, wünschen wir uns nicht“, betonte Bandion.

Zu den ersten Forschungsvorhaben zählen die Qualitätssicherung von Krankenhausleistungen, ökonomisch-organisatorische Überlegungen in Zusammenhang mit AIDS, die Verbesserung der Krankenhausführung durch zweckmäßige Informationssysteme sowie die Verbesserung der Versorgung alter Menschen.

Der Gründungsveranstaltung der neuen Forschungsstelle wohnten zahlreiche Ehrengäste, an der Spitze Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, bei. (Schluß) ger/bs

## **Dr. Erwin Hirnschall seit 25 Jahren Gemeinderat**

Wien, 6.5. (RK-POLITIK) Der Klubobmann der Wiener FPÖ Dr. Erwin HIRNSCHALL feiert dieser Tage ein besonderes Jubiläum. Vor 25 Jahren wurde er als Gemeinderat und Landtagsabgeordneter angelobt und gehört diesen Gremien seither ohne Unterbrechung an.

Dr. Hirnschall wurde am 22.7.1930 in Allentsteig im Waldviertel geboren und maturierte 1948 in Zwettl. Anschließend studierte er an der Universität Wien und promovierte 1955 zum Dr. jur. Nach dem Gerichtsjahr trat er in den Finanzdienst ein, wo er heute den Rang eines Ministerialrates bekleidet.

Die politische Laufbahn begann während seiner Studienzeit an der Wiener Universität. Erwin Hirnschall war Mitbegründer des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS) und zwischen 1953 und 1955 zweiter Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft.

1955 war Dr. Hirnschall Gründungsmitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs. In die Kommunalpolitik stieg er mit 28 Jahren ein; 1958 wurde er Bezirksparteiobmann in Liesing. Diese Funktion übt er bis heute aus. 1959 wurde er Bezirksrat, 1964 in den Gemeinderat gewählt. 1971 übernahm er die Funktion des Klubobmannes, 1978 wurde Dr. Hirnschall Vorsitzender des Kontrollausschusses. 1983 erfolgte seine Wahl zum geschäftsführenden Landesparteiobmann der Wiener FPÖ und zum Mitglied des Bundespartei Vorstandes. Seit 1987 ist Dr. Hirnschall Wiener Landesparteiobmann.  
(Schluß) fk/bs



## **„Super Channel“ auch in deutscher Sprache**

Wien, 6.4. (RK-LOKAL) Der englische Fernsehsender „Super Channel“, der bekanntlich im Wiener Kabelnetz zu sehen ist, strahlt ab sofort auch Programme in deutscher Sprache aus. In erster Linie werden es aktuelle Sendungen wie Nachrichten oder Live-Sportereignisse sein. Weiters wird das von Jugendlichen bevorzugte Nachmittagsunterhaltungsprogramm „Hot Line“ in deutscher und englischer Sprache moderiert. Aber auch abendliche Spielfilme werden fallweise in deutscher Sprache, mit englischen Untertiteln, gezeigt. Besitzer von Fernsehgeräten mit Zweikanalton können bei Nachrichten auswählen — deutscher oder englischer Text. (Schluß) ull/rr

### **Drei neue Einbahnen**

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Mit Freitag, 7. April, 9 Uhr, tritt in drei Straßenzügen eine neue beziehungsweise geänderte Einbahnregelung in Kraft, und zwar im

- 3. Bezirk, Kollergasse: Einbahn von Lorbeergasse bis und in Richtung Hetzgasse; hier wird die bestehende Einbahn umgedreht.
- 3. Bezirk, Hansalgasse: Einbahn von Untere Viaduktgasse bis und in Richtung Bechardgasse.
- 19. Bezirk, Dionysius-Andrassy-Straße: Einbahn von Silbergasse bis und in Richtung Formanekgasse.

(Schluß) pz/gg

## Startschuß für U 3 im 15. Bezirk

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Ein wichtiger Schritt für die Fertigstellung der 2. Ausbauphase des Wiener U-Bahn-Netzes wurde Donnerstag Vormittag im 15. Bezirk gesetzt: 30 Meter unter dem Reithofferplatz fand der Tunnelanschlag für die Tunnelröhren des 14. Bauabschnittes der U 3 („Schweglerstraße“) statt. Die traditionelle Patenschaft übernahm dabei Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, nach der der Stollen „Ingrid-Tunnel“ benannt wurde.

Verkehrstadtrat Johann HATZL verwies bei diesem Anlaß darauf, daß die U-Bahn-Bauarbeiten unter geringstmöglicher Belästigung für die Anrainer vor sich gehen. Im 3. Bezirk, wo bereits die Herstellung der Oberflächen wieder im Gange ist, haben die Anrainer der Landstraßer Hauptstraße und der Hainburger Straße schon feststellen können, daß die Behinderungen auf Grund der guten Zusammenarbeit der U-Bahn-Bauabteilung mit der Bevölkerung weitaus geringer als befürchtet waren. Der U-Bahn-Bau gibt nach seiner Beendigung auch die große städtebauliche Chance, die betroffenen Straßenzüge wohnlicher zu gestalten.

Besonders bewährt hat sich bei den U-Bahn-Baustellen der „Ombudsmann“, der den Anrainern jederzeit telefonisch oder persönlich für Auskünfte oder die Behebung bestehender Mängel zur Verfügung steht.

Im U-Bahn-Bauabschnitt „Schweglerstraße“ ist dies Ombudsmann Ing. Hubert SEBERA, im städtischen Baubüro Pouthongasse 12, Telefon 922631 Durchwahl 25. Bei ihm sind auch jederzeit Anmeldungen für kostenlose Führungen durch die U-Bahn-Baustelle (ab 10 Personen) möglich.

Der Bauabschnitt „Schweglerstraße“ erstreckt sich von der Gerstnerstraße bis zum Kardinal-Rauscher-Platz und ist damit knapp einen Kilometer lang. Alle Röhren werden in geschlossener Bauweise nach der neuen österreichischen Tunnelbaumethode vom Zentralschacht am Reithofferplatz aus hergestellt. In offener Bauweise werden lediglich die Schächte in der Stättermayergasse und in der Benedikt-Schellinger-Gasse für die Station „Schweglerstraße“ errichtet. Die Gesamtkosten für diesen Abschnitt betragen 1,6 Milliarden Schilling, die Rohbauzeit ist mit 38 Monaten angesetzt.

Die Termine für die Inbetriebnahme der einzelnen Abschnitte der U 3:

- Erdberg — Volkstheater Frühjahr 1991
- Volkstheater — Westbahnhof Herbst 1993
- Westbahnhof — Johnstraße Herbst 1994
- Johnstraße — Ottakring 1996

(Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 7. April 1989

Blatt 675

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

#### Kommunal/Lokal:

- BIE-Delegation in Wien (676/FS: 6.4.)
- Goldenes Verdienstzeichen für Albert Kaufmann (677/FS: 6.4.)
- Auch heuer wieder „Aktion Grün“ für Gemeindebauten (678)
- Smejkal zog Bilanz über Soziale Dienste in Wien (680)
- Neuer Kraftwerksblock Simmering: Umweltschutz und Versorgungssicherheit (681/682)
- Gleisbauarbeiten in der Thaliastraße (683)
- Direkte Rampe zur Praterbrücke erhält Lärmschutz (683)

#### Kultur:

- Ausstellung im Bezirksmuseum Döbling (679)
- Begleitprogramm zur „Rudolf“-Ausstellung (679)

## **BIE-Delegation in Wien**

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag nachmittag traf eine vierköpfige Delegation des Pariser Weltausstellungsbüros BIE in Wien ein. Frau Marie-Helene DEFRENE sowie Jacques SOL-ROLLAND, Ted ALLAN und William TAPPE wurden auf dem Flughafen Wien-Schwechat von Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER und Stadtrat Dr. Hannes SWOBODA begrüßt.

Die Delegation wird bis 12. April in Wien bleiben. Heute steht noch ein Treffen mit Bürgermeister Dr. Helmut ZILK im Rathaus auf dem Programm. Morgen, Freitag, wird die Delegation das Weltausstellungsgelände beim Konferenzzentrum besichtigen. Am Wochenende sind die Gäste im Burgenland und in Niederösterreich. Am Dienstag sind Zusammenkünfte mit Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY und Vizekanzler Dr. Alois MOCK vorgesehen.

### **Empfang beim Bürgermeister**

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk hieß Donnerstag nachmittag im Roten Salon des Wiener Rathauses die BIE-Delegation aus Paris willkommen. Zilk betonte, die Idee einer gemeinsamen, grenz- und systemüberschreitenden Weltausstellung sei nicht nur für die Städte Wien und Budapest von Nutzen, die Welt brauche solche Ideen. Um diese Idee realisieren zu können, werden Österreich und Wien viel dafür tun. Mit einem Dank, daß die Delegation nach Wien gekommen ist, schloß der Wiener Bürgermeister seine Begrüßungsworte.

Bei dem Empfang im Wiener Rathaus waren die Mitglieder der Wiener Landesregierung, die Klubobmänner der im Wiener Rathaus vertretenen Parteien, sowie Spitzenbeamte anwesend. (Schluß) ger/sei/bs

Bereits am 6. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Goldenes Verdienstzeichen für Albert Kaufmann**

Wien, 6.4. (RK-KOMMUNAL) Das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien überreichte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag an den Zentralsekretär a.D. der Gewerkschaft Gastgewerblicher Arbeitnehmer, Albert KAUFMANN. Albert Kaufmann war von 1964 bis 1978 Zentralsekretär der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, persönlicher Dienst, war ehrenamtlich beim Sozialschiedsgericht, dem Berufungssenat für Arbeitsrecht sowie dem Obereinigungsamt tätig und setzte sich besonders für die Arbeits- und Sozialrechte der gastgewerblichen Arbeitnehmer ein. (Schluß) jel/rr

Bereits am 6. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

### **Auch heuer wieder „Aktion Grün“ für Gemeindebauten**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Auch heuer gibt es wieder eine „Aktion Grün“ für Wiens Gemeindebauten. Die städtische Wohnhausverwaltung (Magistratsabteilung 52) stellt Geld für Begrünungsmaßnahmen zur Verfügung. Zusätzlich wird auch Rat und Hilfe durch einen erfahrenen Gärtner angeboten. Interessierte Mietergemeinschaften können sich bis 22. Mai bei ihrer Wohnhausverwaltung, also dem Hausinspektor oder Bezirksreferenten, melden. (Schluß) ah/bs

### **Ausstellung im Bezirksmuseum Döbling**

Wien, 7.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Bezirksmuseum Döbling, Döblinger Hauptstraße 96, ist vom 8. bis 30. April eine Ausstellung mit Ölbildern, Aquarellen und Zeichnungen von Prof. Friedrich STURM zu sehen. Die Ausstellung ist jeden Mittwoch und Samstag von 16 bis 18 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/gg

### **Begleitprogramm zu „Rudolf“-Ausstellung**

Wien, 7.4. (RK-KULTUR) Eine Collage um Kaiserin Elisabeth und Kronprinz Rudolf ist ab 9. April an mehreren Sonntagen in der „Rudolf“-Ausstellung in der Hermesvilla zu sehen.

Die Collage trägt den Titel „Die Einsamkeit der Seemöve“ und wird von der Gruppe „Kaleidoskop“ unter der Mitwirkung von Doris HAUBER, Christopher HEINZ, Gertrud MATUSCHKA und Charly WINKLER gezeigt. Vorstellungstermine sind der 9. und 23. April, der 7. und 21. Mai sowie der 4. und 18. Juni, jeweils um 16.30 Uhr. Der Eintritt zur Vorstellung im Kirchensaal im 1. Stock ist für Ausstellungsbesucher frei. (Schluß) gab/rr



## **Smejkal zog Bilanz über Soziale Dienste in Wien**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Seit zehn Jahren ist der Einsatz der Sozialen Dienste, wie Heimhilfe, Essen auf Rädern, Wäschepflege-, Reparatur-, Besuchsdienst usw. dezentral durch die Sozialen Stützpunkte organisiert, zog Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ Bilanz. Die Dienste sollen älteren, behinderten oder kranken Menschen das Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen. Die Bezieher der Sozialen Dienste sind durchschnittlich 82 Jahre alt, 74 Prozent sind über 75. 80 Prozent der Klienten sind alleinstehend, 82 Prozent sind Frauen. Die Kostenbeiträge sind abhängig vom Einkommen.

Die Sozialen Dienste konnten in Zusammenarbeit mit privaten Wohlfahrtsorganisationen flächendeckend ausgebaut werden, unterstrich Smejkal. So arbeiten derzeit im Heimhilfedienst fast 3.000 Mitarbeiterinnen, die von Privaten beschäftigt werden, und für die die Stadt Wien die Kosten von rund 577,2 Millionen Schilling im Jahr 1988 übernommen hat. 1988 wurden in rund 3,4 Millionen Stunden 12.209 Personen von 2.973 Heimhelferinnen betreut. Das sind um 6.579 Personen und um 1.304 Helferinnen mehr als im Jahr 1978, in dem die Stadt Wien für die Heimhilfe rund 171,7 Millionen Schilling aufgewendet hat.

4.858 Personen (1978 waren es 1.327) wurden 1988 von 887 Mitarbeitern (1978 waren es 322) des Besuchsdienstes in 345.668 Stunden betreut. Der Kostenaufwand für den Besuchsdienst betrug 1988 rund 46,1 Millionen Schilling. In 48.101 Fällen bzw. 192.302 Stunden wurden 1988 der Reinigungsdienst beansprucht, der Wäschepflegedienst betreute im Vorjahr 2.801 Personen, der Reparaturdienst führte bei 1.321 Betreuten Arbeiten durch, zog Smejkal Bilanz.

Um dem Klienten die Inanspruchnahme der Sozialen Dienste zu erleichtern, wurden vor rund zehn Jahren die Sozialen Stützpunkte errichtet. In den Stützpunkten arbeiten Diplomkrankenschwestern, die gemeinsam mit dem Patienten den Bedarf nach Sozialen Diensten feststellen, administrative Mitarbeiter und Heimhelferinnen, die die Erstversorgung übernehmen. Die Dezentralisierung des Einsatzes der Sozialen Dienste habe, schloß Smejkal, neben besseren Kontakten zu anderen im jeweiligen Bezirk tätigen sozialen Einrichtungen auch eine intensivere Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten gebracht. (Schluß) jel/rr

## **Neuer Kraftwerksblock Simmering: Umweltschutz und Versorgungssicherheit**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Mit der Freitag in Anwesenheit von Stadtrat Johann HATZL erfolgten Grundsteinlegung wurde der Startschuß für den Neubau des Blockkraftwerkes 3/4 im Kraftwerk Simmering gegeben. Dieser neue Block wird rund fünf Milliarden Schilling kosten, ein Viertel dieser Summe wird allein für Maßnahmen aufgewendet, die dem Umweltschutz dienen. Der neue Block wird die bestehenden Kraftwerksblöcke 3, 4 und 6 des Kraftwerkes Simmering ersetzen, die veraltet und nicht mehr auf den neuen Umweltstandard der Wiener E-Werke umzurüsten sind.

Der neue Kraftwerksblock wird 380 Megawatt leisten, was etwa einem Viertel der prognostizierten Jahreshöchstlast der Jahre 1992/93, dem Zeitraum der vorgesehenen Inbetriebnahme, entspricht. Er kann sieben bis acht Wiener Gemeindebezirke, rund 237.000 Haushalte und 44.000 Gewerbeanlagen, mit Strom versorgen.

### **Aufträge für österreichische Firmen**

Der Neubau des Kraftwerksblockes hat auch wichtige wirtschaftspolitische Aspekte. Die Fünf-Milliarden-Investition kommt im wesentlichen Wiener und österreichischen Firmen zugute.

Die größten „Brocken“: Kessel und Denox-Anlage 1,2 Milliarden (SGP), Rauchgasentschwefelungsanlage 0,5 Milliarden (Waagner Biro), Dampfturbosatz 0,8 Milliarden und Leittechnik 0,4 Milliarden (Ausschreibung noch im Gange) und Baumeisterarbeiten 0,3 Milliarden (ARGE aus österreichischen Firmen).

### **Fernwärmeabgabe senkt Hausbrand-Emissionen**

Nachdem in rund eineinhalb Jahrzehnten die hohen Zuwachsraten beim Strombedarf zum Bau der Blöcke drei bis sechs im Kraftwerk Simmering, 1 und 2 im Kraftwerk Donaustadt, der Gasturbinenanlage Leopoldau und zuletzt zum Bau des Blockkraftwerkes 1/2 im Kraftwerk Simmering führten, trat nach Inbetriebnahme dieses letzten Blockes im Jahr 1978 eine Unterbrechung dieses Ausbauprogrammes ein. Trotz gegenteiliger Prognosen ist in den letzten Jahren der Strombedarf weiter angestiegen, zuletzt im Jahr 1988 um fast drei Prozent. Durch den forcierten und auch im Sinne des Umweltschutzes notwendigen Ausbau des Fernwärmenetzes — innerhalb von 20 Jahren auf 100.000 Abnehmer — steigt auch der Fernwärmebedarf deutlich an.

Für das Wirtschaftsjahr 1988/89 wird mit einem Bedarf der Heizbetriebe Wien von 2.700 Gigawattstunden Fernwärme gerechnet, der zu einem großen Teil aus „Kraft-Wärme-Kupplungen“ bei der Stromerzeugung stammt. Der neue Block 3/4 im Kraftwerk Simmering wird deshalb auch mit Anlagen zur Fernwärmeerzeugung ausgerüstet, die eine Abgabe von 320 Megawatt ermöglichen werden.

Mit der Inbetriebnahme der Kraft-Wärme-Kupplung im neuen Kraftwerksblock, die gemeinsam mit der Fernwärmeauskopplung im Block 1/2 im Kraftwerk Simmering und der 1988 fertiggestellten Fernwärmeauskopplung im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau künftig das Rückgrat der Fernwärmeversorgung Wiens bilden wird, wird die jährliche Heizöleinsparung gegenüber dem Hausbrand mit Heizöl im Jahr 1993 auf 170.000 Tonnen steigen. Damit wird der neue Kraftwerksblock auch zu einer weiteren Senkung der Schwefeldioxidemissionen aus dem Hausbrand beitragen.

### **Schwefeldioxid um mehr als 95 Prozent reduziert**

Der neue Block wird mit modernsten Rauchgasreinigungsanlagen ausgestattet sein, die sowohl eine Entschwefelung als auch eine Entstickung

und Entstaubung auf die gesetzlich geforderten Grenzwerte ermöglichen. Er stellt damit den letzten Schritt im umfangreichen Umweltprogramm der Wiener E-Werke dar, das schon bisher eine Reduktion der Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen um rund 90 Prozent gebracht hat. Mit der Inbetriebnahme des neuen Blockes wird ab 1993 eine weitere, drastische Senkung der Schwefeldioxidemissionen erfolgen. Sie werden dann nur mehr weit weniger als fünf Prozent des Wertes aus dem Jahr 1983, als mit den Umweltschutzmaßnahmen begonnen wurde, betragen. Dies wird dadurch ermöglicht, daß der Heizölanteil, der aus Gründen der Versorgungssicherheit aufrechterhalten werden muß, bei bestmöglicher Entschwefelung ausschließlich im neuen Blockkraftwerk verfeuert wird, während in den übrigen Kraftwerksblöcken der Wiener E-Werke nur mehr das schwefelfreie Erdgas eingesetzt wird.

### **Standortfestlegung**

Da der neue Block alte Blöcke im Kraftwerk Simmering ersetzen wird, wurde auch dieser Standort wieder gewählt. Er ermöglicht die Nutzung des durch die Stilllegung der alten Blöcke freiwerdenden Kühlwassers. Auch die Einspeisung der elektrischen Energie in das 380 Kilovolt-Netz und der aus diesem Block ausgekoppelten Fernwärme in die Verbundleitung der Heizbetriebe Wien läßt sich von hier aus günstig realisieren. Außerdem sind sowohl die Gas- als auch die Heizölversorgung vorhanden.

### **Technische Daten**

Es wird ein sogenannter Kombi-Block (mit Heizöl oder Erdgas befeuerter Dampfblock mit vorgeschalteter Gasturbine) aufgestellt. Beim Kombi-Block werden die Abgase der mit Erdgas befeuerten Gasturbinenanlage im offenen Prozeß als Verbrennungsluft der Feuerung des Dampfkessels zugeleitet. Dadurch wird die darin enthaltene Wärmeenergie ausgenützt. Durch diese Kombination von Gasturbine und Dampfblock wird eine Verbesserung des Wirkungsgrades der Gesamtanlage und damit eine Reduktion der Primärenergiekosten gegenüber einem reinen Dampfblock erreicht. Die Wärmemenge, die durch das Kühlwasser abgeführt werden muß, wird durch die Fernwärmeauskoppelung bedeutend verringert. Außerdem besteht die Möglichkeit, sowohl die Dampfturbine als auch die Gasturbine getrennt zu betreiben.

Dieses Kraftwerkskonzept in Verbindung mit Fernwärmeauskoppelung hat sich schon im Block 1/2 des Kraftwerkes Simmering bewährt und gewährleistet eine höchstmögliche Ausnutzung der eingesetzten Primärenergie.

Die Blockleistung wird rund 380 Megawatt betragen, zusätzlich ist eine, dieser Leistungsgröße entsprechende, Fernwärmeabgabe von 320 Megawatt vorgesehen.

Um außerhalb der Heizperiode einen nach den Erfordernissen der Stromerzeugung ausgerichteten Betrieb zu ermöglichen und auch während des Winterhalbjahres die elektrische Belastung weitgehend unabhängig vom Fernwärmebedarf wählen zu können, wird die Anlage mit einer „Entnahme-Kondensationsturbine“ ausgestattet.

Die Aufwärmung des Heizwassers erfolgt dabei mehrstufig aus den entsprechenden Entnahmestufen der Dampfturbinenanlage.

Als Hauptbrennstoff für den Kraftwerksblock ist Heizöl schwer vorgesehen. Die Anlage wird jedoch ihre volle Leistung auch bei Einsatz von Erdgas abgeben können. (Forts. mgl.) roh/gal

Forts. von Blatt 681

### **Gleisbauarbeiten in der Thaliastraße**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Ein Gleisbauvorhaben der Wiener Stadtwerke/Verkehrsbetriebe in 16, Thaliastraße in den Abschnitten Montleartstraße bis Maroltingergasse und Maroltingergasse bis Enenkelstraße, das am kommenden Montag, 10. April, beginnen und voraussichtlich neun Wochen in Anspruch nehmen wird, macht auch begleitende Verkehrsmaßnahmen erforderlich:

Bereits am kommenden Montag wird am Vormittag nach der Verkehrsspitze für die Dauer von sechs Wochen eine Einbahnführung der Thaliastraße von Enenkelstraße bis und in Richtung Maroltingergasse in Kraft treten. Der Gegenverkehr wird über die Route Maroltingergasse — Hasnerstraße — Enenkelstraße zurück zur Thaliastraße geleitet. Zu einem späteren Zeitpunkt ist für die Dauer einer Woche auch eine Sperre des kurzen Straßenstückes Montleartstraße/ Ottakringer Straße (Gleisschleife) vorgesehen. (Schluß) pz/rr

### **Direkte Rampe zur Praterbrücke erhält Lärmschutz**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zuge des Baues der Direkten Rampe B3b/ Auffahrt Donaustadtstraße zur Praterbrücke in 22, Kaisermühlen, erfolgt die beidseitige Errichtung von Lärmschutzwänden auf einer Länge von 250 Metern ab der Neuhauferstraße bei den derzeit bestehenden Auffahrten. Die betreffenden Arbeiten werden kommenden Montag, 10. April, aufgenommen und voraussichtlich bis Ende Juli dieses Jahres dauern.

Im Zusammenhang mit den Arbeiten sind auch Verkehrsmaßnahmen erforderlich: Die bestehende Fahrbahn wird auf 6,50 Meter verengt; während der späten Abend- und Nachtstunden, etwa zwischen 20 Uhr und 5 Uhr früh, wird es fallweise auch zur Einengung auf eine Fahrspur kommen. (Schluß) pz/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 10. April 1989

Blatt 684

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Stacher fordert bessere Organisation für Organspenden (685/FS: 7.4.)
- Größtes Kraftwerksprojekt Österreichs der letzten zehn Jahre (686/FS: 7.4.)
- Bericht zur Grünlanddeklaration liegt vor (688/689/FS: 7.4.)
- Pariser EXPO-Delegation hat die Arbeit aufgenommen (690/FS: 7.4.)
- Pensionistenklubs schließen Ende April (693)
- Tiefe Furchen im Wald- und Wiesengürtel (694)
- Terminvorschau vom 11. bis 22. April (696/697)
- Probelauf der MVA Spittelau mit Gas (699)
- Wiener ÖVP verlangt Sondersitzung des Gemeinderates wegen der Vorfälle im Krankenhaus Lainz (700)
- Stacher zur Mordserie im Krankenhaus Lainz (701)
- Krankenschwestern gestanden Mordanschläge an Patienten (nur FS: 7.4.)
- Brand im 22. Bezirk (nur FS)
- Pensionist übersah Straßenbahn (nur FS)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters um 12 Uhr (nur FS)
- Vierte verhaftete Schwester — keine Diplomschwester (nur FS)

## Kultur:

- „Entführung aus dem Serail“ bei den Festwochen (691/FS: 7.4.)
- 100.000 Schilling für Frauen-Kammerorchester (691/FS: 8.4.)
- 125. Geburtstag von Berta Zuckermandl (692/FS: 9.4.)
- Malerei im Alten Rathaus (695)
- Kleinkunst Jazz-Tage (695)
- Neuer Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (698)

## Sport:

- 3,4 Millionen Förderungsmittel für den Sport (687/FS: 7.4.)

## **Stacher fordert bessere Organisation für Organspenden**

**Es muß möglich sein, Geld dafür aufzutreiben**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Zu den Medienberichten über eine Veranstaltung, die sich mit den Problemen der Organtransplantationen beschäftigte, stellte der Wiener Gesundheitsstadtrat Dr. Alois STACHER Freitag fest, daß in Österreich vor allem die Organisation der Organspenden verbessert werden müßte. Er habe die Absicht, von Wien aus eine solche Organisation für Ostösterreich oder — in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium — für ganz Österreich ins Leben zu rufen. Es habe darüber auch schon Besprechungen — auch mit der Sozialversicherung — gegeben.

Stadtrat Stacher betonte, daß eine solche Organisation engen Kontakt zur internationalen Transplantations-Organisation „Eurotransplant“ halten müsse. Eine bessere Organisation des Organspendenaufkommens würde nicht nur mehr dringend notwendige Transplantationen ermöglichen, sondern auch die Chirurgen entlasten, die sich heute selbst um die Organspenden kümmern müssen. Die Stadt Wien sei an einer reibungslosen Organisation schon deshalb sehr interessiert, weil in der Bundeshauptstadt die meisten Transplantationen durchgeführt werden.

Stacher sagte, er teile die Meinung des Innsbrucker Chirurgen, Professor Dr. Raimund MAGREITER, daß sich ein Staat wie Österreich Organtransplantationen leisten können müsse. In diesem Zusammenhang verwies der Wiener Gesundheitsstadtrat auf die Tatsache, daß Nierentransplantationen zwar sehr teuer sind, die Betreuung von Dialysepatienten auf die Dauer aber wesentlich mehr koste — abgesehen davon, daß man den Menschen dadurch wieder ein normales Leben bieten und sie auch wieder in den Arbeitsprozeß eingliedern könne. (Schluß) sc/bs

Bereits am 7. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **Größtes Kraftwerksprojekt Österreichs der letzten zehn Jahre**

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL verwies anlässlich der Grundsteinlegung für den neuen, fünf Milliarden Schilling teuren Kraftwerksblock „3/4“ im Kraftwerk Simmering darauf, daß es sich dabei um das größte Kraftwerksprojekt in Österreich der letzten zehn Jahre und voraussichtlich auch der kommenden zehn Jahre handle. Der neue Block mit einer Leistung von 380 Megawatt — Betriebsaufnahme Anfang 1993 — wird über eine höhere Kapazität als vergleichsweise Kaprun und fast doppelt soviel wie die geplante Staustufe Wien verfügen.

Der österreichische Anteil an den Gesamtinvestitionen beträgt mit 3,4 Milliarden rund 70 Prozent, der Wiener Anteil alleine fast die Hälfte. Der Kraftwerksbau ist damit auch von großer wirtschaftspolitischer und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung.

In einer grundsätzlichen Stellungnahme zur österreichischen Energiepolitik sagte Stadtrat Hatzl, man dürfe Österreich nicht zu einem „energiepolitischen Entwicklungsland“ verkommen lassen, andererseits dürfe Österreich auch nicht zu einem Land werden, in dem Energiebauten um jeden Preis durchgepeitscht werden. Er stehe nicht auf Seiten jener, die grundsätzlich jedes Kraftwerksprojekt mit Gewalt realisieren wollen, aber auch nicht auf jener, die grundsätzlich jedes Projekt ablehnen und nicht einmal diskussionsbereit sind, sagte der Energiestadtrat. Gefragt sei heute ein sinnvoller, verantwortungsbewußter Umgang mit unseren energetischen Ressourcen, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

Bereits am 7. April 1989  
Über Fernschreiber ausgesendet

### **3,4 Millionen Förderungsmittel für den Sport**

Wien, 7.4. (RK-SPORT) Der Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport genehmigte in seiner Sitzung am Freitag Sportförderungsmittel in der Höhe von insgesamt 3,356.500 Schilling für Verbände und Vereine. (Schluß) hof/gg

Bereits am 7. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet



## Bericht zur Grünlanddeklaration liegt vor

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL legte am Freitag im Gemeinderatsausschuß für Umwelt, Freizeit und Sport den Bericht zur Grünlanddeklaration vor. Die Grünlanddeklaration wurde vom Wiener Landtag am 24.6.1986 in dem Bewußtsein beschlossen, daß Wien wie keine andere mitteleuropäische Großstadt über besonders günstige Voraussetzungen für eine vielfältige, zum Teil sogar einzigartige Vegetation verfügt, die schützens- und erhaltenswert ist. Wien liegt im Schnittpunkt mehrerer Typen von Großlandschaften: dem Alpenraum, der pannonischen Ebene und dem Donaudurchbruch.

Der nunmehr vorliegende erste Zweijahresbericht über die Grünlandpolitik der Stadt Wien umfaßt daher schwerpunktmäßig alle Vorhaben und Maßnahmen, die für den Ausbau, die Sicherung und Erhaltung sowie die Entwicklung der in Wien vorhandenen Grün- und Freiflächen der Kulturlandschaftstypen von Bedeutung sind.

Stadtrat Häupl erklärte im Zusammenhang mit dem Bericht, daß es in der Stadtentwicklung selbstverständlich Zielkonflikte im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsinteressen gäbe. So stünden bisweilen die notwendige Nutzung von Wohnbau und Betriebsansiedlungen im Gegensatz zu dem ebenso notwendigen Interessen von Erhaltung, Schaffung und Bewirtschaftung von Grünflächen. Die Wiener Kommunalpolitiker seien bemüht, diese Zielkonflikte auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes möglichst zu beseitigen. Er, Häupl, sehe sich jedenfalls als Anwalt der Grünflächen.

Als erster Schritt zur Umsetzung der Grünlanddeklaration kann das im Zusammenhang mit dem Wiener Naturschutzgesetz 1984 und in Abstimmung mit dem Stadtentwicklungsplan erstellte Schutzgebietssystem von Landschaftsräumen angesehen werden. Dementsprechend wurden bereits Teile des 23. Bezirkes zum Landschaftsschutzgebiet Mauer — Kalksburg erklärt. Weitere Landschaftsschutzgebiete, z.B. Zugberg, Brauhausflur und Döbling, sind in Vorbereitung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß Flächenwidmungs- und Bebauungspläne aufgehoben und neu festgesetzt werden können, um der Sicherung von Grünflächen, z.B. durch Bausperren, zu entsprechen.

### Kleingartengebiete widmungsgemäß gesichert

1986 und 1987 konnten mehr als 80 Hektar Kleingartengebiete in den Bezirken 12, 15, 19, 22 und 23 widmungsmäßig gesichert werden.

### Detailprojekte

- Erklärung der Salzwiese, einer der artenreichsten Wienerwaldwiesen am Westrand von Wien, zum Naturdenkmal
- Renaturierung eines ehemaligen Schotterabbaugebietes im 22. Bezirk, Spitzau
- Erarbeitung eines Landschaftskonzeptes Auhof-Wiental
- Landschaftspflegeplan Bisamberg
- Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes der Liesing
- Ufergestaltung Alte Donau
- Teichsanierung am Laaer Berg
- Naturnahe Regulierungsarbeiten am Halterbach und am Rosenbach
- Projekt Dotation Lobau

### Wissenschaftliche Arbeiten

Im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeiten, die für die Zielsetzung der Grünlanddeklaration von Bedeutung sind, ist an erster Stelle die Biotopkartierung zu erwähnen. Die Felderhebungen für diese Arbeit, mit der alle

Bereits am 7. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Biotope im Wiener Stadtgebiet erfaßt werden sollen, ist nunmehr abgeschlossen.

Weiters wurde eine Zustandserhebung des Wienerwaldes hinsichtlich Schadstoffimmissionen in Boden und Vegetation durchgeführt. Ein wichtiges Projekt ist die Alleebaumsanierung aufgrund wissenschaftlicher Arbeiten. Vorrangig wird derzeit die Wiener Ringstraßenallee saniert; dieses Großprojekt ist bereits fast abgeschlossen. Weitere Sanierungsgebiete sind in der Hadikgasse, in der Stadionallee und in der Grinzinger Straße.

#### **Schließung des Wald- und Wiesengürtels**

Der Wald- und Wiesengürtel rund um Wien soll geschlossen werden, wobei sogenannte Grünkeile möglichst weit in das Stadtgebiet hineinreichen sollen. Es wurde ein Aufforstungsprogramm zur Schließung des Wald- und Wiesengürtels im Norden und Süden Wiens erarbeitet. Ein wichtiges Projekt in diesem Rahmen ist das Aufforstungsgebiet Wienerberg West.

#### **Verbesserung der Grünflächenversorgung im dichtbebauten Stadtgebiet**

Im Interesse der Verbesserung der Naherholung im dichtverbauten Stadtgebiet wurden nicht nur Parkanlagen errichtet, sondern auch kleinere Grünflächen gestaltet, und das Leben in der Stadt durch die Errichtung von begrünten Fußgängerzonen und Wohnstraßen angenehmer und erholbarer gemacht, sowie das Stadtbild dadurch verschönert.

Als sichtbarer Erfolg der Bemühungen im Sinne der Grünlanddeklaration wurde im Zeitraum von Juni 1986 bis Mai 1988 das Angebot an Grünflächen im Stadtgebiet mit einem Kostenaufwand von 17,3 Millionen Schilling auf 20.744 Quadratmeter erweitert. (Schluß) du/rr

Forts. von Blatt 688

## **Pariser EXPO-Delegation hat die Arbeit aufgenommen**

Bereits am 7. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 7.4. (RK-KOMMUNAL) Die vierköpfige Delegation des Weltausstellungsbüros, Bureau International des Expositions — BIE, hat am Freitag vormittag die Untersuchungsarbeit über die geplante Weltausstellung 1995 Wien — Budapest in der Bundeshauptstadt aufgenommen. Die BIE-Vertreter — bestehend aus Präsident Jacques SOL-ROLLAND, der Generalsekretärin Marie-Helene DEFRENE und Ted ALLAN und William TAPPA — führten in der Wiener Hofburg das erste Arbeitsgespräch mit den österreichischen Gastgebern, Finanzminister Dkfm. Ferdinand LACINA, Bundesminister Dr. Heinrich NEISSER, Vizebürgermeister Hans MAYR sowie den Stadträten Dr. Hannes SWOBODA und Dr. Erhard BUSEK. Das Gespräch dauerte mehr als zwei Stunden. Dabei stellten die Vertreter Österreichs und Wiens die bisherigen Projektstudien vor und erläuterten die Vorstellungen des Lenkungsausschusses. Seitens der BIE-Vertreter wurden vor allem Fragen nach den Kosten sowie nach den Organisationslösungen für die Weltausstellung in zwei Städten gestellt.

Nach dem Arbeitsgespräch kam die BIE-Delegation in der Wiener Universität mit den Rektoren Univ.-Prof. Dr. HOLCZABEK und Hochschulprofessor Dr. SCHWARZ zusammen.

Im Anschluß daran war die Delegation Gast von Wiens Planungsstadtrat Swoboda auf dem Donauturm, wo gleichzeitig das für die Weltausstellung geplante Gelände besichtigt werden konnte. Bei einem Helikopterrundflug über das Donauparkgelände und den Donauraum konnte ein weiterer eingehender Überblick über das Gelände gewonnen werden.

Die Delegation wird am Samstag vormittag einen Spaziergang durch die Wiener Innenstadt machen, wobei die typischen Wiener Lokale, Beiseln und Kaffeehäuser gezeigt werden. (Schluß) fk/rr

## „Entführung aus dem Serail“ bei den Festwochen

Bereits am 7. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 7. 4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK und Staatsoperndirektor Dr. Claus Helmut DRESE präsentierten am Freitag gemeinsam mit dem Regie-Team Ursel und Karl-Ernst HERRMANN und dem Dirigenten Nikolaus HARNONCOURT die Festwochenproduktion von Mozarts „Die Entführung aus dem Serail“ die am 12. Mai im Theater an der Wien Premiere hat.

Pasterk betonte, daß die „Entführung“, die die Festwochen gemeinsam mit der Wiener Staatsoper und dem Theatre Royal de la Monnaie in Brüssel produzieren, den Anfang einer Reihe exemplarischer Mozart-Aufführungen mit Blick auf das Mozart-Jahr 1991 bildet. 1990 wird „Don Giovanni“, 1991 „Le Mozze di Figaro“ in gemeinsamen Produktionen herausgebracht. Dr. Drese kündigte für die „Mozart-Wochen“ im Mai-Juni 1991 insgesamt 36 Aufführungen von acht Mozart-Produktionen an.

„Die Entführung aus dem Serail“ kommt in folgender Besetzung zur Aufführung:

Dirigent	Nikolaus Harnoncourt
Inszenierung	Ursel und Karl-Ernst Herrmann
Szenische Mitarbeit	Geoffrey Layton
Bühnenbild	Karl-Ernst Herrmann
Kostüme	Karl-Ernst Herrmann
Choreinstudierung	Karl Kamper
Selim, Bassa	Hilmar Thate
Konstanze	Aga Winska
Blondchen	Elzbieta Szmytka
Belmonte	Kurt Streit
Pedrillo	Wilfried Gahmlich
Osmin	Artur Koch
Klaas	Christian Metternich
Ein Stummer	Clark Accord
Chor und Orchester der Wiener Staatsoper.	

(Schluß) gab/gg

## 100.000 Schilling für Frauen-Kammerorchester

Bereits am 8. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 8.4. (RK-KULTUR) Der Gemeinderatsausschuß für Kultur beschloß eine Subvention von 100.000 Schilling für das 1. Frauen-Kammerorchester von Österreich.

Seit seiner Gründung im Jahr 1982 hat das Frauen-Kammerorchester einen festen Stellenwert im Wiener Musikleben erreicht. Zu den besonderen Anliegen des Ensembles, das einen Konzertzyklus im Mozartsaal des Konzerthauses bestreitet, zählen die Präsentation selten gespielter Werke von Komponistinnen und die Einladung junger Solistinnen nach Wien. Für das erste Herbstkonzert des Orchesters wurde ein Kompositionsauftrag an Prof. Paul KONT vergeben. (Schluß) gab/rr

## 125. Geburtstag von Berta Zuckerkandl

Wien, 9.4. (Rk-KULTUR) Berta ZUCKERKANDL wurde am 12. April 1864 in Wien geboren. Ihr Vater war der bekannte Journalist und Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblatts“ Moriz Szeps. Da das Bildungsangebot für Mädchen damals noch sehr begrenzt war, erhielt sie eine sorgfältige Ausbildung durch Hauslehrer. Sie verbrachte bereits ihre Jugend in einem Kreis von Journalisten und Kunstkritikern und trat früh mit verschiedenen Essays an die Öffentlichkeit. 1886 heiratete sie den Anatomieprofessor Emil Zuckerkandl. Um die Jahrhundertwende beteiligte sie sich aktiv an der Gründung der Wiener Secession und der Wiener Werkstätten und trat nachdrücklich für Gustav Klimt, Adolf Loos, Josef Hoffmann und Otto Wagner ein. Ihr Haus in der Nußwaldgasse wurde mit der Zeit ein beliebter Treffpunkt der Wiener künstlerischen und literarischen Avantgarde. Hier war auch Johann Strauß gern und häufig zu Gast.

Berta Zuckerkandl war stets eine Vorkämpferin des Friedens und trat auch während des Ersten Weltkriegs energisch dafür ein. Durch ihre Verschwägerung mit dem französischen Staatsmann Clemenceau stand sie in naher Verbindung mit dem französischen Kultur- und Geistesleben. Auch nach dem Krieg erschienen weiterhin Artikel aus ihrer Feder, vor allem in der „Neuen Freien Presse“.

Der Anschluß Österreichs an Deutschland veranlaßte sie zur Emigration; sie wandte sich zuerst nach Frankreich, zog aber nach der Besetzung von Paris nach Nordafrika weiter. Nach Kriegsende kehrte sie wieder nach Paris zurück, wo sie am 16. Oktober 1945 starb. Sie erhielt ihre letzte Ruhestätte auf dem Pere-Lachaise-Friedhof. (Schluß) red/bs

Bereits am 9. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Pensionistenklubs schließen Ende April**

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) Die Betriebsperiode 1988/89 der Wiener Pensionistenklubs geht am 29. April zu Ende. In sieben Monaten wurden in den 191 Wiener Pensionistenklubs rund 17.900 Besucher betreut.

Das Programm der Pensionistenklubs bietet neben einer ganzen Reihe von kulturellen Veranstaltungen und Feiern auch viel Information, z. B. über Verkehrssicherheit, und Gelegenheit zum Basteln, Lesen und zur Unterhaltung. Die Besucher der Pensionistenklubs erhalten auch eine kostenlose Jause.

Ein Wiedersehen in den Pensionistenklubs gibt es ab 9. Oktober 1989, während der Sommermonate treffen die Klubbesucher einander zu vier gemeinsamen Tagesausflügen. (Schluß) jel/rr

## **Tiefe Furchen im Wald- und Wiesengürtel bringen Ärger**

**Unternehmer ließ Fahrzeuge im Erholungsgebiet kurven**

Wien, 10.4. (RK-LOKAL) Tiefe Furchen zuerst im Wald- und Wiesengürtel und dann auf der Stirne eines Umweltpolizisten verursachte vor einiger Zeit ein Schneeräum-Unternehmer im 13. Bezirk auf der Matraswiese in Ober-St. Veit. Er hatte für Werbefilmaufnahmen seinen Fuhrpark über die Erholungswiesen kurven lassen und dabei beträchtlichen Schaden angerichtet. Jetzt erwartet ihn allerhand Ärger, und er riskiert, von der Stadt Wien nicht mehr beschäftigt zu werden.

Anrainer hatten die Umweltpolizei (über die Stadtinformation, Telefon 43 89 89) verständigt, als sie sahen, daß rund zwei Dutzend Traktoren und andere Fahrzeuge über die im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel liegende Matraswiese kurvten. Der Schneeräumunternehmer hatte sich die Wiese ausgesucht, weil sie ihm so günstig für die Herstellung eines Werbefilms schien. Um eine Genehmigung hatte er gar nicht extra gefragt — sie wäre ihm auch nicht gegeben worden. Die Umweltpolizei verlangte vom Unternehmer, die Filmaufnahmen sofort einstellen zu lassen, was ihn allerdings nicht hinderte, ein paar Tage später neuerlich Fahrzeuge und Kamerateam auf die Matraswiese zu schicken. Das hätte er lieber bleiben lassen sollen, denn jetzt muß er nicht nur die Kosten der Schadensbehebung tragen, sondern sich auch wegen eines Verstoßes gegen das Naturschutzgesetz verantworten. Am unangenehmsten wird ihm allerdings der Brief der Stadtbaudirektion sein, der ihm jetzt ins Haus flatterte. Darin wird ihm angekündigt, daß sein Verhalten im Auftragnehmerkataster der Stadt Wien eingetragen wurde und bei der Bewertung der Zuverlässigkeit der Firma bei künftigen Vergaben Einfluß haben wird. (Schluß) and/gg

## **Malerei im Alten Rathaus**

Wien, 10.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Unter dem Motto „Fluctuationes — Kunst und Werden“ präsentiert der junge Künstler Alexander STREHLIK seine neuesten Werke — teils großformatige Ölbilder — am Donnerstag, dem 13. April, von 18.30 bis 21 Uhr im Festsaal des Alten Rathauses, 1, Wipplingerstraße 8.

Bezirksvorsteher Dr. Richard SCHMITZ, der das Alte Rathaus verstärkt in das kulturelle Leben der Innenstadt einbeziehen will, wird die Ausstellung eröffnen. (Schluß) red/bs

## **Kleinkunst Jazz-Tage**

### **Jazzfestival in der Josefstadt**

Wien, 10.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Wiens kleinstes Jazz-Cafe „Miles Smiles“ (8, Lange Gasse 51) und der Kulturverein „Freunde der Josefstadt“ präsentieren vom 16. bis 22. April unter dem Titel „Kleinkunst Jazz-Tage“ ein Jazzfestival. Mitwirkende sind Solisten und Ensembles aus der aktuellen österreichischen Jazzszene, wie z. B. Wolfgang Puschnik, Woody Schabata, das Karlheinz Miklin-Quartett, Sigi Finkel's Powerstation, das Spontan Music-Trio, das Wiener Jazz Tanz Ensemble sowie Karl-Wilhelm Krbavac auf einer mittelalterlichen Viola da Gamba. Die Veranstaltungen finden im Saal des Gewerkschaftshauses in der Albertgasse 35 statt. Beginn ist jeweils 20 Uhr. Der Eintritt kostet 100 Schilling, wobei es auch die Möglichkeit gibt, einen ermäßigten Paß für drei (240 Schilling) bzw. fünf (350 Schilling) Veranstaltungen zu erwerben. (Schluß) zi/gg



## Terminvorschau vom 11. bis 22. April

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 11. bis 22. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### DIENSTAG, 11. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz BIE-Delegation (Hofburg, Geheime Ratsstube, Eingang Botschafterstiege)

12.00 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

### MITTWOCH, 12. APRIL:

10.00 Uhr, Pressekonferenz Fremdenverkehrsverband (9, Kinderspitalgasse 5)

10.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk „Wiener Festwochen-Programm 1989“ (Theater an der Wien)

15.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Swoboda an Bez.-Insp. Friedrich Höger, an die Revierinspektoren Karl Amon, Bruno Jenny, Erich Kail, Karl Sedelmayer und Karl Schäfer sowie an die Inspektoren Georg Giuliani und Josef Laschitz (Steinerne Saal, Rathaus)

### DONNERSTAG, 13. APRIL:

9.00 Uhr, Eröffnung des Symposiums der MA 11 und der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien „Berufsfeld Gesellschaft — Initiativen und Entwicklung der Sozialarbeit“, Vbgm. Smejkal (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Gottfried (Teddy) Windholz (Arb.-Zi, Bgm.)

11.00 Uhr, Pressekonferenz Vbgm. Smejkal zu o. a. Symposium (PID)

12.30 Uhr, Übergabe der Autographen-Sammlung von Prof. Jary an Wiener Stadt- und Landesarchiv, Bgm. Zilk

### FREITAG, 14. APRIL:

9.30 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl (PID)

13.30 Uhr, Überreichung des Dekretes „Regierungsrat“ an OAR Helmut Schönhofer durch StR. Swoboda (Arb.-Zi, Swoboda)

### SONNTAG, 16. APRIL:

ab 10 Uhr, Wiener Frühlingsmarathon, Start v. d. Schloß Schönbrunn

### MONTAG, 17. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

### DIENSTAG, 18. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Friedensreich Hundertwasser (Arb.-Zimmer, Bgm.)

18.30 Uhr, Überreichung der Hauptpreise 1988 der Aktion „Jeder Wiener macht Wien grüner“ durch StR. Dr. Häupl (Wappensaal, Rathaus)

### MITTWOCH, 19. APRIL:

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Obermedizinalrat Dr. Heinz Boltuch, Vizepräsident der Ärztekammer Wien (Arb.-Zi, Stacher)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Univ.-Prof. Dr. Peter Weinzierl, Dr. Gerald Szyszkowitz und Prof. Mag. Arch. Ing. Erwin Piki (Steinerne Saal, Rathaus)

**DONNERSTAG, 20. APRIL:**

ab 9 Uhr, Pressefahrt mit StR. Schirmer „Wiener Märkte“ (Abfahrt Friedrich-Schmidt-Platz)

**FREITAG, 21. APRIL:**

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „10 Jahre Psychiatrieplan“ (PID)

13.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Hofrat“ durch StR. Stacher an Frau Dr. Helene Kapaun, Stadtphysikus, (stellv. Leiterin der MA 15) (Arb.-Zi, Stacher)

14.00 Uhr, Überreichung des Ehrenringes der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Prof. Fritz Eckhardt (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

**SAMSTAG, 22. APRIL:**

11.00 Uhr, Benennung der Wohnhausanlage 18, Schulgasse 19 in Josef-Hala-Hof durch StR. Edlinger

(Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 696

## Neuer Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Wien, 10.4. (RK-KULTUR) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Montag Senatsrat Mag. Herwig WÜRTZ in sein neues Amt als Direktor der Wiener Stadt- und Landesbibliothek (MA 9) ein. Würtz ist damit Nachfolger von Hofrat Dr. Franz PATZER, der in den Ruhestand getreten ist.

Würtz, Jahrgang 1937, arbeitet bereits seit 1969 in der Stadtbibliothek und übte seit zehn Jahren die Funktion eines stellvertretenden Abteilungsleiters aus.

Patzer, Jahrgang 1924, seit 1954 im Dienst der Stadt Wien, hatte die Bibliothek seit 1974 geleitet und entscheidend dazu beigetragen, sie zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb auszugestalten.

An der Amtseinführung nahmen auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA, der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Kultur, Gemeinderat Dkfm. Dr. Adolf AIGNER, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL sowie der Vorsitzende des Zentralkomitees der Personalvertretung Günter WENINGER teil.

Bürgermeister Dr. Helmut Zilk dankte Hofrat Patzer, mit dem ihn eine jahrzehntelange Freundschaft verbinde. Die Entscheidung für Senatsrat Würtz bezeichnete Zilk als weiteren Beweis für das im Magistrat selbstverständliche Prinzip, für eine Funktion den Besten — unabhängig von irgendwelchen Parteibuchüberlegungen — auszuwählen.

Kulturstadträtin Dr. Ursula Pasterk betonte, daß eine Bibliothek kein Selbstzweck sei, sondern sich an den Bedürfnissen ihrer Benutzer orientieren müsse. Eine zeitgemäße Bibliothek müsse den Weg von der Statik des Sammelns zur Dynamik der modernen Informationsvermittlung gehen. Die grundlegenden Weichen für eine solche Neuorientierung wurden in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek bereits gestellt.

Personalstadtrat Dr. Hannes Swoboda wies darauf hin, daß nicht immer alles sichtbar sei, was in der Bibliothek geleistet werde. Nicht zuletzt durch zahlreiche Ausstellungen konnte aber der Bekanntheitsgrad der Stadtbibliothek wesentlich gesteigert werden.

Magistratsdirektor Dr. Josef Bandion betonte, daß es bezeichnend für den Zustand einer Gesellschaft sei, wie in ihr der Zugang zu Bildung und Wissen geregelt ist. Die Stadt Wien sei sich ihren daraus erwachsenden Verpflichtungen bewußt. Die Wiener Stadt- und Landesbibliothek ist — nach National- und Universitätsbibliothek — die drittgrößte der Bundeshauptstadt und bietet eine fast unerschöpfliche Quelle des Wissens über Geschichte, Kultur und Geistesleben Wiens und Österreichs. Ihre Sammlungen sind ein Querschnitt durch die Österreichische Kulturgeschichte von unschätzbarem Wert.

Das Buch stehe heute in Konkurrenz zu elektronischen Medien und Techniken der Daten- und Wissensspeicherung. Es könne aber kein Zweifel daran bestehen, daß es auch in Zukunft seinen Platz behaupten wird. Kein Computer, keine Datenbank sei dem Buch als Träger von zusammenhängenden Informationen, von Gedanken, Theorien oder Schilderungen vergleichbar. Sehr wohl aber werde der moderne Bibliotheksbetrieb immer mehr auf elektronische Hilfsmittel zurückgreifen können und müssen, um die Ordnung und Benützbarkeit der Bestände zu erleichtern und zu verbessern. (Schluß) ger/bs

## **Probelauf der MVA Spittelau mit Gas**

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) Nach knapp zweijährigem Stillstand sind die beiden Müllkessel des Fernheizwerkes Spittelau nun wieder betriebsbereit. Vor der endgültigen Wiederinbetriebnahme müssen sie einem eingehenden Probelauf unterzogen werden, der rund einen Monat dauern wird. Dieser Probelauf wird mit Gasbefeuern durchgeführt werden. Dabei werden die vom Feuerwehreinsatz und Witterungseinflüssen noch feuchten Kessel ausgetrocknet. Außerdem kann auch die Rauchgaswäsche auf ihre Funktionstüchtigkeit getestet werden. Die Kesselheizflächen und die neuen Rohrleitungen müssen durch Auskochen und Ausblasen mit Dampf gereinigt werden, wodurch es zum Austritt von Wasserdampf direkt über dem Dach und trotz vorgeschaltetem Schalldämpfer auch zu Geräuscentwicklungen kommt. Diese Arbeiten werden selbstverständlich nur untertags durchgeführt. Sie beginnen am Mittwoch, dem 12. April. (Schluß) roh/rr

## **Wiener ÖVP verlangt Sondersitzung des Gemeinderates wegen der Vorfälle im Krankenhaus Lainz**

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) ÖVP-Landesparteiobmann Stadtrat Dr. Erhard BUSEK zeigte sich am Montag in einem Pressegespräch zutiefst erschüttert und betroffen über die Vorfälle im Krankenhaus Lainz. Seine Fraktion werde eine Sondersitzung des Gemeinderates verlangen, die noch in dieser Woche abgehalten werden sollte. Es gelte nun, alle Maßnahmen zu treffen, um das Vertrauen in die Spitäler wieder herzustellen. In einem eigenen Untersuchungsausschuß des Gemeinderates müsse die Frage behandelt werden, wie das Milieu in einem Spital aussehe, daß derartiges überhaupt passieren könne. „Es muß offensichtlich eine unmenschliche Grundstimmung herrschen, ein Mangel an Gefühl, an positiver Einstellung“. Die Forderung nach einem Rücktritt von Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher sei kein parteipolitisches, sondern ein menschliches Problem. „Stacher ist nicht schuld, aber er trägt seit 1973 die Verantwortung, auch für das Milieu“, sagte Busek.

Die politische Verantwortung sei wahrzunehmen, das Vertrauen wieder herzustellen, meinte Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS, die gleichzeitig die Ärzte und die Diplomschwester gegen ungerechtfertigte Vorwürfe in Schutz nahm. Hätte sie die Verantwortung, so hätte sie ihr Rücktrittsgesuch bereits eingebracht.

GR. Dr. RASINGER, er ist selbst Arzt, sprach sich vehement gegen jede Art von Sterbehilfe aus. Bei schuldhaftem Verhalten von Vorgesetzten seien rigorose Maßstäbe anzulegen.

Dr. Rasinger erklärte, daß in Lainz die Kontrollmechanismen versagt hätten. Die Diskrepanz sei beim Ausfüllen der Sterbeprotokolle und des pathologischen Befundes zu suchen. Die Pathologie in Lainz habe offensichtlich nicht alle Leichen untersucht.

Zur Frage, wie es passieren konnte, daß nichtberechtigtes Hilfspersonal Spritzen geben kann, sagte Busek, es seien entweder die Vorschriften nicht eingehalten worden, oder aber die Vorschriften seien nicht genügend. Auch dies müßte die Untersuchungskommission des Gemeinderates behandeln. Er erwarte sich weiters, daß der Gemeinderat in würdiger Form die Betroffenheit der ganzen Stadt und der Stadtpolitiker zum Ausdruck bringe. (Schluß) fk/gg

## Stacher zur Mordserie im Krankenhaus Lainz

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch nahm Montag mittag Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu den Ereignissen im Krankenhaus Lainz Stellung. Stacher gab eingangs einen Bericht, wie es zur Aufdeckung der Verbrechen gekommen war. Er betonte, daß er, nachdem aufgrund der Blutzuckerwerte eines Patienten ein entsprechender Verdacht aufgetreten und er vom Primararzt verständigt worden war, die Polizei informiert und den Polizeipräsidenten ersucht hatte, seine besten Beamten zu schicken. Stacher lobte die Kriminalisten, die in der Zwischenzeit hervorragende Arbeit geleistet haben.

Zum auch geäußerten Motiv der Krankenschwestern, die die Morde verübt haben, sie hätten die Leiden der Patienten verkürzen wollen, sagte Stacher, für ihn gebe es keine „aktive Sterbehilfe“. Er stehe zu seiner Aussage, die er schon vor längerer Zeit in einer Club 2-Fernsehdiskussion getroffen hatte. Für ihn, so Stacher, sei so etwas glatter Mord, für den es keine Entschuldigung geben könne.

Wie der Stadtrat mitteilte, habe er erst Sonntag abend die Namen von Patienten erhalten, die ermordet worden sein sollen. Daher habe man erst Montag früh beginnen können, die entsprechenden Krankengeschichten zu beschaffen. Er sprach von einer „unerträglichen Situation“, da er aufgrund der Erhebungen der Polizei von dieser keine Informationen bekomme — andererseits aber auf Fragen Antwort geben solle, die er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten könne.

Wie Stacher bekanntgab, ist die Station, in der die Verbrechen geschehen sind, gesperrt worden. Es gelte nun, einerseits die Untersuchungen so exakt und penibel wie möglich durchzuführen, und andererseits zur Beruhigung von Patienten und des Personals beizutragen. Daher habe er an alle Mitarbeiter des Pflegedienstes und an alle Ärzte in städtischen Krankenanstalten einen entsprechenden Brief geschrieben. Ein Schreiben an alle Patienten, das diesen bei der Aufnahme ausgehändigt werden soll, wird vorbereitet. Weiters sollen Psychologengruppen ab sofort im Krankenhaus Lainz Schwestern zur Seite stehen, die sich mit der derzeitigen Situation zwischen Personal und Patienten nicht zurechtfinden.

Wie Stacher ankündigte, stehe der Spital-Ombudsmann für Anrufer zur Verfügung (531 14/504 oder 507 DW). Seit Montag früh wurden bereits 72 Anrufe registriert, jeder werde genau überprüft. Als weitere Maßnahme werde eine Innenrevision seitens der MA 17 stattfinden, die den Betrieb genau überprüfen soll.

Er werde ein Team von Fachleuchten zusammenstellen, das sich nach Erhalt der Unterlagen mit den Vorgängen intensiv beschäftigen werde. Stacher wiederholte, man sei restlos an Klarheit interessiert, ihm Verschleierung vorzuwerfen, bezeichnete er wörtlich als „Schweinerei“. (Forts. mgl.) ull/gg

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

**Dienstag, 11. April 1989**

**Blatt 702**

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Wiener Gemeinderat befaßt sich mit den Vorfällen in Lainz (703/FS/ 10.4.)
- Professor Gschnait ärztlicher Direktor im Krankenhaus Lainz (703/FS: 10.4.)
- Elektronische Meßverfahren für Energie und Wasser (704)
- Rekord-Medienecho und großer Publikumserfolg für „Wien grüßt Athen“ (707)
- Schloß Schönbrunn führt in der Hit-Liste von Wiens Sehenswürdigkeiten (708)
- Wieder Kurse für Hundebesitzer/innen (711)
- Zum Stadtmarathon am besten mit dem Silberpfeil (712)
- BIE-Delegation von Wien positiv beeindruckt (713)
- Stadt Wien übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen (714)
- Mordserie in Lainz: Beamtenkommission eingesetzt (715)

### Bezirke:

- Abänderung eines Flächenwidmungsplanes im 15. Bezirk (705)

### Kultur:

- 100. Geburtstag von Oskar Maurus Fontana (706)
- Sowjetische Kulturtage in Wien (709)

### Sport:

- Eröffnung der Baseball-Anlage in der Freudenau (710)
- 3.500 Läufer beim Stadtmarathon (712)

## **Wiener Gemeinderat befaßt sich mit den Vorfällen in Lainz**

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat wurde von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK für Donnerstag, den 13. April, zu einer Sitzung eingeladen, die sich mit den Mordfällen im Krankenhaus Lainz befassen wird. Die Sitzung beginnt um 14 Uhr und wird mit einer Mitteilung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER eingeleitet. (Schluß) fk/bs

## **Professor Gschnait ärztlicher Direktor im Krankenhaus Lainz**

**Professor Leodolter bleibt Stellvertreter**

Wien, 10.4. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Teletext-Meldung vom Montag, wonach der interimistische Direktor des Krankenhauses der Stadt Wien — Lainz, Primarius Univ.-Prof. Dr. Sepp LEODOLTER, durch Primarius Univ.-Prof. Dr. Friedrich GSCHNAIT abgelöst worden sei, stellt die Spitalverwaltung der Stadt Wien fest:

Nach der vor wenigen Monaten erfolgten Pensionierung des ärztlichen Direktors des Krankenhauses Lainz, Hofrat Univ.-Prof. Dr. Rudolf EBERL, hatte sein Stellvertreter, Prof. Leodolter, interimistisch die ärztliche Leitung des Spitals inne. Heute hat nun der neue ärztliche Direktor, Prof. Gschnait, die Leitung des Krankenhauses Lainz übernommen. Prof. Leodolter wird weiterhin als stellvertretender ärztlicher Direktor fungieren. Die Ernennung von Prof. Gschnait und die Bestätigung von Prof. Leodolter stehen in keinem Zusammenhang mit den tragischen Ereignissen im Krankenhaus Lainz. (Schluß) sc/gg

Bereits am 10. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

Bereits am 10. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet



## **Elektronische Meßverfahren für Energie und Wasser**

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL eröffnete Dienstag eine Veranstaltung des österreichischen Institutes für Energiewirtschaft, die sich mit dem aktuellen Stand und den Trends der Messung von Wärme-, Strom-, Gas- und Wasserverbrauch beschäftigt. Die rasante Entwicklung der EDV und der Mikroprozessoren läßt auf dem Gebiet der elektronischen Meßverfahren, der Zählerfernablesung und der Erstellung der Abrechnungen einiges erwarten.

Wie Stadtrat Hatzl betonte, besteht seitens der Energiewirtschaft großes Interesse an der Entwicklung elektronischer Meßverfahren etwa für Fernwärme. Sie könnten einerseits die Heizkosten transparenter machen und damit die Akzeptanz der Fernwärme erhöhen, andererseits durch gezielteres Heizen die Kosten senken helfen. Wichtigste Voraussetzung für einen großflächigen Einsatz elektronischer Meßgeräte wäre allerdings ein Preis, der keine wesentliche zusätzliche Belastung für den Konsumenten darstellt, sagte Hatzl. Eine Enquete der Wiener Heizbetriebe zu diesem Thema hatte ergeben, daß die Kosten für den einzelnen Konsumenten noch überproportional hoch sind.

Stadtrat Hatzl erinnerte bei diesem Anlaß daran, daß bei den Wiener Stadtwerken das Energiesparen Bestandteil ihrer Unternehmensphilosophie ist. Aufgabe der Wiener Stadtwerke darf nicht sein, möglichst viel Energie zu verkaufen, sondern den Kunden durch gezielte und überzeugende Beratung die Vorteile des Energiesparens vor Augen zu führen. Auch die Stadtwerke selbst sparen Energie: So wird die Stromerzeugung bei neu errichteten Anlagen — wie etwa dem Block 3/4 im Kraftwerk Simmering — oder bei umgerüsteten Anlagen wie dem Gasturbinenkraftwerk Leopoldau nur mehr über Kombi-Prozesse und Kraft-Wärme-Kupplungen erfolgen, so daß die Primärenergieausnutzung von früher 40 bis 45 auf 70 bis 85 Prozent erhöht wird.

Die Wiener Stadtwerke betreiben keine Werbung für das Heizen mit Strom, bewerben aber sehr intensiv die Energieträger Fernwärme und Gas, die sich durch ihre Umweltfreundlichkeit auszeichnen. Die Fernwärmeversorgung wird in Wien mit einem Tempo ausgebaut, wie es kaum in einer anderen Großstadt zu finden ist. Vor zwanzig Jahren wurden die Heizbetriebe Wien gegründet, heute gibt es schon rund 100.000 fernwärmeversorgte Wohnungen in Wien. Als zweiter Ast wird die Gasheizung für jene Gebiete forciert, die durch die Fernwärme in nächster Zeit noch nicht erreicht werden.

Stadtrat Hatzl erinnerte abschließend an die konsumentenfreundliche Tarifpolitik der Wiener Stadtwerke. Verbilligungen, die sich für die Stadtwerke bei ihren Einkäufen ergeben, werden umgehend an die Kunden weitergegeben. Dies war sowohl bei Fernwärme als auch beim Gas in den letzten Jahren mehrmals der Fall. Beim Strom haben die Wiener E-Werke ein ganz neues, „grünes“ Tarifsysteem ausgearbeitet, das — im Gegensatz zu den meisten anderen Systemen — das Energiesparen und nicht den Mehrverbrauch durch einen geringeren Preis belohnt. „Unsere Bemühungen um Kundenfreundlichkeit und Energiesparen könnten durch entsprechende von der Wissenschaft und der Wirtschaft entwickelte neue Meßverfahren eine gute Unterstützung finden“, schloß Hatzl. (Schluß)  
roh/rr

### **Abänderung eines Flächenwidmungsplanes im 15. Bezirk**

Wien, 11.4. (RK-BEZIRKE) Für ein 1,7 Hektar großes Gebiet im 15. Bezirk bei der Stadthalle wurde der Entwurf für eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes fertiggestellt (Plan Nr. 6137). Im Bereich Gablenzgasse/Moeringgasse wird auf einem Grundstück, auf dem bis 1987 eine galvanische Fabrik stand, ein Einkaufszentrum errichtet. Die Bauführung ist derzeit eingestellt, weil sie nicht den geltenden Bebauungsbestimmungen entspricht. Im jetzt vorliegenden Entwurf zum Bebauungsplan wird das Projekt in seiner derzeitigen Form nicht berücksichtigt.

In Abstimmung mit dem Ortsbild und unter Berücksichtigung der städtebaulichen Situation sollen die Bebauungsbestimmungen für dieses Einkaufszentrum differenzierter ausgewiesen werden. Ziele dabei sind die Vorsorge zur Sicherung von Flächen für Gewerbe und Handelseinrichtungen (Ekz) sowie für die erforderlichen Erschließungsflächen. Daher soll die Geyschlägergasse im Bereich der Nummern 15 bis 21 bzw. 18 bis 22 nicht mehr als öffentliche Verkehrsfläche ausgewiesen werden. Am Ende der verbleibenden Stichstraße soll die Festsetzung einer Ein- und Ausfahrtssperre sicherstellen, daß Zulieferungen zu dem Einkaufszentrum nur über die Gablenzgasse erfolgen können. Im Bereich des Vogelweidplatzes wird anstelle der Bauklasse III die Bauklasse IV vorgeschlagen, in weiterer Folge entlang der Gablenzgasse die Bauklasse IV (beschränkt auf 19 bzw. 18 Meter).

Der Entwurf liegt vom 13. April bis 11. Mai in der MA 21 (1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock) zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf (Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 17.30 Uhr). (Schluß)  
red/bs

## 100. Geburtstag von Oskar Maurus Fontana

Wien, 11.4. (RK-KULTUR) Oskar Maurus FONTANA wurde am 13. April 1889 in Wien geboren. Nach seiner Gymnasialzeit widmete er sich philosophischen Studien an der Wiener Universität, wandte sich aber bald ausschließlich der schriftstellerischen und journalistischen Arbeit zu. Am Anfang seines Werkes stehen einige dem Expressionismus zuzurechnende Dramen wie „Das Märchen der Stille“ (1910), „Die Milchbrüder“ (1912), „Der Studentengeneral“ (1913) und „Marc“ (1916). Auch seine ersten Novellenbände standen ganz im Zeichen des Expressionismus, zu dessen wenigen Vertretern Fontana in Österreich zählte.

Während des 1. Weltkrieges diente Fontana als Offizier in einem österreichisch-dalmatinischen Regiment in Serbien. Das Kriegserlebnis spiegelte sich in seinem 1918 erschienenen Roman „Erweckung“ wieder. Nach der Rückkehr aus dem Krieg war Fontana als freier Schriftsteller und Journalist tätig. Er war zuerst Theaterreferent der Wochenschrift „Die Waage“, später der „Schaubühne“, ab 1923 ständiger Theaterkritiker beim „8 Uhr-Abendblatt“ und beim „Tag“. Den ersten großen literarischen Erfolg hatte er 1928 mit dem Roman „Die Gefangene der Erde“, für den er den Literaturpreis der Stadt Wien erhielt. 1936 erschien der Roman „Der Weg durch den Berg“ — die Geschichte des Gotthard-Durchbruchs, ein typisches Beispiel der Richtung der „Neuen Sachlichkeit“. Während der nationalsozialistischen Zeit mußte Fontana seine schriftstellerische Tätigkeit zur Gänze aufgeben. 1945 übernahm er das Kunstreferat in der Tageszeitung „Neues Österreich“, war im Staatsamt für Unterricht tätig und maßgebend an der Gründung des „Verbandes demokratischer Buchgemeinschaft“.

Fontana war einer der wichtigsten österreichischen Theaterkritiker. Eine Auswahl seiner jahrzehntelangen Theaterkritik enthält das Buch „Wiener Schauspieler“. Ebenso verfaßte er Monographien über Else Wohlgemuth, Paula Wessely, Albin Skoda und Hans Moser. 1959 erhielt er den Preis der Stadt Wien für Publizistik. Er starb am 5. September 1969 in Wien. (Schluß)  
red/bs

## **Rekord-Medlenecho und großer Publikumserfolg für „Wien grüßt Athen“**

Wien, 11.4. (RK-LOKAL) Eine äußerst erfolgreiche Bilanz zieht der Wiener Fremdenverkehrsverband aus seiner bisher größten Aktion auf dem griechischen Markt: Unter dem Titel „Wien grüßt Athen“ hatte der WFVV von 4. bis 26. März gemeinsam mit der Athener Stadtverwaltung und mit Unterstützung der Österreichischen Botschaft eine kulturelle Großpräsentation mit gesellschaftlichen Highlights in der griechischen Hauptstadt veranstaltet. Den Auftakt bildete ein in Anwesenheit der beiden Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Miltiades EVERT eröffneter Ball im Athener Hotel Inter-Continental, der von SEFA, dem Verein ehemaliger griechischer Studenten an Österreichischen Hochschulen, unterstützt durch den Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien, organisiert wurde.

In den Athener Kulturzentren Kentro Technon und Pneumatiko Kentro wurde eine Reihe von Ausstellungen gezeigt: Die große Wien-Ausstellung des WFVV mit Innenstadtmodell, eine Präsentation von Arbeiten des seit 15 Jahren an Wiens Bundestheatern wirkenden griechischen Bühnenbildners Pantelis Dessyllas, „Plakatkunst aus Wien“ mit Leihgaben der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die Fotoausstellung „Bauen in Wien“ von Walter Zednicek, Bilder des österreichisch-griechischen Malers Dimitrios Sakellariou und eine Wien-Multivision. Ein kleines Wiener Kaffeehaus lud zum Ausrasten ein. Dabei wurden insgesamt rund 20.000 Besucher gezählt — mehr als je eine Veranstaltung mit vergleichbarer Dauer in diesen Gebäuden hatte. In der Städtischen Pinakothek wurden Faksimiles von Klimt- und Schiele-Graphiken der Albertina präsentiert, und im Griechisch-Österreichischen Kulturinstitut gastierte die kleine WFVV-Ausstellung „Wiener Impressionen“. Das Hotel Inter-Continental installierte auch während der gesamten Ausstellungsdauer ein Wiener Kaffeehaus, betreut von einer Patissiere der Kurkonditorei Oberlaa und einem Wiener Pianisten, und veranstaltete gastronomische Wien-Wochen.

Die Aktion „Wien grüßt Athen“ fand in den griechischen Medien besonders starken Niederschlag: Das Presseecho über die Athener Veranstaltung hält mit über 200 Zeitungsberichten den Rekord aller Ausstellungsaktionen, die der WFVV bisher in europäischen Städten durchführte. Auch die Radio- und TV-Berichterstattung war entsprechend stark. (Schluß) wfv/rr

## Schloß Schönbrunn führt in der Hit-Liste von Wiens Sehenswürdigkeiten

Wien, 11.4. (RK-LOKAL) Mit 1,362.000 Besuchern führten die Schauräume von Schloß Schönbrunn auch 1988 wieder Wiens Hit-Liste der Sehenswürdigkeiten an. Bei 2,5 Millionen Ankünften im vergangenen Jahr und Berücksichtigung der Wiener, die Schönbrunn selbstverständlich auch besuchen, bedeutet dies, daß etwa die Hälfte aller Wien-Touristen sich eine Visite der imperialen Gemächer nicht entgehen lassen wollten. An zweiter Stelle folgt das Riesenrad, mit dem 1988 913.000 Personen eine „Rundfahrt“ absolvierten. Keine Besucherzahlen liegen allerdings vom Stephansdom vor, da selbstverständlich der Eintritt in dieses Gotteshaus frei und unkontrolliert erfolgt, doch kann man davon ausgehen, daß die Besucherfrequenz hier noch höher liegt als beim Schloß Schönbrunn.

Unter den Museen war das Kunsthistorische mit 533.000 Besuchern das meistfrequentierte, gefolgt von der Schatzkammer (485.000 Besucher) und den Kaiserappartements (364.000 Besucher) in der Hofburg. Die Österreichische Galerie im Oberen Belvedere zog 339.000 Schaulustige an, und 261.000 besuchten das Naturhistorische Museum. Starken Zustrom hatten auch Führungen durch die Staatsoper (222.000 Personen), die Wagenburg in Schönbrunn (199.000 Personen) und das Technische Museum (193.000 Personen). Das Museum Moderner Kunst und das Museum des 20. Jahrhunderts verzeichneten gemeinsam 160.000 Besucher, und die Graphische Sammlung Albertina wurde von 73.000 Kunstfreunden besichtigt.

Die Museen der Stadt Wien, von den Musikergedenkstätten über Uhren- und Pratermuseum bis zu den Römischen Ruinen, hatten insgesamt 666.000 Besucher zu verzeichnen. Davon entfielen 77.000 auf das Historische Museum der Stadt Wien, dicht gefolgt von der Mozart-Wohnung mit 73.000 Besuchern. Bei der von 17. Dezember 1987 bis 12. Juni 1988 laufenden Biedermeierausstellung im Künstlerhaus wurden 246.000 Besucher registriert, und in der Hermesvilla, wo bis zum Frühjahr 1988 die Ausstellung über „Wiener Damenmode von 1900 bis 1914“ und anschließend die Präsentation „Emilie Flöge und Gustav Klimt“ gezeigt wurden, gab es eine Jahresbilanz von 63.000 Besuchern. Großen Publikumszulauf hatte mit 78.000 Besuchern auch die Ausstellung „Wien 1938“ vom 11. März bis 30. Juni 1988 in der Volkshalle des Wiener Rathauses. (Schluß) wfv/bs

## Sowjetische Kulturtage in Wien

Wien, 11.4. (RK-KULTUR) Unter dem Titel „Rußland live in Wien“ finden vom 23. bis 27. April Sowjetische Kulturtage in der Bundeshauptstadt statt, bei denen ein breiter Querschnitt des russischen Kulturlebens präsentiert wird. Wien ist die erste Station dieses vom Sowjetischen Kulturfonds zusammengestellten Programms. Der Kulturfonds, 1986 im Zeichen von Perestrojka als Selbstverwaltungsorgan russischer Kulturschaffender gegründet, sieht seine Aufgabe in der Stärkung des kulturellen Bewußtseins im eigenen Land und in der Darstellung russischer Kultur im Ausland. Im Rahmen des Pressegesprächs, in dem das von Vienna Concerts organisierte Programm vorgestellt wurde, wies Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK auf die Bedeutung des gegenseitigen Kulturaustausches zwischen der Sowjetunion und Österreich hin. Die Spontanität, mit der die sowjetischen Kulturtage zustande gekommen seien, sei als Zeichen der Perestrojka zu werten. Pasterk kündigte auch die Ausstellung Wien-Moskau-New York an, die je zehn Künstler aus jeder der drei Städte präsentieren und damit einen Vergleich der zeitgenössischen Kunstszene ermöglichen wird. Die Ausstellung, die in allen drei Städten gezeigt wird, ist — als erste Station — ab Herbst im Wiener Messepalast zu sehen.

Im Rahmen der Sowjetischen Kulturtage kommen ab 23. April mehr als 350 Künstler aller Bereiche nach Wien. Klassische Chöre, Solisten des Bolschoi, zum ersten Mal ein Patriarchie Chor mit religiöser Musik aus Rußland, Volksmusikensembles, Pop- und Rockbands sowie Artisten und Clowns werden an den Veranstaltungen teilnehmen. Um diese breite Palette sowjetischer Kunst optimal zu präsentieren, wurden verschiedenste Spielorte ausgewählt. Die Galavorstellung als Querschnitt sowjetischer Klassik in der Staatsoper, ein Klassik- und Ballett-Abend im Austria Center, ein Folkloreabend im Austria Center, Chorabende in der Stephanskirche und in der Russischen Kirche in Wien, Russische Artisten im Moulin Rouge sowie Filmtage im Künstlerhauskino. Als Abschlußveranstaltung wird es am 26. April ein Riesenspektakel am Rathausplatz geben, wobei sich Künstler, Artisten und Clowns auf vier Bühnen präsentieren werden.

Der Ertrag des Chorabends in der Stephanskirche kommt der Aktion „Rettet den Stephansdom“ zugute. (Schluß) gab/rr

### **Eröffnung der Baseball-Anlage in der Freudenau**

Wien, 11.4. (RK-SPORT/LOKAL) Mit Unterstützung des Sportamtes errichtete die amerikanische-internationale Schule auf einem aufgelassenen Fußballplatz in der Freudenau eine Baseball-Anlage, die am Samstag, dem 15. April um 12.30 Uhr vom amerikanischen Botschafter Henry A. GRUNWALD und Wiens Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnet wird. Die Stadt Wien stellte dafür das Grundstück zur Verfügung. Bereits ab 9 Uhr wird am Eröffnungstag ein Programm gezeigt. (Schluß) hof/bs

## Wieder Kurse für Hundebesitzer/Innen

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Im April findet an der Volkshochschule Margareten in der Stöbergasse nun auch ein spezieller Kurs für Hundebesitzer/innen statt. Das zum Ressort von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL gehörende Stadtgartenamt hat außerdem mehrere neue Hundezonen geschaffen. Das gab die für den Tierschutz zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekannt.

Nach dem guten Erfolg des ersten Volkshochschulkurses für Hundebesitzer/innen — er wurde im Herbst 1988 von der VHS Penzing durchgeführt — bietet nun im April auch die Volkshochschule Margareten in der Stöbergasse 11-15 einen solchen Kurs an. Es geht dabei um den gesamten Themenkreis „Stadthund“ und um Probleme mit Hunden in der Großstadt. Der Kurs findet am Donnerstag, dem 27. April, und am Freitag, dem 28. April von 19 bis 21 Uhr in der VHS Margareten, Telefon 55 56 05-0, statt, am Samstag, dem 29. April, wird vormittags eine Exkursion durchgeführt. Der Kostenbeitrag beträgt 90 Schilling. Geleitet wird der Kurs von Frau Dr. Madeleine Petrovic.

„Mensch und Hund gemeinsam in der Großstadt“ ist der Titel eines Vortrags, der an der Volkshochschule Floridsdorf/Wien-Nord in der Angerer Straße 14 (Telefon: 38 32 36) am Mittwoch, dem 19. April, um 19 Uhr zu hören ist. Vortragender ist Otto Schott. Die Eintrittskarte zu diesem Referat kostet 25 Schilling.

### Neue Hundezonen

In mehreren Parks gibt es nun auch neue Hundezonen, in denen die Hunde frei laufen dürfen (die entsprechenden gesetzlichen Regelungen dafür und für das Hundeverbot im übrigen Teil dieser Parks werden derzeit ausgearbeitet): Zu den schon seit längerem bestehenden Hundezonen im Schönbornpark in der Josefstadt, im Alfred-Grünwald-Park (Denzelpark) im 6. Bezirk und auf einer Wiese bei der Rustenschacherallee im Prater, im Esterhazypark (beim Haus des Meeres), im Matznerpark in Penzing und beim Hirschstettner Badeteich im 22. Bezirk, sind Flächen dazugekommen.

Geplant bzw. in Bau sind Hunde-Auslaufflächen in Wien 4, Planquadrat Margaretenstraße 30, Wien 10, Lagerwiese Heuberggstätten, Wien 11, Parkanlage Luise-Montag-Gasse (Ecke Lorystraße) und Wien 20, Allerheiligenplatz.

### Hundezone auch in der Nähe der Donauinsel

Um hundelosen Erholungssuchenden ebenso wie Hundebesitzer/innen auch in der Nähe der Donauinsel ein reibungsloses Miteinander zu ermöglichen, wird in Kürze auch eine eigene Hundenauslauffläche in einem soeben fertiggestellten Abschnitt zwischen Autobahn und Alter Donau, im Bereich Dampfschiffhafen und Kaisermühlenstraße/An der Unteren Alten Donau entstehen.

In einzelnen Bereichen der Donauinsel selbst gibt es bekanntlich auch hundefreie Abschnitte. Die anderen Teile des Erholungsgebiets sind Park bzw. Wald; es gilt daher Leinenzwang. Um aber auch den Hundebesitzer/innen, die den Donaubereich besuchen, eine Möglichkeit zu geben, ihre vierbeinigen Lieblinge frei laufen zu lassen, wird diese Hundezone eingerichtet. Die Hunde-Auslauffläche befindet sich übrigens in einem jetzt erst fertiggestellten Abschnitt (es wird also niemandem ein bereits bestehendes Erholungsgebiet „weggenommen“) und bietet auch einen Badestrand an der Alten Donau.

In diesem Zusammenhang appelliert die Stadt Wien aber neuerlich an alle Hundebesitzer/innen, die bestehenden geltenden Regelungen (Maulkorb- oder Leinenzwang an öffentlich zugänglichen Orten, in Parks überhaupt Leinenzwang und generell Maulkorbzwang für bissige Hunde) einzuhalten. Gerade auf der Donauinsel, aber auch in anderen Erholungsbereichen kommt es immer wieder zu Unfällen mit freilaufenden Hunden und Radfahrern, Joggern oder Spaziergängern. (Forts. mgl.) hrs/gal



### 3.500 Läufer beim Stadtmarathon

Wien, 11.4. (RK-SPORT) Mit mehr als 3.500 Teilnehmern rechnet der Veranstalter des diesjährigen Wien-Stadtmarathons, der am 16. April erstmals vor dem Schloß Schönbrunn gestartet wird. Das bedeutet zugleich neuen Teilnehmerrekord. Der Start für Marathonläufer und Frühlingläufer, die 14,5 km zurückzulegen haben, ist einheitlich um 10 Uhr. Mehr als 1.000 Aktive werden aus dem Ausland erwartet, Läufer aus rund 20 Nationen nehmen teil. Im Kampf mit Weltklasseläufern haben der dreifache Sieger Gerhard HARTMANN und der Vorjahreszweite Helmut SCHMUCK erneut große Chancen auf einen Spitzenrang.

Entlang der neuen Strecke — wieder mit Ziel am Heldenplatz — werden dem Publikum rund 35 Aktivitäten geboten. Treffend die Aussage von Erika STRASSER, Präsidentin des Österreichischen Leichtathletik-Verbandes: „Durch den eigenartigen Charme der Stadt, durch die Streckenführung an großen historischen Bauten vorbei, ist der Wien-Marathon mit keinem anderen auf der Welt zu vergleichen“. (Schluß) hof/bs

### Zum Stadtmarathon am besten mit dem Silberpfeil

Wien, 11.4. (RK-LOKAL/SPORT) Im Jahr 1984 erfaßte die weltweite Marathonbewegung auch Wien; seither wird jährlich ein sogenannter Frühlingmarathon — er führt über die klassische Distanz von 42,135 Kilometer — abgehalten. Der diesjährige Lauf, es ist der sechste, wird am kommenden Sonntag, dem 16. April, um 10 Uhr vor dem Schloß Schönbrunn gestartet und hat sein Ziel auf dem Heldenplatz. Wie in diesem Zusammenhang Verkehrsstadtrat Johann HATZL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ erläuterte, macht ein ständig wachsender Zustrom von Teilnehmern auch eine Reihe entsprechender Verkehrsmaßnahmen in Form von Verkehrsbeschränkungen beim öffentlichen Verkehr erforderlich. Daneben gibt es allerdings auch eine wichtige Vergünstigung: Für alle Teilnehmer am Wiener Frühlingmarathon gilt während des Wettkampftages die Startnummer als Fahrausweis auf den öffentlichen Verkehrsmitteln.

#### Kurzfristige Verkehrsbeschränkungen

Der Start vor dem Schloß Schönbrunn wurde so gewählt, daß die Teilnehmer ihn bequem mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können: am besten mit der U-Bahn-Linie U 4, aber je nach Ausgangspunkt der Anfahrt auch mit den Straßenbahnlinien „8“, „10“, „58“ oder „60“ oder mit den Autobuslinien „15 A“, „56 B“, „57 A“, „63 A“ sowie „64 A“.

Am Sonntag wird es in der Zeit von 9 bis etwa 15 Uhr diverse Verkehrsbeschränkungen im öffentlichen Verkehr geben. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben, so Hatzl, sozusagen „Großeinsatz“: 17 Straßenbahnlinien und 13 Autobuslinien werden vorübergehend eingestellt oder kurzgeführt und zwar jeweils solange, bis der letzte Läufer die Strecke passiert hat.

Von diesen Maßnahmen sind folgende Linien betroffen: „10“, „58“, „15 A“, „60“, „47 A“, „57 A“, „63 A“, „6“, „18“, „8“, „64“, „13 A“, „14 A“, „52“, „1“, „2“, „J“, „D“, „40 A“, „31“, „32“, „N“, „21“, „O“, „18 A“, „4 A“, „74 A“, „75 A“, „80 A“ und „81 A“.

Die Wiener Verkehrsbetriebe werden vor dem Marathontag entlang der Strecke Informationsstände mit den Streckenänderungen aufstellen. Auskunft über die geänderten Linienführungen gibt es auch bei den Informationsstellen Karlsplatz, Telefon 587 31 86 und Stephansplatz, Telefon 52 42 27, auch am Samstag und Sonntag in der Zeit von 8.30 bis 16 Uhr. (Schluß) pz/bs

## **BIE-Delegation von Wien positiv beeindruckt**

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Die BIE-Untersuchungsdelegation zeigte sich am Dienstag in einem Pressegespräch positiv beeindruckt von der Bundeshauptstadt und von Österreich. Der Präsident des Bureau International des Exposition, Jacques SOL-ROLLAND, verwies darauf, daß die Delegation keine Beschlüsse fassen könne, sie werde der Generalversammlung einen Bericht erstellen. Sol-Rolland räumte ein, daß die Delegation alle nötigen Antworten auf offene Fragen erhalten hätte und würdigte die ernsthafte Arbeit des Vorbereitungskomitees. Die Generalsekretärin des BIE, Marie-Helene DEFRENE, gab bekannt, daß die Generalversammlung den Bericht über die Reise Wien — Budapest am 25. Mai erhalten werde. Die endgültige Entscheidung werde auf der Generalversammlung im Dezember dieses Jahres fallen. Das Delegationsmitglied William TAPPE gab auf Journalistenfragen bekannt, daß sich Miami bisher noch nicht um die Weltausstellung 1995 offiziell beworben habe. Der Präsident des Exekutivausschusses des BIE, Ted ALLAN, gab sich beeindruckt über die Idee, eine Weltausstellung in zwei Städten von Ländern mit verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Systemen abzuhalten.

### **Gelände ist ausreichend**

Sol-Rolland bezeichnete das vorgesehene Gelände mit 20 Hektar als ausreichend für eine Weltausstellung, außerdem gebe es ja noch die Erweiterungsmöglichkeit in Richtung Donauufer, Donauinsel und Nordbahnhofgelände. Das BIE wolle gar nicht, daß eine Weltausstellung zu groß sei. Dazu Ted Allan: es gehe nicht um die Größe sondern um die Qualität.

### **Wenn eine Stadt aussteigt muß neu geprüft werden**

Auf Journalistenfragen sagte der Präsident Sol-Rolland, sollte eine der beiden Städte nach dem Zuschlag, aus welchen Gründen auch immer, vom Projekt der gemeinsamen Weltausstellung aussteigen, so ergebe sich eine neue Situation, dann müsse das ganze Projekt neu aufgerollt und neu besprochen werden. (Schluß) fk/bs

## **Stadt Wien übernimmt Überwachung der Kurzparkzonen**

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird ab 1. Juli dieses Jahres die Überwachung der Wiener Kurzparkzonen selbst übernehmen. Bis dahin wird die Stadt eine Truppe von rund 20 Personen aufstellen, die für die Einhaltung der Wiener Parkometerabgabe sorgen wird. In einem Gespräch mit Innenminister Dr. Franz LÖSCHNAK wurde vereinbart, daß die Überwachung des sonstigen ruhenden Verkehrs weiterhin ausschließlich Aufgabe der Polizei bleibt. Ebenso wird die Polizei für die Überwachung der Wiener Kurzparkzonen auch in Zukunft Verwaltungshilfe leisten — z. B. bei der Lenkererhebung behilflich sein. Dies teilte Vizebürgermeister Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters mit.

Durch die Übernahme der Überwachung der Wiener Kurzparkzonen durch die Stadt Wien wird eine Änderung des Wiener Parkometerabgabengesetzes notwendig. Zunächst muß eine Kompetenz dafür geschaffen werden, daß Organe der Stadt Überwachungsaufgaben übernehmen — derzeit hat nur die Bundespolizei diese Befugnis. Außerdem muß geregelt werden, daß der Überwachungstrupp der Stadt auch Organmandate ausstellen darf.

Die Änderung der Wiener Parkometerabgabe wird den Wiener Landtag noch in diesem Frühjahr beschäftigen. (Forts. mgl.) sei/bs

## **Mordserie in Lainz: Beamtenkommission eingesetzt**

### **Außerdem unabhängige Expertenkommission**

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab Dienstag in seinem Pressegespräch die Einsetzung von zwei Kommissionen bekannt, die sich mit den Vorfällen im Krankenhaus Lainz beschäftigen werden: eine Beamtenkommission als Dienstaufsichts- und Disziplinarbehörde sowie eine vom Magistrat unabhängige Expertenkommission.

1. In der Magistratsdirektion wurde bereits eine Beamtenkommission eingesetzt — die Konstituierung fand heute mittag statt —, die als Dienstaufsichts-, aber auch als Disziplinarbehörde allfällige Verfehlungen bei der Wahrnehmung dienstlicher Obliegenheiten aufzuspüren und die erforderlichen Schritte zur Abstellung bzw. Ahndung zu setzen hat. Der Kommission gehören Mitarbeiter der Magistratsdirektion sowie der Magistratsabteilungen 2 (Personalamt) und 17 (Anstaltenamt) an. Im einzelnen erteilte Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION diesem Arbeitsteam den Auftrag, insbesondere folgende Erhebungen durchzuführen: Feststellung des Ablaufes des Stationsbetriebes; detaillierte Erfassung der Stellenbeschreibung aller Mitarbeiter/innen; Ermittlung aller Erlässe, Dienstanweisungen etc., namentlich bezüglich der Kontrolle und Überwachung des Personals; Einsatz von Sachmitteln und deren Anordnung (z. B. Medikamentschränke, Giftschränke etc.); Vorgangsweise bei der Beschaffung und Verwaltung der Medikamente; Aufzeichnungen und Unterlagen über Patienten und Personal; Feststellung der konkreten Diensterteilung an jenen Tagen, an denen die Taten geschehen sind; darüber hinaus alle Untersuchungen bezüglich allfälliger Mängel bei der konkreten Aufgabenbesorgung in der betroffenen Abteilung. Das Arbeitsteam hat die Aufgabe, festzustellen, ob in dieser Abteilung des Krankenhauses Lainz die schrecklichen Vorfälle durch Handlungen oder Unterlassungen von Mitarbeitern, insbesondere bei der ordnungsgemäßen Führung der Dienstaufsicht, begünstigt, erleichtert bzw. überhaupt erst ermöglicht wurden. Selbstverständlich hat die Beamtenkommission streng darauf zu achten, daß durch ihre Arbeit keine Behinderung der Tätigkeit der Untersuchungsbehörden (Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei) entsteht.

2. Außerdem soll eine vom Magistrat unabhängige weitere Kommission, bestehend aus Persönlichkeiten aus den Bereichen der Medizin, verwandter Wissenschaftsgebiete und der Rechtswissenschaften eingesetzt werden, die auch strafrechtlich nicht relevante Hintergründe der Mordserie beurteilen soll. Der Kommission sollen Ergebnisse der Untersuchung der Beamtenkommission zur Verfügung stehen.

Wie Zilk in der Pressekonferenz betonte, soll diese aus in- und ausländischen Experten bestehende Kommission das Vertrauen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien haben und ihre Tätigkeit so rasch wie möglich aufnehmen.

Zilk wiederholte, daß im Zusammenhang mit den schrecklichen Ereignissen im Krankenhaus Lainz nichts verschwiegen werden dürfe. Man dürfe bei der Suche nach möglichen Fehlern aber nicht übersehen, daß es nackte Mordlust und Barbarei waren, die zu den Verbrechen geführt haben.

### **Trauerminute der Wiener Landesregierung**

Wie Zilk weiters mitteilte, hat die Wiener Landesregierung im Gedenken an die tragischen Ereignisse in der heutigen Sitzung eine Trauerminute abgehalten. (Schluß) ger/ull/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Redaktion: Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien. Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240. Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien. Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 12. April 1989

Blatt 716

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Kommunal/Lokal:**

- Psychologisches Team arbeitet seit heute im Krankenhaus Lainz (717/FS: 11.4.)
- „Umweltbewußt einkaufen“: Marktaktionen mit dem Mobilbüro des Bürgerdienstes (718)
- Enquete über Hauskrankenpflege am 26. April (719)
- Einzelfahrscheine kommen wieder (720)
- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (721)
- 25 Jahre Donauturm: „Traumautos“ aus aller Welt (722)
- Primarius Pesendorfer vom Dienst suspendiert (723)
- Wiener ausgesprochen „fremdenverkehrsbeußt“ (724)
- Edlinger verwundert über Entprivatisierungs-Wunsch (725)
- In zwei Tagen 450 Anrufe beim Spitalsombudsmann (726)

## **Psychologisches Team arbeitet seit heute im Krankenhaus Lainz**

Bereits am 11. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 11.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in seiner Pressekonferenz mitteilte, arbeitet ab sofort ein „Psychologisches Team“ des Psychosozialen Dienstes im Krankenhaus Lainz. Es soll die Mitarbeiter der betroffenen Abteilung in Lainz, aber auch andere Mitarbeiter im Krankenhaus dabei unterstützen, ihre gegenwärtige Situation zu bewältigen. Ärzte und Schwestern müssen ihrer eigenen Betroffenheit, ihrem eigenen Mißtrauen, aber auch dem neuen Mißtrauen, das ihnen möglicherweise von Patienten und Angehörigen entgegengebracht wird, sinnvoll begegnen können. Die Fragen von Patienten und Angehörigen müssen beantwortet werden. Darauf sollen Ärzte und Schwestern in Gruppengesprächen unter der Leitung von dafür eigens geschulten Fachleuten vorbereitet werden. Es ist vorgesehen, daß das „Psychologische Team“ auch in anderen Krankenhäusern eingesetzt wird, wenn dort eine rasche Unterstützung benötigt wird.

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER auf eine Anfrage nach der psychologischen Ausbildung des Pflegepersonals erklärte, sei die psychologische Ausbildung der Krankenpflegeschülerinnen und -schüler, aber auch des Dienst-tuenden Personals in den vergangenen Jahren wesentlich erweitert worden. Es werden auch Spezialkurse abgehalten die von immer mehr Schwestern und Pflegern besucht werden. Bei den Vorfällen im Krankenhaus Lainz gehe es aber gar nicht darum. Stacher wörtlich: „Für mich ist das nach wie vor glatter Mord!“ Es sei kein Irrtum in der Behandlung der Patienten passiert, es sei kein Medikament falsch dosiert worden, sondern hier sei die Spritze als Mordinstrument eingesetzt worden.

Stacher betonte, daß er immer gegen die aktive Sterbehilfe eingetreten sei, für ihn als Arzt sei das Mord und daher völlig abzulehnen. Auf die Frage nach „Mißständen im Pflegeheim Lainz“, die in einem vor sieben Jahren erschienenen Buch angeführt waren, stellte der Gesundheitsstadtrat fest, daß sich die Situation im Pflegeheim Lainz in den vergangenen Jahren wesentlich verbessert hat. Es habe viele bauliche Verbesserungen gegeben, auch seien die Besuchszeiten verlängert worden. Er habe auch in den letzten Jahren keine Klagen über eine ungenügende Pflege gehört. Es sei allerdings richtig, daß zu wenig ausgebildetes Personal für die steigenden Bedürfnisse vorhanden sei.

Auf die Frage nach der Anzahl der Betten in Pflegeheimen, gab Stadtrat Stacher bekannt, daß in den städtischen Pflegeheimen derzeit rund 6.900 Betten zu Verfügung stehen. In den Pensionistenheimen gebe es rund 7.500 Wohnplätze, in den Betreuungsstationen der Pensionistenheime 750 Betten. In privaten Pflegeheimen seien ungefähr 2.200 Betten vorhanden.  
(Forts. mgl.) sc/gg

## **„Umweltbewußt einkaufen“: Marktaktionen mit dem Mobilbüro des Bürgerdienstes**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Das Mobile Büro des Bürgerdienstes wird in den nächsten Monaten wieder einige Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durchführen. Interessierte KonsumentInnen können sich dabei über umweltfreundliche Produkte — von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier oder umweltschonende Putzmittel — informieren. Die Marktaktionen des Mobilbüros, bei denen auch UmweltberaterInnen dabei sind, finden jeweils von 8 bis 13 Uhr an folgenden Tagen und Orten statt:

Dienstag, 18. April, Naschmarkt  
Dienstag, 2. Mai, Karmelitermarkt  
Dienstag, 16. Mai, Simmeringer Markt  
Dienstag, 30. Mai, Meidlinger Markt  
Dienstag, 13. Juni, Floridsdorfer Markt

Selbstverständlich informieren die UmweltberaterInnen aber auch außerhalb der Marktaktionen über umweltfreundliche Produkte. UmweltberaterInnen sind an den Volkshochschulen Favoriten, Tel. 68 77 68, Hietzing, Tel. 84 55 24/23, Penzing (Außenstelle), Tel. 89 32 915 und Floridsdorf, Tel. 30 41 24, erreichbar. Listen mit umweltschonenden Erzeugnissen bzw. Geschäften, die umweltfreundliche Produkte führen, gibt es bei allen Bürgerdienststellen. (Schluß) hrs/rr

## **Enquete über Hauskrankenpflege am 26. April**

**Stacher: Grundlage für ein Konzept für Wien**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Bevor ein umfassendes Konzept zur Einführung eines Hauskrankenpflegefachdienstes vorgelegt werden könne, sei es notwendig, klarzustellen, was Hauskrankenpflege wirklich ist und welche Aufgaben damit tatsächlich verbunden sind. Das stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Dienstag nachmittag in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Gesundheits- und Spitalswesen fest und beantwortete damit einen Antrag der ÖVP-Gemeinderäte Dkfm. Hilde SCHILLING und Dr. Erwin RASINGER, ein Konzept für die Hauskrankenpflege vorzulegen.

Grundsätzlich müsse man, so Stadtrat Stacher, zwischen Grundpflege und hochqualifizierter Pflege, wie sie die mobilen Schwestern als verlängerter Arm des praktischen Arztes durchführen, Genesungspflege im Anschluß an einen Spitalsaufenthalt und speziellen pflegerischen und rehabilitativen Maßnahmen unterscheiden.

Um hier eine einvernehmliche Abklärung zu erzielen, habe er zu einer Enquete mit dem Titel „Hauskrankenpflege – was wird darunter verstanden?“ am 26. April eingeladen, bei der nicht nur diese qualitativen Fragen, sondern auch die daraus abzuleitenden Kostenträger diskutiert werden sollen. Erst nach Klärung dieser Frage werde es möglich sein, gemeinsam ein umfassendes Konzept für die ganze Stadt zu erarbeiten.

Erste Schritte seien dazu bereits gesetzt worden, als im September des Vorjahres im 2. Wiener Gemeindebezirk ein Modellversuch gestartet wurde, bei dem – vorerst durch zusätzliche mobile Schwestern – eine durchgehende tägliche Versorgung der Bevölkerung von 7 bis 19 Uhr angeboten wird.

### **Aufträge für SMZ-Ost und Krankenhaus Gersthof**

Der Gesundheitsausschuß genehmigte in der Sitzung 28,5 Millionen Schilling für die Baumeisterarbeiten an der Klinkerfassade des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost und 5,2 Millionen Schilling für die Sanierung des Operationsbereichs im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof. (Schluß) sc/bs



## **Einzelfahrscheine kommen wieder**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Mittwoch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekanntgab, werden mit Juni 1989 die „Fünfer-Blocks“ mit fünf Einzelfahrscheinen der Wiener Verkehrsbetriebe wieder eingeführt.

Viele Wienerinnen und Wiener haben sich in Briefen und Anrufen dafür ausgesprochen, auch die sozialistischen Bezirksvorsteher und der Pensionistenverband haben sich für die Wiedereinführung der Einzelfahrscheine eingesetzt.

Bekanntlich hatten die Verkehrsbetriebe anlässlich ihrer Tarifreform vom Jänner 1989, einem internationalen Trend folgend, ganz auf die „Streifenkarten“ gesetzt. Zusätzlich hatte es aus dem Kreis der Fahrgäste auch Anregungen gegeben, auf die Einzelfahrscheine zu verzichten. In vergleichbaren ausländischen Städten gibt es nur mehr das Streifenkartensystem. Neben einer Vereinheitlichung der Fahrausweise wollte man damit auch Einsparungen erreichen. Stadtrat Hatzl: „Wenn aber die Mehrheit unserer Fahrgäste, vor allem unsere älteren Fahrgäste, lieber weiterhin den Einzelfahrschein wollen, weil der Fünferblock teilbar ist und die Fahrscheine leichter zu markieren sind, werden wir dem selbstverständlich Rechnung tragen!“

Allerdings: Nur mehr rund sieben Prozent der Fahrgäste verwendeten 1988 überhaupt noch Vorverkaufsfahrscheine, 1982 waren es noch fast doppelt soviel gewesen. Der Trend geht eindeutig in Richtung Netzkarten: Mehr als 80 Prozent aller Fahrgäste — im Jahr 1988 602 Millionen — verwenden Wochen-, Monats- oder Jahresnetzkarten.

Die „Fünfer-Blocks“ werden wieder in den betriebseigenen Vorverkaufsstellen der Verkehrsbetriebe und in Trafiken, nicht aber an den Automaten, erhältlich sein. (Schluß) roh/gg

## Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

### Ein Stammbuch von Philipp Jakob Damang

Wien, 12.4. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen. Bis 25. April wird nun das Stammbuch von Philipp Jakob DAMANG (gest. 1621) gezeigt. Damang war kaiserlicher Offizier an der türkischen Grenze und dürfte sich später in der Umgebung Wiens aufgehalten haben.

Die Mode, Stammbücher zu führen, kam im deutschen Sprachraum in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts auf. Es waren vor allem Männer aus dem Adelsstand, wohlhabende Bürger und Studenten, die Stammbücher anlegten. Die Poesiealben der Mädchen entstanden erst viel später. Damangs Stammbuch ist ein äußerst farbenprächtiges Exemplar. Die Widmungen sind übrigens wenig originell, dafür hat ein eigens bezahlter Maler die dazugehörigen Wappen besonders schön ausgeführt. (Schluß) am/rr



Aus dem Stammbuch des kaiserlichen Offiziers Philipp Jakob Damang (gest. 1621)  
Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

## **25 Jahre Donauturm: „Traumautos“ aus aller Welt**

Wien, 12.4. (RK-LOKAL) Zahlreiche Anmeldungen gibt es bereits zum internationalen Maserati-Treffen am 15. und 16. April, das anlässlich des 25. Geburtstages des Donauturms stattfindet. Mehr als 90 Teilnehmer aus Italien, Frankreich, England, Schweiz, Deutschland, Spanien und Monaco sowie viele österreichische Maseratifahrer bringen für den Autofan wahre Leckerbissen mit zum Donauturm, zum Beispiel das einzige Kyalami Cabrio der Welt oder den berühmten Ghibli-Spider, früher das schnellste offene zweisitzige Rennauto bei den legendären Straßenrennen Europas.

Zusätzlich findet eine „Traumauto-Ausstellung“ statt. Neben der gesamten Maserati-Palette sind Lamborghini- und Ferrari-Spitzenmodelle u. a. zu sehen.

Am Sonntag, dem 16. April, findet von 16 bis 17 Uhr die Verlosung eines roten Maserati Biturbo Cabrios im Wert von fast einer Million Schilling statt. (Schluß) wh/gg

## **Primarius Pesendorfer vom Dienst suspendiert**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK verfügte heute, Mittwoch, aufgrund der bisherigen Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen die Suspendierung des Leiters der Ersten Medizinischen Abteilung am Krankenhaus Lainz, Univ.-Prof. Dr. Franz PESENDORFER, vom Dienst. Diese Maßnahme soll eine zügige und unbeeinflusste Fortsetzung aller laufenden Untersuchungen sicherstellen. Die Suspendierung greift dem Ergebnis der laufenden Dienstaufsichts- und Disziplinaruntersuchung nicht vor. (Schluß) chr/gg

## **Wiener ausgesprochen „fremdenverkehrsbewußt“**

### **Nur Touristen-Autobusse umstritten**

Wien, 12.4. (RK-LOKAL) Die Wienerinnen und Wiener schätzen den Tourismus in ihrer Stadt überaus positiv ein: 93 Prozent sind von seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung überzeugt, berichtete Fremdenverkehrsdirektor Dr. Helmut KREBS aufgrund einer Repräsentativerhebung, die vom Fessel-Institut im Auftrag des Wiener Fremdenverkehrsverbandes und der Wiener Handelskammer durchgeführt worden ist. Kritik an den Gästen ist äußerst selten, lediglich die Touristen-Autobusse wurden von 52 Prozent der Befragten als störend empfunden.

Auch dem Ausbau des Wien-Tourismus stehen die allermeisten „Einheimischen“ aufgeschlossen gegenüber: 50 Prozent sind bedingungslos für die Verstärkung der Gästefrequenz, weitere 41 Prozent möchten zusätzliche Gäste vor allem aus den zahlungskräftigen Schichten kommen sehen.

Kritik an den Wien-Touristen ist nur sehr gering, 53 Prozent der Wienerinnen und Wiener fällt überhaupt nichts Störendes ein bzw. auf. Am ehesten stört noch, daß die Gäste oft „in Massen“ auftreten. Vom Ansturm „kaufwütiger“ Ungarn fühlten sich nur drei Prozent gestört. Auf der fünfstufigen Schulnotenskala erhalten die Wien-Besucher die durchaus angenehme Note 2,34 – vier Fünftel aller Wienerinnen und Wiener geben den Gästen die Schulnote „gut“ bzw. „befriedigend“.

Die Touristen-Autobusse werden ambivalent beurteilt. Auf die Frage, ob die vielen Busse „sehr stören“, antworteten 52 Prozent mit ja, 45 Prozent mit nein. Daß die Autobusse allerdings schwer durch andere Verkehrsmittel ersetzbar sind, wissen auch die Kritiker: Die Meinung „Besser Busse mit Gästen als noch mehr Pkw“ erhielt 63 Prozent zustimmende und nur 14 Prozent ablehnende Antworten. (Forts. mgl.) wfv gg

## **Edlinger verwundert über Entprivatisierungs-Wunsch**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Mit großem Erstaunen registrierte Stadtrat Rudolf EDLINGER den von ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER vortragenen Wunsch nach der „Entprivatisierung“ des „Barock-Juwels“ Palais Schönburg.

„Selbstverständlich liegt auch mir sehr viel an der Erhaltung dieses Baudenkmals, aber der Philosophie entsprechend, die sonst Herr Mag. Kauer vertritt, würde ich den Appell an die Privatinitiative weitergeben. Eine Förderung seitens der Stadt Wien ist sicherlich denkbar, es geht aber nicht an, immer dann nach der öffentlichen Hand zu rufen, wenn es Probleme gibt, andererseits aber Privatisierung in jenen Bereichen zu fordern, wo man sich privatwirtschaftliche Gewinne verspricht.“ (Schluß) lf/gg

## **In zwei Tagen 450 Anrufe beim Spitalsombudsmann**

**Telefon 531 14 DW 504 und 507 steht weiterhin zur Verfügung**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Die in Zusammenhang mit den Mordfällen im Krankenhaus Lainz eingerichteten beiden Ombudsmannklappen 531 14 DW 504 und 507 werden von den Wienerinnen und Wienern stark in Anspruch genommen. Montag und Dienstag wurden bereits rund 450 Telefonate zu Protokoll genommen. Viele Anrufer gaben namentlich, zum Teil auch anonym, Beschwerden und Stellungnahmen ab, die umgehend an die Innenrevision der Wiener Spitalsverwaltung weitergeleitet wurden und dort jetzt überprüft werden.

Die beiden Ombudsmann-Telefonnummern stehen auch weiterhin nicht nur jenen Anrufern zur Verfügung, die um das Los ihrer Angehörigen besorgt sind, es wird auch allen anderen Hinweisen nachgegangen. Solche Anrufe werden absolut vertraulich behandelt.

Die Anrufe von Angehörigen von Patienten waren fast ausschließlich von Trauer und Besorgnis geprägt. Die Gespräche wurden mit wenigen Ausnahmen sachlich und gefaßt geführt. Nicht wenige Anrufer merkten an, daß die Behandlung ihrer Angehörigen vor deren Ableben ausgezeichnet gewesen sei. Sie reagierten daher auf die Nachrichten aus Lainz umso überraschter und schockierter.

Es riefen auch ehemalige Patienten der 1. Medizinischen Abteilung an, die die Ärzte und das Pflegepersonal lobten und betonten, daß sie sich jederzeit wieder in diese Abteilung zur Behandlung begeben würden. Viele Anrufer, die die aufopfernde Pflege und Betreuung durch das Pflegepersonal positiv würdigten, gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, daß ein ganzer Berufsstand nun durch die Taten einzelner Stationsgehilfinnen in Mißkredit gebracht werde.

Leider gibt es vereinzelt auch anonyme Anrufe mit pauschalen Vorwürfen und Beschimpfungen.

Stadtrat Stacher ersucht die Bevölkerung bei allen Fragen, Unklarheiten oder Beschwerden den Spitalsombudsmann auf den angegebenen Telefonnummern anzurufen, bittet jedoch um genaue Angaben, da allgemeine Aussagen nicht überprüft werden können. Die Spitalsverwaltung hat Mittwoch eine eigene Arbeitsgruppe geschaffen, die sich mit diesen Angaben beschäftigt. Sie wird sich bemühen, den Anrufern möglichst bald das jeweilige Ergebnis bekanntzugeben. (Schluß) sc/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlags- und Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 13. April 1989

Blatt 727

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Kommunal/Lokal:**

- Einsatzmedaillen für Polizisten als Lebensretter (730/FS: 12.4.)
- Neuer Forstdirektor (731)
- Baufortschritt beim Krankenhaus im SMZ-Ost (732-734)
- Enquete über aktuelle Entwicklungen der Sozialarbeit (735)
- Planungsausschuß urgiert Verlängerung der Vorortelinie bis Meidling (737)
- Kranzniederlegung anlässlich der Befreiung Wiens (738)
- Dienstrechtliche Konsequenzen für die Verdächtigen in der Lainzer Mordaffäre (739)
- Wiener Gemeinderat (740ff.)

**Kultur:**

- Schwerpunkt „Seele“ bei den Wiener Festwochen (728/729/FS: 12.4.)
- „Tonstudio Brand“ im Hanakmuseum Lang-Enzersdorf (736)
- Gedenkstättenkonzert entfällt (nur FS)



## Schwerpunkt „Seele“ bei den Wiener Festwochen

Wien, 12.4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK präsentierte am Mittwoch das Programm der Wiener Festwochen 1989 (11. Mai bis 18. Juni), das von zwei Schwerpunkten — den Themen „Seele“ und „Freiheit und Menschenrecht“ dominiert wird.

Pasterk betonte, daß die Festwochen auch heuer wieder bei ihrem erfolgreichen Weg bleiben werden, mit einer Mischung aus Eigenproduktionen und hochkarätigen Gastspielen neue Wege aufzuzeigen und Schaufenster für kulturelle Entwicklungen zu sein. Besonders wies die Stadträtin auf die Ausstellung „Wunderblock — eine Geschichte der modernen Seele“ hin, in der — 50 Jahre nach dem Tod von Sigmund Freud — die wissenschaftliche und künstlerische Entwicklung zu Freud im 19. Jahrhundert dargestellt wird. Im Zuge der Ausstellung stelle die Klimatisierung der Reithalle im Messepalast eine wichtige Maßnahme für die weitere Planung in diesem Bereich dar. Eine weitere Ausstellung „Wiener Diwan: Sigmund Freud heute“ versuche die Auseinandersetzung zeitgenössischer Künstler mit den Erkenntnissen Freuds auszuloten.

Der zweite Themenschwerpunkt „Freiheit und Menschenrechte“ bezieht sich auf die 200. Wiederkehr des Jahres der französischen Revolution, aber auch auf heutige Ereignisse, die im Widerspruch zur Freiheit und zu den Menschenrechten stehen. Diesem Themenkreis gilt die Eröffnung der Festwochen, die unter dem Titel „1789 — 1989: Wien grüßt Paris. Paris grüßt Wien“ französische Stars wie Gilbert Becaud, Juliette Greco, die Rockgruppe La Mano Negra oder Sapho mit Wiener Künstlern auf dem Rathausplatz versammelt.

Neben den Symposien „Philosophie und Psychoanalyse“ und „Psychoanalyse und Musik“ ist auch eine Reihe künstlerisch bedeutender Gastspiele dem „Seele“-Thema zuzuordnen: Das Piccolo teatro di Milano bringt Pirandellos „Come tu mi vuoi“ in der Inszenierung Giorgio Strehlers nach Wien, das Deutsche Theater, Berlin/DDR, gastiert mit Ibsens „Gespenstern“ in der Inszenierung von Thomas Langhoff — eine weitere Inszenierung Langhoffs ist mit Volker Brauns „Übergangsgesellschaft“, Maxim Gorki Theater, Berlin/DDR, zu sehen. Die Deutsche Oper am Rhein zeigt Franz Schrekers „Die Gezeichneten“, und der brasilianische Regisseur Gerald Thomas stellt zwei Inszenierungen, „Ein Prozeß“ nach Franz Kafka und „Carmem Com Filtro“, in Wien vor. Das Musikfest der Festwochen steht unter dem Motto „Mythos und Seele“ und bringt darüber hinaus große Dirigenten wie Nikolaus Harnoncourt, Claudio Abbado, Daniel Barenboim und James Levine nach Wien.

Ein Festwochenhöhepunkt verspricht die Produktion der „Entführung aus dem Serail“ zu werden, die die Festwochen gemeinsam mit der Wiener Staatsoper und dem Theatre Royal de la Monnaie in Brüssel herausbringen. Ursel und Karl-Ernst Herrmann führen Regie. Nikolaus Harnoncourt hat die musikalische Leitung. Peter Zadeks Inszenierung von Wedekinds „Lulu“ am Deutschen Schauspielhaus Hamburg und die zeitgenössische Oper „Bremer Freiheit“ von Adriana Hölszky, Staatstheater Stuttgart, markieren weitere wichtige Ereignisse des Gastspieldirektors.

Dem Themenschwerpunkt Frankreich sind neben der Ausstellung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auch in Österreich?“ im Historischen Museum der Stadt Wien zwei Theaterreihen zuzuzählen: Im Theater im Künstlerhaus präsentiert sich Frankreichs Off-Szene mit Avantgarde-Produktionen, im Französischen Kulturinstitut wird eine Reihe von Gastspielen vor allem neuester französischer Literatur gezeigt. Als Beitrag zur heutigen Situation der Freiheit und Menschenrechte ist schließlich das Musical „Sarafina! The Music of Liberation“ zu sehen, das sich mit der Apartheid in Südafrika auseinandersetzt. Die mitreißende Musik und das Spiel der

Bereits am 12. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

jugendlichen Laien machen dieses Stück zum Ereignis. Innovative Rock- und Popmusik gibt es bei der Serie „Big Beat“ im Messepalast zu hören, die Reihe „Big Motion“ bietet — korrespondierend dazu — unkonventionelles Theater. Das Kindertheater-Festival im Künstlerhaus und das Festival „Filme für kleine Menschen“ im Votiv-Kino wenden sich an die jüngsten Besucher.

Die zentrale Informationsstelle und Festwochen-Ticket-Ausgabestelle befindet sich im Theater an der Wien — das Ticket um 100 Schilling berechtigt Schüler, Lehrlinge, Studenten, Präsenz- und Zivildienstler bis 25 Jahre zum Kauf von bis zu 40 Prozent ermäßigten Eintrittskarten für alle Festwochenveranstaltungen. Karten für alle Veranstaltungen im Theater an der Wien, im Messepalast und im Künstlerhaus gibt es auch im Raimundtheater, im Ronacher, in der Stadthalle und auf dem Messeplatz. Der Kartenverkauf beginnt am Samstag, dem 15. April. (Schluß) gab/bs/rr

Forts. von Blatt 728

## **Einsatzmedaillen für Polizisten als Lebensretter**

Wien, 12.4. (RK-KOMMUNAL) Für ihren Mut und ihre Einsatzbereitschaft, mit der sie drei Menschen bei Zimmerbränden retten konnten, wurden Mittwoch nachmittag acht Polizeibeamte von Stadträtin Christine SCHIRMER mit der Einsatzmedaille des Landes Wien ausgezeichnet. Bezirksinspektor Friedrich HÖGER und die Revierinspektoren Karl AMON, Karl SCHÄFER und Karl SEDELMAYER hatten im Mai 1988 ein älteres Ehepaar bei einem Wohnungsbrand gerettet. Die Revierinspektoren Bruno JENNY und Erich KAIL hatten gemeinsam mit den Inspektoren Georg GIULIANI und Josef LASCHITZ ebenfalls bei einem Zimmerbrand, im Juli 1988, eine Frau aus der brennenden Wohnung geborgen. Schirmer dankte in ihrer Laudatio den Beamten für ihr umsichtiges und tatkräftiges Handeln in einer besonders gefährlichen Situation. (Schluß) hrs/rr

Bereits am 12. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Neuer Forstdirektor

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION führte am Donnerstag Senatsrat Dipl.-Ing. Dr. Karlheinz BALLIK in sein neues Amt als Leiter der Magistratsabteilung 49 (Forstamt und Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien) ein. Ballik tritt damit die Nachfolge von Forstdirektor Obersenatsrat Dipl.-Ing. Wilhelm HANS an, der in den Ruhestand getreten ist.

Hans, seit 1955 im Forstamt beschäftigt, hatte die Abteilung seit 1981 geleitet. Ballik, Jahrgang 1941, seit 1968 im Forstamt, war zuletzt Abteilungsleiter-Stellvertreter gewesen.

An der Amtseinführung nahmen auch Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL, der Vorsitzende des Gemeinderatsausschusses für Umwelt, Freizeit und Sport Gemeinderat Otmar BRIX, Magistratsvizelektor Dr. Alfred PEISCHL, Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA, der frühere Forstdirektor Dipl.-Ing. Karl MELOUN sowie der Vorsitzende des Zentralausschusses der Personalvertretung Günter WENINGER teil.

Stadtrat Häupl dankte dem scheidenden Forstdirektor, in dessen Zeit ein Umdenkprozeß forciert wurde, daß nämlich der Wald nicht nur ein Wirtschaftsgut sei, sondern vor allem Erholungs- und Schutzfunktion habe. Die Erhaltung des Waldes erfordere eine umfangreiche konkrete Arbeit. Die Bestellung von Dr. Ballik zum neuen Forstdirektor gewährleiste ein hohes Maß an Kontinuität im inhaltlichen Verständnis dieser positiven Arbeit, die es fortzusetzen gilt.

Magistratsdirektor Bandion betonte, daß der Wald der wertvollste Teil der reichen und vielfältigen Natur Wiens sei. Der Vorzug und das Privileg Wiens, über einen für Großstädte ungewöhnlich ausgedehnten Waldbesitz zu verfügen, bedeute für die städtische Forstverwaltung zu allererst eine große Verpflichtung — nämlich, dieses unschätzbare Erbe auch für künftige Generationen zu sichern. Bandion wies darauf hin, daß dem Forstamt mit den Quellenschutzforsten weit außerhalb der Stadtgrenzen darüber hinaus auch eine Mitverantwortung für die Versorgung Wiens mit Hochquellwasser zukommt. „Forstdirektor zu sein, darf nicht nur ein Beruf, sondern muß auch Berufung sein“, sagte der Magistratsdirektor. (Schluß) ger/gg

## **Baufortschritt beim Krankenhaus im SMZ-Ost**

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gab Mittwoch abend in seiner Gesundheitspolitischen Presse-runde einen Bericht über den Baufortschritt bei der Errichtung des Schwerpunktkrankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost. Dem-nach liegen die Bauarbeiten voll im Termin- und Kostenplan.

### **Vertrauensverhältnis wieder herstellen!**

Zu Beginn der Presserunde bat der Gesundheitsstadtrat um Verständnis dafür, daß es — trotz der vergangenen furchtbaren Ereignisse auf einer Ab-teilung im Krankenhaus Lainz — möglich sein müsse, an die Zukunft zu denken. Ein Teil dieser Zukunft sei das neue Krankenhaus im SMZ-Ost, das ein wirklich humanes Spital werden wird.

Zur derzeitigen Situation in den Krankenhäusern meinte der Stadtrat, daß man nun den Schock, den Patienten, Pflegepersonal und Ärzte erlitten hät-ten, überwinden und wieder ein Vertrauensverhältnis zwischen allen schaffen müsse. Vor allem müsse man erreichen, daß die Patienten keine Angstgefühle haben. Er habe gehört, daß sich ein Patient aus Angst keine Insulinspritze geben lassen wollte. In diesem Zusammenhang appellierte er an die Massenmedien, nicht durch überspitzte Berichterstattung Angst bei den Patienten zu erzeugen.

Aus den bisher rund 600 Anrufen beim Spitalsombudsmann gehe hervor, daß der größte Teil der Anrufer ruhig und sachlich argumentiere. In vielen Fällen wurde Schwestern, Pflegern und Ärzten für ihre Arbeit im Kranken-haus gedankt, nur in wenigen Fällen gebe es negative Pauschalurteile. Von einem Gespräch mit dem Wiener Polizeipräsidenten Dr. Günther BÖGL berichtete der Stadtrat, daß kein Verdacht bestehe, daß noch jemand an den Mordfällen in Lainz beteiligt sein könnte.

### **Krankenhaus im SMZ-Ost: 1. Ausbaustufe 1992 fertig**

Mit einem umbauten Raum von rund 950.000 Kubikmetern und rund 5.500 Räumen wird das Krankenhaus im SMZ-Ost eines der größten Bauwerke Wiens sein. Die 1. Baustufe umfaßt 544 Betten mit den dazugehörigen Untersuchungs- und Behandlungsbereichen und wird 1992 fertiggestellt werden. Die 2. Ausbaustufe mit 244 Betten und den entsprechenden Am-bulanzbereichen wird 1994 zur Verfügung stehen. Die Baukosten betragen 5,25 Milliarden Schilling, dazu kommen 770 Millionen Schilling für die Ein-richtung (Preisbasis 1983). In einer 3. Ausbaustufe ist die Errichtung einer Psychiatrischen Abteilung mit 120 Betten und die Installation eines Kern-spintomographen und einer Tumorbestrahlungsanlage vorgesehen. In den dreieinhalb Jahren seit dem Spatenstich für das neue Krankenhaus im SMZ-Ost wurde der Rohbau der 1. Ausbaustufe bereits zu 95 Prozent fertig-gestellt. Die weiteren bisherigen Bauleistungen: Dach: 90 Prozent, Ausbau: 60 Prozent, Fassade und Fenster: 50 Prozent, Estrich: 50 Prozent, Innen-wände: 50 Prozent und ebenfalls 50 Prozent der Haustechnik, also Hei-zung-Lüftung-Klima sowie Sanitär- und Elektroinstallationen. Von der 2. Ausbaustufe ist der Rohbau schon zu 60 Prozent hergestellt.

### **Betriebsorganisationsplanung durch Mitarbeiter der Stadt Wien**

Wie Stadtrat Stacher erklärte, wurde vor genau zehn Jahren, also im April 1979, aus sechs Mitarbeitern der Stadt Wien eine „Projektgruppe Raum- und Funktionsprogramm“ gebildet, die sofort mit der Arbeit begann und schon Anfang 1980 das Raum- und Funktionsprogramm für das Kranken-haus SMZ-Ost vorlegen konnte.

Ursprünglich hatte die Stadt Wien von 17 Beratungsfirmen Angebote zur

Ausarbeitung des Raum- und Funktionsprogrammes und der Betriebsorganisationsplanung eingeholt. Die hohen Angebotspreise führten jedoch zu der Überlegung, das bei den Mitarbeitern der städtischen Krankenanstalten vorhandene Wissen und die Erfahrungen aus dem täglichen Krankenhausbetrieb zu nützen, und die Planungen mit eigenem Personal durchzuführen.

Nach Abschluß des Raum- und Funktionsprogrammes übernahm die Projektgruppe auch die Betriebsorganisationsplanung für das neue Spital. Für die einzelnen Organisationseinheiten wurden jeweils Arbeitskreise gebildet, und Fachleute zur Mitarbeit eingeladen. In der zehnjährigen Tätigkeit der Planungsgruppe haben bisher 112 Mitarbeiter aus ärztlichen, medizinisch-technischen, pflegerischen, technischen und administrativen Funktionsbereichen der Stadt Wien an der Betriebsorganisation mitgewirkt. Der Arbeitsaufwand betrug rund 30.000 Stunden.

Die Betriebsorganisationsplanung gliedert sich in vier Abschnitte, von denen zwei — das Raum- und Funktionsprogramm und die Grobplanung der Betriebsorganisation — bereits abgeschlossen sind. Auch ein großer Teil der Detailplanung ist fertiggestellt. Derzeit wird an der Feinplanung der Einrichtung, des Personalbedarfes und des Sachaufwandes sowie an der Inbetriebnahmeplanung (Aufbau- und Ablauforganisation, Organisationshandbücher, Stellenpläne und Stellenbeschreibungen) gearbeitet.

#### **Das Führungsteam ist bereits bestellt**

Damit die kollegiale Führung und die Leiter der 14 Abteilungen, sieben Institute und der Apotheke noch an der Feinplanung und der Inbetriebnahmeplanung mitarbeiten können, wurde, so der Gesundheitsstadtrat, das gesamte Führungsteam für das Krankenhaus im SMZ-Ost bereits bestellt. Die kollegiale Führung besteht aus dem ärztlichen Direktor (Univ.-Prof. Prim. Dr. Karl TRAGL, der zugleich auch die 1. Medizinische Abteilung leiten wird), dem Verwaltungsdirektor (Oberamtsrat Walter REINAGL) und der Direktorin des Pflegedienstes (Josefa STICH).

#### **SMZ-Ost bedingt Änderungen in anderen Spitälern**

Da in Wien die Zahl der Akutbetten nicht vermehrt werden darf, ja infolge der Auflagen des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds sogar noch weiter verringert werden muß, müssen mit der Inbetriebnahme des Krankenhauses im SMZ-Ost in anderen städtischen Spitälern Abteilungen geschlossen werden. Dabei geht es dann auch darum, wie Stadtrat Stacher erklärte, die bestmögliche regionale Verteilung der Spitalsbetten in Wien sicherzustellen. Die Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen arbeitet daher derzeit an einem neuen „Zielplan für das Gesundheits- und Spitalswesen Wien“, der noch in diesem Jahr fertiggestellt werden soll. Der Zielplan wird auf das Jahr 2000 ausgerichtet sein und selbstverständlich nicht nur die neue Struktur der Krankenanstalten berücksichtigen, sondern auch die präventive Gesundheitspolitik darstellen und die Außenversorgung durch die niedergelassenen Ärzte umfassen.

#### **Beträchtliche Energieeinsparungen im SMZ-Ost**

Um im neuen Krankenhaus die bestmögliche Energieversorgung mit den geringstmöglichen Energiekosten im Betrieb sicherzustellen, erhielt die Krankenhausberatungsagentur (KBA) von der Stadt Wien einen Forschungsauftrag, der nun abgeschlossen ist. Die KBA begleitete die Planung des Projekts in den Bereichen Bau- und Haustechnik mit den neuesten EDV-Simulations- und -Optimierungsmethoden und entwickelte dafür das Planungsinstrument C.A.S.E. (Computer Aided Systems Engineering). Die Berechnungen konnten nur auf Großrechenanlagen — in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Wien — durchgeführt werden. Das Krankenhaus im SMZ-Ost ist das erste Projekt in Österreich, bei dem die

Forts. von Blatt 732

Forts. auf Blatt 734

Planungsoptimierung in großem Umfang und in höchster Genauigkeit erfolgte.

Der Abschlußbericht der Krankenhausberatungsagentur wird, wie Stadtrat Stacher ankündigte, demnächst vorgelegt werden. Die KBA rechnet damit, daß auf Grund ihrer Forschungsarbeit bei der Errichtung des Krankenhauses im SMZ-Ost 50 bis 70 Millionen Schilling an Investitionskosten eingespart werden konnten, und die jährlichen Folgekosten um 17 bis 20 Millionen Schilling reduziert werden können.

#### **Einige Ergebnisse der umfangreichen Berechnungen der KBA**

- Die Zahl der geplanten Transformatoren konnte von etwa 30 auf 23 verringert werden.
- Die Umformerleistung konnte um etwa 50 Prozent reduziert werden.
- Für die medienführenden Leitungen wurde die bestmögliche Isolierung ermittelt, was in einzelnen Fällen die Verteilverluste um bis zu 40 Prozent verringert.
- Ohne den Behaglichkeitsstandard zu beeinträchtigen, waren Reduktionen in der Ausstattung mit lufttechnischen Anlagen möglich. Einsparungen im Betrieb werden sich durch das Abschalten oder die Verringerung der Luftvolumsströme außerhalb der Betriebszeit ergeben.
- Durch den Einsatz modernster Lichtsparmethoden konnten die Lichtanschlußleistungen um bis zu 50 Prozent reduziert werden.
- Die gesamte Bauhülle wurde für jede Fassade technisch und ökonomisch optimiert. Das Krankenhaus ist — auch aus internationaler Sicht — eines der ersten Großbauprojekte, wo für jede Fassade „maßgeschneiderte“ Bauhüllen realisiert wurden.
- Durch bestmögliche Isolierungen konnte der Wärmebedarf weiter verringert werden.
- Durch genaue Simulationen der Schattenwürfe konnte ein maßgeschneidertes Jalousienkonzept ausgearbeitet werden.

#### **Fertige Bauteile des SMZ-Ost**

Das Sozialmedizinische Zentrum Ost besteht außer dem Krankenhaus aus einer Reihe weiterer Einrichtungen, die in den Jahren 1975 bis 1982 gebaut wurden und schon in Betrieb sind:

- In der Krankenpflegeschule können in vier Jahrgängen 220 Schüler und Schülerinnen ausgebildet werden. Das dazugehörige Internat hat 180 Einzelwohnräume.
- Das Personalwohnheim umfaßt 500 Wohneinheiten, die jeweils 30 Quadratmeter groß und mit Vorraum, Kleinküche, Bad und Loggia ausgestattet sind. Die Tiefgarage verfügt über 95 Pkw-Abstellplätze.
- Das Pflegeheim hat 405 Pflegebetten in Ein-, Zwei- und Dreibettzimmern und verfügt über alle Einrichtungen eines geriatrischen Krankenhauses. Im geriatrischen Tageszentrum werden ältere Menschen betreut, die zu Hause nicht die nötige Pflege finden.

Die bereits fertiggestellten Bauteile haben einen umbauten Raum von zusammen rund 250.000 Kubikmetern und wurden mit Kosten von 867 Millionen Schilling errichtet. (Schluß) sc/gg/bs

Forts. von Blatt 733

## Enquete über aktuelle Entwicklungen der Sozialarbeit

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Die vor kurzem erfolgte Beschlußfassung über das neue Jugendwohlfahrtsgesetz im Parlament gibt der Donnerstag abgehaltenen Enquete „Berufsfeld Gesellschaft“ des Jugendamtes der Stadt Wien, die sich mit innovativen Arbeitsansätzen der Sozialarbeit beschäftigte, besondere Aktualität, erklärte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Donnerstag. Nach der Beschlußfassung über das neue Jugendwohlfahrtsrecht auf Bundesebene werden nun die Ausführungsgesetze der Länder zu erarbeiten sein, denn die Durchführung liegt in der Kompetenz der Länder, führte Smejkal aus.

Im Bereich der Sozialarbeit des Jugendamtes der Stadt Wien liegen bereits Erfahrungen mit Projekten vor, die den Zielsetzungen der Jugendwohlfahrtsreform entsprechen. Einige dieser zukunftsweisenden Projekte wurden auf der Enquete vorgestellt, sagte Smejkal.

Das Jugendamt der Stadt Wien hat bereits auf der Basis der geltenden gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen des Wiener Weges der Jugendwohlfahrt neue Schwerpunkte gesetzt. Vorrang erhielten dabei Serviceangebote für Familien. Die Förderung der Erziehung in der Familie durch unterstützende Angebote führte weiters dazu, daß die Unterbringungen von Kindern oder Jugendlichen in Heimen stark zurückgingen, unterstrich Smejkal. Waren zu Beginn der siebziger Jahre noch rund 3.600 Kinder laufend in Heimen untergebracht, so beträgt diese Zahl heute 1.512 (Februar 1989). Anfang der siebziger Jahre wurden über 1.700 Kinder pro Jahr neu in „Gemeindepflege“ (Heime oder Pflegefamilien) übernommen; 1988 waren es 621.

### Schwerpunkt „Kinderschutz“

Im neuen Jugendwohlfahrtsgesetz wird die Zielsetzung, die gewaltlose Erziehung zu fördern, besonders betont. Das Jugendamt der Stadt Wien sieht darin einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Aufgaben. Zahlreiche Angebote der Erziehungsberatung unterstützen Eltern dabei, Gewalt jeglicher Art aus der Erziehung zu verbannen. Die Angebote der Krisenhilfe wurden in den letzten Jahren ausgebaut, und durch das Wiener Kindertelefon „31 66 66“ wurde eine Notrufeinrichtung geschaffen.

### Innovative Modelle

Anläßlich der Enquete wurden erste Erfahrungen des Projektes „Schuldnerberatung“ vorgestellt, resümierte Smejkal. Zwei Sozialarbeiter des Jugendamtes der Stadt Wien bieten dabei seit Mai 1988 Hilfen für verschuldete Familien an. Bis Ende 1988 wurden 112 Klienten beraten, deren Schuldenhöhe von 20.000 Schilling bis zu einer Million reichte. Die Hilfeleistungen beinhalten Kurzzeit- und Langzeitberatungen, wobei unter anderem durch Gläubigerverhandlungen und Schuldenregulierungen sowie Hilfestellungen der Sozialarbeit Verbesserungen der finanziellen Situation angestrebt werden.

Als weiteres innovatives Projekt wurden auf der Enquete Prävention und Bildungsarbeit in den vier neu eingerichteten Eltern-Kind-Zentren des Jugendamtes vorgestellt, die Information, Beratung und Hilfe für junge Eltern anbieten. Neuartige Serviceangebote sind dabei z. B. neue Formen der Elternschule, Mütter-Cafes, Stillgruppen und eine Vätergruppe.

Anhand von Erfahrungen des Projektes „Am Schöpfwerk“, bei dem in einer großen Wohnhausanlage Vertreter verschiedener Institutionen in einem Regionalteam zusammenarbeiten, wurde bei der Enquete institutionsübergreifende Gemeinwesenarbeit diskutiert. Dabei wurde gezeigt, wie Sozialarbeit durch regionale Kooperation über unterschiedliche ideologische Ausgangspositionen und über Kompetenzgrenzen hinweg möglich ist und durch soziokulturelle Arbeit Innovationen im Zusammenleben der Menschen angeregt werden können.

Weitere Themen der Enquete waren: sozialpädagogische Arbeit für Familien, die in einer Familienherberge leben und Familienhilfe aus der Sicht junger Sozialarbeiter, dargestellt unter Einsatz sozialanimatorischer Techniken. (Forts. mgl.) jel/gal



## **„Tonstudio Brand“ Im Hanakmuseum Lang-Enzersdorf**

Wien, 13.4. (RK-KULTUR) Das „Tonstudio Brand“, das von einem der Pioniere der elektronischen Musik, dem Komponisten Max Brand, eingerichtet wurde, kommt ab 15. April ins Hanakmuseum in Lang-Enzersdorf. Das Tonstudio wurde von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek an das Hanakmuseum verliehen, da dieses eine „Brand-Gedenkstätte“ einrichtet. Max Brand lebte von 1975 bis zu seinem Tod 1980 in Lang-Enzersdorf.

Der 1896 geborene Komponist war in den Zwischenkriegsjahren mit seiner Oper „Der Maschinist Hopkins“ schlagartig berühmt geworden. Als Jude war er gezwungen, in der nationalsozialistischen Ära zu emigrieren, und ließ sich 1940 in New York nieder. Dort wandte sich Brand zunehmend der elektronischen Musik zu. Mit Robert Moog, einem Elektroingenieur, der sich mit der Herstellung elektronischer Musikinstrumente befaßte, konstruierte er einen speziellen Synthesizer — einen der ersten! — und wurde damit zu einem der Pioniere auf diesem Sektor. Er richtete sich in mühevoller Kleinarbeit ein eigenes Studio ein, das er auch selbst finanzierte. Werke wie „The Astronauts“ und „Ilian“ sind Zeugnisse seiner Arbeit.

1975 kehrte Brand nach Wien zurück, ließ sich in einem gemieteten Haus in Langenzersdorf nieder und richtete dort mit großen Schwierigkeiten sein von New York nach Wien transferiertes Studio ein.

Nach seinem Tod gelangte sein Studio auf Wunsch seiner Witwe in den Besitz der Stadt Wien und fand einen neuen Standort in den Räumen der Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek. Auf Anfrage der Gemeinde Langenzersdorf, die bestrebt war, im Hanak-Museum eine „Brand-Gedenkstätte“ einzurichten, kam man aus inhaltlichen Überlegungen überein, das Studio als Leihgabe der Stadt Wien der Gedenkstätte in Langenzersdorf zur Verfügung zu stellen.

Das „Brand-Studio“ wird im Rahmen der Abschluß-Veranstaltungen der „Acustica“ am 15. April offiziell eröffnet. (Schluß) gab/rr

## **Planungsausschuß urgiert Verlängerung der Vorortelinie bis Meidling**

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadtplanung beschäftigte sich Donnerstag unter anderem mit einem Bericht über die Verlängerung des Schnellbahn-Verkehrs zwischen Meidling und dem Westbahnhof und der Zusage der ÖBB, eine provisorische Station Hofwiesengasse einzurichten.

Alle drei im Gemeinderatsausschuß vertretenen Parteien forderten in diesem Zusammenhang Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA auf, an die ÖBB dahingehend zu appellieren, alles dazu zu tun, um diese Verbindung auch benutzerfreundlich zu gestalten.

Der Planungsausschuß begrüßt zwar das Provisorium, hält aber die — im übrigen nicht mit der Stadt Wien abgesprochene — derzeitige Lösung, insbesondere den 1-Stunden-Takt für unbefriedigend.

Stadtrat Dr. Swoboda: „Die Ambitionen der Stadt Wien gehen dahin, das öffentliche Verkehrsnetz weiter auszubauen. Wir drängen daher auf eine Gesamtkonzeption mit den ÖBB, die im konkreten Fall die benutzerfreundliche Verlängerung der Vorortelinie durch Hietzing und Meidling beinhaltet.“ (Schluß) lf/rr

## **Kranzniederlegung anläßlich der Befreiung Wiens**

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Anläßlich der Befreiung Wiens durch die Sowjarmee am 13. April 1945 — dieser Tag jährt sich heute zum 44. Mal — fand Donnerstag vormittag beim Denkmal am Schwarzenbergplatz durch die Stadt Wien eine feierliche Kranzniederlegung statt, die von Stadtrat Johann HATZL vorgenommen wurde. (Schluß) pz/gg

## **Dienstrechtliche Konsequenzen für die Verdächtigen in der Lainzer Mordaffäre**

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der Mordaffäre im Krankenhaus Lainz gab Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA heute bekannt, daß im Falle aller verdächtigen Stationsgehilfinnen dienstrechtliche Schritte eingeleitet worden sind. Die beamteten Stationsgehilfinnen wurden mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert.

Die Stationsgehilfinnen im Vertragsverhältnis wurden ebenfalls mit sofortiger Wirkung entlassen.

Im Falle der Stationsgehilfin Dora Eugenia FERRADA AVENDANO, die heute vom Gericht enthaftet wurde, wird die Entlassung rückgängig gemacht. (Schluß) lf/gg

## Wiener Gemeinderat

### Debatte über die Mordfälle im Krankenhaus Lainz

Wien, 13.4. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR Eveline ANDRLIK (SPÖ) trat um 14 Uhr der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Andrlík teilte mit, daß daran gedacht war, in einem von allen Parteien unterstützten Antrag Polizeipräsident Dr. BÖGL einzuladen, einen Bericht über den aktuellen Stand der Ermittlungen bei den Mordfällen im Krankenhaus Lainz zu geben. Bögl konnte diesem Wunsch nach Rücksprache mit dem Gericht nicht Folge leisten, um die Ermittlungen nicht zu gefährden.

Bürgermeister Dr. ZILK erinnerte daran, daß es nicht nur eine schwere Stunde für ihn und alle Gemeinderäte sei, sondern vielleicht die schwerste Stunde in der Geschichte des Gemeinderats überhaupt. Sinn der Sitzung kann es nur sein, alle Fragen offen und ehrlich zu diskutieren: „Nichts soll und darf unausgesprochen bleiben, das jemand als notwendig empfindet“. Zilk gedachte aller Krankenschwestern, Krankenpfleger und Ärzte, die unter großen seelischen Belastungen auch jetzt ihre Pflicht erfüllen. Zilk gedachte auch der Opfer und deren Angehörigen und bat den Gemeinderat, sich zu einer Trauerminute zu erheben.

### Mitteilung von Stadtrat Stacher im Wortlaut

Nach der Trauerminute meldete sich Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER mit einer Mitteilung über die an der I. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz von der Polizei festgestellten Mordfälle zu Wort.

Im April 1988 wurde ich von Univ.-Prof. Dr. Franz PESENDORFER angerufen und mir mitgeteilt, daß er auf Grund von Gerüchten, es würden Patienten nicht angeordnete Medikamente verabreicht, bei medizinisch auffälligen, nicht der Norm entsprechender Symptomatik, Untersuchungen auf Schlafmittel veranlaßt hat.

Am 19. April 1988 um 15.30 Uhr starb an seiner Abteilung die Patientin Anna URBAN (geb. 1904), bei der auf Grund dessen Benzodiazepine im Blut gefunden wurden, obwohl von ärztlicher Seite kein derartiges Medikament angeordnet oder injiziert wurde. Er hätte den Verdacht eines Fremdverschuldens, möglicherweise durch jemanden aus der Gruppe des Pflegepersonals. Ich wies ihn an, sofort die Kriminalpolizei zu verständigen, was am 20. April 1988 geschah. Von der Staatsanwaltschaft Wien wurde die gerichtsmedizinische Obduktion veranlaßt, das Ergebnis war negativ, die Untersuchung wurde eingestellt. Ich wies Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer darauf hin, daß die Ärzte in Zukunft besonders aufmerksam sein sollen. Am Abend des 4. April 1989 rief mich Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer wieder an und teilte mir mit, daß er bzw. seine Ärzte bei einem Patienten an Hand von Laborbefunden nun den Beweis haben, daß jemand — wahrscheinlich vom Pflegepersonal — in drei Fällen unbefugt Insulin gespritzt habe, das zu einem lebensbedrohenden hypoglykämischen Schock geführt habe. Kurz vorher wurde bei einem anderen Patienten die gleiche und primär unerklärliche Symptomatik als Hypoglykämie diagnostiziert.

Bei den letzten Patienten wurden besonders exakte Laborbefunde durchgeführt, unter denen ein Wert für eine Insulingabe beweisend sei. Die Patienten konnten durch entsprechende Behandlung gerettet werden. Ich empfahl ihm, nicht die lokale Kriminalpolizei einzuschalten, da ich den Polizeipräsidenten persönlich bitten wollte, die für eine Klärung beste Vorgehensweise zu wählen und die fähigsten Kriminalisten einzusetzen. Als Arzt war mir klar, wie schwierig hier ein tatsächlicher Nachweis zu erbringen war.

Ich erreichte Präsident Dr. BÖGL am 5. April um die Mittagszeit, schilderte ihm die Situation und richtete die Bitte an ihn, wirklich die besten Leute ein-

zusetzen, weil auch nur der Gedanke unerträglich ist, daß von einer Pflegeperson derartige Injektionen ohne Wissen der Ärzte verabreicht werden. Polizeipräsident Dr. Bögl versprach dies und machte mich noch darauf aufmerksam, daß er eine rückhaltslose Untersuchung ohne Ansehen von Personen durchführen werde und daß bei einem positiven Ergebnis damit zu rechnen sei, daß es in der Öffentlichkeit bekannt werde. Ich antwortete ihm, daß mir das völlig klar, aber auch gleichgültig sei, da man bei derartigen Verdachtsmomenten auf niemanden Rücksicht nehmen kann. Kurze Zeit darauf rief er mich an und teilte mir mit, daß er den Chef des Sicherheitsbüros Mag. EDELBACHER und den Leiter der Kriminalpolizeilichen Abteilung, Hofrat Mag. Dr. PRIEHSNITZ, informiert habe und daß alle Herren zu mir ins Büro kommen würden. Ich schlug dagegen vor, daß sich die Herren sofort mit Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer treffen sollten, der ja die Einzelheiten im Gegensatz zu mir kenne. Ich stellte die Verbindung her.

Am Freitag, dem 7. April, etwa um 16 Uhr, fand ich die Nachricht vor, ich solle Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer und Polizeipräsident Dr. Bögl anrufen. Zuerst erreichte ich Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, der mir mitteilte, daß eine Schwester verhaftet worden sei und ein Geständnis ablegte, eine zweite wahrscheinlich vor der Verhaftung stehe. Etwa gegen 17 Uhr erreichte ich Präsident Dr. Bögl, der mich ersuchte, ins Präsidium zu kommen und der diese Mitteilung nicht nur bestätigte, sondern auch verschiedene Einzelheiten bekanntgab. Diese wurden auch der Presse bekanntgegeben.

Auf Wunsch der Kriminalisten gab ich daraufhin die Weisung, daß Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, seine Ärzte oder Schwestern mit niemandem ein Interview machen dürfen, damit die Untersuchungen nicht gestört werden. Dieses Verbot wurde in Übereinstimmung mit Präsident Dr. Bögl Sonntag mittags aufgehoben. Auch besuchte ich auf Wunsch der Polizei erst am Sonntag — gemeinsam mit Gemeinderat Dinhof — die Abteilung, um mich persönlich zu informieren.

Die vorgefundene Situation zeigte ein geschocktes Personal, sehr nette, z.T. die Schwestern tröstende Patienten, die nur teilweise Angst hatten. Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, daß ich mich seit Freitagabend laufend über die Situation in den Spitälern informieren ließ. Ich darf auch feststellen, daß ich vielfach von den Medien über Einzelheiten gefragt wurde, die Fragen aber nicht beantworten konnte, da ich keine detaillierte Information über die Ergebnisse der Vernehmungen hatte.

Sonntag, den 9. April am Abend wurde ich über die vierte Verhaftung informiert, wobei zu diesem Zeitpunkt die Zahl von 42 Morden und zwei Mordversuchen feststand. Bis heute sind es zumindest 49 Morde.

Am Montag (nachmittag) erhielt ich auf meine Bitte an Mag. Edelbacher die Kopie des Haftantrages, aus dem ich einige wesentliche Passagen wiedergeben möchte, um eine subjektive Darstellung zu vermeiden:

Am 5. April 1989 erstattete Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer Anzeige und äußerte den Verdacht, daß in drei Fällen, nämlich am 15. März 1989 dem Patienten Franz Frey, geb. 20.12.1918, am 1. April 1989 dem Patienten Franz Kohout, geb. 13.4.1909 und am 3. oder 4. April 1989 einem Patienten namens Lonitzer von einem unbekanntem Täter, der im Kreis des Pflegepersonals der Station D der 1. Medizinischen Abteilung zu suchen sei, Insulin in Überdosierung verabreicht worden sei, sodaß ein kritischer Zustand der Patienten eingetreten sei.

Speziell im Fall des Patienten Kohout sei dies sehr deutlich dokumentierbar. Dieser war wegen Durchblutungsstörungen des Hirns um ca. 16 Uhr des 1. April 1989 auf der Station aufgenommen worden. Sein Insulinwert betrug bei der Erstuntersuchung (zu dieser Zeit) ca. 8, um ca. 19 Uhr wurde der Patient, der ohne Wissen der Ärzte in ein anderes Zimmer gebracht worden war, von einem Arzt zufällig aufgefunden, und zwar in komatösem Zustand, wobei auch diese dramatische Verschlechterung des Gesund-

Forts. von Blatt 740

Forts. auf Blatt 742

heitszustandes von Schwestern (diensthabende Schwestern waren: Waltraud Wagner und Stefanie Mayer) nicht den Ärzten gemeldet worden war. Der Insulinwert betrug ca. 738 und konnte nur schrittweise durch Verabreichung großer Glukosegaben wieder gesenkt werden. Durch chemische Untersuchungen konnte nachgewiesen werden, daß der hohe Wert durch körperfremdes Insulin entstanden war, also der Patient eine Insulinspritze erhalten haben mußte, obwohl dies ärztlich nicht indiziert war. Ähnliche Ergebnisse sind beim Patienten Franz Frey dokumentiert.

Es wurde zunächst die mit Waltraud Wagner meistens dienstversehende Stefanie Mayer, Krankenschwester, geb. 20.12.1939 in Marburg, österr. Staatsbürgerin, verheiratet, vernommen: Sie gab an, daß schon seit Jahren das Gerücht ginge, daß weit mehr Patienten als üblich stürben, wenn Schwester Wagner Dienst versehe. Schon vor zwei Jahren habe sie beobachtet, daß Wagner bei einem Vorgang, den sie „Mundpflege“ nannte, Patienten töte. Sie hätte die Zunge von geschwächten Patienten festgehalten und dann so viel Wasser in den Mund eingefüllt, daß ein Teil des Wassers in die Lungen eindrang und einen Erstickungstod herbeiführte. Da die Patienten altersmäßig Lungenödeme aufwiesen, sei nicht aufgefallen, wenn sich bei der pathologischen Untersuchung Wasser in den Lungen fand. Es seien einige Patienten daran verstorben. Auch habe sie in zumindest einem Fall einem zuckerkranken Patienten Traubenzucker gespritzt, um den Zuckerspiegel noch mehr zu erhöhen, damit der Patient „von der Station wegkomme“. Bezüglich der Fälle Kohout, Frey und Longitzer machte sie keine sachdienlichen Angaben.

Nach Information des Leiters der StA Wien, Dr. Olscher, wurde von diesem Haftantrag bezüglich Waltraud Wagner gestellt und JRI Dr. Eckbrecht-Dürckheim Haftbefehl wegen teils vollendeten, teils versuchten Mordes hinsichtlich Wagner erlassen.

Wagner gibt an, seit 1975 im Krankenhaus Lainz beschäftigt zu sein, 1981 sei sie nach einer Beschwerde eines Patienten wegen schlechter Behandlung an die 1. Medizinische Abteilung versetzt worden. Erstmals habe sie sich vor ca. 2 1/2 Jahren Gedanken gemacht, wie man Patienten „Sterbehilfe“ leisten könne. Dies habe sie auch mit einer gewissen Schwester Dora und einer weiteren Schwester besprochen. Im Gespräch sei man auf das Schlafmittel „Rohypnol“ gekommen, von welchem zwei bis drei Ampullen zu Atemlähmung und Herzstillstand führen. Sie habe dann begonnen, Patienten, denen es „schlecht ging“ Rohypnol zu injizieren, die dann darauf verstarben. Schwester Dora sei zumindest teilweise davon informiert gewesen und hätte sich mit den Worten „ist eh besser so“ dazu geäußert. Späterhin habe auch Schwester Dora erzählt, daß sie Patienten, denen es schlecht ginge „etwas gegeben habe“, worauf auch tatsächlich ein Patient verstorben sei. Auch sei sie, Wagner, fallweise von Schwester Dora aufgefordert worden, einen im schlechten Zustand befindlichen Patienten „zu erledigen“. Später habe sie auch die Methode der sogenannten „Mundpflege“, die schon oben beschrieben wurde, praktiziert, woran Patienten verstarben.

„Die Sterbehilfe“ sei ihr schließlich zur Gewohnheit geworden, bei der ersten Einvernahme gab sie an, an ca. 25 Personen die Herbeiführung des Todes unternommen zu haben, bei 20 sei es geglückt, fünf hätten dennoch überlebt. Bei der zweiten Einvernahme am heutigen Tag schätzt Wagner, daß sie etwa seit Sommer vorigen Jahres pro Monat ca. drei Patienten getötet habe und war auch in der Lage, nach Vorlage des Sterbebuches der Station 26 Patienten namentlich zu bezeichnen, die sie in diesem Zeitraum getötet hat. Auch konnte sie bei jedem einzelnen dieser Personen genau angeben, wie sie ihn tötete (durch welches Medikament oder durch welche Behandlung). Insbesondere ist Wagner auch geständig, die eingangs erwähnte Patientin Urban durch zwei Ampullen „Rohypnol“ getötet zu haben. Sie mußte aber auch schließlich zugeben, Patienten, die lästig

Forts. von Blatt 741

Forts. auf Blatt 743

waren, z.B. einer Frau, die schimpfte und randalierte — trotz Zuckerkrankheit — zusätzlich Traubenzucker gespritzt zu haben. Daran sollte der Patient aber nicht sterben, sondern bloß als Akutfall in eine andere Abteilung verlegt werden. Diese Patientin sei aber dann gestorben, wobei Wagner meinte, daß dies nicht auf ihre Injektion zurückzuführen sei. Auch der schon in der Anzeige des Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer genannten Franz Frey sei von ihr mit einer Insulinspritze behandelt worden, weil er „sehr ungut“ gewesen sei. Sie nahm dabei den Tod des Mannes bewußt in Kauf, sollte er dennoch überleben, würde er aber jedenfalls von ihrer Station verlegt werden, dachte sie.

Im übrigen belastete sie auch Stefanie Mayer, Daten bereits angeführt, die ausdrücklich in gleicher Weise wie sie, Wagner, mit der Methode der „Mundpflege“ einige Patienten getötet habe. Auch habe sie für eine weitere Schwester, Maria Gruber, eine Spritze hergerichtet, damit diese „Sterbehilfe“ leisten konnte.

Ferner habe sie die erstangezeigte Schwester Irene Leidolf in der Methode der „Sterbehilfe“ beraten und seien von dieser in der Folge etliche Patienten mit Injektionen getötet worden.

Daraufhin wurde von Staatsanwalt Dr. Gruber Haftantrag gegen Leidolf gestellt und Haftbefehl von Richterin Dr. Eckbrecht-Dürckheim erteilt.

Leidolf ist geständig, schon seit ca. 1982 zu wissen, daß Wagner „Sterbehilfe“ leiste, dann habe Wagner ihr auch an einer alten Frau demonstriert, wie man mit einer Rohypnolinjektion eine alte Frau töten kann. Die Patientin verstarb darauf. Es sei auch nicht richtig, daß Wagner nur Patienten getötet habe, denen es schlecht ging, vielmehr hätten Wagner und Schwester Stefanie Mayer ihr erzählt, daß schwierigen oder frechen Patienten „ein Zimmer beim lieben Gott“ verschafft worden wäre. Auch die Tötungsart der „Mundpflege“ sei ihr, Leidolf, von Wagner gezeigt worden. Leidolf ist überzeugt, daß von Wagner in den letzten beiden Jahren je 100 Patienten getötet worden wären.

Wegen dieser unglaublich hohen Zahl wurde sogleich mit Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer Rücksprache gehalten, der nach Durchsicht der Krankengeschichten der Verstorbenen sinngemäß mitteilte, daß in ca. 70 bis 80 Fällen eine Tötung der Patienten durchaus plausibel erscheinen könnte.

Auch Maria Gruber, die drittangezeigte Schwester, wird von Leidolf beschuldigt, eine unbekannte Zahl von Patienten auf diese Weise getötet zu haben.

Leidolf gibt zu, selbst ca. fünf bis zehn Patienten durch Rohypnolinjektionen getötet zu haben.

Auch gegen Maria Gruber wurde von Staatsanwalt Dr. Gruber Haftantrag gestellt, der Haftbefehl wurde von Dr. Kirschner erteilt. Sie gibt an, von Wagner in die Methoden der „Sterbehilfe“ eingeweiht worden zu sein. Sie selbst habe nur zwei Patienten „Rohypnol“-Injektionen gegeben. Sie legt Wert darauf, daß es sich bei diesen tatsächlich um todkranke, nicht mehr ansprechbare Patienten gehandelt habe.

Auf Grund der bisherigen Angaben wird zunächst versucht werden, die Opfer namentlich festzustellen, damit auch eine Beurteilung der Todesfälle durch Sachverständige erfolgen kann. Die weiteren Einvernahmen dienen der Konkretisierung von Taten Einzelheiten.

Das ist das wesentlichste aus dem Haftantrag. Die Schwester Dora Ferrada war zu diesem Zeitpunkt noch auf Urlaub. Sie meldete sich nach ihrer Rückkehr bei der Polizei, über das Ergebnis der Einvernahmen kann ich nichts sagen.

Ich darf ergänzend feststellen, daß in dem Haftantrag auch der erste Fall vom Jahre 1987 aufscheint. Ich erlaube mir, auch dieses Passus zu zitieren:

Forts. von Blatt 742

Forts. auf Blatt 744



Am 20. April 1988 wurde das Bezirkspolizeikommissariat Hietzing vom Leiter der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz, Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer, in Kenntnis gesetzt, daß am 19. April 1988 um 15.30 Uhr die Patientin Anna Urban, geb. 27. März 1904, auf seiner Station verstorben sei. Er äußerte den Verdacht des Fremdverschuldens am Todesfall, da im Blut der Patientin Benzodiazepine gefunden wurden, deren Vorhandensein unerklärlich war, zumal kein Benzodiazepin-hältiges Medikament ärztlicherseits verabreicht wurde. Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer äußerte auch den Verdacht, daß der Täter, der den Tod der Anna Urban herbeigeführt hätte, in einer bestimmten Dienstgruppe des Krankenhauspersonals zu suchen wäre. Die Gerichtsmedizinische Obduktion der Leiche wurde von der Staatsanwaltschaft Wien beauftragt. Inzwischen konnte seitens des Sicherheitsbüros in Erfahrung gebracht werden, daß ein Arzt die Mitteilung gemacht habe, daß vom Pflegepersonal auf der Station D der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz „Rohypnol“ gespritzt werde, obwohl dies dem Pflegepersonal wegen der Gefährlichkeit einer solchen Verabreichung verboten sei. Dies war auch der Grund gewesen, warum das Blut von Urban auf das Vorliegen von „Rohypnol“ (Benzodiazepin) untersucht worden war. Es wurde seitens des Sicherheitsbüros versucht, den Namen dieses Arztes festzustellen, da er befragt werden sollte, woher er dieses Wissen habe und obersonst noch zur Aufklärung beitragen könne. Die Bekanntgabe des Namens dieses Arztes wurde sowohl von Univ.-Prof. Dr. Pesendorfer als auch von OA.Dr. Salocher abgelehnt. Es solle erst das Ergebnis der gerichtsmedizinischen Untersuchungen abgewartet werden. Da am selben Tag von Gerichtsmediziner Univ.-Prof. Dr. Bauer mitgeteilt wurde, daß die erforderlichen chemischen Untersuchungen „Wochen dauern“ würden, wurde dennoch sogleich versucht, den Namen des Arztes, der nicht bekanntgegeben worden war, zu ermitteln. Der Arzt konnte am 25. April 1988 in der Person des Anästhesisten Dr. Alois Waschnig, der zwischenzeitlich an die orthopädische Abteilung des Allgemeinen Krankenhauses gegangen war, ausgeforscht werden. Er gab an, daß er zu Ostern 1988 anlässlich eines Heurigenbesuches erfahren habe, daß es eine Person des Pflegepersonals gäbe, welche durch Verabreichen von „Rohypnol“ Patienten „ruhigstelle“. Er war nicht bereit, seine Quelle zu nennen und diese Information niederschriftlich zu Protokoll zu geben. Es konnte diese Spur daher seitens des Sicherheitsbüros nicht weitergefolgt werden.

Als das Obduktionsergebnis seitens des Institutes für gerichtliche Medizin mit Beinvenenthrombose und Lungenembolie bekanntgegeben wurde, bestand weiter kein Anlaß, dem Verdacht auf Tötung der Patientin Urban durch überdosiertes „Rohypnol“ nachzugehen. Das Ergebnis wurde der Staatsanwaltschaft Wien mitgeteilt, weitere Erhebungsersuchen wurden nicht anher gerichtet.

Der Vollständigkeit halber sei schon hier erwähnt, daß die zweitangezeigte Krankenschwester Waltraud Wagner am 7. April 1989 gestanden hat, Anna Urban durch Verabreichen von zwei Ampullen „Rohypnol“ vorsätzlich getötet zu haben.

Ich möchte feststellen, daß ich zum Zeitpunkt des Erhaltes dieses Berichtes erstmalig davon erfuhr, daß sich die Ärzte geweigert haben sollen, die Namen bekanntzugeben und daß ich das in diesem Falle nicht verstünde. Ich habe die Kopie davon sofort dem Herrn Bürgermeister übermittelt.

In den letzten Tagen stellte sich heraus, daß sich auch ein scheinbarer Unfall eines Patienten Pfandler am 6. Juni 1987 während des Umbaus der Abteilung als Mord zu erweisen scheint. Ich wurde damals durch den Bericht einer Tageszeitung darauf aufmerksam. Auch hier wurde die Kriminalpolizei eingeschaltet. Die Anzeige durch das Pathologische Institut des Krankenhauses Lainz wurde am 9. Juni 1987 an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Am 10. Juni 1987 erfolgte die telefonische Freigabe der

Forts. von Blatt 743

Forts. auf Blatt 745

Leiche durch die Staatsanwältin. Auf Betreiben des Sohnes des Patienten wurde doch, allerdings spät, eine gerichtliche Obduktion durchgeführt, die keinen Beweis für Fremdverschulden ergab.

Es erübrigt sich darauf hinzuweisen, wie schrecklich die Taten dieser Stationsgehilfinnen waren, es sei aber besonders betont, daß durch sie das jahrzehntelang erworbene Vertrauen der Patienten in die Spitälerschwerst erschüttert wurde. Selbstverständlich ist es auch für alle im Krankenhaus tätigen ein unerhörter Schock.

Gerade diese Tatsache veranlaßte mich, schon Sonntagabend, sowohl an Schwestern als auch Ärzte einen Brief zu konzipieren, den sie Montag Vormittag erhielten, in dem ich nicht nur meinem Entsetzen Ausdruck gab, sondern alle u.a. bat, sich den Patienten besonders zu widmen und besonders geduldig zu sein. Auch an Kranke schrieb ich einen Brief, der sofort verteilt wurde.

Gleichzeitig beauftragte die Magistratsabteilung 17 den Psychosozialen Dienst, Psychologenteams zuerst für Lainz, auf Anforderung auch für andere Spitäler, zusammenzustellen, die in einer Art psychologischer Krisenintervention den Schwestern für Gruppen- und Einzelgespräche zur Verfügung stehen. Seit gestern arbeiten vier bis acht Psychologen in Lainz.

Von mir wurde die Innenrevision der Magistratsabteilung 17, vom Herrn Bürgermeister die Magistratsdirektion mit einer Überprüfung der organisatorischen Belange dieser Abteilung beauftragt. Der Herr Bürgermeister hat gestern Herrn Prof. Dr. Pesendorfer vom Dienst suspendiert. Der Gemeinderat wird heute eine Expertenkommission beschließen.

Ich habe noch am Sonntag die Telefonnummer des Spitalsombudsmannes erweitert, um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen sowie auf Vorkommnisse und Fälle hinzuweisen. Bis gestern Abend sind fast 600 Anrufe eingetroffen, wobei sich 80 Prozent auf das Krankenhaus Lainz bezogen, davon etwa 60 Prozent auf die 1. Medizinische Abteilung. Die Anrufe werden fast ausschließlich von Trauer und Besorgnis getragen. Die Gespräche sind mit wenigen Ausnahmen sachlich. Nicht wenige Anrufer betonen, daß die Behandlung ihrer Angehörigen vor deren Ableben ausgezeichnet gewesen sei. Es riefen auch Patienten an, die sich wieder in das Krankenhaus Lainz legen würden.

Dort, wo dabei Angaben über Sterbefälle gemacht werden, werden sie der Kriminalpolizei übermittelt. Durch einige kleine Teams der MA 17 wird jeder, auch nur organisatorischer Hinweis überprüft.

Da mir diese Morde — besonders als Arzt — unerklärlich sind, habe ich Chefarzt Dr. Rudas gebeten, mit Experten psychologische Erklärungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Ein erster Vorbericht von Univ.-Prof. Dr. Strotzka und Dr. Rudas liegt vor. Ich darf daraus zitieren:

Aus psychologischer Sicht kann davon gesprochen werden, daß die willentliche Tötung von Patienten durch Personen, denen sie anvertraut waren, das Durchbrechen einen „Tabus“ darstellt. Die Funktion eines Tabus ist u.a. der „absolute Schutz“ für das Tabuierte. Zum Wesen eines Tabus gehört, das es nicht täglich neu „hinterfragt“ wird; eine Verletzung des „Tabus“ gilt „ausnahmslos“ als „unvorstellbar“. Solche „Tabus“ (und ihre Beachtung) sind grundsätzliche Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens. Werden sie durchbrochen, entstehen extreme Angst, Verunsicherung, Aggression und Schuldgefühle, auch bei Unbeteiligten. Dies ist im Krankenhaus Lainz geschehen.

Die grundsätzliche Annahme, daß Helfer nicht willentlich töten, galt als tabuisierte Voraussetzung für den Betrieb eines Spitals wie für unzählige andere Lebensbereiche.

Auf Grund der bisher vorliegenden Informationen ist vom Zusammentreffen mehrerer psychologischer Faktoren auszugehen:

Forts. von Blatt 744

Forts. auf Blatt 746

- 1) GLEITENDER BEGINN — Am Anfang steht ein Erstdelikt, das innerlich in irgendeiner Form „motiviert“ also „sich selbst zugestanden“ wird: Hier etwa Motiv „Sterbehilfe“, an „ohnehin Sterbenskranken“. Die Tat wird als „begründbare“ Ausnahme gesehen, die Überwindung der in jedem Menschen bestehenden Tötungsschranken wird damit für den Täter erstmals möglich.
- 2) WEITERE DELIKTE — Nach der Ersttat ist eine neue Situation für den Täter entstanden. Die Hemmschwelle für Tötungsakte sinkt. Immer mehr „Motive“ werden bei sich selbst „zugelassen“, vorhandene Phänomene der Macht und des Sadismus werden bestärkt, enthemmt und oft als „lustvoll“ erlebt. Dies kann zum weiteren Sinken der Tötungshemmungen und damit zur Häufung weiterer Taten führen.
- 3) Zur Frage der „Auffälligkeit“ von Tätern — Es besteht die weitverbreitete Annahme, Täter sei das (die) Merkmal(e) ihrer mangelnden Tötungshemmung in ihrem gesamten Verhalten anzumerken. Dies trifft mit großer Häufigkeit nicht zu. Es besteht daher eine Diskrepanz zwischen der allgemeinen Vorstellung (Projektion) „wie Mörder aussehen“ und der meist vorhandenen Unauffälligkeit von Tätern in Situationen außerhalb der Tat. Die Eigenschaft der herabgesetzten Tötungshemmung tritt bei zahlreichen Tätern in den Verhaltensmustern außerhalb der Tat-situation nicht in Erscheinung.

Forts. von Blatt 745

Ich habe mich bemüht, einen sachlichen Bericht als Basis für die folgende Diskussion zu bringen, die gar nicht anders als emotionell möglich ist. Es ist unfaßbar, daß — zumindest aus medizinisch-ethischer Sicht — Mörderinnen die Krankheit und Schwächen eines Menschen dazu verwenden, um diesen zu töten. Es ist auch keine aktive Sterbehilfe gewesen, wie sie selbst teilweise angaben, da kein Wunsch der Patienten zum Sterben bestand. Trotzdem bestätigen auch derartige Taten meine Meinung, daß eine aktive Sterbehilfe, also die Verabreichung von Giften etc., die den Tod vorzeitig herbeiführt, als Pseudorechtfertigung verwendet werden könnte. Deshalb ist sie abzulehnen.

Es sollten diese Taten auch nicht verniedlicht werden, indem man in Organisation, Ausbildung, Stellung etc. einen Grund sucht. Keine Berufszugehörigkeit, keine Ausbildung, keine Stellung, kein anderer Grund darf als Ausrede für Morde, besonders an Patienten, auch nur in Erwägung gezogen werden.

Unsere wichtigste und schwerste Aufgabe ist es nun, das Vertrauen der Kranken in das Pflege- und ärztliche Personal wieder zu gewinnen, den Pflegepersonen bei der Bewältigung dieser Aufgabe zur Seite zu stehen und alles bis ins kleinste Detail aufzuklären.

Wenn es nicht gelänge, wieder die notwendige Vertrauensbasis herzustellen, würde es weitere Gefahren für die Kranken geben, da eine optimale Behandlung nur bei einem optimalen Vertrauensverhältnis zwischen den Patienten, Schwestern und Ärzten möglich ist. Ich ersuche Sie alle, uns dabei zu helfen!

Wir alle werden später daran gemessen werden, was wir in diesen Stunden und Tagen der Katastrophe getan haben! Für mich ist es selbstverständlich, daß sich dessen jeder bewußt ist und danach handelt.

#### **Debatte über die Mitteilung**

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) forderte in seinem Beitrag eine durchgehende Reform der Spitalsorganisation. Das jetzige unbewegliche System des Gesundheitswesens habe ebenso versagt wie die Dienstaufsicht in Lainz. Hirnschall kritisierte in diesem Zusammenhang, daß Primärärzte keine geregelte Dienstzeit haben, also oft nicht genügend im Spital präsent sind. Er forderte die ganztägige Anwesenheit der leitenden Ärzte im Spital. Auch die permanenten Verstöße gegen das Krankenpflegegesetz, die in der

Forts. auf Blatt 747

Überschreitung der Kompetenzen der Hilfsschwwestern liegen, seien abzustellen. Im übrigen sei zu fragen, warum während des Nachtdienstes nicht der diensttunende Arzt die erforderliche medizinische Betreuung wie die Verabreichung von Spritzen übernehme. Hirnschall regte an, Jungärzte stärker zum Pflegedienst heranzuziehen. Derzeit warten allein in Wien 3.000 Jungärzte auf einen Turnusplatz. Bei den Krankenschwestern sollte ein Rotationssystem eingeführt werden, um die psychisch schwer verkraftbaren Dienste in bestimmten Stationen besser aufzuteilen. Hirnschall sagte, er sei sicher, daß notwendige Reformen auf großen Widerstand von Trägern des derzeitigen Systems stoßen würden. Aber wenn jetzt keine Änderungen erreicht würden, werde es sicherlich im Spitalswesen wieder zu tragischen Ereignissen — wenn auch möglicherweise in anderer Form — kommen.

Die Ereignisse in den letzten Tagen lassen nicht zu, nach anderen Beispielen zu suchen, wo ähnliches bereits stattgefunden hat, sagte Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP). Die Morde sind an einem Ort passiert, der von Menschen im Vertrauen aufgesucht wird, daß sie gesund werden oder ihr Leben verlängert wird. Der geäußerte Begriff „Tabu“ enthalte eine Form der Entschuldigung. Wir aber sind verpflichtet, zu untersuchen, warum jemand „Sterbehilfe“ als Lust empfinden könne und auf diese Weise Macht ausübe. Wir müssen uns über die Gründe im Klaren sein, die es ermöglicht haben, daß es so weit kommt. Was läßt uns Leid und Schmerz so schwer ertragen? Welche Bedeutung haben ältere Mitbürger in der heutigen Zeit? Ihr Leben werde relativiert. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Erklärung, es sei ein Einzelfall gewesen, zu kurz greift. Offensichtlich gibt oder gab es ein Milieu, das solche Ereignisse ermöglicht oder nicht behindert hat. Ohne Empfindlichkeit gegenüber uns selber, aber mit aller Empfindlichkeit gegenüber dem Leben müssen jetzt die Untersuchungen stattfinden. Wir können nicht darüber reden, was das Alter wert ist, wenn nicht klar gesagt wird, was das Leben wert ist. Die Hemmschwellen sind gering geworden. Die Sprache im Spital sei ein Spiegel der Verhältnisse. Das plötzliche „Du“ gegenüber dem Patienten trete anstelle der gesellschaftlich üblichen Form, der Patient wird distanz- und respektlos angesprochen.

Wir haben die Aufgabe, die Mauer des Schweigens niederzureißen, sagte Busek. Er appelliere an jene, die Bestandteil der Mauer sind, sich dieser zu verweigern. An Stacher gewandt erklärte Busek, er sehe ihn nicht als Schuldigen, aber als Verantwortlichen an. In den Jahren seiner Amtszeit habe er am Entstehen dieses Systems wesentlich mitgewirkt. Die ÖVP werde trotzdem kein Mißtrauensvotum abgeben, weil sie es für kein geeignetes Mittel halte. Er, Busek, würde sich jedoch kaum als Chef einer Reform berufen sehen, die ein System verändern soll, das er selbst mitgestaltet hat. Es sei viel zu tun, und es sei nicht mit der Ablöse eines einzelnen getan. Er hoffe, sagte Busek, daß Stacher die Konsequenz als Ergebnis persönlicher Verantwortung ziehen werde. Busek meinte, die Mordserie wäre nicht möglich gewesen, wenn sich Schwester Wagner nach jedem Todesfall — auch gegenüber den Angehörigen — verantworten hätte müssen.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) sagte, Kranke und Wehrlose zu töten, sei eines der brutalsten Verbrechen. Aktive Sterbehilfe sei für sie unakzeptabel, kein Mensch dürfe den Tod eines anderen herbeiführen. Man müsse alles unternehmen, um den Menschen bis zum Tod helfend zu begleiten. In den letzten Jahren ist öfters in aller Welt von einer aktiven Sterbehilfe gesprochen worden, Untaten seien mit diesem Motiv quasi entschuldigt worden. Forster bedauerte, daß die Toleranz gegenüber Alten, Kranken und Behinderten immer geringer werde, daß diese zu sehr ins Abseits gedrängt würden. Jeder Mensch habe das Recht auf Hilfe, der Mensch müsse im Mittelpunkt des Handelns stehen.

Die Verunsicherung der Patienten, der Angehörigen und der Mitarbeiter habe sie erschüttert, das Ziel der Spitalsreform sei durch die Verunsiche-

Forts. von Blatt 746

Forts. auf Blatt 748

zung gefährdet. Nun gelte es, schnell das Vertrauen der Patienten wieder herzustellen.

Aus den Vorfällen müssen nun Konsequenzen gezogen werden, man solle daraus aber kein parteipolitisches „Hick-Hack“ werden lassen. Die Wiederherstellung des Vertrauens könne nur durch eine gemeinsame Zusammenarbeit erreicht werden. Einen Rücktritt von Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher, so wie es ÖVP-Stadtrat Dr. Busek habe durchklingen lassen, lehnte Forster ab.

Forster brachte einen BESCHLUSS- UND RESOLUTIONSANTRAG aller drei im Gemeinderat vertretenen Fraktionen auf Einsetzung einer vom Magistrat unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Hintergründe der Mordserie ein:

„Zur Beurteilung — strafrechtlich nicht relevanter Hintergründe der Mordserie — ist umgehend eine vom Magistrat unabhängige Kommission, bestehend aus Persönlichkeiten aus dem Bereich der Medizin, verwandter Wissenschaftsgebiete und der Rechtswissenschaften einzusetzen.

Die Kommission, die vom Bürgermeister zu berufen ist, soll fünfzehn Mitglieder umfassen und aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden wählen.

Die Kommissionsmitglieder — Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland — dürfen in keinem dienst- bzw. auftragsrechtlichen Verhältnis zur Gemeinde Wien stehen.

Diese Kommission soll vor allem selbst Personen, insbesondere Bedienstete der Stadt Wien unter Aufhebung der Amtsverschwiegenheit und des Dienstweges, befragen und Lokalaugenscheine durchführen können. Aussagen vor dieser Kommission müssen unter Zusicherung und Wahrung der Vertraulichkeit und ohne berufliche Nachteile gemacht werden können.

Die Untersuchungsergebnisse der Beamtenkommission sind ihr vollständig und unaufgefordert zur Verfügung zu stellen. Außerdem sind organisatorische Maßnahmen zu treffen, daß alle Personen — unter Wahrung der Vertraulichkeit — einschlägige Mitteilungen an die Kommission machen können.

Die Tätigkeit der Kommission soll in längstens sechs Wochen abgeschlossen sein; der Untersuchungsbericht ist unmittelbar darauf schriftlich vorzulegen.

Über diesen Bericht hat ein Hearing mit Mitgliedern des Gemeinderates und Stadtsenates stattzufinden.

Die Untersuchungsergebnisse der Kommission und des Hearings sind den zuständigen Gemeinderatsausschüssen und dem Gemeinderat vorzulegen, um notwendige Maßnahmen veranlassen zu können.“

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Kein wie immer gearteter und je im Wiener Gemeinderat diskutierter Skandal reiche an das Drama der Ermordung von 49 Patienten des Pavillon V des Lainzer Krankenhauses heran, sagte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). Eine Reform verkrusteter Strukturen, ein Umdenken in der Gesellschaft und der Respekt vor Kranken, Alten, Behinderten und Schwachen könne nicht durch ein politisches „Köpferollen“ in Form eines Rücktritts von Stadtrat Stacher erreicht werden. Sein „Abschied“ sei in dieser Situation nicht vorrangig. Es gehe vielmehr darum, über jene Zusammenhänge nachzudenken, die erst zum Täter machen. Landauer forderte die Überprüfung aller Pflegeheime, daß das Pflegepersonal nicht länger als zwei Jahre auf ein und derselben Station Dienst versehe, die vermehrte Anstellung von Halbtagskräften, eine psychologische Betreuung des Pflegepersonals und das Durchbrechen starrer Krankenhaushierarchien hin zur Teamarbeit. Darüber hinaus sollten Primariate nur mehr an jene Ärzte vergeben werden, die der

Forts. von Blatt 747

Forts. auf Blatt 749

Anstalt zu 100 Prozent zur Verfügung stehen. Mehr Jungärzte sollten in den Pflegedienst, und Medizinstudenten sollten verpflichtet werden, in einem Teil ihrer Ferien als Pfleger zu arbeiten. Man habe es, äußerte Landauer den Verdacht, mit der Aufsichtspflicht nicht so genau genommen, nur so hätte es geschehen können, daß sich derartige unmenschliche Aggressionen unbemerkt aufgebaut hätten.

Stadträtin Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) sprach ihren Dank an alle Bediensteten in den Spitälern aus, die in dieser schwierigen Situation ihren Dienst versehen. Sie erinnerte daran, daß die Wiener ÖVP allein seit 1981 20 Anträge zum Spitalswesen eingebracht habe; darunter zwölf das Personal betreffend, vier die Spitalsorganisation und vier die Einrichtung eines Ombudsmannes und eines Patientenanwaltes. Auch der frühere Landtagspräsident Hahn habe unzählige Anfragen zum Spitalswesen, zur Situation der Krankenschwestern usw. gestellt. So sei bereits im Oktober 1983 der Antrag auf Aus- und Weiterbildung mit Hilfe von Supervisors einstimmig angenommen worden. Leider sei in der Zwischenzeit nichts geschehen, und der Antrag der ÖVP vom März 1989, in dem Supervisors für das Ärzte- und Pflegepersonal verlangt werden, erhalte nach den Vorfällen in Lainz beklemmende Bedeutung. Hampel-Fuchs verlangte, daß nur Supervisors eingestellt werden dürften, die in keinerlei Abhängigkeit zur Stadt Wien stehen: „Es soll die finanzielle Möglichkeit gegeben werden, daß sich das Personal die Supervisors selbst aussuchen kann.“ Weiters forderte die Stadträtin die Einrichtung eines unabhängigen Patientenanwalts — denn es sei unerträglich, wenn ein Untergebener des Stadtrates zugleich für die Behebung von Mängeln zuständig sein soll. Hampel-Fuchs brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Anträge jetzt eine Chance auf Realisierung haben, denn, so wörtlich, „das Kontrollsystem hat nicht funktioniert, funktioniert hat der Heurige“.

Das Vertrauen der Patienten sei tief gestört, erklärte Hampel-Fuchs, es müßten jetzt Signale gesetzt werden, um allen Patienten zu versichern, daß sie gut behandelt werden. Weiters betonte Hampel-Fuchs, es müsse Vorsorge für die Betreuung der Hinterbliebenen der Mordopfer getroffen werden. In diesem Zusammenhang sprach sich Hampel-Fuchs für die Einsetzung eines Psychologenteams aus, das Strategien und Maßnahmen für die Angehörigen überlegen soll.

GR. DINHOF (SPÖ) sprach sich dagegen aus, im Zusammenhang mit den Ereignissen von Lainz den Begriff der politischen Verantwortung für parteipolitische Zwecke zu verwenden und generell Berufsgruppen zu diffamieren. Dinhof sagte, auch die Presse sei in die Verantwortung eingebunden, die Patienten gerade jetzt nicht zu verunsichern. Zur Frage des Schwesternmangels in den Wiener Spitälern meinte Dinhof, daß die Stadt sehr wohl dieses Problem zu beheben suche, daß aber nicht, wie behauptet, ein Überhang von arbeitslosen Schwestern existiere. Zum Vorschlag der Rotation des Pflegepersonals bemerkte er, dies sei aus verschiedenen Gründen kaum möglich, man könne den Schwestern aber helfen, wie dies bereits mit Seminaren geschehe. Die Motivation der Schwestern funktioniere ja in vielen, wenn auch nicht in allen Bereichen. Dinhof sprach sich dafür aus, den Menschen — wie es ja die Sozialisten immer getan haben — noch mehr in den Vordergrund zu stellen.

GR Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) sagte, diese Abteilung sei schlecht geführt gewesen. Was ist das für eine Organisation, wo Morde jahrelang passieren können, ohne daß sie augenfällig werden? Was ist das für ein System, wo Hilfskräfte Zugang zu allen Medikamenten haben und sie unkontrolliert den Patienten verabreichen können? „Ich klage die verantwortlichen Leiter dieser Abteilung und die Verantwortlichen dieses Systems an. Ich klage ein System an, das Stationsgehilfen zwingt, ungesetzliche Handlungen zu setzen“, formulierte Schilling. Die moralische Mitschuld an den Ereignissen in Lainz treffe die Vorgesetzten und die über-

Forts. von Blatt 748

Forts. auf Blatt 750

geordneten Stellen. Die Forderung von Stadträtin Maria Hampel-Fuchs nach einem Rücktritt von Stadtrat Stacher entspreche deren und auch ihrer, Schillings, Auffassung von politischem und ethischem Handeln. Gemeinderätin Schilling brachte den ANTRAG ein, es sei ein unabhängiger Spitalsombudsmann einzusetzen, der Abteilungen besucht, mit Patienten spricht und Abhilfe schafft. Über diese Tätigkeit sei jährlich dem zuständigen Gemeinderatsausschuß ein Bericht vorzulegen. Schilling meinte, der Glaube könne dem Pflegepersonal die Kraft geben, mit dem täglichen Leid fertigzuwerden. Er werde jedoch in den Krankenpflegeschulen nicht vermittelt, obwohl eine gewisse Religiosität oder ethische Einstellung zum Mitmenschen weitergegeben werden sollte. Supervisoren — Psychologen, Psychotherapeuten und erfahrene Kollegen — sollten dem Pflegepersonal hilfreich zur Seite stehen. Der Tod der Opfer von Lainz müsse zu einer Veränderung im Gesundheitswesen führen.

GR. Eveline ANDRLIK (SPÖ) drückte ihre tiefe Betroffenheit aus und meinte, Forderungen nach einem Rücktritt von StR. Stacher oder gegenseitige parteipolitische Beschuldigungen würden die Verunsicherung der Bevölkerung nicht verringern. Es gehe nun darum, den Schaden zu minimieren und das Vertrauen der Bevölkerung wiederzugewinnen. Gerade für die älteren Mitbürger sei in den letzten Jahren sehr viel geschehen, und der Anteil der 85 bis 90jährigen werde in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Durch die mobilen Schwestern, durch die Pflegestationen sei in der Seniorenbetreuung manches erreicht worden, die Pflegeheime seien keine Endstation mehr, viele Patienten konnten rehabilitiert wieder nach Hause entlassen werden. Die Pflegeheimkommission hat sich bewährt. Es sei nicht möglich, hinter jede Schwester einen Aufpasser zu stellen. Das verlorene Vertrauen in ein an sich gutes Gesundheitssystem könne nur mit Hilfe aller, der Ärzte, der Schwestern, des Pflegepersonals, aber auch der Politiker und der Medien wiederhergestellt werden.

Es sei eine erschütternde Auswirkung der Vorfälle in Lainz, sagte GR. Dr. RASINGER (ÖVP), daß vor allem ältere Patienten sich nun scheuen würden, ins Krankenhaus zu gehen. Man habe allzu lange von Patienten als Kostenverursachern gesprochen. Es gelte ein System zu kritisieren und zu korrigieren, das auch Ärzte als Defizitbringer sehe und das Gesundheitsökonomien gestatte, spezielle medizinische Behandlungen, zum Beispiel bei der Betreuung alter Menschen, aus Rentabilitätsgründen in Frage zu stellen. Ein Defizit, unterstrich Rasinger, könne es im Spital nicht geben, und das Vertuschen und Vermeiden von Diskussionen und Kritikpunkten verhindere konstruktive Verbesserungen. Man habe mit der Suspendierung Prim. Pesendorfers einen Willkürakt gesetzt und ein billiges Bauernopfer gebracht, was in der Folge die Reputation des medizinischen Personals in unangemessener Weise herabsetzen könne. Es herrsche in Wien kein Klima für konstruktive Kritik, und die Motivation des Krankenpflegepersonals werde vernachlässigt oder nicht ernst genommen. So funktioniere die innere Revision nicht, werde die seit fünf Jahren geforderte Supervision erst jetzt eingeführt und seien seit langem Probleme wie unausgewogene Dienstpläne, mangelnde Teamarbeit und die 48-Stunden-Woche des Krankenpflegepersonals ungelöst. Zwar habe die Politisierung der Primariate abgenommen, anerkannte Rasinger, doch gebe es noch nicht einmal Ansätze zur Lösung der Jungärzteproblematik und der sinkenden Ausbildungsqualität. In einer Gesellschaft, in der, wie zum Beispiel am deutschen Juristentag 1986, die Straffreiheit bei Tötung auf Verlangen diskutiert werde, und in einer Medienlandschaft, in der — wie heute abend im Club 2 — Prof. Hackethal Gelegenheit gegeben werde, für seine Form der „Sterbehilfe“ zu werben, müsse die Humanität wieder in den Vordergrund gestellt werden.

GR. Erich HUBER (SPÖ) wandte sich gegen die Meinung der Opposition, daß es sich bei den Morden in Lainz um eine Frage der Spitalsorganisation

Forts. von Blatt 749

Forts. auf Blatt 751

und des Gesundheitssystems handle: „Vier eiskalte berechnende Mörderinnen haben unter den Augen der Ärzte und des Pflegepersonals zugeschlagen“, sagte Huber. Es sei ein Kriminalfall, der in den Lehrbüchern der Kriminalistik seinen Niederschlag finden werde. Das Wiener Gesundheitswesen sei in Ordnung, das beweisen die zigtausenden Patienten aus Wien, den Bundesländern und aus dem Ausland. Unbestritten gebe es auch Personalmangel und Unzulänglichkeiten, die auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. Heute gilt es, mehr als 22.000 Bediensteten im Spitalswesen, die fleißig, ehrlich und aufopfernd ihren Dienst versehen, Stütze und Halt zu geben, betonte Huber. Das Wiener Spitalswesen brauche keinen Vergleich zu scheuen, Wien hat mit 25 Prozent den höchsten Anteil an Ausbildungsplätzen für Krankenschwestern in Österreich im medizinisch-technischen Bereich sind sogar 37 Prozent der Ausbildungsplätze in Wien. Es gelte daher, den Schaden zu begrenzen, das Vertrauen der Patienten wieder herzustellen und zu festigen und nicht wie die Opposition, das Gegenteil zu tun. Huber betonte, die sozialistische Fraktion sei bestrebt, die Hintergründe zu beleuchten und, wenn es notwendig ist, Änderungen vorzunehmen. Sie werde aber auch jeden Versuch abwehren, aus den Morden politisches Kapital zu schlagen.

GR. FÜRST (ÖVP) sagte, wenn die Geschehnisse von Lainz nur ein reiner Kriminalfall wären, dann wäre diese Gemeinderatssitzung nicht notwendig. Über die strafrechtliche Relevanz hinaus gelte es auch Fehler und Mängel im System aufzuspüren und zu beseitigen. Fürst sprach auch die politische Verantwortung an, die man in diesem Zusammenhang nicht beiseite schieben könne. StR. Stacher sei für verschiedene Zustände und Mängel in der Spitalsorganisation verantwortlich, er habe in den 16 Jahren seiner Amtsführung diese Defizite nicht beseitigt. Es scheine auch so, als habe er — wie auch andere Verantwortliche — die ersten Verdachtsmomente, die im Jahr 1988 in Lainz auftauchten, nicht ernst genug genommen. Fürst sprach sich schließlich für Reformen auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit, des Zivilschutzes und des Umweltschutzes aus, damit es nicht wieder zu Katastrophen kommen müsse, um Änderungen zu bewirken.

Gewalt und Tötung werden, erklärte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ), in der Gesellschaft oft verharmlost, und darüber hinweg werde zur Tagesordnung übergegangen. Es gelte, eine Sensibilisierung der Gesellschaft zu erreichen. Man könne aber Mängel eines Systems, Überforderung oder Arbeitsleid nicht für Morde verantwortlich machen, denn dies sei, unter welchen Umständen auch immer, eine undenkbbare Konsequenz. Die Ausbildung des Krankenpflegepersonals sei eine außerordentlich sorgfältige, die sich auch auf psychologische und pädagogische Unterrichtsgegenstände stütze und das Personal auf den schwierigen Dienst am Krankentbett bestmöglich vorbereite. Habe es vor 15 Jahren nur 560 Ausbildungsplätze an den Wiener Krankenpflegeschulen gegeben, so stünden nun 2.222 zur Verfügung. Auch der 2. Bildungsweg sei sehr frequentiert. Ein besonderes Supervisionsprogramm, sagte Stubenvoll, sei bei allen sozialen Berufen nötig. Es gelte aber auch, bestehende Strukturen und Hierarchien zu durchleuchten und an die Erfordernisse anzupassen. So könne sie sich vorstellen, daß auch die Ausbildung der Stationsgehilfinnen verbesserungsfähig sei. Das Risiko möglichst klein zu halten, sei sicher keine Sache politischen Kleingelds wie einer Rücktrittsforderung, sondern eine Frage verbesserter Voraussetzungen am Arbeitsplatz. Eine menschlichere Gesellschaft könne, äußerte Stubenvoll ihre Überzeugung, nur durch ein Mehr an Bildung und Erziehung erreicht werden. Nur wenn die Menschen lernen, mit ihrem Konfliktpotential umzugehen und Bildung nicht nur den Wissensbereich, sondern auch den rein menschlichen zu umfassen, könne dies erreicht werden. Die Ereignisse in Lainz dürften, warnte Stubenvoll, zu keiner Entsolidarisierung einzelner Berufsgruppen führen.

Forts. von Blatt 750

Forts. auf Blatt 752



Es gehe um die Solidarität und das Erkennen der humanitären Verantwortung, erklärte Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP). Viele Menschen unter ihnen auch Machthaber, würden nur aus Katastrophen, und selbst aus diesen nur bedingt, lernen. Über die politische Verantwortung könne man nicht unterschiedlicher Auffassung sein, wohl aber über die Konsequenzen daraus. Die Verantwortlichkeit bestehe für Informations-, Leitungs- und Organisationsmängel und komme auch dort zum Tragen, wo keine persönliche Schuld vorliegt. Das bedeute eine Verantwortlichkeit, wenn man von Mißständen zu spät erfährt, um Abhilfe schaffen zu können, wenn man sich nicht ausreichend informiert, wenn man weiß, daß Rechtsvorschriften nicht oder nur unzureichend eingehalten werden, oder wenn Rechtsvorschriften Unzulänglichkeiten ermöglichen. Wo die Grenzen für Konsequenzen liegen, lasse sich schwer beantworten und hänge vom Wertkodex der Gesellschaft oder der Gesinnungsgemeinschaft ab, der man angehört. Stacher habe sich der öffentlichen Diskussion gestellt und durch seine Zustimmung zur Untersuchungskommission gezeigt, wie er seine politische Verantwortlichkeit verstehe.

Univ.-Prof. Dr. Welan rügte Mängel im Parlamentarismus des Wiener Landtages und des Wiener Gemeinderates, die unter anderem dadurch zum Ausdruck kommen, daß die Opposition keinen Untersuchungsausschuß einsetzen kann. Ein Weniger an Ethik müsse zu einem Mehr an Kontrolle führen.

Die Probleme des Gesundheitswesens würden in kleinen, geschlossenen Kreisen diskutiert, wodurch eine Öffnung und Reform verhindert werde. Dabei müßte über Personal, Schulung, Organisation und Überforderung des Personals gesprochen werden. Es bestehe eine Hilflosigkeit im Umgang mit alten Menschen. Diese wirke sich vor allem auch in geschlossenen Häusern und Anstalten aus. Das Suchen und Finden des Sündenbocks im Leiter der betroffenen Abteilung verführe zu einer Politik der Gefühle. Das Gesundheitswesen müsse in die Öffentlichkeit getragen werden, denn nur eine öffentliche Diskussion werde zur Reform führen. Die Probleme des Helfens seien ein gesellschaftspolitisches Anliegen erster Ordnung. „Nehmen wir uns seiner an“, schloß Welan.

Er nehme zur Kenntnis, daß es zum Gesundheitswesen und zu den Vorfällen verschiedene Ansichten gebe, sagte Stadtrat STACHER in seinem Schlußwort. Es gehe nun darum, Mängel aufzuzeigen, Verbesserungen durchzuführen und vernünftig miteinander zu reden. Er habe im ersten Augenblick, nach Bekanntwerden der grauenhaften Morde in Lainz, zurücktreten wollen, sagte Stacher. Seine Freunde haben ihn jedoch abgehalten, weil es jetzt wichtig sei, alles zu tun, um die Situation zu bewältigen. Die einen verlangen das Rollen von Köpfen, die anderen suchen Schuldzuweisungen, wieder andere kaschieren ihre Betroffenheit. Wieder andere erkennen, daß sie durch Verschweigen von Mißständen selbst an Mißständen schuldig werden. Einige, dazu zähle er sich, arbeiten ohne Rücksicht auf die eigene Person, um das Vertrauen wiederherzustellen. Leider seien manche Politiker nicht bereit, am Gesamtsystem des Gesundheitswesens mitzuwirken, sie betreiben mit einer Teilpolitik Stimmenfang. Zuerst müsse man das Gesamtsystem besprechen, dann erst das Spitalsystem.

Zum Verlauf der Debatte meinte Stacher, er stimme dem ÖVP-Gemeinderat und Arzt Dr. Rasinger in vielen Dingen zu und sei sich auch mit ÖVP-Stadtrat Dr. Busek einig, daß man bei der Wortwahl vorsichtig sein müsse.

Die psychische Betreuung der im Spital Tätigen sei nötig, Druck und Arbeitsanforderungen seien oft sehr belastend. Viele der heute gestellten Forderungen seien bereits erfüllt, offensichtlich gebe es einen Informationsmangel.

Die Hauptaufgabe sei nun, das Vertrauen wiederherzustellen. Die Angst

Forts. von Blatt 751

Forts. auf Blatt 753

der Patienten sei eine Katastrophe, es dürfe einfach nicht vorkommen, daß Patienten soweit in die Angst getrieben werden, daß sie die Annahme lebensnotwendiger Maßnahmen verweigern. Stacher erinnerte daran, daß er als junger Mann verwundet in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten sei; er und seine Kameraden wären dabei nie auf die Idee gekommen, daß der Kriegsgegner im Lazarett Maßnahmen gegen Leib und Leben von Kriegsgefangenen setzen würde.

Stacher wandte sich vehement gegen Verdächtigungen gegen das gesamte Spitalspersonal aus und sprach von einem tiefen Schock der Spitalsmitarbeiter. Nun müsse man aus der schrecklichen Situation das Positive machen, schloß Stacher.

Die Sitzung des Gemeinderats endete um 18.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 752

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: Pressesum, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 14. April 1989

Blatt 754

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- 850. Ampelanlage ging in Betrieb (756/757)
- Bevorrangungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe im Jahr 1989 (759-761)
- Terminvorschau vom 17. bis 30. April (764/765)
- Bellaria-Passage vor Wiedereröffnung (766)
- Stadtmarathon macht Verkehrsbeschränkungen notwendig (nur FS)

## Kultur:

- Landesarchiv erhielt 2000 Autographen (755)
- Tanztheater „Homunculus“ gastiert in Tübingen (758)

## Wirtschaft:

- Teilprivatisierung der Wiener Holding (762/763)

## Sport:

- Wien im Zeichen des Stadt-Marathons (nur FS)

## **Landesarchiv erhielt 2000 Autographen**

**Prof. Jary übergab sein „Kleines Archiv“**

Wien, 14.4. (RK-KULTUR) Professor Walther JARY übergab diese Woche seine rund 2000 Porträts, Autographen und Handschriften umfassende Sammlung, das sogenannte „Kleine Archiv“, das einen Millionenwert repräsentiert, dem Wiener Stadt- und Landesarchiv.

Prof. Jary, 22 Jahre lang Bildungs- und Kulturreferent des Österreichischen Bundesheeres, davon 18 Jahre für die Belange der Garnison Wien zuständig, entfaltete schon in seiner Jugend als Autogrammsammler (es begann 1934 mit Gustav Fröhlich) eine rege Tätigkeit, die er später gemeinsam mit seiner Gattin Maria fortsetzte. So trug er nach und nach fast 2000 Dokumente und Autographen bedeutender, vorwiegend österreichischer Persönlichkeiten aus dem öffentlichen und kulturellen Leben zusammen. Prinz Eugen ist dabei ebenso vertreten wie Kaiser Franz Joseph oder Karl Seitz sowie Adalbert Stifter, Franz Grillparzer, Georg Trakl, Sigmund Freud, Egon Schiele, Egon Friedell, um nur einige aus der langen Liste zu nennen. Von Georg Trakl ist übrigens ein Teil der Urschrift des Gedichtes „Schwesters Garten“ auf einem Viertelblatt in der Sammlung enthalten. Nach dem Tod des Dichters hatte man das ganze Blatt in drei Teile zerstückelt...

Prof. Jary hatte diese Sammlung bereits 1974 der Stadt Wien geschenkt. Sie sollte nach seinem Ableben dem Wiener Stadt- und Landesarchiv übergeben werden. Anlässlich seines 70. Geburtstages hat sich Jary nun jedoch entschlossen, die Sammlung bereits jetzt in die Obhut des Archivs zu geben. Prof. Jary setzt seine Sammeltätigkeit mit großer Leidenschaft fort. (Schluß) am/gg

## **850. Ampelanlage ging in Betrieb**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Heute, Freitag, setzte Verkehrsstadtrat Johann HATZL im 23. Bezirk, auf der Kreuzung Breitenfurter Straße/Dr.-Neumann-Gasse, die 850. Ampelanlage offiziell in Betrieb. In einem Pressegespräch ging Hatzl auch auf die Entwicklung der Verkehrsregelung in Wien ein.

### **Aus der Geschichte der Verkehrsregelung**

Die erste elektrische Verkehrssignalampel wurde im Dezember 1920 in den USA, und zwar in Detroit installiert. Die Initiative dazu ging von einem Polizeibeamten aus. Es vergingen etliche Jahre, bis sich dieses Hilfsmittel der Verkehrsregelung auch in Europa durchzusetzen begann.

In Wien erfolgte in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen die Regelung des Verkehrs fast ausschließlich mittels Armzeichen von Sicherheitswachebeamten. Die wenigen Verkehrslichtsignalanlagen, die übrigens nur von Hand aus zu schalten waren, wurden durch die Kriegereignisse der Jahre 1944 und 1945 zerstört.

Zu Beginn des Wiederaufbaues nach 1945 wurden auch die Verkehrslichtsignalanlagen — nach wie vor von Hand aus von Polizeibeamten zu schalten — wieder errichtet. Zu den ersten Anlagen zählten in Wien die Ampelanlagen Dr.-Karl-Lueger-Platz/Ring, Schottengasse/Ring, Währinger Straße/Spitalgasse, um nur einige zu nennen.

Mit der Zunahme des Fahrzeugbestandes und dem damit laufend wachsenden Verkehrsaufkommen stiegen auch die Sicherheitserfordernisse für die Verkehrsteilnehmer, wodurch komplizierter werdende Kreuzungsregelungen erforderlich wurden. Als eine der ersten mehrphasigen Signalregelungen wurde die Verkehrslichtsignalanlage am Stock-im-Eisen-Platz im Jahr 1951 in Betrieb genommen.

### **Mitte der 50er Jahre Beginn der Automatisierung**

Die Automatisierung der Verkehrsregelung setzte ab dem Jahr 1956 ein. Mit dem Inkrafttreten der StVO 1960 — insbesondere durch die Auflagen der Sicherung von Schutzwegen gemäß § 56 — stieg in weiterer Folge die Anzahl der Verkehrslichtsignalanlagen sprunghaft. Waren im Jahr 1960 in Wien 135 Anlagen in Betrieb, so waren es 1963 bereits 243, die fast alle mit automatischen Steuergeräten ausgestattet waren.

Im Jahr 1960 wurde auch mit der Planung zur Errichtung der Verkehrsleitzentrale begonnen; sie nahm im November 1962 mit acht angeschlossenen Anlagen den Betrieb auf.

### **Einzug der Elektronik im Jahr 1962**

In den Jahren 1962 und 1963 begannen die ersten Versuche mit dem Einsatz von elektronischen Rechanlagen zur zentralen Steuerung von Verkehrslichtsignalanlagen.

Bedingt durch das ständige Ansteigen des Verkehrsaufkommens in den folgenden Jahren wurden auch immer mehr Verkehrslichtsignalanlagen errichtet, sodaß im Jahr 1972 die 500ste Anlage — es war dies die Ampel auf der Kreuzung Taborstraße/Am Tabor — in Betrieb ging.

Ebenso sprunghaft, wie die verkehrstechnischen Erfordernisse anstiegen, sind auch die technischen Möglichkeiten gewachsen. Waren es in den Anfangsjahren der Automatisierung der Verkehrsregelung nur elektromechanische Steuergeräte, die diese Funktion erfüllten, sind dies heute nur mehr vollelektronische Prozessorgeräte.

Wenn mit der Anlage in Wien 23, Breitenfurter Straße/Dr.-Neumann-Gasse die 850ste Verkehrslichtsignalanlage in Wien in Betrieb genommen

wird, sind von diesen 850 Anlagen bereits 506 Anlagen an die zentrale Verkehrsregelung (Verkehrsleitzentrale) angeschlossen. Nicht zuletzt durch diese Einrichtungen ist es weitestgehend gelungen, die Verkehrssicherheit den Erfordernissen des Verkehrsgeschehens anzupassen.

#### **Technische Daten der 850. Ampelanlage**

Die Verkehrslichtsignalanlage Breitenfurter Straße/Dr.-Neumann-Gasse ist mit einem mikroprozessorgesteuerten Schaltgerät nach dem letzten technischen Stand der ÖNORM V 2002 mit der Überwachungseinrichtung Klasse II (Signalbildsicherung, Zeitüberwachung) ausgestattet.

Die Ampelanlage ist stadteinwärts mit der Verkehrslichtsignalanlage Breitenfurter Straße/Carlbergergasse koordiniert und an die Gruppenzentrale Atzgersdorf (Brunner Straße — Erlaaer Straße) angeschlossen, von der aus auch die Umschaltung der Schaltprogramme erfolgt. Im Zuge des Ausbaues der zentralen Verkehrsregelung wurde es möglich, auch die Verkehrslichtsignalanlage Liesinger Platz auf den letzten Stand der Technik zu bringen und an die Gruppenzentrale Atzgersdorf anzuschließen.

Die Verkehrslichtsignalanlage Breitenfurter Straße/Dr.-Neumann-Gasse ist mit zwei Koordinierungsprogrammen (Umlaufzeiten 75 Sekunden und 100 Sekunden) sowie mit einer Lokalautomatik und Handschaltung ausgestattet. Bei dieser Ampel wurde eine Zweiphasenregelung installiert; dies bedeutet 1. Phase: Breitenfurter Straße, 2. Phase: Dr.-Neumann-Gasse. (Schluß) pz/gg

Forts. von Blatt 756

## **Tanztheater „Homunculus“ gastliert in Tübingen**

Wien, 14.4. (RK-KULTUR) Auf Einladung des Landestheaters Württemberg-Hohenzollern gastiert das Tanztheater „Homunculus“ im Rahmen der „2. Tübinger Theater-Tanz-Tage“ in Tübingen. Das Tanzensemble präsentiert am 15. April die Choreographie „Die letzte Nacht in Cannes/Gedankenbilder für Klaus Mann“, eine von Wien Kultur geförderte Produktion. (Schluß) gab/bs

## **Bevorrangungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe im Jahr 1989**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL heute, Freitag, anlässlich eines Pressegesprächs ausführte, spielen im Bevorrangungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe naturgemäß die Ampelschaltungen — bereits im Frühjahr 1988 hatte der Verkehrsstadtrat ein eigenes „Ampelprogramm“ vorgestellt — eine wesentliche Rolle.

Wobei davon ausgegangen werden kann, daß Bevorrangungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr durchaus nicht mit Verschlechterungen für den Individualverkehr verbunden sein müssen. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die neue Regelung des Knotens Landstraßer Hauptstraße/Abfahrt Südost-Tangente. Durch entsprechende Unterprogramme wurde hier die mittlere Wartezeit für die **Linie „18“** von vorher rund 82 Sekunden auf 25 Sekunden gesenkt, die maximale Wartezeit von vorher 138 Sekunden auf rund 40 Sekunden. Die Unterprogramme werden jedoch nur dann aktiviert, wenn sie von einer Straßenbahn auch wirklich benützt werden können. Die restlichen Zeiten stehen voll dem Individualverkehr zur Verfügung, wobei Kurzzählungen eine Leistungssteigerung von mehr als fünf Prozent gegenüber den alten Programmen ergeben haben.

In welchem Ausmaß Bevorrangungsmaßnahmen der Regelmäßigkeit ganzer Linien zugute kommen, verdeutlicht ein anderes Beispiel: Bei der **Straßenbahnlinie „49“** konnten bei den Verkehrslichtsignalanlagen im äußeren Streckenteil Hütteldorfer Straße/Lützowgasse, Zehetnergasse, Waidhausenstraße und Hüttelbergstraße die Lichtsignalverlustzeiten im Mittelwert um 50 Prozent reduziert werden. Die extremen Schwankungen, die vorher aufgetreten waren, konnten durch die Beeinflussung komplett abgebaut werden, sodaß die Regelmäßigkeit der gesamten Linie deutlich verbessert wurde.

Bei den Verkehrslichtsignalanlagen im Zuge der Linie „49“ im inneren Streckenteil Westbahnstraße/Kaiserstraße, Schottenfeldgasse, Zieglergasse, Siebensterngasse/Neubaugasse, Kirchengasse und Burggasse/Breite Gasse konnten die Lichtsignalverlustzeiten im Mittelwert um 28 Prozent reduziert werden.

Generell, so Hatzl, kann gesagt werden, daß Störungen in „Grünen Wellen“ durch Bevorrangungsmaßnahmen des öffentlichen Verkehrs bei sorgfältiger Planung so gut wie nie auftreten. Zahlreiche umgestellte Verkehrslichtsignalanlagen ergaben einen „Sogeffekt“ der Bevorrangungsmaßnahmen, sodaß der parallel fahrende Individualverkehr gleichsam mitbeschleunigt wird.

Zu unterscheiden sind drei Formen der Beeinflussung: Durch Anmeldekontakte der Straßenbahn werden Ampeln so gesteuert, daß eine aufenthaltslose Durchfahrt möglich ist. Bei einer anderen Variante wird die Ampel derart beeinflusst, daß die Freizeit für die Straßenbahn verlängert wird. Schließlich gibt es die Möglichkeit, die Koordinierung mehrerer Anlagen so zu ändern, daß die Straßenbahnen beziehungsweise Autobusse optimal durchfahren können. Diese Anpassung erfolgt zum Beispiel mit Hilfe von Stausonden für den Individualverkehr, um Kreuzungen freizuhalten (beispielsweise Burggasse/Breite Gasse) oder durch Anmeldekontakte.

### **Weitere 80 Ampeln werden 1989 bearbeitet**

Für das Jahr 1989 sind insgesamt 80 Ampeln zur Bearbeitung vorgesehen; davon 39 Ampeln, die unabhängig von Bevorrangungsprogrammen ausgesucht wurden, und 41 Ampeln, die in den Bevorrangungsprogrammen der Linie „0“, „60“, „62“, „7A“ und „48A“ enthalten sind. Am Ende des heurigen Jahres wären dann bereits 290 Ampeln durch den öffentlichen



Verkehr beeinflusst. Insgesamt sind im Bevorrangungsbudget 1989 für Lichtsignaländerungen 23 Millionen Schilling veranschlagt.

#### **Bevorrangung für die Linien „O“, „60“, „62“, „7A“, „48A“**

Im Jahr 1989 gibt es wieder fünf Schwerpunktlinien, für die in ihrer gesamten Länge ein Bevorrangungsprogramm ausgearbeitet wurde.

Diese Vorhaben im einzelnen:

Die **Linie „O“** wird vor allem im Verlauf der Fasangasse und der Ungargasse behindert. Die Verkehrsbetriebe schlagen deshalb die Anpassung mehrerer Lichtsignalanlagen und Maßnahmen zur Freihaltung der Gleise in den Stauräumen vor.

Die **Linie „60“** wird im inneren Bereich zwischen Hietzing und Speising meist durch einen Fahrzeugstau auf den Gleisen und im äußeren Bereich vor allem durch ungünstige Lichtsignalschaltungen behindert. Es sind deshalb Beeinflussungen der meisten Lichtsignalanlagen und Abmarkierungen des Gleiskörpers der Hietzinger Hauptstraße und der Speisinger Straße im Bereich Münchreiterstraße — Fasangartengasse vorgesehen.

Die **Linie „62“** weist schon auf Grund ihrer Länge und der Topographie eine schwierige Streckenführung auf und wird vor allem in der Hetzendorfer Straße, bei der Breitenfurter Straße und bei der Kreuzung Atzgersdorfer Straße behindert. Dies könnte durch eine andere Führung der Linksabbieger aus der Breitenfurter Straße in die Altmannsdorfer Straße stadteinwärts sowie durch eine Beeinflussung der Lichtsignalanlage Atzgersdorfer Straße verbessert werden. Weitere Maßnahmen sind in der Flurschützstraße, der Hetzendorfer Straße und der Feldkellergasse vorgesehen (Lichtsignalanlagen).

Um für die **Linie „7A“** die Behinderungen durch Liefer- und Kundenfahrzeuge im Bereich Reumannplatz abzubauen, müßte sie durch die Rotenhofgasse geführt werden. Im Bereich Inzersdorfer Straße/Laxenburger Straße sowie Davidgasse/Triester Straße ist zur Beschleunigung des Verkehrsablaufes die Markierung von Abbiegespuren beziehungsweise die Aufweitung des Kreuzungsplateaus vorgesehen.

Die **Linie „48A“** verkehrt in den Straßenzügen Gablenzgasse — Burggasse beziehungsweise Neustiftgasse — Koppstraße, die durch den Individualverkehr stark belastet werden. Insbesondere während der Verkehrsspitzen treten Behinderungen durch Rückstau und außerhalb der Spitzenzeiten durch in zweiter Spur parkende Fahrzeuge auf. Eigene Busspuren in mehreren Streckenabschnitten sollen dem Autobus eine weitgehend verzögerungsfreie Fahrt ermöglichen.

#### **Bei weiteren fünf Linien erfolgt Teilbearbeitung**

Außer den genannten fünf Linien, die in ihrer gesamten Länge bearbeitet werden, sind auf den Linien „D“, „38“, „35 A“, „43“ und „71“ Bearbeitungen von Teilstrecken vorgesehen. Es handelt sich dabei um folgende Einzelmaßnahmen:

##### **• Linie „D“**

Heiligenstädter Straße/Grinzinger Straße: Abmarkierung des Gleises in Fahrtrichtung Ring vor der Kreuzung, um nur so viele Linksabbieger auf dem Gleis aufzustellen, wie bei einem Umlauf der Ampelanlage abfließen können.

Heiligenstädter Straße von Gunoldstraße bis Rampengasse: Abmarkierung beider Gleise, um den Rückstau vor allem in Fahrtrichtung Nußdorf auf dem Gleis zu verhindern.

Althanstraße: Abmarkierung beider Gleise von Einfahrt Universitätszentrum bis Julius-Tandler-Platz.

Forts. von Blatt 759

Forts. auf Blatt 761

• **Linie „38“**

Nußdorfer Straße: Abmarkierung der Gleise ab Alser Straße, einschließlich des Kreuzungsplateaus bis Canisiusgasse. Errichtung einer Schwelle entlang des stadteinwärts führenden Gleises gegenüber der Haltestelleninsel Alserbachstraße, Fahrtrichtung Grinzing.

• **Linie „35 A“**

Auf der Autobuslinie „35 A“ kommt es durch starkes Verkehrsaufkommen und ungünstige Ampelschaltungen zu massiven Behinderungen. Als wesentliche Verbesserung gilt hier die Einrichtung einer Busspur in der Billrothstraße von Gymnasiumstraße bis Döblinger Hauptstraße auf den Gleisen der Linie „38“ während der Frühspitze. Dies bringt für Bus und Straßenbahn gleichermaßen Vorteile.

• **Linie „43“**

Jörgerstraße: Änderungen bei den Ampelprogrammen sowie weitere Abmarkierungen und Abbiegeverbote in der Alser Straße.

• **Linie „71“**

Rennweg: Abmarkierung beider Gleise im Bereich zwischen der Ungargasse und der Landstraßer Hauptstraße zur Verhinderung des Rückstaus auf dem Gleis.

(Schluß) pz/rr/gg

Forts. von Blatt 760

## **Teilprivatisierung der Wiener Holding**

Wien, 14.4. (RK-WIRTSCHAFT/KOMMUNAL) Die im Frühjahr 1988 angekündigte Teilprivatisierung der Wiener Holding Ges.m.b.H. wurde heute, Freitag, unter Dach und Fach gebracht. Mit den neuen Teileigentümern wurde ein Syndikatsvertrag abgeschlossen. An der Wiener Holding ist nun die Stadt Wien mit 51 Prozent — bisher 100 Prozent — beteiligt. Die verbleibenden 49 Prozent teilen sich die „Z“ mit 17 Prozent, die „CA“ mit zehn Prozent, die Länderbank mit sieben Prozent, die Girozentrale mit fünf Prozent, die Erste Österreichische mit vier Prozent, die Bundesländer mit drei Prozent und die Wiener Städtische mit ebenfalls drei Prozent. Das Paket von 49 Prozent wurde um 1.045 Millionen Schilling erworben.

Mit der Aufnahme privater Institutionen als Mitgesellschafter wird die schon praktizierte Zusammenarbeit der Wiener Holding mit Privaten — allerdings bisher nur auf der Ebene einzelner Unternehmungen — auf eine breitere Basis gestellt. Ziel dieses Schrittes ist die Stärkung des wirtschaftlichen Potentials und der Leistungsfähigkeit des Konzerns. Bisherige Grundsätze der kommunalen Beteiligungspolitik (die sogenannte „Holding-Doktrin“) und sämtliche sich daraus ableitenden räumlichen und wirtschaftlichen Beschränkungen für den Tätigkeitsbereich des Konzerns sind nun aufgehoben — die zukünftige Geschäftspolitik wird sich ausschließlich nach kommerziellen Gesichtspunkten ausrichten. Die unter dem Blickwinkel einer offensiven Strategie durchgeführte Teilprivatisierung läßt somit eine angemessene Verzinsung beziehungsweise Rendite für das von den Anteilseignern eingesetzte Kapital erwarten.

Es ist weiter erklärter Wille und Absicht der Stadt Wien, ihre Anteilsmehrheit nur im unumgänglich notwendigen Ausmaß einzusetzen. Wien wird sich auf Gesellschafterebene im höchstmöglichen Ausmaß um einvernehmliche Lösungen bemühen.

In diesem Sinne ist auch die Bereitschaft der Stadt zu verstehen, dort, wo bei Holding-Firmen nach wie vor die kommunale Aufgabenstellung dominiert, und wo aus strukturellen Gründen eine ausgeglichene Bilanz nicht erzielbar ist, einzuspringen. Das gilt für das Theater an der Wien, für das Raimundtheater, für das Ronacher und für die Stadthalle.

Ein wesentliches Mitwirkungsrecht der neuen Mitgesellschafter ist das Nominierungsrecht in den Aufsichtsrat der Wiener Holding und der Tochter- und Enkelgesellschaften. Der Aufsichtsrat der Wiener Holding wird auf 13 Mandate aufgestockt, sieben besetzt die Stadt Wien, sechs die privaten Gesellschafter. Um allen Mitgesellschaftern ein Vertretungsrecht zu ermöglichen, hat die Stadt Wien den Mitgesellschaftern für zwei von ihr zu besetzende Mandate Nominierungsrechte eingeräumt.

Bei der Besetzung des Vorstands der Wiener Holding haben die privaten Gesellschafter in Zukunft das Vorschlagsrecht für ein Vorstandsmitglied.

### **Der neue Aufsichtsrat der Wiener Holding**

#### **Für die Stadt Wien:**

Präs. Stadtrat a.D. Hans BOCK  
Mag. Werner MUHM  
Vorst. Dir. Dr. Erwin RAMBERGER (Bundesländervers.)  
OSR Dr. Gerhard SCHARITZER  
Gen. Dir. Dkfm. Dr. Siegfried SELLITSCH (Wr. Städt. Vers.)  
OSR Dr. Karl SKYBA  
OSR Dr. Hans VORRATH

Forts. auf Blatt 763

**Für die Z-Beteiligungsholding Gesellschaft m.b.H.:**

Gen. Dir. Dr. Karl VAK  
Dir. Rat Mag. Friedrich KADR NOSKA

**Für die Creditanstalt-Bankverein:**

Gen. Dir.-Stv. Dkfm. Gerhard RANDA

**Für die Österreichische Länderbank AG:**

Gen. Dir.-Stv. Dr. Manfred DRENNIG

**Für die Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen AG:**

Vorst. Dir. Herbert LUGMAYR

**Für die Erste Österr. Spar - Casse - Bank:**

Vorst. Dir. Mag. Reinhard ORTNER  
(Forts. mgl.) sei/bs/rr

Forts. von Blatt 762

## Terminvorschau vom 17. bis 30. April

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 17. bis 30. April hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### MONTAG, 17. APRIL:

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

15.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Pasterk und Paul Kruntorad „Jour fixe der Vernunft“ (Cafe Landtmann)

### DIENSTAG, 18. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Friedensreich Hundertwasser (Arb.-Zimmer, Bgm.)

18.30 Uhr, Überreichung der Hauptpreise 1988 der Aktion „Jeder Wiener macht Wien grüner“ durch StR. Dr. Häupl (Wappensaal, Rathaus)

### MITTWOCH, 19. APRIL:

13.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch StR. Stacher an Obermedizinalrat Dr. Heinz Boltuch, Vizepräsident der Ärztekammer Wien (Arb.-Zi, Stacher)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an o. Univ.-Prof. Dr. Peter Weinzierl, Dr. Gerald Szyszkowitz und Prof. Mag. Arch. Ing. Erwin Piki (Steinerner Saal, Rathaus)

### DONNERSTAG, 20. APRIL:

ab 9 Uhr, Pressefahrt mit StR. Schirmer „Wiener Märkte“ (Abfahrt Friedrich-Schmidt-Platz)

### FREITAG, 21. APRIL:

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl

11.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Stacher „10 Jahre Psychiatrieplan“ (PID)

13.00 Uhr, Überreichung des Dekretes „Hofrat“ durch StR. Stacher an Frau Dr. Helene Kapaun, Stadtphysikus, (stellv. Leiterin der MA 15) (Arb.-Zi, Stacher)

14.00 Uhr, Überreichung des Ehrenringes der Stadt Wien durch Bgm. Zilk an Prof. Fritz Eckhardt (Stadtsenatssitzungssaal, Rathaus)

### SAMSTAG, 22. APRIL:

11.00 Uhr, Benennung der Wohnhausanlage 18, Schulgasse 19 in Josef-Hala-Hof durch StR. Edlinger

### MONTAG, 24. APRIL:

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

### DIENSTAG, 25. APRIL:

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten durch Bgm. Zilk (Festsaal, Rathaus)

MITTWOCH, 26. APRIL:

10.00 Uhr, Vbgm. Smejkal und Bgm. Zilk eröffnen das 5. Zentralsberufsschulgebäude (21, Scheydgasse)

DONNERSTAG, 27. APRIL:

von 9 bis 13 Uhr: PVC-Enquete, StR. Häupl (Festsaal des Alten Rathauses, 1, Wipplingerstr. 8, 2. Stock)

FREITAG, 28. APRIL:

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen durch Bgm. Zilk (Wappensaal, Rathaus)

SONNTAG, 30. APRIL:

15.00 Uhr, Parkeröffnung durch StR. Häupl (19, Raimund-Zoder-Gasse) (Schluß) red/gal

Forts. von Blatt 764

## **Bellaria-Passage vor Wiedereröffnung**

### **Gleis- und Straßenbauarbeiten**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Die Bellaria-Passage soll nach den U3-Bauarbeiten im Oktober 1989 wieder eröffnet werden. Die Gleisschleifen für die Linien „46“ und „49“ kommen dann wieder an ihren alten Platz (um den Stadtschulrat). Deshalb müssen ab kommender Woche im Bereich Bellaria/Schmerlingplatz Gleis- und Straßenbauarbeiten durchgeführt werden, die Streckenänderungen bei den Autobuslinien „2 A“ und „48 A“ bedingen. Die Autobuslinie „2 A“ wird ab Montag, den 17. April, Betriebsbeginn, in Fahrtrichtung Dr.-Karl-Renner-Ring ab Heldenplatz/Burgring über den Burgring zur Bellariastraße in der Nebenfahrbahn des Burgringes geführt. Die Haltestellen Burgring vor Babenbergerstraße, Mariahilfer Straße U, Messeplatz, Volkstheater U und Burgring vor Bellariastraße werden auf Dauer der Umleitung aufgelassen. Dafür werden die provisorischen Haltestellen Heldenplatz, Burgtor vor Burgring nach Bellariastraße (Nebenfahrbahn) eingehalten.

Darüberhinaus wird die Autobuslinie „48 A“ ab Burggasse/Museumstraße über die Museumstraße und die Nebenfahrbahn der Lerchenfelder Straße zum Schmerlingplatz abgelenkt geführt. In Fahrtrichtung Dr.-Karl-Renner-Ring wird die Haltestelle Volkstheater U aufgelassen und dafür eine provisorische Haltestelle am Schmerlingplatz, Nebenfahrbahn, im Zuge der Lerchenfelder Straße errichtet.

Ein Umsteigen in die U-Bahn-Linie U 2 ist daher erst bei der U-Bahn-Station Lerchenfelder Straße möglich. (Schluß) roh/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressesum. Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Satz: Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Montag, 17. April 1989

Blatt 767

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Häupl: Keine vorzeitige Euphorie wegen Wackersdorf! (768/FS: 14.4.)

### Kommunal/Lokal:

„Beschimpft bitte nicht die Krankenschwestern!“ (769/FS: 14.4.)

Lärmschutztunnel Kaisermühlen provisorisch befahrbar (770/FS: 14.4.)

Verkehrsbeschränkung in der Johnstraße (770/FS: 14.4.)

Klarstellung der Einsatzbereiche in den Spitälern (772/FS: 15.4.)

„Umweltbewußt einkaufen“: Dienstag wieder Marktaktion (773)

Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte (774)

12. Wiener Stadtfest am 29. April: „Grenzenlos Ost-West“ (775)

Enquete über Qualitätssicherung in Krankenhäusern (776)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

### Kultur:

„Akrobat schön...!“ im Circus- und Clownmuseum (771/FS: 15.4.)



## **Häupl: Keine vorzeitige Euphorie wegen Wackersdorf!**

Wien, 14.4. (RK-POLITIK) „Ich sehe keine Veranlassung, wegen eines möglichen Baustopps für die atomare Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf vorzeitig in Euphorie auszubrechen“, erklärte der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“. Es sei zwar begrüßenswert, daß in der BRD in dieser Frage offensichtlich ein Umdenkprozeß eingesetzt habe, aber das letzte Wort sei noch nicht gesprochen. Von einem Aus für Wackersdorf könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die Rede sein, geschweige denn von einem Ausstieg der BRD aus der Kernenergie. Die Diskussion über Atomenergie müsse vehement weitergeführt werden, denn in aller Welt würden weiterhin Atomkraftwerke und atomare Wiederaufbereitungsanlagen gebaut, obwohl der Widerstand der unmittelbar — aber auch der mittelbar betroffenen Bevölkerung, wie in Österreich ständig steige. Häupl abschließend: „Ein Aus für Wackersdorf ändert nichts an der Tatsache, daß die atomaren Brennstäbe dann eben in einem anderen Land wiederaufbereitet werden, in dem die Menschen bei einem Stör- oder gar Katastrophenfall gefährdet sind. Der Kampf gegen die Kernenergie muß also weitergehen!“ (Schluß) du/rr

Bereits am 14. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet

## **„Beschimpft bitte nicht die Krankenschwestern!“**

**Stadtrat Stacher appelliert an die Bevölkerung**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER wendet sich mit einem dringenden Appell an die Wienerinnen und Wiener: „Wir haben eine Reihe von Informationen erhalten, daß Krankenschwestern und Schwesternschülerinnen auf der Straße beschimpft und angepöbelt werden. Ein solches Benehmen ist durch nichts zu rechtfertigen. Das Pflegepersonal steht ohnehin unter dem Schock der furchtbaren Ereignisse in einer Abteilung des Krankenhauses Lainz. Es arbeitet Tag und Nacht, um Menschen zu heilen oder wenigstens ihre Leiden zu lindern. Es ist unverantwortlich, allen Schwestern die Handlungen einiger Mordverdächtiger anzulasten. Jeder sollte daran denken, daß er, wenn er plötzlich erkrankt, schon wenige Stunden später die Hilfe einer Krankenschwester benötigt.

Besonders zu verurteilen ist es aber, wenn Schwesternschülerinnen beschimpft und angeflegelt werden. Diese jungen Menschen gehen mit großem Idealismus in ihre Ausbildung, weil sie den Menschen in ihren schwierigen Situationen helfen wollen. Sie müssen eine harte Schule durchmachen; und sie wissen auch, daß sie in den Krankenhäusern eine schwere und oft traurige Arbeit erwartet. Dennoch sind sie bereit, sich voll und ganz für ihre Mitmenschen einzusetzen und — schon wegen des unregelmäßigen Dienstes — auf viele Bequemlichkeiten und manches Freizeitvergnügen zu verzichten. Wir sollten alles tun, um unsere Krankenschwestern und die Schwesternschülerinnen bei ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu unterstützen. Wir sollten ihnen für ihre selbstlosen Leistungen dankbar sein. Ich bitte daher alle vernünftigen Wienerinnen und Wiener, sich mit mir gegen Beleidigungen unseres Pflegepersonals zu stellen.“ (Schluß) sc/rr

Bereits am 14. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Lärmschutztunnel Kaisermühlen provisorisch befahrbar**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Ab kommenden Montag, 17. April, wird der im Zuge der Donauuferautobahn/A 22 errichtete Lärmschutztunnel Kaisermühlen provisorisch — aber bereits in beiden Richtungen — benützbar sein. Am Montag erfolgt nach der Frühspitze die Verkehrsfreigabe der wasserseitigen Tunnelröhre, womit vorläufig in jeder Richtung eine Fahrspur zur Verfügung steht. (Schluß) pz/sk

Bereits am 14. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Verkehrsbeschränkung in der Johnstraße**

Wien, 14.4. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den Bauarbeiten an der U-Bahn-Linie U 3 tritt am kommenden Montag, 17. April, im 14. Bezirk in der Johnstraße, im Kreuzungsbereich mit der Meiselstraße, eine Verkehrsbeschränkung in Kraft, die mit einer Unterbrechung voraussichtlich bis Juli dieses Jahres dauern wird. Während dieses Zeitraums wird die Johnstraße in Richtung Norden (16. Bezirk) in diesem Bereich Einbahn sein; der Verkehr in Richtung Süden (Wiental) wird über die Route Tautenhayngasse — Neusserplatz — Matthias-Schönerer-Gasse — Flachgasse — Märzstraße zurück zur Johnstraße geleitet. Auf der Kreuzung Hütteldorfer Straße/Matthias-Schönerer-Gasse wird eine provisorische Ampelanlage installiert. (Schluß) pz/sk

Bereits am 14. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## „Akrobat schön...!“ Im Circus- und Clownmuseum

Wien, 15.4. (RK-KULTUR) Das Österreichische Circus- und Clownmuseum, in der Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, zeigt ab heute, 15. April bis Ende des Jahres die Sonderausstellung „Akrobat schön...!“

Charlie RIVEL, der weltbekannte Clown und Akrobat, hat 1928 in der Berliner „Scala“ diesen Ausruf kreiert. In der Ausstellung sind von der Parterreakrobatik bis zum „Fliegenden Trapez“ alle bedeutenden Vertreter der Variete- und Circusartistik zu sehen: So etwa Alfredo CODONA, der als erster Artist der Welt den dreifachen Salto Mortale vom schwingenden Trapez in die Hände des Fängers schaffte, das Jongleurwunder RASTELLI — der beste Jongleur aller Zeiten — oder ADANOS mit seinen schwierigen Balance- und Wurftricks.

Riesen, Zwerge, Armlose und Rumpfmenschen studierten mit unerhörter Willenskraft schwierige Darbietungen ein (z. B. der armlose, elegante Artist „El Roy“). Sensationsdarbietungen wie die Entfesselungskünste HOUDINIS, die Krafterleistungen der Athleten BREITBART und JAGENDORFER, das „Menschliche Aquarium“ Harry MORTON, ein Artist der u. a. Goldfische verschluckte und wieder trockenen Wegs durch den Mund von sich gab — er trank auch 300 Glas Bier innerhalb von 12 Minuten — erregten die Gemüter.

Die Ausstellung im Circus- und Clownmuseum erinnert an ihre Leistungen, die bis heute faszinieren. Die Schau ist jeweils Mittwoch von 17.30 bis 19 Uhr, Samstag von 14.30 bis 17 Uhr und Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 15. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Klarstellung der Einsatzbereiche in den Spitätern**

### **Mitarbeiter werden rasch informiert**

Wien, 15.4. (RK-KOMMUNAL) Wegen der Verunsicherung des Personals der städtischen Krankenanstalten durch die furchtbaren Ereignisse in einer Abteilung des Krankenhauses Lainz fand Freitag nachmittag in der Spitalsverwaltung der Stadt Wien eine Sitzung statt, in der die Einsatzbereiche der verschiedenen Berufsgruppen klargestellt wurden. Alle Mitarbeiter der städtischen Krankenanstalten werden darüber so schnell wie möglich informiert. An der Sitzung nahmen der Chefarzt und die Pflegeaufsicht der Spitalsverwaltung sowie Gewerkschafts- und Personalvertreter aller Berufsgruppen teil. (Schluß) sc/gg

Bereits am 15. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **„Umweltbewußt einkaufen“: Dienstag wieder Marktaktion**

Wien, 17.4. (RK-KOMMUNAL) Gemeinsam mit UmweltberaterInnen führt das Mobile Büro des Bürgerdienstes Marktaktionen zum Thema „Umweltbewußt einkaufen“ durch. Das Mobilbüro — ein weißes Zugfahrzeug mit Anhänger und roter Aufschrift — steht interessierten KonsumentInnen dabei für Informationen über umweltfreundliche Produkte zur Verfügung. Eine Auswahl solcher Erzeugnisse, von treibgasfreien Sprays bis zu Recyclingpapier, kann im Mobilbüro besichtigt werden. Die nächste Marktaktion findet morgen, Dienstag, den 18. April, von 8 bis 13 Uhr auf dem Naschmarkt statt. (Schluß) hrs/rr

## **Urlaubszuschüsse für Schwerstbehinderte**

Wien, 17.4. (RK-KOMMUNAL) Urlaubszuschüsse gewährt das Sozialamt der Stadt Wien schwerstbehinderten Menschen, deren Ferientaufenthalte aufgrund ihrer Behinderung besonders kostspielig sind. Damit die Behinderten trotzdem einen Urlaub verbringen können, gibt es finanzielle Unterstützung durch das Sozialamt. Neben finanzieller Hilfe für Einzelpersonen kann aber auch im Interesse der Entlastung der Eltern schwerstbehinderter Kinder eine Tagesbetreuung während der Schulferien durch die Gewährung von Zuschüssen zu den Kosten der Tagesbetreuung an die durchführende Organisation gefördert werden.

Unterstützt werden aber auch jene Organisationen, die Urlaubsaktionen für Schwerstbehinderte durchführen und die dadurch einen beträchtlichen Mehraufwand im Vergleich zu Urlaubsaktionen für Nichtbehinderte leisten müssen.

Für diese Unterstützungsaktion des Sozialamtes genehmigte der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales kürzlich rund 1,1 Millionen Schilling für 1989. (Schluß) jel/bs

## **12. Wiener Stadtfest am 29. April: „Grenzenlos Ost-West“**

Wien, 17.4. (RK-LOKAL) Das 12. Wiener Stadtfest am 29. April steht unter dem Thema „Grenzenlos Ost-West“. ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Dr. Alf KRAULIZ stellten das Programm des Stadtfestes am Montag in einem Pressegespräch vor. Die Schwerpunkte sind der Ost-West-Kulturaustausch, das Kinder-Programm und Märkte. Es soll, so Busek, ein mitteleuropäisches Kulturfest sein. (Schluß) fk/rr



## **Enquete Über Qualitätssicherung In Krankenhäusern**

### **Stadtrat Stacher eröffnete ersten deutschsprachigen Fortbildungskurs**

Wien, 17.4. (RK-KOMMUNAL) Im Schloß Wilhelminenberg begann Montag früh der erste internationale europäische Fortbildungskurs für Qualitätssicherung im Spitalsbereich, der in deutscher Sprache stattfindet. Zahlreiche Fachleute aus dem In- und Ausland werden sich unter der Patronanz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) fünf Tage lang mit diesem aktuellen Thema beschäftigen. Diese Enquete stellt einen weiteren Schritt im Rahmen der Bemühungen dar, Verbesserungen im Bereich der städtischen Krankenhäuser zu erzielen. Die Eröffnung wurde von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER vorgenommen, von dem die Initiative zu dieser Veranstaltung ausgegangen war.

Stacher kam zu Beginn seiner Ausführungen auf die durch die tragischen Ereignisse der vergangenen Tage ausgelösten Diskussionen zu sprechen. Gerade jene Ereignisse hätten deutlich aufgezeigt, wie wichtig und aktuell dieses schon seit langem geplante Seminar ist.

Zur Qualitätssicherung im Spitalsbereich, der ein entsprechender Auftrag der Weltgesundheitsorganisation zugrunde liegt, erinnerte Stacher an eine Enquete, die 1987 im Wiener Rathaus abgehalten worden war. Daraufhin waren in verschiedenen Spitälern Arbeitsgruppen etabliert und eigene Programme erstellt worden. Allerdings sei es so gewesen, daß manche Bedienstete vom Sinn dieser Maßnahmen nicht überzeugt gewesen wären. Aus diesem Grund sind daher Einschulungskurse durchgeführt und ist die WHO eingeladen worden, im Rahmen dieser Veranstaltung ausführlich darüber zu informieren.

Stacher appellierte an die Teilnehmer der Enquete, aktiv den Gedanken der Qualitätssicherung weiterzutragen. Qualitätssicherung könne nicht verordnet werden, vielmehr müsse das Verständnis dafür geweckt werden.

Die Teilnehmer der Enquete — unter ihnen Hannu VUORI (WHO, Regionalbüro für Europa) und Evert REERINK (Direktor der Niederländischen Organisation für Qualitätssicherung in Spitälern) — werden in den kommenden Tagen sämtliche mit Qualitätssicherung verbundenen Fragen von allen Seiten ausführlich beleuchten, zahlreiche Referate und Diskussionen abhalten und auch Wiener Spitäler besuchen. (Schluß) ull/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 18. April 1989

Blatt 777

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

**Politik:**

Zilk: Dank an Stadtrat Busek (790)

**Kommunal/Lokal:**

Obere Augartenstraße: Nebenfahrbahn wird Einbahn (780)

Teilweise Fahrbahnsperre auf der Flughafenautobahn (780)

Wiener Krankenanstaltengesetz soll geändert werden (781)

Wien-Tourismus: Gute Bilanz der Wintersaison (782)

Wiener Gemüse nach wie vor nur gering belastet (783/784)

Zilk: Bis 1992/93 ist jede dritte Wiener Hauptschule gefährdet (785)

Josefstadt und Alsergrund: Zufrieden mit der Nahversorgung (786-788)

Einsatzübung der „Feuerwehrjugend“ im Rathaus (789)

Lainz: Expertenkommission wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten (791)

Sechs Verletzte bei Zimmerbrand (nur FS)

**Bezirke:**

Sitzungen der Bezirksvertretungen (780)

**Kultur:**

„Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“ (778/779/FS: 17.4.)

**„Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“**

Symposium in der Universität Wien

Wien, 17.4. (RK-KULTUR) Im Kleinen Festsaal der Universität Wien findet vom 20. bis 22. April unter dem Titel „Jour fixe der Vernunft“ ein Symposium über den „Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“ statt. Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK, die das Symposium initiiert hat, und der wissenschaftliche Betreuer Paul KRUNTORAD, berichteten am Montag in einem Pressegespräch über Zielsetzung und Programm des Symposiums. Pasterk betonte, es sei längst notwendig, Moritz Schlick und dem Wiener Kreis auch in Wien die notwendige Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Sowohl die moderne analytische Philosophie wie auch die moderne Wissenschaftstheorie seien auf das Gedankengut des Wiener Kreises zurückzuführen. Das Symposium diene damit der Abdeckung eines Defizits, das Wien bisher in der Beschäftigung mit Schlick aufgewiesen habe.

Moritz Schlick, Philosophieprofessor an der Wiener Universität von 1922 bis zu seiner Ermordung 1936, veranstaltete jeden Donnerstag in seiner Wohnung ein Kolloquium, zu dem ein Kreis von Physikern, Mathematikern und Philosophen eingeladen war, darunter Rudolf Carnap, Otto Neurath, Philipp Frank, Friedrich Waismann, Kurt Gödel und andere.

Die Zielsetzung dieses Kreises war die „wissenschaftliche Weltauffassung“, von der die traditionelle „Metaphysik“ als Spekulation über transzendente Fragen, also Fragen jenseits der beobachtbaren physischen Realität abgelöst werden sollte. Aus der Kritik an der Metaphysik sollte sich einerseits eine einheitliche, auf den logisch-mathematischen Prinzipien beruhende Sprache entwickeln, die die Verständigung der Einzelwissenschaften untereinander ermöglicht, andererseits ein Kriterium zur Unterscheidung von Scheinproblemen der Philosophie und jenen, die sich mit den Methoden des „radikalen Empirismus“ beantworten ließen. Der „Wiener Kreis“ bezog sich dabei auf Wittgensteins „Tractatus logico-philosophicus“, ohne daß Wittgenstein selbst je an den Kolloquien von Moritz Schlick teilgenommen hätte.

Die analytische Philosophie, die Moderne Wissenschaftstheorie und der kritische Rationalismus zählen zu den Hauptströmungen der Philosophie der Gegenwart, sie gehen auf die Arbeit und die Intentionen des „Wiener Kreises“ zurück.

**Jour fixe der Vernunft**  
**Der Wiener Kreis um MORITZ SCHLICK und die Folgen**  
Universität Wien, Kleiner Festsaal  
20. bis 22. April 1989

**PROGRAMM****Donnerstag, 20. April**

Eröffnung: 10 Uhr

(Diskussionsleitung: P. Kruntorad)

Rudolf Haller, Graz	10.30
Wolfgang Stegmüller, München	11.10
Kurt R. Fischer, Wien	11.50
Nachmittag (Diskussionsleitung: R. Haller)	
Ludovico Geymonat, Mailand	14.30
Friedrich Stadler, Wien	15.10
Jan Sebestik, Paris	16.00
Rainer Hegselmann, Bremen	16.50

Bereits am 17. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Forts. auf Blatt 779

**Freitag, 21. April**

Nachmittag (Diskussionsleitung: W. Hochkeppel)

Hans Albert, Mannheim	14.00
Brian McGuinness, Wassenaar	14.50
Karl Heinz Lüdeking, Berlin	15.40
Dirk Koppelberg, Bochum	16.20
Gershon Weiler, Tel Aviv	17.20
Heiner Rutte, Graz	18.00

**Samstag, 22. April**

(Diskussionsleitung: P. Kruntorad)

Rosaria Egidi, Rom	10.00
Werner Becker, Gießen	10.45
Aldo Gargani, Pisa	11.30
Erhard Oeser, Wien	12.15

Nachmittag: 14.30 bis 16.00 ROUND TABLE (Zusammenfassung)

H. Albert, W. Becker, A. Gargani, R. Haller, W. Hochkeppel,  
P. Kruntorad, B. McGuinness

(Schluß) gab/gal

Forts. von Blatt 778

### **Obere Augartenstraße: Nebenfahrbahn wird Einbahn**

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) In der Oberen Augartenstraße im 2. Bezirk war in der zwischen Gaußplatz und Taborstraße liegenden Nebenfahrbahn bisher das Durchfahren gemäß den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung nicht erlaubt. Mit kommendem Mittwoch, 19. April, 9 Uhr, tritt eine Neuregelung in Kraft: Die bisherige Nebenfahrbahn wird zur Einbahn erklärt (in Richtung Taborstraße) und darf damit in Zukunft zur Durchfahrt benützt werden. (Schluß) pz/rr

### **Tellweise Fahrbahnsperre auf der Flughafenautobahn**

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Nach einer schweren, vermutlich durch einen Kranaufbau verursachten Beschädigung des Gaswerksteges über der A 4/Flughafenautobahn muß an dieser Stelle ab heute, Dienstag, etwa 14 Uhr, die Fahrbahn auf einen Fahrstreifen eingeeengt werden, da als Sofortmaßnahme ein Hilfsgerüst zur Abstützung der Brückenkonstruktion errichtet werden muß. Die Verkehrsmaßnahme wird für die Dauer der aufwendigen Instandsetzungsarbeiten, die voraussichtlich bis zum Ende dieser Woche dauern werden, aufrecht bleiben. (Schluß) pz/rr

### **Sitzungen der Bezirksvertretungen**

Wien, 18.4. (RK-BEZIRKE) Die Bezirksvertretungen folgender Bezirke treten in nächster Zeit zu einer Sitzung zusammen:

**Brigittenau:** Mittwoch, 19. April, 18 Uhr, BV 20, Brigittaplatz 10;

**Hietzing:** Mittwoch, 26. April, 18 Uhr, BV 13, Hietzinger Kai 1-3;

**Ottakring:** Donnerstag, 27. April, 16 Uhr, BV 16, Richard-Wagner-Platz 19.

(Schluß) end/rr

## Wiener Krankenanstaltengesetz soll geändert werden

Entwurf liegt in den magistratischen Bezirksämtern auf

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Wie der Verfassungsgerichtshof kürzlich festgestellt hat, ist das Land Wien nur verpflichtet, öffentliche Krankenanstaltspflege für die Wiener Bevölkerung sicherzustellen. Aufgrund dieser neuen Situation muß nun das Wiener Krankenanstaltengesetz 1987 geändert werden. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Novellierung einiger anderer Bestimmungen vorgesehen. Der Gesetzesentwurf für das neue Wiener Krankenanstaltengesetz liegt ab sofort bis zum 12. Mai in den magistratischen Bezirksämtern zur öffentlichen Einsicht auf.

In Wiener öffentlichen Krankenanstalten sollen Patienten aufgenommen werden, die Wiener Landesbürger sind oder als Fremde ihren ordentlichen Wohnsitz in Wien haben. Anstaltsbedürftige Personen aus einem anderen Bundesland sind aufzunehmen, wenn sie eine Kostenübernahmeerklärung des Bundeslandes vorweisen, in dem sie ihren ordentlichen Wohnsitz haben, oder wenn dieses Bundesland für seine Bewohner mit dem Rechtsträger der Wiener öffentlichen Krankenanstalt eine entsprechende Vereinbarung geschlossen hat. Dabei trifft die Verpflichtung zur Leistung des Behandlungsbeitrages nicht den Patienten, sondern jenes Bundesland, in dem der Patient seinen ordentlichen Wohnsitz hat. Diese Bestimmungen sollen erst mit 1. Jänner 1990 in Kraft treten, um Zeit für die notwendigen Verhandlungen zu haben. Selbstverständlich bleibt die Verpflichtung bestehen, für unabweisbare Kranke — unabhängig von ihrer Herkunft — die Anstaltspflege sicherzustellen.

Der Gesetzesentwurf sieht die Möglichkeit vor, daß fremden Staatsangehörigen, die nur zur Behandlung nach Wien kommen, die durch Untersuchungen und Behandlungen tatsächlich erwachsenden Kosten in Rechnung gestellt werden können. Ausgenommen davon sind unter anderem unabweisbare Patienten (Lebensgefahr, Gefahr schwerer Gesundheitsschädigung usw.) und Flüchtlinge.

Weitere wichtige Änderungen im Wiener Krankenanstaltengesetz:

- Die Sonderklasse öffentlicher Krankenanstalten soll an die höheren Ansprüche der Sanatorien bei der Verpflegung und der Unterbringung angeglichen werden. Damit soll die Wettbewerbsfähigkeit öffentlicher Krankenanstalten auf diesem Gebiet erhöht werden.
- Die Höchstgrenze der in öffentlichen allgemeinen Krankenanstalten, in öffentlichen Sonderanstalten und in privaten gemeinnützigen, allgemeinen Krankenanstalten systemisierten Betten darf (ohne Neurologie und Psychiatrie) die Zahl von 13.811 nicht übersteigen. Zur Deckung eines dringenden Bedarfs darf diese Zahl um höchstens 2 Prozent überschritten werden.
- In einer Krankenanstalt, an der klinische Prüfungen von Arzneimitteln durchgeführt werden, ist mindestens eine Kommission einzurichten, die die Durchführung der Prüfungen aus ethischer Sicht beurteilt (Ethikkommissionen). Auch die Zusammensetzung der Kommissionen wird durch das Gesetz geregelt.
- Bei der Entlassung eines Patienten ist neben dem Entlassungsschein unverzüglich ein Arztbrief anzufertigen, der die für eine allfällige weitere medizinische Betreuung maßgebenden Angaben und Empfehlungen zu enthalten hat. Dieser Arztbrief ist — je nach der Entscheidung des Patienten — diesem, dem einweisenden oder dem weiterbehandelnden Arzt zu übermitteln.

(Schluß) sc/gal

## **Wien-Tourismus: Gute Bilanz der Wintersaison**

### **Nächtigungs- und Auslastungssteigerungen**

Wien, 18.4. (RK-LOKAL) Eine sehr positive Bilanz zieht der Wiener Fremdenverkehrsverband aus der abgelaufenen Wintersaison: Von November 1988 bis März 1989 wurden in Wien insgesamt 1,751.000 Gästenächtingungen verzeichnet, was einen Zuwachs von 11 Prozent gegenüber der vorherigen Wintersaison bedeutet. Aus allen wichtigen Herkunftsländern des Wien-Tourismus außer Ungarn und Kanada wurden Nächtigungszuwächse erzielt. Die Ergebnisse in den einzelnen Monaten lauteten: November + 15 Prozent, Dezember + 11 Prozent, Jänner + 4 Prozent, Februar + 14 Prozent, März + 12 Prozent.

Den stärksten Anteil am Winter-Nächtigungsergebnis haben die deutschen Wien-Besucher mit 356.000 Nächtigungen und einem Zuwachs von 12 Prozent. Die stärksten „Zuleger“ waren die Italiener mit 262.000 Nächtigungen, was ein stattliches Plus von 28 Prozent bedeutet. Auf dem dritten Rang in der Nationenliste stehen die österreichischen Wien-Besucher mit 251.000 Nächtigungen (+ 5 Prozent). Besonders erfreulich ist, daß auch amerikanische Wien-Besucher wieder stärker im Kommen sind, sie absolvierten im Winter 99.000 Nächtigungen (+ 8 Prozent) in Wien. Aus der Schweiz gab es ebenfalls einen kräftigen Anstieg, + 18 Prozent bei 66.000 Übernachtungen, und die Nächtigungen der Japaner stiegen auf 64.000 (+ 2 Prozent). Weitere, zum Teil äußerst starke Zuwächse gab es aus Spanien (41.000 Nächtigungen, + 26 Prozent), Frankreich (43.000 Nächtigungen, + 5 Prozent), Großbritannien (60.000 Nächtigungen, + 26 Prozent), den Niederlanden (28.000 Nächtigungen, + 20 Prozent) und Schweden (18.000 Nächtigungen, + 23 Prozent).

Von den Nächtigungszuwächsen profitierten alle Hotelkategorien, am meisten aber die Drei-Sterne-Hotels. Auch ein erfreulicher Anstieg der Auslastung war in allen Kategorien zu verzeichnen, im Durchschnitt stieg sie von 35,7 Prozent (Winter 1987/88) auf 38,3 Prozent (Winter 1988/89). (Schluß) wfv/rr

## Wiener Gemüse nach wie vor nur gering belastet

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Das von den Gärtnereibetrieben der LGV, der Landwirtschaftlichen Gemüseverwertungsgenossenschaft Wien, in Simmering und der Donaustadt erzeugte Wiener Gemüse weist nach wie vor nur geringe Belastungen auf. Die Qualität des mit dem Wiener Stadtwappen ausgezeichneten Gemüses entspricht weiterhin jener der Produkte aus industriiefernen Gebieten. Das ergaben die von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien durchgeführten Monitoringuntersuchungen. Das erfreuliche Ergebnis gilt übrigens nicht nur für die Glashaushaltware, sondern auch für den Freilandanbau. Darüber berichteten Konsumentensstadträtin Christine SCHIRMER und der Leiter der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, Direktor Prof. Dr. Alfred PSOTA, Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

„Das generell erfreuliche Ergebnis der Gemüsekontrollen — von 220 Proben wurden lediglich bei zwei Salat- und einer Rettichprobe geringfügig überhöhte Nitratwerte gefunden — ist sowohl auf die strengen Umwelt- und Gemüsekontrollen durch die Stadt Wien als auch auf die Bemühungen der LGV selbst zurückzuführen, die sich bemüht, Frischgemüse bester Qualität mit möglichst geringer Rückstandsbelastung zu erzeugen und anzubieten. Das Wiener Gemüse kann daher auch weiterhin mit dem Wiener Stadtwappen versehen werden“, betonte Schirmer dazu.

Wiens Gemüse wird seit 1985 bekanntlich mit dem sogenannten Monitoring-System, einer zusätzlich zur normalen Lebensmittelkontrolle durchgeführten strengen Kontrolle der Gemüseanbauflächen in Simmering, Donauefeld und Kagran, untersucht. Damit wird aber nicht nur das Gemüse selbst auf eventuelle Rückstände hin untersucht (und die Gärtnereibetriebe auch ständig beraten), sondern gleichzeitig eine Umweltkontrolle geboten, da die Pflanzen ja ein sensibler Indikator für Veränderungen in der Schwermetall- und Schadstoffbelastung durch Industrie, Verkehr und Haushalt sind. Allein für die Monitoring-Kontrolle werden vom Marktamt 100 Salatproben aus Glashäusern und vom Feld sowie für weitere Untersuchungen 120 Proben anderer Gemüsesorten gezogen und in der LUA untersucht.

Die Ergebnisse im einzelnen:

Die **Schwermetallbelastung** hat sich in den dreieinhalb Jahren der Untersuchungen nicht wesentlich verändert. In keinem Fall wurden Richtwerte überschritten.

Bei **Blei** zeigte sich, daß der Bleianteil verringert wurde; hier haben sich die von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk geforderten Schutzwände und geschützte Kulturen positiv ausgewirkt. Eine weitere Verbesserung ist noch möglich, sobald Benzin (Super) überhaupt nicht mehr verbleit ist. (Richtwert für Blattgemüse 0,3 mg/kg).

**Cadmium**, weitgehend von der Düngung abhängig: die Werte liegen alle unter — zum Teil weit unter — dem Richtwert für Blattgemüse (0,05 mg/kg).

**Chrom, Nickel**: sie kommen laut amerikanischer Literatur schon als natürliche Spurenelemente in einer Menge von 0,02 bis 0,05 mg/kg vor. Richtwerte für diese beiden Elemente gibt es allerdings auch bei der WHO oder der EG noch nicht. Die oben angeführten Werte werden von den meisten Gärtnern Wiens erheblich unterschritten. Einige liegen wohl darüber (was mit der Verwendung von Heizöl schwer in bestimmten Gärtnereibetrieben zusammenhängen dürfte), entsprechen aber internationalem Durchschnitt.

**Bromide**: werden als Schimmelverhütungsmittel eingesetzt. Grenzwert 30 mg/kg, gefunden wurden zwischen 0 und 10,1 mg.



**Spülwasser:** die Untersuchung des Spülwassers auf saure Niederschläge hat lediglich in einigen Fällen Chloride in der Größenordnung der Trinkwasserwerte ergeben.

**Nitrat:** Nitratwerte sind von der Düngung, der Feuchtigkeit, der Gemüsesorte und dem Licht (daher unterschiedliche Grenzwerte für Sommer- und Winterhalbjahr) abhängig. Insgesamt wurden 224 Proben — 70 im Monitoring-System — und 103 Privatproben der LGV auf Nitrat untersucht. Davon hatten lediglich zwei Proben Glassalat und eine Probe Rettich überhöhte Nitratwerte (Grenzwert für Salat — Winterhalbjahr 4000 mg/kg, gefunden 4200, 4300 mg/kg; Grenzwert für Rettich — Sommerhalbjahr 3500 mg/kg, gefunden 4500 mg/kg) — ein sehr geringer Prozentsatz (1,3 Prozent).

**Pestizide:** untersucht wird auf Rückstände von 39 Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, 1988 wurde überhaupt kein Pestizidrückstand gefunden.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß das Frischgemüse der LGV Wien — jährlich werden von rund 400 Gärtnereibetrieben auf 450 Hektar Fläche (davon 110 Hektar im geschützten Glashaus- oder Folienanbau) 33.000 bis 35.000 Tonnen Wiener Gemüse erzeugt — nach wie vor nur eine sehr geringe Rückstandsbelastung aufweist. Nicht nur die Werte der Ware aus geschütztem Anbau, sondern auch die Freilandwerte liegen mit Abstand unter den Grenzwerten. Es wurde keine mißbräuchliche Verwendung von Pestiziden oder Bromiden festgestellt, die durchschnittliche Nitratbelastung ist ebenfalls verhältnismäßig gering, bei über 200 Proben liegen nur drei Überschreitungen vor. Wiens Gemüse ist also nach wie vor von ausgezeichneter Qualität.

#### **Wien größter Frischgemüseproduzent Österreichs**

Kmzl. Rat Josef JEDLETZBERGER von der LGV Wien wies darauf hin, daß Wien mit 50 Prozent der österreichischen Erzeugung der größte Frischgemüseproduzent unseres Landes ist. Jedletzberger erwähnte auch die strengen Satzungen der LGV, die bei Verstößen, z.B. gegen die Richtlinien beim Pflanzenschutz, Sanktionen bis hin zum Ausschluß vorsehen, und betonte auch das Pilotprojekt „Integrierter Pflanzenschutz“, bei dem Schädlinge (schädliche Insekten) mit Nützlingen bekämpft werden. (Schluß) hrs/rr

Forts. von Blatt 783

## **Zilk: Bis 1992/93 ist jede dritte Wiener Hauptschule gefährdet**

**Strukturreformen sind unumgänglich**

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Die demographische Entwicklung der letzten Jahre und die aktuellen Anmeldungen für das nächste Schuljahr machen eine Strukturreform des Schulwesens im Bereich der Hauptschulen und der AHS-Unterstufe unumgänglich.

Im nächsten Schuljahr wird der Trend einer immer stärkeren Anmeldung von Volksschülern in die Unterstufe der AHS weiter anhalten. (1988/89: 55,0 Prozent in die AHS, 45,0 Prozent in die Hauptschule; 1989/90: 55,5 Prozent in die AHS, 44,5 Prozent in die Hauptschule). Darüber informierten am Dienstag Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtschulratspräsident Prof. Hans MATZENAUER in einem Pressegespräch.

Besonders interessant ist, daß Bezirke, die schon jetzt über hohe AHS-Anmeldezahlen verfügten, diese noch weiter ausgebaut haben. (13. Bezirk: 1988/89: 73,6 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 86,5 Prozent AHS-Unterstufe; 1. Bezirk: 1988/89: 70,8 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 79,0 Prozent AHS-Unterstufe; 18. Bezirk: 1988/89: 65,7 Prozent AHS-Unterstufe, 1989/90: 79,2 Prozent AHS-Unterstufe)

Neu ist allerdings das dramatische Absinken der Anmeldungen in die Hauptschule gerade in den bevölkerungsreichen Bezirken Wiens. (So besuchten z.B. im 21. Bezirk im laufenden Schuljahr 1988/89 noch 53,0 Prozent der Schüler die Hauptschule, für das nächste Schuljahr 1989/90 meldeten aber nur mehr 42,1 Prozent der Eltern ihr Kind in der Hauptschule an. Im 23. Bezirk betrug im laufenden Schuljahr die Anmeldezahl 41,9 Prozent, für das nächste Schuljahr nur mehr 28,6 Prozent.)

Daß es sich bei diesem Trend um kein ausschließliches Wiener Problem handelt, hielt Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in seiner Dienstag-Presskonferenz ausdrücklich fest:

„In Graz gibt es am linken Murufer keine einzige Hauptschule mehr. In Mödling überlegt man sogar den Bau einer vierten AHS, weil es in den letzten Jahren Anmeldezahlen von über 80 Prozent für diesen Schultyp gab. Wir Wiener formulieren lediglich ein Anliegen, das österreichweit überall dort auf uns zukommt, wo ein breitgefächertes und leicht erreichbares Schulangebot besteht, und wo mehrere Allgemeinbildende höhere Schulen mit den Hauptschulen um die Kinder konkurrieren.“

„Wenn der Anmeldetrend auch in nächster Zeit anhält, wird dadurch in Wien in den nächsten drei Jahren (also bis zum Schuljahr 1992/93) jede dritte Hauptschule gefährdet. Insgesamt ist bis 1992/93 mit großen Schwierigkeiten für 37 von 105 Wiener Hauptschulen zu rechnen“, teilte Zilk mit.

„Eine Systemkosmetik hilft hier nicht mehr: Wir haben in den letzten Jahren alles angeboten, um die Hauptschule attraktiver zu machen, musische Schwerpunkte, sportliche Sonderangebote, Nachmittagsbetreuung etc. Das hat nur zu einer größeren Konkurrenz der Hauptschulen untereinander, aber zu keiner Verbesserung der Position gegenüber der AHS geführt. Verantwortungsbewußte Schulpolitiker wie die Landesschulratspräsidenten Univ.-Prof. Dr. Bernd SCHILCHER, Steiermark, oder Prof. Dr. ECKMAYR, Oberösterreich, der Wiener Stadtschulratsvizepräsident Dr. PETRIK, aber auch die Kirche und andere Vereinigungen haben schon längst erkannt, daß wir keine Systemkosmetik, sondern eine Strukturreform brauchen. Die Situation zwingt uns zu regionalen Maßnahmen, und sie muß auf Bundesebene zu Gesetzesänderungen führen.“

Die Wiener Schulreformkommission wird am Donnerstag, 20. April, diese und andere Probleme beraten. Zilk dazu: „Ich habe gemeinsam mit Stadtrat Dr. Busek eine reine Expertenkommission eingesetzt und erwarte mir noch vor dem Sommer Vorschläge. Diese werden wir dann bundesweit diskutieren.“ (Forts. mgl.) red/rr

## Josefstadt und Alsergrund: Zufrieden mit der Nahversorgung

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Nach den Nahversorgungserhebungen in den Stadtrandbezirken Simmering, Penzing und Favoriten wurde im Auftrag des Wiener Konsumentenbeirates im Herbst vergangenen Jahres erstmals eine derartige Erhebung in den Innenstadtbezirken Josefstadt und Alsergrund durchgeführt. Bei einer Beteiligung von über 20 Prozent der Wohnbevölkerung zeigte sich große Zufriedenheit mit der Versorgung; die meisten Menschen in diesen Bezirken kaufen in der Nähe der Wohnung ein. Allerdings werden auch hohes Preisniveau und mangelnde Qualität für das Ausweichen in andere Bezirke als Grund angegeben. Im 8. Bezirk wird außerdem auch das Fehlen eines Fischgeschäftes angeführt; häufig wird auch ein Reformgeschäft bzw. ein Bioladen gewünscht, aus Preisgründen oft auch der Wunsch nach einem Supermarkt geäußert. Über die Ergebnisse der Nahversorgungserhebungen Josefstadt und Alsergrund berichtete Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Die Auswertung der beiden Untersuchungen ist im Heft 4/88 der Statistischen Mitteilungen der Stadt Wien enthalten. Dieses Heft ist zum Preis von 50 Schilling in der MA 66, 1, Volksgartenstraße 3, 2. Stock, oder im Verlag Ueberreuter erhältlich.

### Nahversorgungserhebung Josefstadt

22,8 Prozent der Wohnbevölkerung nahmen an der Nahversorgungserhebung teil.

Den Supermarkt suchen die meisten Josefstädter/innen auf, wenn sie Mehl, Zucker, Teigwaren, Getränke, Milch und Milchprodukte kaufen wollen. Im Lebensmittelgeschäft erstehen sie vor allem Brot und Gebäck sowie Fleisch und Fleischwaren. Beim Kauf von Obst und Gemüse kommt (im Gegensatz zum 9. Bezirk) neben dem Lebensmittelgeschäft zuerst dem Markt, dann dem Supermarkt größere Bedeutung zu — bemerkenswert, weil es einen Markt im 8. Bezirk nicht gibt. Die Konsument/innen fahren auf die Märkte im 16. Bezirk (Brunnen- und Yppenmarkt). Ein Vergleich der Einkaufsgewohnheiten zwischen dem 8. und 9. Bezirk zeigt, daß sich die Konsument/innen der beiden Innenstadtbezirke ähnlich verhalten, im Unterschied zu jenen in den Stadtrandbezirken: dort ist eher der Supermarkt die bevorzugte Betriebsform für die meisten Produkte. In den innenstadtnahen Bezirken ist noch immer das Lebensmittelgeschäft stärker präsent.

97 bis 75 Prozent der Josefstädter/innen können in ihrem kleinen Bezirk alle Produkte überwiegend zu Fuß einkaufen.

Generell geben rund 85 Prozent der Befragten an, daß ihnen kein Lebensmittelgeschäft des täglichen oder sonstigen Bedarfes fehlt (Simmering: 74,4 Prozent, Penzing: 70,2 Prozent, Favoriten: 87,3 Prozent, Alsergrund: 77,3 Prozent). 6 Prozent allerdings bemängeln, daß es im 8. Bezirk keine Fischhandlung gibt.

Einzelne Nachfragen nach Supermarkt, Fleischhauer, Obst- und Gemüsehandlung, Bäcker oder Feinkosthandlung (zwischen 5,5 und 3,0 Prozent), lassen eher auf Unzufriedenheit mit Preisniveau oder Qualität schließen, da diese Geschäfte in den Hauptgeschäftsstraßen vorhanden sind. 13,4 Prozent der Befragten würden trotz höherer Kosten einen Zustelldienst für Lebensmittel des täglichen Bedarfes, 15,8 Prozent einen für sonstige Lebensmittel in Anspruch nehmen.

63 Prozent sagen, daß ihnen kein Geschäft für sonstige Waren oder Dienstleistungsbetriebe fehlt (Simmering: 42,5 Prozent, Penzing: 40,6 Prozent, Favoriten: 42,5 Prozent, Alsergrund: 61,4 Prozent). Von den anderen Teilnehmer/innen werden Geschäfte mit Kleintextilien, eine Schuhreparatur-

werkstätte, schon seltener ein Cafe oder eine Konditorei, ein Billigdrogeriemarkt oder eine Putzerei, Installateur, Trafik, Oberbekleidungsgeschäft, Gasthaus und Apotheke gewünscht. Zu diesem Wunsch ist zu bemerken, daß die entsprechenden Geschäfte vorhanden sind, wenn auch nicht in jedem Baublock.

Die Bevölkerung im 8. Bezirk wurde auch gefragt, ob die Gemeindedienststellen gut erreichbar sind. Beim magistratischen Bezirksamt (Wien 1, Wipplingerstraße 8) sagen 58,6 Prozent „nein“. Beim Sozialreferat, das sich in Wien 9, Währinger Straße 39 befindet, meinen dagegen 54,5 Prozent, es sei günstig gelegen.

### **Nahversorgungserhebung Alsergrund**

Von den 21,6 Prozent der Wohnbevölkerung, die an der Nahversorgungserhebung teilnahmen, waren im Gegensatz zu anderen Bezirken — mehr 15- bis unter 30jährige dabei.

An erster Stelle unter den am meisten bevorzugten Geschäften steht wie im 8. Bezirk der Supermarkt; Mehl, Zucker, Getränke, usw. werden von der Mehrzahl der Haushalte dort eingekauft, 50 Prozent besorgen dort auch die Milchprodukte. Brot und Gebäck holen drei Viertel der Haushalte vom Geschäft um die Ecke, ebenso Fleisch und Wurstwaren. Etwa je ein Drittel der Haushalte kauft Obst und Gemüse im Lebensmittelgeschäft oder im Supermarkt. Das Angebot der Markthalle im 9. Bezirk ist vielen zu teuer, qualitativ zu wenig gut oder der Markt vom Wohnort zu weit entfernt (schlecht erreichbar). Viele Konsument/innen aus der Roßau und dem Lichtental fahren auf Märkte in angrenzende Bezirke.

Auch im 9. Bezirk gehen die Konsument/innen meistens zu Fuß einkaufen, was zeigt, daß die Bevölkerung sehr gut versorgt ist.

Vor allem das hohe Preisniveau des Bezirks und die mangelnde Qualität bewirken dennoch, daß Konsument/innen mitunter auch längere Einkaufswege auf sich nehmen und oft auch in andere Bezirke fahren.

77,3 Prozent der Teilnehmer/innen an der Nahversorgungserhebung Alsergrund gaben an, daß ihnen kein Lebensmittelgeschäft fehlt. Am häufigsten wurde immer noch der Wunsch nach einem Supermarkt — 15 Prozent der Befragten — geäußert.

Ferner gibt es Nachfrage nach einer Obst- und Gemüsehandlung, Fleischhauer und Fischhandlung, vor allem aus Preis- und Qualitätsgründen. Weitere Geschäfte, die verlangt wurden, aber nur untergeordnete Bedeutung haben, waren Milchgeschäft, Bäcker, Markt, Feinkosthandlung und Bioladen. Für die Markthalle wünschen sich die Bewohner/innen des Alsergrundes mehr Kundenfreundlichkeit und ein niedrigeres Preisniveau.

11,9 Prozent würden den Zustelldienst für Lebensmittel des täglichen Bedarfes, 13,9 Prozent einen für sonstige Lebensmittel in Anspruch nehmen.

61,4 Prozent der Konsument/innen sagen, daß ihnen in der Wohnumgebung keine sonstigen Geschäfte bzw. Dienstleistungsbetriebe fehlen. Den anderen geht z. B. ein Geschäft mit Kleintextilien und Kurzwaren, eine Schuhreparaturwerkstätte und Kaffeehäuser bzw. Konditoreien ab, weitere Wünsche betreffen Putzerei, praktischen Arzt mit Krankenkassen, Gasthäuser. Was Kaffeehäuser und Gasthäuser, aber auch Geschäfte für Oberbekleidung betrifft, ist anzunehmen, daß die derzeitigen nicht den Wünschen der Konsument/innen entsprechen, da sie eigentlich ausreichend im Bezirk vorhanden sind. Gewünscht werden wie beim Kaffeehaus aber auch bei den Gasthäusern gutbürgerliche Betriebe, die auch Samstag und Sonntag geöffnet haben.

Forts. von Blatt 786

Forts. auf Blatt 788

Auch im 9. Bezirk wurden spezielle Bezirksfragen gestellt, und zwar: „Soll in verschiedenen Bezirksteilen eine Beschränkung auf 30 km/h eingeführt werden?“ — 50,4 Prozent waren dafür, 49,6 Prozent dagegen — und eine Frage bezog sich auf die Bereitschaft, für einen gesicherten Parkplatz zu zahlen. Trotz schwieriger Parkplatzsituation sind aber 70 Prozent der Haushalte nicht bereit, mehr als 500 Schilling monatlich für einen gesicherten Parkplatz zu zahlen, nur jeder 6. Haushalt würde bis zu 1.000 Schilling für einen gesicherten Garagenplatz ausgeben. Jeder 9. Haushalt ist der Ansicht, Parkplätze dürften nichts kosten. (Schluß) hrs/gal

Forts. von Blatt 787

### **Einsatzübung der „Feuerwehrjugend“ im Rathaus**

Wien, 18.4. (RK-LOKAL) Montag nachmittag simulierten 50 Jugendliche im Alter zwischen 12 und 17 Jahren einen Löschangriff auf eine brennende Baracke im Arkadenhof des Wiener Rathauses: Es waren jene jungen Leute, die sich im Rahmen des Wiener Landesfeuerwehrverbandes im vergangenen Herbst freiwillig zu einem Kurs angemeldet hatten, der im Juni zu Ende geht. Der interessierten „Feuerwehrjugend“ war in den vergangenen Monaten verschiedenes über die Grundtätigkeiten der Feuerwehr sowie zum aktuellen Thema Selbstschutz beigebracht worden. Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Feuerwehrstadtrat Dr. Michael HÄUPL zeigten sich vom Ehrgeiz und vom erworbenen Wissen der ausgebildeten Jugendlichen überaus angetan. (Schluß) ull/rr

## **Zilk: Dank an Stadtrat Busek**

Wien, 18.4. (RK-POLITIK) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK sprach heute, Dienstag, dem designierten Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK, der aus dem Stadtsenat ausscheiden wird, seinen Dank aus. „Gemeinschaft ist ein Ort, an dem man fehlt, wenn man ihn verläßt.“ In diesem Sinn war Dr. Busek Teil einer Gemeinschaft, auch wenn in ihr oft harte Diskussionen geführt wurden, betonte der Bürgermeister.

Die Bezeichnung „Bunter Vogel“ für Dr. Busek wäre eine gewaltige Unterschätzung, sagte Zilk in seinem Pressegespräch. Busek sei hochgebildet, eloquent, originell und auch schwierig. Er habe einen Platz in der Geschichte dieser Stadt — nicht nur als „Dramatiker der Glücklosigkeit“ in dreizehn Oppositionsjahren, sondern als jemand, der wichtige Akzente in der Kommunalpolitik gesetzt, viele neue Ideen eingebracht hat. „Er ist für mich eine Herausforderung gewesen“, sagte Zilk und: „Er wird mir fehlen.“

Für seine neue Aufgabe wünschte Zilk dem künftigen Wissenschaftsminister viel Erfolg. Nach dreizehn Jahren Opposition sei diese Regierungsfunktion eine Herausforderung. Zilk nannte eine Reihe von Problemen, bei deren Lösung er sich von Minister Busek viel erwarte: Messepalast; Neustrukturierung der Bundesmuseen; Altes AKH; Sanierung der Universitäten.

Schließlich, so Zilk, wünsche er sich auch, daß Minister Busek in Zukunft auch Kompetenzen des Bundes im Zusammenhang mit der geplanten Weltausstellung übernehme. (Schluß) ger/sk

## **Lainz: Expertenkommission wird voraussichtlich nächste Woche zusammentreten**

Wien, 18.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab in seinem Pressegespräch am Dienstag bekannt, daß die vom Wiener Gemeinderat im Zusammenhang mit den Vorfällen in Lainz beschlossene unabhängige Expertenkommission voraussichtlich bereits nächste Woche ihre konstituierende Sitzung abhalten wird. Der Kommission werden 15 Mitglieder angehören, von denen zehn die SPÖ, vier die ÖVP und eines die FPÖ vorschlagen. Zilk wünscht sich, daß dieser Kommission auch zwei bis drei ausländische Kapazitäten angehören. Die Kommission soll für ihre Arbeit sechs Wochen Zeit haben.

Zu den Vorwürfen, daß mehr als 1.600 Personen im Bereich des Pflegepersonals in den städtischen Krankenhäusern fehlen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fest, daß die Stadt Wien seit Jahren bemüht sei, mehr Pflegepersonal auszubilden. Gab es 1974 nur 560 Schülerinnen an Krankenpflegeschulen, so sind es derzeit etwa 2.200, sagte Stacher. 1974 wurden 100 Schwestern diplomiert, heuer waren es 450. Der zweite Bildungsweg, der schon längere Zeit geplant war, wird demnächst in Lainz verwirklicht, betonte Stacher. (Schluß) fk/rr



Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Druckerei: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Mittwoch, 19. April 1989

Blatt 792

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Ausbildung zum Heimerzieher/Sozialpädagogen — ein Beruf mit Zukunft (793)
- Wiener sparten 592 Millionen beim Heizen (794)
- Verkehrsbeschränkung auf der Flughafenautobahn (794)
- Umweltausschuß des Österreichischen Städtebundes fordert Bundesabfallwirtschaftsgesetz (795)
- Preisverleihung für „Wien im Blumenschmuck“ (798)
- Goldene Ehrenmedaille der Stadt Wien für Friedensreich Hundertwasser (799)
- Ehemaliger PID-Chefredakteur Prof. Wilhelm Adametz gestorben (802)
- Am Freitag Pressekonferenz von Stadtrat Stacher (nur FS)

### Bezirke:

- Neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne in Favoriten, Döbling und Brigittenau (796/797)

### Kultur:

- „Wittgensteins Einfluß auf die Gegenwart“ (800)
- „Altmannsdorf in alten Ansichten“ (801)

## **Ausbildung zum Heimerzieher/Sozialpädagogen - ein Beruf mit Zukunft**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Erziehungsfragen sind wesentlich für jede Gesellschaft: Wie wir mit unseren Kindern umgehen, welche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung wir ihnen bieten — all das hat tiefgreifende Auswirkungen auf die gesamten sozialen Lebensbereiche. Außerhalb der Heime sind Erzieher u.a. auch in der sozialpädagogischen Beratung, in der Familienarbeit, in Behindertenwerkstätten und in der Freizeitpädagogik tätig. Für diese verantwortungsvolle pädagogische Arbeit sucht die Stadt Wien interessierte und sozial engagierte Personen. Wer gerne mit Menschen umgeht, Kinder und Jugendliche mag und für soziale Probleme aufgeschlossen ist, hat gute Voraussetzungen für den Beruf des Heimerziehers. Die Berufschancen sind günstig, es wird eine praxisorientierte Ausbildung mit Schwerpunkten in der angewandten medialen Pädagogik geboten. Die Ausbildungsdauer beträgt zwei Jahre, Voraussetzung ist die Matura.

Anmeldungen bis Ende Mai am Institut für Heimerziehung der Stadt Wien, Freytaggasse 32, 1210 Wien, Tel. 38 71 66. (Schluß) jel/rr

## **Wiener sparten 592 Millionen beim Heizen**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Das Energiereferat der Wiener Stadtwerke hat nun die endgültigen Zahlen über die Heizperiode Oktober bis März 1988/89 vorgelegt. Demnach haben sich alle Wiener Haushalte zusammen aufgrund des milden Winters 592,4 Millionen Schilling bei den Heizkosten erspart. Diese Zahl ergibt sich aus einem Vergleich mit dem langjährigen Durchschnitt. Gegenüber der Heizperiode 1987/88 beträgt die Ersparnis nur rund 316,5 Millionen Schilling, weil auch dieser Winter im Vergleich zum Durchschnitt sehr mild war.

Die Einsparung bei einem einzelnen Haushalt schwankt von rund 380 Schilling (bei einer modernen, gut isolierten 80-Quadratmeter-Neubauwohnung, die mit billiger Fernwärme geheizt wird) bis an die 1.400 Schilling (bei Altbauwohnungen mit Koks Einzelheizungen).

In der Summe haben sich am meisten die Haushalte mit Gasheizung erspart, von denen es in Wien mehr als 300.000 gibt, nämlich 209 Millionen, dann folgen die rund 127.000 Heizöl-Heizer, die sich 151 Millionen erspart haben. Bei Heizungen mit festen Brennstoffen (100.000) betrug die Ersparnis 114 Millionen, bei elektrischen Heizungen (73.000) 83 Millionen und bei Fernwärme (95.000) 35 Millionen Schilling. (Schluß) roh/gg

## **Verkehrsbeschränkung auf der Flughafenautobahn**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Donnerstag, 20. April, muß in der Zeit von 9 bis etwa 12 Uhr auf der A 4/Flughafenautobahn in Richtung Schwechat im Bereich der Stadionbrücke der rechte Fahrstreifen gesperrt werden. Den Grund für diese Verkehrsmaßnahme bilden Instandsetzungsarbeiten am Brückentragwerk nach einem Anfahrtschaden. (Schluß) pz/rr

## **Umweltausschuß des österreichischen Städtebundes fordert Bundesabfallwirtschaftsgesetz**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) „Ein modernes Bundesabfallwirtschaftsgesetz mit klarer Priorität für die Abfallvermeidung und Abfallverringerung ist heute keine Vision mehr, sondern ein pragmatisches Gebot zur Lösung der Abfallproblematik“, erklärte der Vorsitzende des Umweltausschusses des Österreichischen Städtebundes, der Wiener Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Eine reine Fortschreibung bisheriger Entsorgungskonzepte kann das Abfallproblem nicht mehr lösen. Die österreichischen Städte brauchen daher ein rechtliches und ökonomisches Instrumentarium zur Vermeidung und Verringerung des Abfalls, das insbesondere zu enthalten hat:

- die verpflichtete Einführung von Pfandsystemen,
- die Rücknahmeverpflichtung für umweltbelastende Produkte,
- Vorsorgen für die getrennte Altstoffsammlung einschließlich der Sicherstellung der Verwertung dieser Produkte und
- verkehrsbeschränkende Maßnahmen bis hin zu Produktverboten für bestimmte, die Umwelt besonders belastende Erzeugnisse wie z. B. PVC im Verpackungsbereich.

Darüber hinaus wird mit Nachdruck gefordert, daß für die Erlassung der notwendigen Bestimmungen über die Einführung z. B. von Pfandsystemen oder die Rücknahmeverpflichtung von umweltbelastenden Waren die Zuständigkeit ausschließlich beim Bundesminister für Umwelt zu liegen hat.

„Ein gesondertes de facto-Vetorecht dem Wirtschaftsminister einzuräumen, wie dies im ersten Entwurf vorgesehen ist, erscheint angesichts des Einstimmigkeitsprinzips der Bundesregierung mehr als entbehrlich“, faßte Stadtrat Dr. Häupl die Diskussion im Umweltausschuß zusammen.

### **Alllastensanierungsgesetz und Smogalarmgesetz**

Der Umweltausschuß des Österreichischen Städtebundes befaßte sich in dieser Sitzung auch mit dem Regierungsentwurf zum Alllastensanierungsgesetz und mit dem neuen Smogalarmgesetz. Der Vorsitzende, Stadtrat Dr. Häupl, betonte dabei neuerlich die Notwendigkeit der Einhaltung von Vereinbarungen zwischen der Bundesregierung und den Ländern bezüglich der Abgeltung der finanziellen Vorleistungen bei der Errichtung von Luftmeßnetzen. „Die Verletzung des Prinzips der Vertragstreue würde sicherlich erhebliche Probleme nach sich ziehen“, meinte Häupl in Übereinstimmung mit allen Städtevertretern. Die Errichtung von Luftmeßstellen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erlassung von Smogalarmverordnungen durch die Landeshauptleute und für die Erarbeitung von Smogalarmplänen. Dies alles darf durch Finanzierungsdefizite nicht in Frage gestellt werden. In der Sache sprach sich der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes Dr. Erich PRAMBÖCK für eine verstärkte Förderung der umweltfreundlichen Fernwärme durch den Bund als zusätzliche Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität aus. (Schluß) red/rr

## **Neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne In Favoriten, Döbling und Brigittenau**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Für vier Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne in drei Wiener Bezirken – Favoriten, Döbling, Brigittenau – beginnt am 20. April die öffentliche Auflage.

### **Favoriten**

Für zwei, insgesamt 50 Hektar große Gebiete mit mehr als 16.000 Einwohnern wurden die Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne fertiggestellt (Plan-Nr. 6152 und 6153). Die Gebiete zwischen Quellenstraße, Neilreichstraße, Troststraße und Triester Straße sind dicht bebaute Stadtviertel, die an das Stadterneuerungsgebiet „Inner-Favoriten“ grenzen. Die für Inner-Favoriten angestrebten Ziele und festgelegten Maßnahmen sollen in den vorliegenden Gebieten ihre räumliche Fortsetzung finden.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Vorsorge für das Wohnen, für Handelseinrichtungen und Gewerbebetriebe sowie für öffentliche und private Grünflächen; die Reduzierung der baulichen Ausnutzbarkeit; die Festsetzung differenzierter Gebäudehöhen unter besonderer Berücksichtigung des Bestandes.

Der Entwurf liegt vom 20. April bis 18. Mai während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Zusätzlich stehen jeden Donnerstag (außer am 4. Mai) jeweils von 14 bis 17.30 Uhr Mitarbeiter der MA 21 in der Bezirksvorstehung, 10. Keplerplatz 5, für Auskünfte und Beratung zur Verfügung.

### **Döbling**

Für ein 98 Hektar großes Gebiet im Osten des alten Grinzinger Ortskernes wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes fertiggestellt (Plan-Nr. 6010). Das Landschaftsbild dieser Wienerwaldrandzone (begrenzt durch die Höhenstraße, Krapfenwaldgasse, Oberer Reisenbergweg und Himmelstraße) ist durch eine Vielfalt von Nutzungen – Wald, Wiesen, Gärten und Weinkulturen – geprägt.

Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Erhaltung großflächig zusammenhängender Grünräume, der kleinteiligen Bebauungsstruktur, der charakteristischen Orts- und Straßenräume sowie der gestalteten Grünräume im Bauland; die Berücksichtigung des erhaltenswerten Bestandes und der kleingärtnerisch genutzten Grundflächen; die Beschränkung der Gebäudehöhen.

Der Entwurf liegt vom 20. April bis 18. Mai, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Zusätzlich stehen jeden Donnerstag (außer am 4. Mai) jeweils von 14 bis 17.30 Uhr Mitarbeiter der MA 21 in der Bezirksvorstehung, 19. Gatterburggasse 14, für Auskünfte und Beratung zur Verfügung.

### **Brigittenau**

Für ein ca. 30 Hektar großes Gebiet in der Brigittenau wurde der Entwurf eines neuen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes fertiggestellt (Plan-Nr. 6126). Das Plangebiet zwischen Wallensteinstraße, Nordwestbahnstraße, Rauscherstraße, Wasnergasse, Gaußplatz, Perinetgasse, rechte Uferkante des Donaukanals und Friedensbrücke ist überwiegend

als Wohnviertel genützt. Bei der Planung stehen folgende Ziele im Vordergrund: die Reduzierung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundflächen gegenüber den bisherigen Festsetzungen zur Verbesserung der Wohnqualität; die Sicherung von Flächen für Handelseinrichtungen und Gewerbebetriebe; die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes; die Sicherung von Grundflächen für öffentliche Einrichtungen und Grünflächen.

Der Entwurf liegt vom 20. April bis 18. Mai, während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, am Donnerstag bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf.

Zusätzlich stehen jeden Donnerstag (außer am 4. Mai) jeweils von 14 bis 17.30 Uhr Mitarbeiter der MA 21 in der Bezirksvorstehung, 20, Brigittaplatz 10, für Auskünfte und Beratung zur Verfügung. (Schluß) end/gg

Forts. von Blatt 796

## **Preisverleihung für „Wien im Blumenschmuck“**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Den Preisträgern der Aktion „Wien im Blumenschmuck“ überreichte Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL Dienstag abend ihre Gewinne. Im Rahmen dieses Wettbewerbs, der in teilweise veränderter Form bereits seit dem Jahr 1951 läuft, werden von Gartenfachleuten schön geschmückte Blumenfenster, Innenhöfe, Balkone, Vorgärten etc. bewertet. Der Hauptpreis der diesjährigen Aktion ist eine Fahrt nach Baden im Salonwagen der Badner Bahn mit anschließendem bunten Programm. Die Preisträger sind Theodor BIEBER, Robert GAHR, Günther und Irene HAMMETTER, Stefanie KOWAR, Elisabeth KURZBAUER, Ing. Helmut LEITNER OHG., Mag. Jolanda PRIKLER, Harald RIEDER, Anna und Otto SCHWAB sowie Christine STEININGER. Weitere Preise waren u.a. die Goldene, Silberne und Bronzene Rose, gestiftet von der Wiener Landwirtschaftskammer.

Die Aktion „Wien im Blumenschmuck“ wird auch heuer wieder durchgeführt. Offizieller Auftakt wird der Blumenmarkt am Hof am 17. und 18. Mai sein. (Schluß) du/rr

## **Goldene Ehrenmedaille der Stadt Wien für Friedensreich Hundertwasser**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte gestern, Dienstag, nachmittag im Rahmen einer kleinen Feier in seinem Arbeitszimmer an Friedensreich HUNDERTWASSER die Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold. Zilk würdigte in seiner Rede die vielfältigen Verdienste des Künstlers sowohl als Maler, als auch als Impulsgeber für die Architektur und Kämpfer für den Umweltschutz.

Der Feier wohnten u. a. Stadträtin Dr. Ursula PASTERK, Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION bei. (Schluß) red/rr



Foto: PID/Hutterer



## **„Wittgensteins Einfluß auf die Gegenwart“**

### **Symposium in der Volkshochschule Brigittenau**

Wien, 19.4. (RK-KULTUR) Anlässlich des 100. Geburtstages von Ludwig Wittgenstein findet in der Volkshochschule Brigittenau, Raffaelgasse 11-13, vom 20. bis 22. April ein Symposium zum Thema „Ludwig Wittgensteins Einfluß auf die Gegenwart“ statt. Das Symposium, das von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK am Donnerstag eröffnet wird, wird von Univ.-Prof. Dr. Friedrich WALLNER, Universität Wien, und Dr. Arne A. HASELBACH, Volkshochschule Brigittenau, geleitet.

Das Programm:

#### **DONNERSTAG, 20. APRIL:**

10.00 Uhr Eröffnung:

Dr. Ursula Pasterk, Amtsführende Stadträtin für Kultur  
Prof. Dr. Mohammad Allaf Sinaceur, Direktor,  
Abteilung Philosophie und Humanwissenschaften,  
UNESCO, Paris

Ludwig Wittgenstein  
Univ.-Prof. Dr. Friedrich Wallner  
Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung  
der Universität Wien

15.00 Uhr Die „Logisch-Philosophische Abhandlung“ —

Rezeption und Mißverständnisse  
Univ.-Prof. Dr. Brian McGuinness, Oxford  
Grammatik und philosophisches Schreiben  
in Wittgensteins Werk  
Univ.-Prof. Dr. Aldo Giorgio Gargani, Pisa

#### **FREITAG, 21. APRIL:**

10.00 Uhr Wittgenstein und die Postmoderne

Univ.-Doz. Dr. Ludwig Nagl, Wien  
Wittgensteins Rolle in der Debatte über den Relativismus  
Univ.-Prof. Dr. Rosaria Egidi, Rom

15.00 Uhr Gibt es kritische Philosophie nach Wittgenstein?

Univ.-Prof. Dr. Newton Garver, Buffalo, USA  
Wittgenstein und Ästhetik  
Univ.-Prof. Dr. Atanas Natev, Sofia  
Wittgensteins Einfluß auf Sprachpsychologie  
und Psycholinguistik  
Univ.-Ass. Dr. Hans Rudolf Fischer, Heidelberg

#### **SAMSTAG, 22. APRIL:**

10.00 Uhr Sprachphilosophie oder Sprachwissenschaft:

Überlegungen zu einem ungleichen Paar  
Matthias OHLER, Heidelberg  
Wittgenstein und die Kognitionswissenschaft:  
Ein Unverhältnis?  
Markus Costazza, Wien

15.00 Uhr Gibt es eine innere Wahrnehmung nach Wittgenstein?

Univ.-Prof. Dr. Kevin Mulligan, Genf  
Wittgensteins Herausforderung für die Erziehung  
in einer pluralistischen Welt  
Dr. Arne Haselbach, Volkshochschule Brigittenau

Tagungsbeitrag: 80 Schilling (für Studenten 50 Schilling). (Schluß) gab/gg

## **„Altmannsdorf in alten Ansichten“**

**Ausstellung in der „Z“-Filiale am Schöpfwerk**

Wien, 19.4. (RK-KULTUR/LOKAL) In der „Z“-Filiale Am Schöpfwerk ist vom 21. April bis 12. Mai die Ausstellung „Altmannsdorf in alten Ansichten“ zu sehen. Es werden alte Fotos „rund um den Khlesplatz“ aus der Sammlung des Bezirksmuseums gezeigt. (Schluß) gab/rr

## **Ehemaliger PID-Chefredakteur Prof. Wilhelm Adametz gestorben**

Wien, 19.4. (RK-KOMMUNAL) Professor Wilhelm ADAMETZ, er war ein Vierteljahrhundert Chefredakteur des PID, ist dieser Tage im 77. Lebensjahr verstorben. Wilhelm Adametz wurde am 2. April 1913 in Wien geboren. Nach dem Zweiten Weltkrieg trat Adametz in den Dienst der Stadt Wien, wo er ab 1946 in der Pressestelle des Wiener Rathauses tätig war. 1948 übernahm er als Nachfolger von Hans RIEMER die Chefredaktion. Als 1967 der Presse- und Informationsdienst (PID) geschaffen wurde, wurde Adametz mit der Leitung dieses Aufgabenbereiches betraut. Adametz leitete den PID bis zum Juni 1972, sein Nachfolger wurde damals Prof. Alois BRUNNTHALER. Prof. Adametz war neben seiner journalistischen Arbeit auch als Lyriker tätig, einige Lyrikbände sind nach 1950 erschienen. Prof. Adametz war bis zum Vorjahr Vorstandsmitglied des Presseclubs Concordia.

Unter der Leitung von Prof. Adametz wurde auch die „RATHAUSKORRESPONDENZ“, die älteste kommunale Presseagentur der Welt, weiter ausgebaut; war in der unmittelbaren Nachkriegszeit die „rk“ noch dreimal täglich ausgegeben und von Redaktionsboten abgeholt worden, so konnte ab September 1969 die „rk“ über das APA-Netz gesendet werden.

Für seine Tätigkeit erhielt Adametz zahlreiche Auszeichnungen; 1973 das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien sowie den Ehrenring der Pressefotografen, Optik orbis. (Schluß) red/gg



Foto PID-Archiv

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 20. April 1989

Blatt 803

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Ambulante Betreuung für Autisten (809)
- Beratungsstelle für Familienplanung (809)
- Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse (810)
- Wien und seine Märkte (813-816)
- Stacher: Sofortmaßnahmen in Wiens Spitalern (817)
- Wiener Schulreformkommission nahm Beratungen auf (818/819)
- Siedlung Rodaun wird nun saniert (820)
- Ausstellung Bezirksentwicklungsplanung Meidling (820)
- Städtetourismus um 16 Prozent gewachsen (821)
- Expertenkommission: Mitglieder nominiert (822)

## Kultur:

- Ehrung für Kulturschaffende und Wissenschaftler (804/FS: 19.4.)
- Canetti-Symposion in der Urania (805/806)
- Wiedereröffnung des Zieglmuseums (807)
- Barocke Festoper von Cesti im Konzerthaus (807)
- 100. Geburtstag von Ludwig Wittgenstein (811/812)

## Sport:

- Wiener Stadien gelten als sicher (808)

## **Ehrungen für Kulturschaffende und Wissenschaftler**

Wien, 19.4. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Mittwoch Univ.-Prof. Dr. Peter WEINZIERL die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold. Dr. Gerald SZYSZKOWITZ erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, Prof. Mag. Arch. Ing. Erwin PIKL das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Univ.-Prof. Dr. Weinzierl ist Vorstand des Instituts für Experimentalphysik an der Universität Wien und hat sich in dieser Funktion wesentlich um Forschung und Lehre in diesem Bereich verdient gemacht.

Dr. Gerald Szyszkowitz war von 1973 bis 1987 Hauptabteilungsleiter für das Fernsehspiel im ORF. In dieser Zeit wurden unter anderem die „Alpensaga“, die Serie „Kottan ermittelt“, die Schubert-Trilogie „Mit meinen heißen Tränen“ und die „Emigrantentrilogie“ mit „Welcome in Vienna“ produziert.

Prof. Pikel führt seit mehr als 30 Jahren das Theater „Experiment am Lichtenwerd“, das er zu einer Spielstätte für zeitgenössische Theaterliteratur und für junge Schauspieler und Regisseure machte.

Als Gratulanten stellten sich Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Stadtrat Dr. Erhard BUSEK ein. (Schluß) gab/rr

Bereits am 19. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Canetti-Symposion In der Urania

Wien, 20.4. (RK-KULTUR) In der Wiener Urania findet vom 21. bis 23. April das 2. Internationale Canetti-Symposion zum Thema „Tod und Verwandlung in Canettis 'Masse und Macht'“ statt. Das Symposion, das von der Urania gemeinsam mit dem Kunstverein Wien veranstaltet wird, wird von der Abteilung für Kultur der Stadt Wien unterstützt. Wissenschaftlicher Leiter der Veranstaltungsreihe, die am Freitag von Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK eröffnet wird, ist Dr. John PATTILLO-HESS. Der Eintritt zum Symposion ist frei.

Das Programm:

### FREITAG, 21. APRIL

- 10.00 Uhr Begrüßung durch den Direktor der Wiener Urania,  
Dr. Wilhelm Petrasch  
Eröffnung durch Dr. Ursula Pasterk,  
Amtsführender Stadtrat für Kultur  
Dr. John Pattillo-Hess  
Tod und Verwandlung  
einführende Worte
- 11.00 Uhr Univ.-Doz. Dr. Rita Bischof (Berlin, Universität Hannover)  
Ausschluß und Einverleibung  
Georges Bataille und Elias Canetti im Vergleich
- 12.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Michael Benedikt (Universität Wien)  
Sublimationen der Macht: Vergeblich oder gelungen  
(anschließend Diskussion)
- 16.00 Uhr Dr. Reinold Werner (Paris)  
Der Stachel und sein Zauber  
Elias Canetti und die Wortgewaltigkeit
- 17.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Gerald Stieg  
(Universite de la Sorbonne Nouvelle, Paris)  
Der Dirigent (anschließend Diskussion)

### SAMSTAG, 22. APRIL:

- 10.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Enzo Rutigliano  
(Universita Degli Studi di Trento)  
Metamorfosi del concetto di metamorfosi  
Sulle trasformazioni di una categoria  
dell'anti-potere in Canetti  
(Simultanübersetzung und anschließende Diskussion)
- 11.00 Uhr Dr. Youssef Ishaghpour (Paris)  
Masse et Puissance dans l'oeuvre de Canetti  
(Simultanübersetzung)
- 12.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Michel Maffesoli  
(Universite Rene Descartes, Sorbonne, Paris)  
Puissance et socialite dans la societe postmoderne  
(Simultanübersetzung und anschließende Diskussion)
- 16.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka (Universität Innsbruck)  
Demokratie — Konzept zur Legitimierung,  
Bändigung oder Überwindung der Macht
- 17.00 Uhr Dr. Edgar Piel (Institut für Demoskopie, Allensbach)  
Die Macht liegt in Trümmern  
Ein Versuch zur sozialpsychologischen Aktualität von  
Canettis „Masse und Macht“ (anschließend Diskussion)

SONNTAG, 23. APRIL:

- 10.00 Uhr Dr. Tamas Lichtmann (Universität Debrecen, Ungarn)  
Verwandlungsverbote und Entwandlungen
- 11.00 Uhr Univ.-Ass. Dr. Franz Wimmer (Universität Wien und Salzburg)  
Der Einzelne in der Kultur  
Reflexionen zu „Verwandlung und Entwandlung“
- 12.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Dagmar Barnouw  
(University of Southern California)  
Blick, Rückblick, Verwandlung (anschließend Diskussion)
- 16.00 Uhr Dr. Bernd Hartmann (Wien)  
Maskensprünge. Ein Aufstand
- 17.00 Uhr Univ.-Prof. Dr. Burghard Schmidt (Universität Hannover)  
Das Ornament des Befehls
- 18.00 Uhr Prof. Dr. Allan Janik (Stockholm)  
Zwischen Hitler und Wittgenstein (Schlußdiskussion)
- (Schluß) gab/gg

Forts. von Blatt 805

## Wiedereröffnung des Zieglmuseums

Wien, 20.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Das Wiener Zieglmuseum in der Penzinger Straße 59 wird am Samstag, dem 22. April, mit der Sonderausstellung „Der Wiener Festungsmauerziegel — vom Römerlager zum Linienwall“ wiedereröffnet. Das Wiener Zieglmuseum ist jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 10 bis 12 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) gab/bs

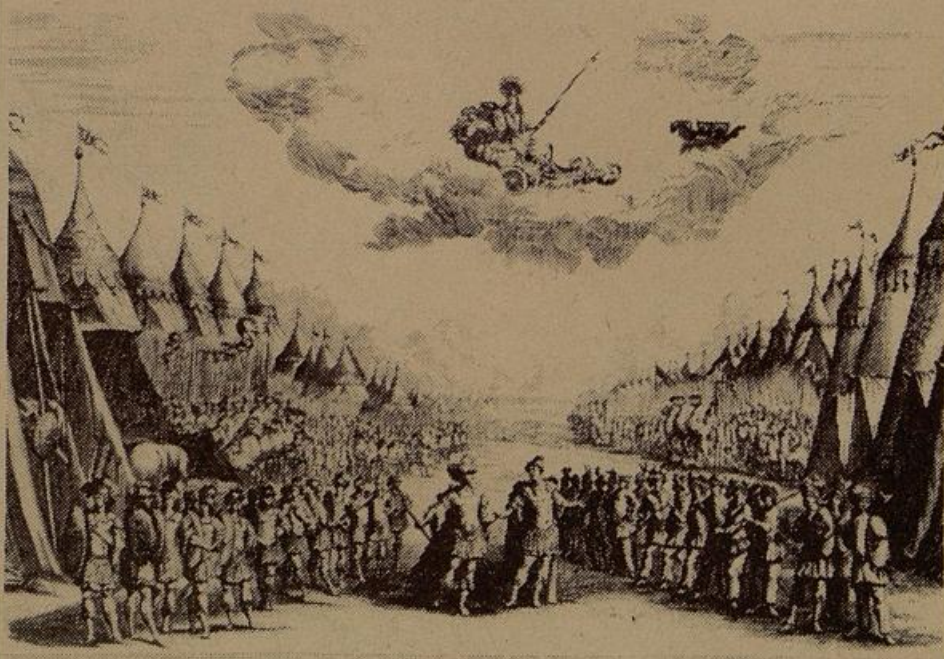
## Barocke Festoper von Cesti Im Konzerthaus

Wiederaufführung nach 300 Jahren

Wien, 20.4. (RK-KULTUR) Der Wiener Georg Friedrich Händel-Verein präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Kulturverein Innere Stadt am Mittwoch, dem 26. April, die barocke Festoper *Il pomo d'oro* (Der goldene Apfel) von Marc Antonio CESTI, im Mozartsaal des Wiener Konzerthauses.

Die Neueinstudierung der Prunkoper *Il pomo d'oro* — getextet und komponiert anlässlich der Vermählung Kaiser Leopolds I. mit der spanischen Infantin Margerita Maria, 1668 unter höchstem technischen, personellen und finanziellen Aufwand in Szene gesetzt — versteht sich als Bemühen, ein bedeutendes Monument der Theater-, Musik- und Kulturgeschichte Österreichs und Europas neu zu beleben.

Die konzertante Präsentation der Oper wird unter der musikalischen Leitung des Barockspezialisten Heinz PRAMMER erfolgen. Neben Kontratenor Arno RAUNIG stehen weiter 15 Solisten, der Chor der Wirtschaftsuniversität und Orchester im Rampenlicht. (Schluß) hu/gg



Bühnendekoration anno 1668

Foto: PID/Hutterer



## **Wiener Stadien gelten als sicher**

Wien, 20.4. (RK-SPORT) Aus Anlaß der Fußball-Katastrophe in einem britischen Stadion hat Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA die zuständige Magistratsabteilung 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten — um einen Bericht über die Situation in den Wiener Stadien ersucht. In diesem Bericht heißt es: „Für alle Stadien und Fußballanlagen bestehen Eignungsfeststellungen gemäß den Bestimmungen des Wiener Veranstaltungsgesetzes 1971 bzw. für Altanlagen nach den Bestimmungen des Wiener Theatergesetzes 1930.

In diesen Bescheiden sind auch alle Betriebsbedingungen und sicherheitstechnischen Auflagen zum Schutz der Besucher festgelegt.

Darüberhinaus wird insbesondere vor großen Veranstaltungen, ab einer gewissen zu erwartenden Besucherzahl eine Begehung vorgenommen bzw. ist bei Großveranstaltungen auch ein technischer Aufsichtsbeamter auf Veranstaltungsdauer anwesend.“

Dazu der Planungsstadtrat: „Wenn auch rein sicherheitstechnisch in Wien eine solche Katastrophe unvorstellbar erscheint, muß man in diesem Zusammenhang doch den Appell an alle Verantwortlichen, insbesondere aber auch an die Fans richten, das Zustandekommen solcher gefährlicher Situationen von vornherein zu verhindern. Sport und Sportbegeisterung sollten bei allem kämpferischen Ehrgeiz auf dem Fußballfeld ein friedliches Vergnügen bleiben“. (Schluß) lf/bs

### **Ambulante Betreuung für Autisten**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Eine ambulante Betreuungsstelle für autistisch behinderte Menschen des Kuratoriums Psychosoziale Dienste in Wien gibt es nun in Wien 6., Nelkengasse 1. In diesem „Zentrum für Therapie und Integration autistisch behinderter Menschen“ werden gezielte Therapien, Beratungen für die durch diese Behinderung eines Mitgliedes meist stark belasteten Familien und auch begleitende Betreuungsmaßnahmen in Schule und Arbeitsplatz angeboten. Den finanziellen Aufwand für das Autismuszentrum, das kostenlos frequentiert werden kann, trägt das Sozialamt der Stadt Wien.

Zusätzlich zum Autismuszentrum plant das Sozialamt für Herbst 1989 eine spezielle Trainingsgruppe in einer geschützten Behindertenwerkstätte. Hier sollen autistische Jugendliche nach Absolvierung der Schule gefördert und auf das Berufsleben vorbereitet werden. (Schluß) jel/bs

### **Beratungsstelle für Familienplanung**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Aus organisatorischen Gründen finden in der Beratungsstelle für Familienplanung im Krankenhaus Floridsdorf bis auf weiteres keine Sprechstunden statt. Die nächstgelegene Beratungsmöglichkeit gibt es in 18., Währinger Gürtel 141, Montag, Mittwoch und Freitag jeweils von 8 bis 12 Uhr. Anmelden kann man sich unter der Telefonnummer 34 65 61. (Schluß) jel/bs

## **Flohmarkt am Mistplatz Zehetnergasse**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Ein Flohmarkt findet am Sonntag, dem 23. April, von 9 bis 12 Uhr am Mistplatz Zehetnergasse 7-9 im 14. Bezirk statt. Man kann dort Dinge erstehen, die von den Wiener Mistplätzen ausgesucht wurden, die jemand achtlos weggeworfen hat, jemand anderer aber durchaus noch brauchen kann. Der Flohmarkt ist eine Gemeinschaftsaktion von Ökologie-Institut, ARGE Nichtseßhaftenhilfe, Umweltarbeitern und Bewährungshilfe. (Schluß) du/bs

## 100. Geburtstag von Ludwig Wittgenstein

Wien, 20.4. (RK-KULTUR) Ludwig Wittgenstein wurde als jüngstes von neun Geschwistern am 26. April 1889 in Neuwaldegg, das damals noch nicht zu Wien gehörte, geboren. Die Familie Wittgenstein war jüdischer Herkunft, doch war schon der Großvater, der aus Sachsen nach Österreich kam, zum Protestantismus konvertiert. Wittgenstein wurde gemäß der Konfession seiner Mutter röm.kath. getauft. Sein Vater Karl Wittgenstein brachte es vom einfachen Ingenieur zum Generaldirektor eines Eisenwerkes und zu einem der führenden Männer der Eisenindustrie. Dem Kunstmäzen Karl Wittgenstein verdankt die Secession ihre Entstehung.

Ludwig Wittgenstein besuchte nach Abschluß der Mittelschule (bis zum 14. Lebensjahr häuslicher Privatunterricht, dann Linz) 1906-1908 die Technik in Berlin-Charlottenburg, da seine Absicht, bei Boltzmann in Wien Physik zu studieren, durch dessen Tod unmöglich geworden war. 1908 ging Wittgenstein nach England, wo er von 1908-1911 Research-Student an der Technischen Fakultät der Universität Manchester war. Durch seine Ingenieurstudien zur Mathematik geführt, begann er sich für die Grundlagen dieser Wissenschaft zu interessieren. 1903 waren Russells „Principles of Mathematics“ erschienen. 1908 begann das Standardwerk „Principia Mathematica“ von A.M. Whitehead und Bertrand Russell zu erscheinen. Russell folgte vielfach den Arbeiten Gottlob Freges, der als erster versucht hatte, die Mathematik logisch zu begründen. Im Herbst 1911 suchte Wittgenstein Frege in Jena auf und studierte nachher bis zum Herbst 1913 bei Russell am Trinity College der Universität Cambridge. Dann zog er sich zur Arbeit an seinem philosophischen Werk in die Einsamkeit Norwegens zurück. Im Jänner 1913 war Wittgensteins Vater gestorben und hatte seinen Kindern ein großes Vermögen hinterlassen. Das nahm Ludwig Wittgenstein zum Anlaß, dem Herausgeber des „Brenner“, Ludwig von Ficker, 100.000 Kronen für notleidende Künstler zur Verfügung zu stellen, unter der einzigen Bedingung, daß sein Name nicht genannt werden dürfe. Daraus wurden dann unter anderen Georg Trakl und Rainer Maria Rilke bedacht. Nach dem Krieg verzichtete Wittgenstein auf sein Erbteil. Bei Kriegsausbruch war er freiwillig eingerückt; er diente zuerst an der Ostfront, dann an der Südfront, wo er in italienische Gefangenschaft geriet. Während der Kriegszeit vollendete er das Manuskript des „Tractatus logico-philosophicus“. Eine Kopie davon schickte er noch aus der Kriegsgefangenschaft an Bertrand Russell, eine andere übergab er bei seiner Rückkehr Ludwig von Ficker. Das Werk erschien zuerst 1921 unter dem Titel „Logisch-philosophische Abhandlung“ in Ostwalds „Annalen der Naturphilosophie“, dann im folgenden Jahr unter dem Titel „Tractatus logico-philosophicus“ und mit einem Vorwort von B. Russell.

Der „Tractatus logico-philosophicus“ wurde zur Bibel des Neopositivismus. Er ist, abgesehen von einer kleinen 1929 erschienenen Abhandlung über logische Form, die einzige philosophische Arbeit Wittgensteins, die er zu Lebzeiten publizierte. Er schließt mit dem berühmten Satz: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen.“

Nachdem Wittgenstein 1919-1920 die Lehrerbildungsanstalt in Wien besucht hatte, wirkte er bis 1926 als Lehrer an Volksschulen des Semmering- und Schneeberggebietes. 1926 verließ er den Schuldienst und arbeitete als Gärtnergehilfe in einem Mönchskloster in Hütteldorf. Dann widmete er sich dem Bau eines Hauses für seine Schwester in der Kundmannngasse 9. In dieser Zeit hatte er, obwohl er sich vom philosophischen Schulbetrieb fernhielt, durch Gespräche mit Schlick und Waismann indirekten Kontakt mit dem „Wiener Kreis“. 1929 ging er wieder nach Cambridge, zunächst als Research-Student, und wurde, nachdem ihm auf Grund des Traktates der Dokortitel verliehen worden war, 1930 Fellow des Trinity College. 1938

wurde er britischer Staatsbürger. 1939 folgte er nach dem Tode Professor Moores diesem auf dem philosophischen Lehrstuhl an der Universität Cambridge. Während des Zweiten Weltkriegs hielt er jedoch keine Vorlesungen, sondern arbeitete zunächst in einem Spital als Krankenpfleger, dann in einem medizinischen Laboratorium. Ende 1947 legte er seine Professur zurück. Im April 1949 und von Dezember 1949 bis Ende März 1950 war er zu Verwandtenbesuchen in Wien. Am 24. April 1951 starb Wittgenstein in Cambridge an Krebs. 1953 erschien aus dem Nachlaß sein Werk „Philosophische Untersuchungen“. (Schluß) red/bs

Forts. von Blatt 811

## Wien und seine Märkte

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Vom Apfel bis zur Zwiebel, von Avocados bis Zucchini, von Wild, Fisch, Fleisch, Gewürzen, Blumen und manchmal auch Lebensmittel vom Bauernhof bis zu Kleidung, Ledersachen und Modeschmuck bieten in Wien 24 Detailmärkte einen Genuß für Augen und Magen. Der heute so propagierte Erlebniseinkauf war am Markt immer schon gegeben: Durchschlendern, Preise vergleichen, überlegen, was man kochen will, ... Viele der Wiener Märkte sind dementsprechend für die Wiener/innen ein beliebtes Einkaufsgebiet. Über die Wiener Märkte, zu denen außer den sogenannten Detailmärkten mit Obst, Gemüse, Fleisch usw. auch der Christkindlmarkt und andere Adventmärkte, der Kunst- und Kulturmarkt, der Großmarkt Wien-Inzersdorf (für Wiederverkäufer), der Flohmarkt, Allerheiligenmärkte, Kirchweihmärkte, der Kalvarienbergmarkt, temporäre Märkte, ein Ostermarkt, die Christbaummärkte und Neujahrmärkte gehören, und über die Aufgaben des Marktamtes informierten Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER und der Direktor des Marktamts Dr. Kurt NUSSGRUBER Donnerstag bei einer Pressefahrt.

Grundlage für das Marktgeschehen ist die Marktordnung. Sie legt — für einzelne Märkte natürlich unterschiedlich — fest, wann Marktzeiten sind und was am Markt verkauft werden darf.

Insgesamt gibt's für die Viktualien, so die alte und vom Münchner Viktualienmarkt noch bekannte Bezeichnung für Obst und Gemüse, für Fisch, Fleisch, Geflügel, Wild, Blumen und Gemüsekonserven zwanzig „offene Märkte“ wie Naschmarkt, Viktor-Adler-Markt (das begehrteste Obst-Gemüse-Zentrum in Favoriten, wie die Nahversorgungserhebung beweist), Meidlinger Markt, Karmelitermarkt oder Brunnen- samt Yppenmarkt (die beiden gehören zusammen). Dazu kommen zwei Markthallen, die Nußdorfer Markthalle, in Wirklichkeit im 9. Bezirk gelegen, und die moderne Halle für den Landstraßer Markt. Wiens „neuester“ offener Markt ist der Rochusmarkt, früher Augustinermarkt, im 3. Bezirk, der nach dem U-Bahn-Bau neu gestaltet wurde.

Zum üblichen Angebot kommen auf vielen Märkten noch Landparteienstände, besser bekannt als Bauernmarkt. Die Bauern können Montag bis Donnerstag von 6 bis 11 Uhr, Freitag, Samstag von 6 bis 12 Uhr, ihre transportablen Standln aufbauen und eigene Produkte wie Obst, Gemüse, Fleisch, Würste, Blumen, Brot, Wein, Honig usw. verkaufen.

Auf vielen Detailmärkten gibt's natürlich auch Imbißstandln und Stände für „Nicht-Lebensmittel“ — mit Tierfutter, Parfumeriewaren, Kleidung usw.

Zu den rund tausend Betrieben in festen Ständen auf Wiens Detailmärkten — die Stände sind meist in Privatbesitz der Händler/innen, auf einzelnen Märkten gehören die kleinen Geschäfte allerdings der Gemeinde Wien — kommen noch die transportablen Stände für Kleider, Ledergürtel, Modeschmuck usw. Hier verkaufen die Marktfahrer/innen.

Geöffnet halten können die Händler/innen auf den Detailmärkten (abgesehen von den Landparteien) jeweils Montag bis Freitag von 6 bis 18.30 Uhr und Samstag von 6 bis 14 Uhr; die Markthalle im 9. Bezirk ist derzeit Montag bis Donnerstag von 6 bis 13 Uhr, Freitag von 6.30 bis 13 Uhr und von 14 bis 17.30 Uhr und Samstag von 6 bis 13 Uhr geöffnet, die Halle des Landstraßer Marktes Montag bis Mittwoch von 6 bis 14 Uhr, Donnerstag und Freitag von 6 bis 18 Uhr und Samstag von 6 bis 13 Uhr.

Zu den Detailmärkten gehören außerdem fünf temporäre Märkte. Sie wurden bei neuerrichteten Siedlungsgebieten mit anfangs mangelnder Einkaufsmöglichkeit geschaffen. Einzelne temporäre Märkte haben nach dem Entstehen von Einkaufszentren nicht mehr gehalten, andere wieder wurden (wie in der Großfeldsiedlung) neu geschaffen. Die temporären

Märkte werden nicht jeden Tag, sondern meist gegen das Wochenende veranstaltet.

Und was es sonst noch an Märkten gibt: den Kunst- und Kulturmarkt am rechten Ufer des Donaukanals (Mai bis September Samstag von 14 bis 20 Uhr, Sonntag von 10 bis 20 Uhr) mit Kunstgegenständen und Antiquitäten und Platz für Künstler/innen; den Christkindlmarkt am Rathausplatz und Adventmärkte in mehreren Bezirken; den Flohmarkt (Samstag 8 bis 18 Uhr); die Allerheiligenmärkte, auf denen Anfang November bei den Friedhöfen Gestecke, Buketts, Blumen, Kerzen usw. verkauft werden; den Kalvarienbergmarkt in den Wochen vor Ostern; einen Ostermarkt in Floridsdorf; die Christbaummärkte; die sogenannten Weihnachtsmärkte, die stets aus einem einzelnen Stand mit Christbaumkugeln, Kerzen usw. bestehen — bleibt das Standl einige Tage stehen, wird es zum Neujahrsmarkt mit Glücksbringern — und die Kirchweihmärkte in vielen Bezirken, zum Beispiel der Lichtentaler Kirtag, der Penzinger Kirtag, der Neustifter Kirtag usw.

#### **Märkte: beliebte Einkaufsgebiete**

Wiens Märkte sind zumeist beliebte Einkaufsgebiete. Natürlich gibt es auch hier Unterschiede: der Viktor-Adler-Markt, der Brunnenmarkt samt Yppenmarkt (letzterer war einst ein Großmarkt für Wiederverkäufer), der Naschmarkt und der Meiselmarkt sind besonders begehrt. Andere Märkte wie der Meidlinger Markt liegen im guten Durchschnitt, und einzelne Märkte wie etwa der Hannovermarkt sind rückläufig in der Kundenfrequenz. Beim Hannovermarkt versuchen nun Bezirk und Marktamt, ihn über Wunsch der „Standlerinnen“ durch einen Bauernmarkt neu zu beleben. Grundsätzlich gehen Märkte, die in einer ohnehin schon belebten Gegend liegen, besser. Der etwas abgeschieden gelegene Volkertmarkt im 2. Bezirk dagegen wird weniger besucht. Der 2. Bezirk ist allerdings mit drei Märkten auch gut „bedient“.

Märkte gehören übrigens zu den wenigen Plätzen in Wien, wo es noch — mit Ausnahme des Johann-Nepomuk-Vogl-Marktes in Währing — auf jedem Markt ein oder mehrere Fischgeschäfte gibt.

#### **Für die Märkte: der Großmarkt**

Der Obst- und Gemüsegroßmarkt wurde auf einem knapp 300.000 Quadratmeter großen Areal in Wien-Inzersdorf errichtet. Durch die Lage dieses Großmarktes — als erster wurde 1969 der Blumengroßmarkt eröffnet, der Gemüse- und Obstgroßmarkt folgte 1972 — am Stadtrand wird auch der Schwerverkehr an der Stadtgrenze abgefangen und das Verkehrsnetz in der Stadt etwas entlastet.

1988 waren auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf 116 Großhandels- und Importfirmen etabliert. Auch am Großmarkt verkaufen Landparteien, sprich Bauern, ihre Produkte an Wiederverkäufer.

Über den Großmarkt Wien-Inzersdorf werden die Wiener Märkte, Lebensmittelgeschäfte und zahlreiche Supermarktketten (soweit sie nicht eigene Distributionsfirmen haben) beliefert. Sowohl das importierte Obst und Gemüse als auch österreichische Produkte werden über den Großmarkt gehandelt (die LGV, die Landwirtschaftliche Gemüseverwertungsgenossenschaft Wien, liefert auch direkt an die Händler). Wie wichtig der Großmarkt Wien-Inzersdorf, praktisch der einzige Österreichs, ist, zeigen allein die Umsatzzahlen: 1988 wurden 2,7 Milliarden Schilling umgesetzt, davon entfielen zwei Milliarden auf Importware. Insgesamt werden jedes Jahr rund 250.000 Tonnen Viktualien angeliefert.

Und noch einen Vorteil bietet der Großmarkt: da der Großteil der Gemüse- und Obstlieferung über ihn abgewickelt wird, sind bereits vor dem Verkauf

Forts. von Blatt 813

Forts. auf Blatt 815

an die Händler Kontrollen des Marktamtes (z. B. bei der Aktion chilenische Trauben) möglich.

Und die Ware ist logischerweise frisch — Kleinhändler etwa verkaufen bereits am Vormittag Obst und Gemüse, das sie in den Morgenstunden am (ab 4.30 Uhr geöffneten) Großmarkt erstanden haben.

### **Die Aufgaben des Marktamtes**

Zu den Aufgaben des Marktamtes gehört neben der Aufsicht über die Märkte die Lebensmittelpolizei: Im Jahr 1988 gab es in Wien 19.087 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren — vom Greißler über den Supermarkt bis zur Imbißstube oder dem First-Class-Restaurant. Insgesamt wurden hier durch die Mitarbeiter des Marktamtes 36.317 Revisionen — abgestimmt auf den Probenplan des Bundes — durchgeführt.

Etwas über 4.000 Proben werden jährlich beanstandet — allerdings muß dabei darauf hingewiesen werden, daß das Marktamt sich nicht nur, aber doch gezielt „Problembetriebe“ ansieht und die Beanstandungsquote daher höher ist, als es dem tatsächlichen Durchschnitt entspricht.

An der Spitze der Beanstandungen liegen Fleisch- und Wurstwaren mit rund 1.200 Fällen. Ergänzend zu den üblichen Proben kommen noch regelmäßige Schwerpunktaktionen.

Das Marktamt gibt seine Proben zur Untersuchung an die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und an die des Bundes weiter, hat aber außerdem zur Vorbegutachtung bei Fleisch- und Wurstwaren ein eigenes Laboratorium.

Hygiene- und Bazillenausscheiderüberprüfungen, die Pilzberatung, bei der Schwammerlsucher die gefundenen Pilze kostenlos bei den Marktämtern in den Bezirken begutachten lassen können, lebensmittelkundliche Vorträge, sogenannte Straßenstandangelegenheiten — deren Zahl von Jahr zu Jahr zunimmt, weil immer mehr Menschen eine Imbißbude oder einen Würstelstand errichten wollen —, Preiskontrollen, die Vollziehung des Weingesetzes gehören neben allgemeinen Konsumentenschutzangelegenheiten und der Kontrolle von mit Lebensmittel arbeitenden Betrieben sowie die Marktplanung und -verwaltung zu den Aufgaben des Marktamtes. Die Mitarbeiter/innen der MA 59 sorgen dafür, daß unsere Lebensmittel genau kontrolliert werden und nur einwandfreie Ware auf unseren Tisch kommt.

Für die Instandhaltung der Märkte werden 1989 13,7 Millionen Schilling ausgegeben, dazu kommen noch 19,8 Millionen für Reinigung, 32,4 Millionen für Müllabfuhr, 4,5 Millionen für Wasser, 4 Millionen für Strom, 3,6 Millionen für Fernwärme.

### **Und sonst ...**

Die Zahl der Märkte insgesamt ist in Wien seit der Jahrhundertwende zwar zurückgegangen — bei den offenen Märkten von 27 auf 22, bei den Hallen war der Rückgang im Verhältnis noch größer, um die Jahrhundertwende gab es 7 Markthallen in Wien, heute sind es zwei.

Doch entstehen auch neue Märkte — zum Beispiel die temporären Märkte für Obst, Gemüse, Landprodukte, der nun schon einige Jahre alte Flohmarkt oder der Kunst- und Kulturmarkt, der heuer zum zweiten Mal stattfindet.

Geplant sind außerdem:

- Die Gestaltung eines temporären Marktes auf der Freyung, geplant wird dieser Markt von der Stadtgestaltung nach historischen Unterlagen.

Forts. von Blatt 814

Forts. auf Blatt 816



- Die — mögliche — Übersiedlung des Meiselmarktes, der vorübergehend durch den U-Bahn-Bau etwas beeinträchtigt wird, in die schönen Gewölbe des ehemaligen Wasserbehälters neben dem Markt. Ein entsprechendes Projekt liegt vor und wurde den Stndlern — fachlich „Marktparteien“ genannt — bereits vorgestellt
- von den Stadtgestaltern geplant — aber noch nicht entschieden — wurde auch ein Markt bei der Mariahilfer Straße/Gürtel, ebenfalls in Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau.

Was übrigens die oft erwähnte Konkurrenz Markt — Supermarkt betrifft, wirkt sich dies durchaus unterschiedlich aus. Ist ein Markt vital — und das hängt, von der Qualität, dem Preis, der Vielfalt der Produkte, also der Geschäftstüchtigkeit der Marktstandler, ab — so verträgt er einen Supermarkt durchaus und findet dadurch sogar neue Kunden. Das trifft allerdings nicht auf riesige Einkaufszentren zu, obwohl sich auch hier in Einzelfällen die temporären Märkte weiter behaupten konnten.

Mit dem Trend zurück in die Stadt könnte sich aber auch hier wieder eine Umkehr ergeben und noch mehr Menschen den Weg auf die Märkte finden — denn gute Märkte sind beliebte Einkaufsziele. (Forts. mgl.) hrs/gal

Forts. von Blatt 815

## **Stacher: Sofortmaßnahmen in Wiens Spitälern**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Acht Punkte umfaßt eine erste Liste von Sofortmaßnahmen für Wiens städtische Krankenhäuser. Darunter sind sowohl Maßnahmen, die schon länger geplant und vorbereitet wurden und jetzt rasch durchgeführt werden, als auch erste Ergebnisse aus der aktuellen Diskussion. Die Bereitschaft, an raschen Veränderungen mitzuwirken, ist in diesen für die Krankenhäuser entsetzlichen Tagen bei allen Beteiligten groß, erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Den ersten Sofortmaßnahmen werden rasch weitere Änderungen — darunter auch die Ausweitung der Schulen für das diplomierte Pflegepersonal — folgen.

Die einzelnen Sofortmaßnahmen sind:

1. **Neue Organisations- und Führungsform für die Krankenhäuser** im Sinne weniger Bürokratie und mehr Effizienz. Hier gibt es bereits konkrete Vorbereitungsarbeiten. Es darf nun keine Verzögerung mehr geben.
2. Rascher Beginn des in Vorbereitung befindlichen Projektes „**Genesungspflege**“ zur Entlastung der Spitäler. Dabei sollen Genesende durch die Sicherung geeigneter Nachsorgeangebote früher aus den Krankenhäusern entlassen werden können.
3. **Supervisionsmöglichkeiten für die Mitarbeiter der Krankenhäuser** durch außenstehende Fachleute. Dazu wird ein „Institut für Supervision“ eingerichtet.
4. **Einjährige Probezeit für neue Primärärzte**  
Künftig sollen Primärärzte in Wien nur mit einer einjährigen Probezeit angestellt werden. In diesem einen Jahr können die organisatorischen Fähigkeiten des neuen Primars beurteilt werden.
5. **Klare Dienstzeitregelung auch für Primarii.**  
Bisher waren die Dienstzeiten für Primärärzte nicht festgelegt, unter anderem weil sie auch außerhalb der üblichen Dienstzeiten Visiten machen. Es werden nun klare und verbindliche Regelungen für die Dienstzeiten auch der Primärärzte getroffen.
6. **„Pflegekurse“ für Ärzte**  
Die Ärzte lernen während ihres Studiums an der Universität kaum etwas über die Arbeit des Pflegepersonals. Deshalb sollen in den Krankenhäusern Kurse für Ärzte über die Grundbegriffe der Pflege durchgeführt werden. Nur wenn man Einblick in die Arbeit der jeweils anderen Berufsgruppe hat, ist Teamarbeit möglich.
7. **Neue Formen der Teamarbeit** an den Stationen. Die Zusammenarbeit der einzelnen Berufsgruppen (Ärzte, Pflegepersonal, Therapeuten) am Krankenbett wird im Sinne von mehr „Miteinander“ und weniger „Nebeneinander“ verbessert.
8. **Rotationsmöglichkeit für Schwestern und Pfleger.** Jenen Schwestern und Pflegern, die auf Stationen mit besonders hohem Belastungsgrad arbeiten, wird auf Wunsch eine „Rotation“, das heißt ein Wechsel der Abteilung nach einiger Zeit, ermöglicht.

(Schluß) zi/bs/gg

## **Wiener Schulreformkommission nahm Beratungen auf**

### **Vierzig Experten diskutieren Hauptschulreform**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK hat mehr als 40 Experten aus dem Schul- und Unterrichtswesen sowie der Interessenvertretungen zur Wiener Schulreformkommission eingeladen. Diese Kommission trat am Donnerstag zu ihrem ersten Treffen zusammen, das mit Statements von Bürgermeister Dr. Helmut Zilk, dem designierten Wissenschaftsminister Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, dem Präsidenten der Industriellenvereinigung Wien, Bundesrat Komm.-Rat Manfred MAUTNER-MARKHOF sowie dem Direktor der Wiener Arbeiterkammer Franz MRKVICKA eingeleitet wurde.

### **Zilk für sach- und fachbezogene Diskussion**

Bürgermeister Zilk verwies darauf, daß die demographische Entwicklung der letzten Jahre und die aktuellen Anmeldezahlen für das nächste Schuljahr in Wien eine Strukturreform des Schulwesens im Bereich der Hauptschulen und der AHS-Unterstufe unumgänglich mache. „Die Problematik ist nicht mehr zu übersehen“. Gleichzeitig nehme das Mißverhältnis zwischen Lehrstellensuchenden und offenen Lehrstellen rasant zu. Heute stünden, so Zilk, rund 700 offenen Lehrstellen nur circa 300 Lehrstellensuchende gegenüber. Er habe daher gemeinsam mit Stadtrat Busek eine reine Expertenkommission eingesetzt, von der er sich noch vor dem Sommer Vorschläge erwarte, die dann bundesweit weiter diskutiert werden können. „Für diese Beratungen darf es kein Denkverbot geben“ betonte Zilk. Die gegenwärtige Situation zwingt zu regionalen Maßnahmen, die auf Bundesebene zu Gesetzesänderungen führen.

### **Busek für Beachtung des förderativen Prinzips**

Der designierte Wissenschaftsminister Stadtrat Dr. Erhard Busek sprach sich dafür aus, einen gemeinsamen Weg zur Bewältigung der Problematik zu finden, ohne einen „Einheitsbrei“ zu fabrizieren. Er erwarte sich von der Kommission eine konstruktive Auseinandersetzung. Bei der Schulproblematik müssen die regionalen Unterschiede beachtet werden. Die Ballungszentren haben eine ganz andere Entwicklung als die ländlichen Gebiete genommen und verlangen daher eine andere Betrachtungsweise. Die Berücksichtigung des förderativen Prinzips verlange die Bewahrung der regionalen Unterschiede. Die Kommission sollte nun den Spielraum ausloten, meinte Busek, wobei „der Phantasie keine Grenzen gesetzt werden dürfen“.

### **Interessenvertretungen zeigen sich über die Entwicklung besorgt**

Der Präsident der Industriellenvereinigung — Wien, Komm.-Rat Mautner-Markhof, er sprach auch im Namen des Wiener Handelskammerpräsidenten Dittrich, verwies darauf, daß in Wien die Hauptschule immer weniger Bedeutung bekomme als „am flachen Land“. Manchmal sei die Hauptschule nur mehr ein „Überbleibsel“, und die gezielte Berufsausbildung leide darunter. Mautner-Markhof sprach sich für eine Aufwertung der Berufsausbildung aus. „Derzeit steigen viele AHS-Abbrecher in die Berufsausbildung ein, es muß alles daran gesetzt werden, daß Hauptschüler mit dem gleichen Prestigewert ins Berufsleben einsteigen“. Mit der Aufwertung des Prestiges der Facharbeiter könne auch das Schulsystem aufgewertet werden. Mautner-Markhof kritisierte auch den Besoldungsunterschied zwischen Facharbeitern und jenen, die nur mit der „bloßen“ Matura einen Beruf ergreifen.

Für Arbeiterkammer und ÖGB meldete sich der Direktor der Wiener Arbeiterkammer Franz Mrkvicka zu Wort. In der Schulpraxis zeige sich, daß

die Primärstufe, die Volksschule, bestens funktioniere. Probleme gebe es mit der Sekundärstufe, wobei die Schulausbildung für die 10- bis 15-jährigen im Ballungsgebiet das Problem bilde. Man könne das aber nicht ohne Blick auf die weitere Oberstufenausbildung sehen. Für die Arbeitnehmer gehe es nicht um die Quantität der Berufsausbildung, sondern um die Qualität, und bessere Chancen in der Schule seien auch bessere Chancen für den weiteren Berufsweg. Mrkvicka sprach sich für eine „gemeinsame Schule der 10- bis 15-jährigen“ aus und bat die Experten, diese Fragen zu erörtern. Die Wirtschaft benötige gute Fachkräfte, diese wieder bräuchten eine hohe schulische Qualifikation. Für die Berufsschulen regte Mrkvicka eine bessere Sprachausbildung an.

Die Teilnehmer an der ersten Sitzung der Wiener Schulreformkommission rekrutieren sich aus dem Bundesministerium für Unterricht, dem Wiener Stadtschulrat, den Interessenvertretungen, den Elternvereinigungen, dem Erzbischöflichen Schulamt, der städtischen Schulverwaltung, der Personalvertretungen und Pädagogen der Universitäten und der Pädagogischen Akademien. Die Schulreformkommission wird im Mai die Beratungen weiterführen. (Schluß) fk/bs

Forts. von Blatt 818

## **Siedlung Rodaun wird nun saniert**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Wohnbau und Stadterneuerung beschloß in seiner Sitzung am Donnerstag die Sanierung der Siedlung Rodaun in Liesing. 224 Wohnungen in der Breitenfurter Straße 437-465 und An der Liesing 38-48 sind davon betroffen. Die 20 Gebäude wurden zwischen 1945 und 1948 errichtet. Die Sanierung wird insgesamt 85 Millionen Schilling kosten und vom Land Wien gefördert. Die Baurate für 1989 beträgt 28 Millionen Schilling. Die Sanierung soll bis 1991 abgeschlossen sein.

Der Gemeinderatsausschuß beschloß ferner, laufende Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten an Gemeindewohnhäusern im Umfang von insgesamt 36,66 Millionen Schilling zu genehmigen und an die Bauwirtschaft in Auftrag zu geben. (Schluß) ah/bs

## **Ausstellung Bezirksentwicklungsplanung Meidling**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Im Amtshaus Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock, Festsaal, wird Freitag um 18.30 Uhr die Ausstellung „Bezirksentwicklungsplanung Meidling“ von Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER eröffnet. Sie kann bis einschließlich 18. Mai jeweils am Dienstag von 10 bis 16 Uhr, Donnerstag von 10 bis 20 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr — ausgenommen sind der 4. und 13. Mai — besichtigt werden. Dienstag und Donnerstag ab 14 Uhr, Samstag ab 9 Uhr, stehen Fachleute für sachkundige Informationen allen Interessierten zur Verfügung. Der Eintritt zu der Ausstellung ist frei. (Schluß) ull/bs

## **Städtetourismus um 16 Prozent gewachsen**

### **Städtebund gegen Beschneidung der Getränkesteuer**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Wie der österreichische Städtebund anlässlich des Fremdenverkehrstages in Baden feststellen konnte, ist gerade der Städtetourismus zwischen 1980 und 1987 überproportional gewachsen, nämlich um 16 Prozent. Die österreichischen Städte haben dadurch einen eminent wichtigen Beitrag zum gesamtösterreichischen Tourismus geleistet. Das war nur möglich, weil neben privaten Initiativen die Städte große Leistungen unter anderem auf den Gebieten der Stadtbildgestaltung, der Altstadterhaltung, des kulturellen Angebotes und der Infrastruktur erbracht haben.

Dazu brauchen die Städte natürlich erhebliche finanzielle Mittel, die aus Gemeindesteuern wie etwa der Getränkesteuer, der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer stammen.

„Die Städte und Gemeinden können auf die Getränkesteuer nicht verzichten“, wandte sich deshalb Städtebund-Generalsekretär Dr. Erich PRAMBÖCK Donnerstag scharf gegen entsprechende Tendenzen. „Jede Beschneidung der Gemeindeabgaben bringt auch große Nachteile für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr mit sich.“ (Schluß) roh/gg

## **Expertenkommission: Mitglieder nominiert**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gab heute, Donnerstag, die von ihm berufenen Mitglieder jener Expertenkommission bekannt, deren Einsetzung vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 13. April 1989 einstimmig beschlossen worden war:

Univ.-Prof. DDr. Karl Fellingner,  
Präsident des Obersten Sanitätsrates, Wien;

Prof. Dr. Rudolf Hartmann,  
Richter beim OGH i. R.,  
Vorsitzender der Schiedsstelle der Ärztekammer Wien, Wien;

Prof. Dr. H. Löffler,  
Kiel (BRD);

Dr. Christiane Meyer-Bornsen,  
Klinische Psychologin, Wien;

Univ.-Prof. Dr. Anton Neumayr,  
Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für klinische Geriatrie, Wien;

Prof. Dr. J. P. Obrecht  
Leiter der Abteilung für Onkologie, Dep. Innere Medizin der Universität,  
Kantonspital Basel (Schweiz);

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Pelikan,  
Vorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien  
und des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Medizinsoziologie, Wien;

Krankenschwester Renate Reimann,  
Bildungszentrum Essen (BRD);

Univ.-Prof. Dr. Leopold Rosenmayr,  
Institutsvorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien, Wien;

Dr. Walter Schuppich,  
Präsident der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und  
Burgenland, Wien;

Dr. Wilhelm Schützenberger,  
Ärztlicher Direktor am a. ö. Krankenhaus Linz, Linz;

Dr. Elisabeth Seidl,  
Leiterin des Pflegedienstes im Rudolfinerhaus, Wien;

Univ.-Prof. Dr. Walter Siegenthaler,  
Primarius am Universitätsspital Zürich (Schweiz);

Hofrat Primarius Dr. Erich Wayand,  
Kirchdorf, Oberösterreich;

Prof. Dr. Hans Georg Wolters,  
Internist, Niederhausen (BRD).

Für die konstituierende Sitzung der Kommission wurde der 27. April 1989  
in Aussicht genommen. (Schluß) red/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlagsadresse: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Freitag, 21. April 1989

Blatt 823

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

75. Geburtstag von Stadtrat a.D. Otto Pelzelmayer (830)

### Kommunal/Lokal:

Swoboda: Planungsverfahren EXPO '95 startet im Mai (824/FS: 20.4.)

Terminvorschau vom 24. April bis 6. Mai (825)

Benennung des Josef-Hala-Hofes in Währing (827)

Smejkal: Erfolg bei der Werbung um Pflegeeltern (828)

Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat (829)

Verkehrssperre der Maxingstraße (831)

Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“ (832)

Poliklinik: Sonntag Kabelumschaltungen der Post (nur FS)

### Kultur:

Konzerte im Schubert-Haus (826)

Mitarbeiter für „Wiener Musiksommer“ gesucht (826)



## **Swoboda: Planungsverfahren EXPO '95 startet im Mai**

Wien, 20.4. (RK-KOMMUNAL) Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA begrüßte am Donnerstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ die Aussagen des Präsidenten der Ingenieur- und Architektenkammer, Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, der das grundsätzliche Einverständnis seiner Interessensvertretung zum Planungsverfahren EXPO '95 bekräftigt hatte.

Swoboda kündigte an, daß noch im Mai dieses Jahres mit der Erarbeitung der städtebaulichen Vorhaben für den Wettbewerb begonnen wird, und mit einem offiziellen Start des Projektwettbewerbes gegen Ende 1989 zu rechnen ist. Die bereits konstituierte Jury wird das gesamte Planungsverfahren begleiten. Bereits jetzt hat die Ideensuche für die EXPO '95 begonnen, die ebenfalls Anregungen und Vorschläge für die Detailplanungen erbringen sollten.

### **Transparente Planung bei Großvorhaben**

Zur Kritik der Architektenkammer an den Planungen für das Steyr-Haus stellte der Stadtrat fest, daß er grundsätzliche für größtmögliche Transparenz bei derartigen Planungen eintrete. Im gegenständlichen Fall werden aufgrund der Empfehlungen des Fachbeirates Gutachter bestellt. Bereits jetzt hat die Stadt Wien Untersuchungen über die Verkehrssituation für den gesamten Bereich Steyr-Haus/Grand Hotel/Schwarzenbergplatz in Auftrag gegeben. (Schluß) lf/bs

Bereits am 20. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Terminvorschau vom 24. April bis 6. Mai**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 24. April bis 6. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### **MONTAG, 24. APRIL:**

ab 9.00 Uhr, Wiener Landtag und Gemeinderat

### **DIENSTAG, 25. APRIL:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Bediensteten durch Bgm. Zilk, StR. Swoboda (Festsaal, Rathaus)

19.00 Uhr, Wiener Vorlesungen: Prof. Dr. Ivan Illich: „Bildschirm und Traum. Zur Grammatik der Seele zwischen Sprache und Bild“ (Stadt-senatssitzungssaal)

### **MITTWOCH, 26. APRIL:**

10.00 Uhr, Eröffnung des 5. Zentralberufsschulgebäudes, Bgm. Zilk und Vbgm. Smejkal (21, Scheydgasse)

10.00 Uhr, Pressekonferenz StR. Hatzl und Polizeipräsident Dr. Bögl über die „Anonymverfügung“ (PID)

11.00 Uhr, Presseführung StR. Pasterk durch die Ausstellung „Wunderblock — eine Geschichte der modernen Seele“ (Messepalast, Reithalle in den ehemaligen Hofstallungen, 7, Messeplatz 1)

### **DONNERSTAG, 27. APRIL:**

von 9 bis 13 Uhr: PVC-Enquete, StR. Häupl (Festsaal des Alten Rathauses, 1, Wipplingerstr. 8, 2. Stock)

11.30 Uhr, Pressegespräch StR. Swoboda, Bezirksvorsteher Menger, Neugestaltung des Meiselmarktes (PID)

### **FREITAG, 28. APRIL:**

10.00 Uhr, Verabschiedung von in den Ruhestand getretenen Lehrpersonen durch Bgm. Zilk, Präsident Matzenauer (Wappensaal, Rathaus)

10.00 Uhr, Pressekonferenz Wiener Holding, Porzellanmanufaktur Augarten (Schloß Augarten)

### **SONNTAG, 30. APRIL:**

15.00 Uhr, Parkeröffnung durch StR. Häupl (19, Raimund-Zoder-Gasse)

### **DIENSTAG, 2. MAI:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dir. Herbert Lugmayr (Arb.-Zi, Bgm.)

### **MITTWOCH, 3. MAI:**

voraussichtlich 10 Uhr, Pressebesichtigung Lärmschutztunnel Kaisermühlen, A 22 (StR. Hatzl)

14.00 Uhr, Verkehrsfreigabe A 22 incl. Lärmschutztunnel Kaisermühlen

### **SAMSTAG, 6. MAI:**

ab 13.00 Uhr, Oldtimerparade

14.00 Uhr, Eröffnung des Kunst- und Kulturmarktes am Donaukanal durch StR. Schirmer  
(Schluß) red/gal

## **Konzerte im Schubert-Haus**

Wien, 21.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Schubert-Geburtshaus, 1090, Nußdorfer Straße 54, finden am 26. und am 27. April, jeweils um 19.30 Uhr, Klavierkonzerte von Hans PETERMANDL statt. Auf dem Programm stehen Werke von Franz Schubert. Karten sind im Musikreferat der Kulturabteilung der Stadt Wien, 1080, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Tel. 42 800/2741, erhältlich. (Schluß) gab/rr

## **Mitarbeiter für „Wiener Musiksommer“ gesucht**

Wien, 21.4. (RK-KULTUR/LOKAL) Der „Wiener Musiksommer“ sucht für die Monate Juli und August freie Mitarbeiter(innen) für die verschiedensten Tätigkeiten wie Billeteur- und Ordnerdienste, Künstlerbetreuung, Sesseltransporte oder Notenumblättern. Bewerber, die genügend Flexibilität für stundenweise Beschäftigung und Abenddienste aufbringen, können sich im Musikreferat der Kulturabteilung der Stadt Wien, 1080, Friedrich-Schmidt-Platz 5, Tel. 42 800/2741, melden. (Schluß) gab/rr

## **Benennung des Josef-Hala-Hofes in Währing**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Ein kürzlich fertiggestellter Gemeindebau im 18. Bezirk wird Samstag vormittag durch den Wiener Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER nach dem langjährigen, 1984 verstorbenen Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates Josef HALA benannt werden.

Der Gemeindebau in der Schulgasse 19/Hans-Sachs-Gasse 19-21 wurde vom bekannten Architekten Viktor HUFNAGL geplant, wobei die Bewohner die Möglichkeiten zur Mitbestimmung hatten. Der Wohnbau umfaßt 36 Wohnungen und wurde unter besonderer Schonung des Baumbestandes errichtet. Dadurch entstand ein großer, grüner Wohnhof und ein kleiner, zur Straße gewandter Vorplatz mit einer mächtigen, geschützten Kastanie.

Josef Hala war von 1954 bis 1969 Bezirksrat der SPÖ in Währing und von 1969 bis 1983 Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates. Er war einer der längstdienenden und engagiertesten Mitarbeiter der SPÖ-Währing und wegen seiner Hilfsbereitschaft weit über die Grenzen des Bezirks hinaus beliebt. Er starb im November 1984 völlig unerwartet. Die feierliche Benennung des Gemeindebaus wird um 11 Uhr erfolgen. Bereits ab 9 Uhr gibt es einen Jazz-Frühschoppen und ein umfangreiches Unterhaltungsprogramm für Kinder und Familien. (Schluß) ah/gg

## **Smejkal: Erfolg bei der Werbung um Pflegeeltern**

**Erstmals mehr Wiener Kinder bei Wiener Pflegefamilien als bei Pflegeeltern in den Bundesländern**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Erfolge zeigte die intensive Werbung des Wiener Jugendamtes um Wiener Pflegefamilien, erklärte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Zum Jahresende 1988 lebten erstmals mehr Wiener Kinder und Jugendliche bei Pflegefamilien aus Wien als bei Pflegeeltern in anderen Bundesländern, zeigt die neueste Statistik des Wiener Jugendamtes. In Wiener Familien aufgenommen sind derzeit 968 Kinder, 949 Wiener Kinder und Jugendliche leben bei Pflegefamilien in anderen Bundesländern. Noch im Jahr 1978, erklärte Smejkal, waren doppelt so viele Schützlinge des Jugendamtes in den Bundesländern untergebracht.

Ein Grund für diese positive Entwicklung, die es immer mehr Pflegekindern möglich macht, in ihrer Heimatstadt und in der Nähe von Verwandten und Freunden zu leben bzw. die Schule nicht wechseln zu müssen, liegt vor allem in der guten Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern des Jugendamtes, privater Organisationen und Vertretern der Wiener Pflegeelternvereine.

Sie treffen regelmäßig zu Round-Table-Gesprächen, die der Information, Werbung und Vorbereitung von Pflegeeltern dienen, zusammen, sagte Smejkal. Diese Gespräche gewinnen angesichts der kürzlich erfolgten Beschlußfassung über das neue Jugendwohlfahrtsrecht, durch das die Rechtsstellung der Pflegeeltern eine wesentliche Verbesserung erfahren hat, zusätzlich an Bedeutung.

Pflegeeltern als „Helfer des Kindes“ und als Partner der Jugendwohlfahrt stehen auch im Mittelpunkt von Vorbereitungsprogrammen, die die Wiener Volkshochschulen anbieten. (Schluß) jel/gg

## **Montag Sitzungen von Landtag und Gemeinderat**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag und der Wiener Gemeinderat treten am Montag zu Sitzungen zusammen, die jeweils mit einer Fragestunde eingeleitet werden. Die Sitzung des Landtages beginnt um 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht ein Bericht von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL zur Grünlanddeklaration, im Anschluß daran findet eine Debatte über diese Materie statt.

Nach der Sitzung des Landtages tritt der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Psychiatriekommission. In diesem Zusammenhang wird Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER über die Ergebnisse der Psychiatriereform berichten. Weitere Tagesordnungspunkte sind u.a. die Erweiterung der Obdachlosenherberge in der Gänsbachergasse sowie die Erhöhung des Sachkredites für die Renovierung der U-Bahn-Stationen am Gürtel. (Schluß) red/rr

## **75. Geburtstag von Stadtrat a.D. Otto Pelzelmayer**

Wien, 21.4. (RK-POLITIK) Otto Pelzelmayer wurde am 24. April 1914 in Schwarzenbach, Niederösterreich, als Sohn eines Lehrers geboren. Zwischen 1926 und 1933 besuchte er die Realschule in Wiener Neustadt, wo er mit Auszeichnung maturierte. Nach dem Tod seines Vaters trat er im Jahr 1934 in das österreichische Bundesheer ein, wurde 1935 in die Theresianische Militärakademie aufgenommen und im April 1938 als Leutnant ausgemustert. Nach der Übernahme in die deutsche Wehrmacht war Pelzelmayer an verschiedenen Kriegsschauplätzen in Frankreich und Nordafrika eingesetzt. Nach Festhaltung in Gefangenenlagern in Afrika und Kanada wurde er im August 1946 aus der Gefangenschaft entlassen.

1947 übernahm er im österreichischen Wirtschaftsbund des Organisations- und Personalreferat. Im Februar 1958 wurde er Landessekretär des Wiener Wirtschaftsbundes. Im Oktober 1964 wurde Otto Pelzelmayer in den Wiener Landtag und Gemeinderat gewählt, dem er durch fast zwei Jahrzehnte, bis zum November 1983 angehörte. Von 1971 bis 1973 war er amtsführender Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten. 1985 erhielt Pelzelmayer das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Wien. (Schluß) red/rr

## **Verkehrssperre der Maxingstraße**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Montag, 24. April, beginnen im 13. Bezirk in der Maxingstraße umfangreiche Arbeiten mehrerer städtischer Dienststellen, des Fernmeldebauamtes und anschließend die Neuherstellung des Fahrbahnbelages. Dazu ist eine komplette Sperre nahezu des gesamten Straßenzuges erforderlich, die voraussichtlich ein Jahr dauern wird.

Die Umleitung des Verkehrs erfolgt in Richtung Norden über die Route Elisabethallee — Wattmangasse — Trauttmansdorffgasse — Maxingstraße sowie in Richtung Süden über die Route Hietzinger Hauptstraße — Lainzer Straße — Gloriettegasse — Wattmangasse — Elisabethallee — Montecuccoliplatz. (Schluß) pz/rr



## **Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“**

### **Psychiatrie-Zielplan vor 10 Jahren beschlossen**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Vor 10 Jahren, am 2. April 1979, wurde dem Gemeinderat ein „Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung Wiens“ vorgelegt und einstimmig beschlossen. Die „Wiener Psychiatriereform“ ist mittlerweile zum Modell für die Durchführung von Psychiatriereformen in zahlreichen Ländern bzw. Städten geworden. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER berichtete Freitag in einem Pressegespräch gemeinsam mit dem Psychiatriebefauftragten und Chefarzt des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste Dr. Stephan RUDAS über die Fortschritte und Maßnahmen im Rahmen dieser Reform. Aufgrund des raschen Ausbaues der ambulanten und nachsorgenden Einrichtungen war unter anderem eine Reduktion in den psychiatrischen Krankenhäusern Baumgartner Höhe und Ybbs von über 3.100 Patienten auf knapp unter 1.000 möglich. Ebenso erhöhte sich der Anteil der freiwilligen Aufnahmen von 17,4 Prozent auf 66,6 Prozent. Insgesamt wurde der vor zehn Jahren beschlossene Zielplan, wie Stacher erklärte, mehr als erfüllt.

### **Neu geschaffene Einrichtungen**

Die wesentlichsten Schwerpunkte des Zielplanes waren, laut Stacher, eine Neuorganisation der beiden psychiatrischen Krankenhäuser sowie die Schaffung von Nachsorgeeinrichtungen wie etwa psychosoziale Stationen, Beratungsstellen, Übergangsheime und Wohngemeinschaften. Darüber hinaus wurde auch die Zusammenarbeit zwischen Krankenhaus und Außenversorgung forciert.

Folgende Einrichtungen wurden neu geschaffen:

- Kuratorium für Psychosoziale Dienste mit acht psychosozialen Zentren in Wien sowie mit Wohnheimen und Werkstätten für die Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter. Über 170 Mitarbeiter betreuen in etwa 100.000 jährlichen Kontakten über 5.000 Personen im Jahr.
- Zwei Förderpflegeheime für geistig Behinderte an der Baumgartner Höhe und in Ybbs.
- Je ein Institut für Drogenabhängige und ein Institut für Alkoholranke (Baumgartner Höhe).
- „Übergangspflege“ für alterspsychiatrische Patienten, die mit begleitender Hilfe von Pflegern und Schwestern aus dem Psychiatrischen Krankenhaus entlassen werden.
- Internistische Abteilung für organisch erkrankte psychiatrische Patienten.
- Psychiatrische Abteilung im Franz-Josef-Spital.

### **Mehr Therapeuten, Aufenthaltsdauer gesunken**

Stadtrat Stacher bezeichnete es als großen Erfolg der Psychiatriereform, daß neben der möglich gewordenen Patientenreduktion im Psychiatrischen Krankenhaus gleichzeitig auch das Betreuungspersonal vermehrt werden konnte. Gegenwärtig sind dort unter anderem 107 Ärzte und 890 Pfleger sowie Schwestern tätig. Außerdem führt jedes Primariat eine eigene Aufnahmestation, womit eine große zentrale Aufnahmeabteilung bzw. häufige Verlegung von Patienten vermieden werden. Zurückgegangen sind, laut Rudas, aber auch die Zwangseinweisungen selbstmordgefährdeter Patienten um 90 Prozent. Während früher viele hundert Patienten bis zu 30 und 35 Jahre stationär behandelt wurden, leben diese nunmehr aufgrund der ambulanten Betreuungsmöglichkeiten außerhalb des Krankenhauses. Seit 1980 wurden die bestehenden psychiatrischen Außenversorgungsdienste von rund 18.000 Menschen aufgesucht. (Schluß) zi/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlag: R. G. Müller, Wien, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 24. April 1989

Blatt 833

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“ (834/FS: 21.4.)
- Marktams-Jubiläum selbstverständlich Informationsausstellung, nicht Selbstzweck (835/FS: 21.4.)
- Stadtrat Stacher antwortet Präsident Neumann (836/FS: 21.4.)
- 15. Wiener Schultheatertreffen (838/FS: 22.4.)
- 75. Geburtstag von Eduard Sueß (839)
- Bezirksentwicklungsplan Meidling mit den Bürgern (840)
- Messelinie wieder in Betrieb (840)
- Spitalsombudsmann nun auf anderer Telefonnummer (841)
- Wiener Landtag (842-845)
- Wiener Gemeinderat (846 ff.)
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)
- Am Mittwoch Pressekonferenz über „Anonymverfügung“ (nur FS)
- Von Linie „8“ erfaßt und getötet (nur FS)

### Kultur:

- Ehrenring der Stadt Wien für Fritz Eckhardt (837/FS: 21.4.)
- Wiener Vorlesungen mit Ivan Illich (837/FS: 23.4.)
- Pasterk: Kontrollamt ist bei Demel-Haus bereits eingeschaltet (837)
- Am Mittwoch Presseführung durch „Wunderblock“-Ausstellung (nur FS)

## Erfolgreiche „Wiener Psychiatriereform“ (2)

### Lehren aus der Psychiatriereform für eine Spitalsreform

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Stacher betonte in der Pressekonferenz am Freitag, daß man aus der Psychiatriereform sehr gut Lehren für eine Strukturänderung in den anderen städtischen Krankenanstalten ziehen könne. Wenn man in den Akutspitälern die Zahl der Betten reduzieren wolle, dann müsse man die Außenversorgung verbessern. Es müsse eine Organisation geschaffen werden, die die verschiedenen Leistungen — von den niedergelassenen Ärzten bis zu den sozialen Diensten — bestmöglich koordiniert, damit die Patienten nach einem Spitalsaufenthalt ordentlich betreut werden. Dabei sei die Berücksichtigung der sozialen Komponente besonders wichtig, da es sehr viele alleinstehende alte Menschen gibt, die neben der medizinischen auch eine soziale Betreuung benötigen.

Zum zahlenmäßigen Verhältnis zwischen dem diplomierten Krankenpflegepersonal und Stationsgehilfinnen und -gehilfen stellte der Gesundheitsstadtrat fest, daß die Gehilfinnen und Gehilfen noch 1977 einen Anteil von 37,6 Prozent am gesamten Pflegepersonal hatten, 1988 hingegen in ganz Wien nur mehr 27,9 Prozent. In den städtischen Akutspitälern habe der Anteil 1988 sogar nur mehr 13,1 Prozent betragen.

Zur Solidaritätserklärung der Krankenhausbediensteten der Bundesländer mit ihren Wiener Kollegen und der Unterstützung der Forderung nach 1.800 zusätzlichen Krankenpflegern für die Wiener Spitäler meinte Stacher, er könne die Forderung verstehen, müsse aber doch festhalten, daß die Verhältnisse in Wien wesentlich besser seien als in den anderen Bundesländern. So gebe es im österreichischen Durchschnitt 3,85 Schwestern und Pfleger je 1.000 Einwohner, in Wien seien es jedoch 5,78.

Zum offenen Brief des Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Primarius Dr. Michael NEUMANN, an Bürgermeister Zilk und Stadtrat Stacher bemerkte der Gesundheitsstadtrat, er könne diese Empfindlichkeiten nicht recht verstehen. Er habe als Sofortmaßnahmen unter anderen vorschlagen

- eine einjährige Probezeit für neue Primärärzte, um ihre organisatorischen Fähigkeiten als Leiter einer Abteilung beurteilen zu können,
- eine klare Dienstzeitregelung für die Primärärzte,
- „Pflegekurse“ für Ärzte auf freiwilliger Basis, da diese Kenntnisse auf der Universität nicht erworben werden können, und
- neue Formen der Teamarbeit an den Stationen.

Natürlich müßten diese Maßnahmen mit den Ärzten und mit der Personalvertretung besprochen werden.

Er verstehe aber nicht, sagte Stacher, was an diesen Maßnahmen so extrem sei, daß es die Vertrauensbasis zwischen ihm als Ressortleiter und den Ärzten stören könnte. Er habe den Eindruck, daß hier mit Gewalt eine Differenz konstruiert werde. In der derzeitigen Situation haben alle — Ärzte, Pflegepersonal und Verwalter — die Aufgabe, gemeinsam wieder das Vertrauen der Patienten zu gewinnen. Wer jetzt Differenzen heraufbeschwöre, schade damit den Patienten und den Spitälern. (Schluß) sc/gg

Bereits am 21. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!  
Forts. von Blatt 832

## **Marktams-Jubiläum selbstverständlich Informationsausstellung, nicht Selbstzweck**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) „Die 'Feier' ist eine Ausstellung zum 150-Jahr-Jubiläum des Wiener Marktams und wird selbstverständlich ebenso wenig wie der geplante Rathausmarkt auf dem Rathausplatz Selbstzweck oder Beweihräucherung sein, sondern soll den WienerInnen einen Überblick über die schließlich nicht so unwichtigen Aufgaben des Marktams, das gleichzeitig Lebensmittelpolizei ist, und über dessen Serviceangebote, zum Beispiel die Beratung der KonsumentInnen sowie die Entgegennahme und Behandlung von Beschwerden bieten. Selbstverständlich aber ist ein solches Jubiläum Anlaß, die Wiener Märkte, aber vor allem die Leistungen des Marktams, die ja allen WienerInnen dienen, populär zu machen und über Serviceangebote verstärkt zu informieren“. Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER heute, Freitag, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung der FPÖ-Gemeinderätin Kariotis. „Der entsprechende Antrag wird im Mai dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zur Beschlußfassung vorliegen. Selbstverständlich werden auch die Kosten, voraussichtlich eine Million, nicht vergeudetes Steuergeld sein, sondern große Teile der Ausstellung werden anschließend weiterverwendet, um z. B. die permanent im Marktamsgebäude stattfindende Ausstellung zu ergänzen, die auch von Schulen, z. B. der Berufsschule für Lehrlinge der Stadt Wien, der Fachschule für wirtschaftliche Berufe, der Berufspädagogischen Fachschule und der HTL für Behinderte, besucht wird“, betonte Schirmer.

Die Stadträtin wies auch darauf hin, daß sich die entsprechenden Gremien der Wiener Handelskammer für den „Alt-Wiener Rathausmarkt“, der zur Ausstellungszeit am Rathausplatz stattfinden soll, ausgesprochen haben, und offensichtlich — wie die bisherigen Besprechungen zeigten — gerne daran teilnehmen, sonst wären die Anmeldungen nicht so zahlreich eingelangt. Ebenso gibt es Unterstützung von anderen Institutionen, geplant ist außerdem ein kleines kulturelles Programm.

Gleichzeitig findet die internationale Tagung der Arbeitsgemeinschaft für Marktwesen im Deutschen Städtetag und des Österreichischen Städtebundes statt. Die Ausstellung in der Volkshalle des Rathauses ist für 13. bis 23. Juni, täglich von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt, geplant, der Markt soll von 13. bis 25. Juni täglich von 10 bis 20 Uhr stattfinden. „Gerade solche Aktivitäten sind ja eine gute Möglichkeit, für das Marktgeschehen zu werben, wie es sich Frau Gemeinderätin Kariotis wünscht. Ich erwarte daher, daß sie aufgrund ihrer eigenen Aussendung dem Projekt ihre Zustimmung gibt“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/gg

Bereits am 21. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Stadtrat Stacher antwortet Präsident Neumann**

Wien, 21.4. (RK-KOMMUNAL) In einer weiteren Stellungnahme zum offenen Brief des Präsidenten der Wiener Ärztekammer, Primarius Dr. Michael NEUMANN, erklärte der Wiener Gesundheitsstadtrat, Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, Freitag nachmittag, die Regelung der Mindestdienstzeit von Primärärzten sei keine Maßnahme gegen die Primärärzte, sondern schütze sie im Gegenteil gegen eventuelle Vorwürfe, zu wenig im Krankenhaus anwesend zu sein. Klare Regelungen müßten doch im Interesse aller sein. Stacher: „Ich bin sicher, daß auch der Ärztekammerpräsident dagegen keine Einwände hat. Die Mitsprache der Kammer bei Fragen, die die Ärzte betreffen, ist festgelegt und muß daher nicht erst gefordert werden.“  
(Schluß) sc/rr

Bereits am 21. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Ehrenring der Stadt Wien für Fritz Eckhardt**

Wien, 21.4. (RK-KULTUR) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte Freitag nachmittag im Rahmen einer Feier im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses an Prof. Fritz ECKHARDT den Ehrenring der Stadt Wien. Zilk würdigte in seiner Rede die Verdienste des 82jährigen als Schauspieler, Autor und Regisseur. Nach seinen Dankesworten übergab Eckhardt an Bürgermeister Zilk einen Scheck in der Höhe von 100.000 Schilling zur Unterstützung bedürftiger Mitbürger.

Der Feier wohnten u.a. Stadtrat Dr. Erhard BUSEK, Klubobmann Dr. Erwin HIRNSCHALL, Bundesminister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER und der frühere Polizeipräsident Josef HOLAUBEK bei. (Schluß) red/rr

Bereits am 21. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Wiener Vorlesungen mit Ivan Illich**

Wien, 23.4. (RK-KULTUR) Die nächste Veranstaltung im Rahmen der Wiener Vorlesungen findet kommenden Dienstag, den 25. April, um 19 Uhr im Stadtsenatssitzungssaal des Rathauses statt. Prof. Dr. Ivan ILLICH (Universität Cuernavaca, Mexico) spricht über das Thema „Bildschirm und Traum. Zur Grammatik der Seele zwischen Sprache und Bild“. Moderiert wird die Veranstaltung von Barbara RETT.

Die Wiener Vorlesungen stehen 1989 unter dem Generalthema „Seele — weites Land ...“. (Schluß) ger/bs

Bereits am 23. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Pasterk: Kontrollamt ist bei Demel-Haus bereits eingeschaltet**

### **Überprüfung des Zuschusses aus dem Altstadterhaltungsfonds**

Wien, 24.4. (RK-KULTUR) Zu einer Aussendung der ÖVP, in der diese die Überprüfung der Zuschüsse aus Mitteln des Altstadterhaltungsfonds in der Gesamthöhe von 4,3 Millionen Schilling an die Christian Demel & Söhne Ges.m.b.H als Erfolg ihrer Oppositionspolitik deklariert, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“, daß sie diese Überprüfung bereits am 18. April angeordnet hat. Zwar sei diese Überprüfung aufgrund der vorhandenen Unterlagen nicht notwendig, ebenso wenig gebe es aber einen Grund, diese Überprüfung nicht vorzunehmen. Sie bedürfe jedenfalls nicht der von der ÖVP aus durchsichtigen Gründen lancierten Anfrage, um eine derartige Prüfung vornehmen zu lassen, schloß Pasterk. (Schluß) gab/bs

## **15. Wiener Schultheatertreffen**

Wien, 22.4. (RK-LOKAL) „Macht — Ohnmacht“ ist das Schwerpunktthema des 15. Wiener Schultheatertreffens, das vom 24. bis 28. April stattfindet. Hauptsächlich in Eigenproduktionen zeigen Wiener Schülerinnen und Schüler ab dem 8. Lebensjahr in jeweils 15 bis 30 Minuten dauernden Aufführungen ihre Interpretationen zu diesem Thema. Kritisch werden dabei, nicht nur mit klassischem Sprechtheater, sondern auch durch Pantomime, Tanz und Musik, soziale, kulturelle und politische Aspekte unter die Lupe genommen.

Passend zum aktuellen Thema ist auch der Veranstaltungsort: 22., Straße der Menschenrechte 1, Internationale Schule.

Das 15. Wiener Schultheatertreffen findet vom 24. bis 28. April, täglich ab 15.30 Uhr statt. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei. (Schluß) jel/gg

Bereits am 22. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## 75. Todestag von Eduard Sueß

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Eduard Sueß wurde am 20.8.1931 in London als Sohn eines sächsischen Geschäftsmannes geboren. Seine Mutter stammte aus Prag, wohin die Familie bald übersiedelte und wo Sueß seine Studien begann. 1846 folgte die Übersiedlung nach Wien. Hier begann Sueß auf Wunsch seines Vaters ein Studium an der Technischen Hochschule, ohne jedoch einen Abschluß zu erreichen. Das Jahr 1848 sah ihn in der Studentenlegion. Er kam vors Kriegsgericht, der Direktor der Geologischen Reichsanstalt, Wilhelm von Haidinger, verhalf ihm wieder zur Freiheit.

Eine Laufbahn im industriellen Unternehmen seines Vaters interessierte ihn wenig, viel mehr jedoch naturwissenschaftliche und paläontologische Studien. Er trat als Volontär in das Mineralienkabinett des Naturhistorischen Hofmuseums ein und stieg bald zum Kustor auf.

1857 erfolgte seine Ernennung zum ao. Professor für Paläontologie. 1862 übernahm Sueß als ao. Professor die Lehrkanzel für Geologie an der Universität Wien und schied aus dem Museumsdienst aus. Sein im selben Jahr erschienenes Werk „Der Boden der Stadt Wien nach seiner Bildungsweise, Beschaffenheit und seinen Beziehungen zum bürgerlichen Leben“ begründete seinen Ruf als Geologe und bahnte ihm den Weg ins öffentliche Leben.

1863 wurde er in der Leopoldstadt in den Gemeinderat gewählt. Hier regte er den Bau einer Trinkwasserleitung aus den hochgelegenen Quellen des Alpenvorlandes in die des öfteren von Typhus heimgesuchte Stadt an, der nach Überwindung zahlreicher Widerstände auch erfolgt ist (1. Wiener Hochquellenwasserleitung). Weiters setzte er sich besonders für die Regulierung der Donau ein, um Wien vor den immer wiederkehrenden Überschwemmungen zu schützen, ein Plan, der ebenfalls verwirklicht wurde. Im Gemeinderat war Sueß 1863-1873 und 1882-1886 tätig. 1867 zum ordentlichen Professor ernannt, schuf er eine „Schule der Geologie“, seine weit-ausholende zusammenfassende Betrachtungsweise fand in seinem Haupt- und Lebenswerk „Das Antlitz der Erde“, 3 Bde 1883-1909, ihren Niederschlag.

1873 wurde er in den Reichsrat gewählt und war in der Folge ein Vierteljahrhundert lang (bis 1897) als Parlamentarier am linken Flügel der Liberalen Partei tätig. Der Wiener Gemeinderat hatte ihn nach Fertigstellung der Hochquellenwasserleitung am 17. Oktober 1873 zum Ehrenbürger ernannt. Sueß starb am 26. April 1914 in Wien.

### Briefmarke und Sonderpostamt

Anlässlich des 75. Todestages von Eduard Sueß erscheint eine Briefmarke (6 Schilling). Erster Ausgabetag ist der 26.4.1989. An diesem Tag wird in den Wiener Wasserwerken (6, Grabnergasse 6) in der Zeit von 8 bis 18 Uhr ein Sonderpostamt eingerichtet. (Schluß) red/rr



## **Bezirkentwicklungsplanung Meidling mit den Bürgern**

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Noch stärker als bisher will Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA die Bürger in den Planungsprozeß auf Bezirksebene einbeziehen.

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Bezirkentwicklungsplanung Meidling“ bekräftigte er den Grundsatz der Transparenz der Planung und der frühestmöglichen Information und Beteiligungsmöglichkeit für die Bürger.

„Wir alle müssen erkennen, daß Planung nicht unwiderruflich optimale Entscheidungen von Experten bringen kann, sondern daß jeweils zwischen mehreren Lösungsmöglichkeiten zu entscheiden ist. Dabei müssen wir die Bevölkerung rechtzeitig wie hier in Meidling — bereits mit den Ergebnissen der Strukturanalyse des Bezirks — konfrontieren. Auf dieser Grundlage können dann alle Interessenten ihre Beiträge liefern“, sagte Swoboda.

Der Planungsstadtrat kündigte auch an, daß die Bezirksplanung als Schwerpunkt seines Ressorts durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden soll. Als Beispiele nannte er die Herausgabe von Sondernummern der Zeitung „Unser Wien“ zum Thema Bezirksentwicklung wie sie derzeit in Floridsdorf und in den kommenden Wochen in Meidling jeder Haushalt in den Briefkasten bekommt. Bezirksvorsteher Ing. Kurt NEIGER sagte anläßlich der Ausstellungseröffnung, daß man sich in diesem Bezirk bereits sehr früh zur aktiven Beteiligung der Bürger in Planungsfragen entschlossen habe. Er verwies auf eines der ersten Wiener Stadterneuerungsgebiete, auf die Beiträge der Meidlinger zur Planung Gürtel, Süd- und Westeinfahrt sowie auf das Ortsplanungsmodell Hetzendorf.

Die Ausstellung im Amtshaus Meidling, Schönbrunner Straße 259, 1. Stock (Festsaal) gegenüber der U-Bahn-Station Meidling ist bis einschließlich 18. Mai jeweils Dienstag von 10 bis 16 Uhr (ausgenommen 4. und 13. Mai), Donnerstag von 10 bis 20 Uhr und Samstag von 9 bis 13 Uhr (ausgenommen 4. und 13. Mai) bei freiem Eintritt geöffnet. (Schluß) lf/gg

## **Messelinie wieder in Betrieb**

Zur „IFABO“ mit Tram und Bus

Wien, 24.4. (RK-LOKAL) In der Zeit vom 25. bis 29. April verkehren während der Öffnungszeiten der IFABO folgende Linien zum Messegelände im Prater:

Die Linie „N“ fährt vom Schwedenplatz bis Prater Hauptallee (Messegelände Südportal). Die Linie „21“ fährt ab Schwedenplatz über Praterstern — Elderschplatz zum West- und Nordportal. Die Linien „10 A“ und „11 A“ fahren zum Elderschplatz (Messegelände Nordportal).

Zusätzlich verkehrt die Linie „81“ zwischen Praterstern und Lagerhauschleife zum Messegelände Westportal und die Linie „82 A“ zwischen Praterstern und Messe Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ durch die Autobuslinie „82 A“ gewährleistet ist, wird in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle eingehalten. Diese Messelinie wird in der Zeit von 8.30 bis 18.35 Uhr — am Donnerstag, dem 27. April bis 20.30 Uhr — in einem Zehn-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/gg

## **Spitalsombudsmann nun auf anderer Telefonnummer**

**Stacher: 880 Anrufe aufgenommen**

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Da im Zusammenhang mit den furchtbaren Vorfällen in einer Abteilung des Krankenhauses Lainz in den letzten Tagen wesentlich weniger Anrufe beim Spitalsombudsmann eingelangt sind, ist der Ombudsmann ab sofort nicht mehr auf den dafür extra eingerichteten Nummern 531 14/504 und 531 14/507 zu erreichen. Für Anrufe in Bezug auf das Krankenhaus Lainz steht nun die Nummer 531 14/315 zur Verfügung. Für alle anderen Wünsche, Anregungen und Beschwerden gibt es nach wie vor die „normale“ Ombudsmann-Nummer 533 21 37.

Wie Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Montag vormittag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, sind bis Ende vergangener Wochen 880 Anrufe aufgenommen worden. 642 davon wurden an die Bundespolizeidirektion Wien weitergeleitet. Rund 100 Anrufer lobten Schwestern und Ärzte in Lainz und in anderen städtischen Krankenanstalten oder deponierten beim Spitalsombudsmann verschiedene Anregungen.

Hier eine Auswahl der telefonischen Anregungen:

- Verstärkter Einsatz von auf einen Turnusplatz wartenden Jungmedizineren im Pflegedienst;
- Miteinbeziehung von Angehörigen bei der stationären Pflege von alten Patienten;
- Einsatz von mehr diplomiertem Personal, besonders bei der Altenpflege;
- Lockerung der Ruhensbestimmungen und Teilzeitbeschäftigung von pensioniertem Personal;
- mehr Ärztedienste im Nachtdienst;
- verstärkte Heranziehung von älterem Pflegepersonal für die Altenpflege, weil es mehr Verständnis für ältere Menschen hat;
- alle zwei Jahre Wechsel des Pflegepersonals an andere Abteilungen;
- Supervision für das Pflegepersonal;
- Abschaffung des hierarchischen Systems innerhalb der Abteilungen — das leitende Personal muß sich mehr um die Mitarbeiter kümmern;
- unangesagte Kontrollen während der Nachtstunden.

(Schluß) sc/bs

## Wiener Landtag

### Fragestunde

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Landtages unter dem Vorsitz von Landtagspräsidentin Gertrude STIEHL (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP), warum eine bereits zugesagte Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes bisher nicht vorgelegt wurde, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ): Der Entwurf wurde zirka vor einem Jahr vorgelegt und führte zu umfangreichen Diskussionen mit diametral entgegengesetzten Auffassungen.

Die Siedler sind der Ansicht, daß sie sich ohnedies am meisten um den Naturschutz kümmern und daher eine Unterschützstellung ihrer Bäume einen Eingriff in ihre Privatangelegenheiten bedeutet, während die Naturschutzorganisationen heftig eine Unterschützstellung verlangen. Derzeit werde die Möglichkeit einer Regionalisierung beim Baumschutzgesetz untersucht. Die historischen Bundesgärten werden voraussichtlich vom Baumschutzgesetz nicht erfaßt werden. In den dicht bebauten Gebieten der Stadt soll zur Innenhofbegrünung das Baumschutzgesetz jedenfalls angewendet werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Mag. KABAS (FPÖ), wie weit die Bemühungen gediehen sind, den Bundesgesetzgeber dazu zu bewegen, die Luxusmehrwertsteuer auf Neuwagen schon vor 1992 zu senken, antwortete Stadtrat Dr. HÄUPL, er strebe, unterstützt von Autofahrerorganisationen und den Städten, an, die Steuersenkung schon vorher durchzusetzen. Man dürfe zwar nicht übersehen, daß es sich dabei um eine Bundesmaterie handelt, aber Wien hat ein ganzes Paket konstruktiver Vorschläge eingebracht. Er gehe davon aus, sagte Häupl, daß eine Diskussion über den Zeithorizont erfolgreich sein werde. Der Stadtrat erläuterte, daß nicht er das Thema Mehrwertsteuersenkung in die Öffentlichkeit gebracht und damit möglicherweise einen Rückstau beim Neuwagenkauf ausgelöst habe, sondern daß dieses Thema vom ÖAMTC öffentlich losgetreten und er als Umweltreferent der größten österreichischen Stadt nach seiner Meinung dazu gefragt wurde. Tatsächlich werde jedenfalls dieses Thema in der Öffentlichkeit diskutiert werden müssen.

Das Bundesumweltverträglichkeitsgesetz werde von Wien als ein geeignetes Instrument gemäß dem Vorsorge- und Verursacherprinzip angesehen, sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. JANK (SPÖ). Diese Gesetzesvorlage erfülle eine langjährige Forderung der Länder und Gemeinden und solle ein integrierter Verfahrensbestandteil bei der Genehmigung von Projekten werden. Zu diskutieren sei allerdings die Problematik verfassungsrechtlicher Abgrenzungen und die Länderkompetenzen. Grundsätzlich stehe Wien dieser Gesetzesvorlage aber außerordentlich positiv gegenüber.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. NEUBERT (ÖVP) nach einem flächendeckenden Warn- und Alarmsystem in Katastrophenfällen erklärte StR. Dr. HÄUPL, die Magistratsdirektion habe gemeinsam mit der Bundespolizeidirektion Wien ein provisorisches System zur Warnung der Wiener Bevölkerung im Katastrophenfall mit Hilfe von mobilen Warneinrichtungen und der Nutzung der Haltestellenlautsprecher der Verkehrsbetriebe erarbeitet. Eine Ausschreibung für ein flächendeckendes Sirenenwarn- und Alarmsystem werde in Kürze stattfinden. In der nächsten Sitzung des Zivilschutzverbandes werde es außerdem eine Erläuterung der Katastrophenpläne geben, kündigte Häupl an. Fragen des Zivilschutzes seien sehr ernst zu nehmen, sagte Häupl auf eine Zusatzfrage, werden in der Öffentlichkeit aber nach wie vor unterschätzt. So sei die Bevorratung in Haushal-

ten äußerst gering. Man müsse gemeinsam, schloß Häupl, das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Zivilschutzmaßnahmen wecken.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. Brunhilde FUCHS (SPÖ), ob es möglich sein wird, in die kommende Bauordnungsnovelle Verbesserungen für Behinderte einfließen zu lassen, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß sie laufend um derartige Verbesserungen bemüht sei. Es wurde ein eigener Arbeitskreis ins Leben gerufen, in den die Interessensvertretungen der Behinderten eingebunden sind. An konkreten Maßnahmen sind unter anderem rollstuhlgerechte Türen und stufenlose Zugänge zu den Aufzügen in neuen Häusern vorgesehen. Solche Maßnahmen für die Behinderten kommen überdies auch der älteren Bevölkerung zugute.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KARL (ÖVP), in wievielen Fällen seit dem Inkrafttreten des neuen Wiener Tierschutz- und Tierhaltungsgesetzes mit 1. Jänner 1988 Übertretungen gegen die Leinen- und Maulkorbpflicht mit Verwaltungsstrafen geahndet wurden, sagte StR. SCHIRMER, daß es 1988 bei einem Bestand von 54.000 Hunden rund 1.000 Anzeigen gegeben habe. 1981 sind es 2.000 Verfahren bei 58.000 Hunden gewesen. Dieser Rückgang läßt auf ein erhöhtes Verantwortungsgefühl der Hundebesitzer schließen.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. LEHNER (SPÖ), welche Maßnahmen getroffen werden, um vergnügungssteuerpflichtige Tanzveranstaltungen zu erfassen, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPÖ), daß derartige Überprüfungen von der Revisionsstelle der MA 4 vorgenommen werden. Weiters werden Veranstaltungskalender und Veranstaltungsorte in den Bezirken überprüft.

Mit der Novelle zum Fernwärmeförderungsgesetz sei die Förderung der Fernwärme in Wien nicht in ausreichendem Maße geregelt, sagte Stadtrat HATZL (SPÖ) in Beantwortung der ACHTEN ANFRAGE von LAbg. WOLLER (SPÖ). Immerhin gebe die Novelle entgegen den ursprünglichen Befürchtungen die Möglichkeit, im Sinne umweltfreundlicher Heizungen weiterzuarbeiten. Die „Kraft-Wärme-Kupplung“ wurde „nach hartem Ringen“ nicht aus der Förderung gestrichen, stellte Hatzl fest. Die ursprüngliche Rahmensumme von acht Milliarden Schilling wurde auf elf Milliarden für ganz Österreich ausgeweitet. Das gebe aber nur die Möglichkeit, bereits eingereichte Projekte zu realisieren. In den nächsten Jahren seien keine Zusatzförderungen zu erwarten.

#### **Verabschiedung von Stadtrat Dr. Busek**

Nach der Fragestunde meldete sich Landeshauptmann Dr. ZILK zu Wort. Er gab bekannt, daß Stadtrat Dr. BUSEK (ÖVP) sein Amt als Stadtrat und Mitglied der Wiener Landesregierung nach 13jähriger Tätigkeit für Wien niedergelegt habe, um in die Bundesregierung zu wechseln. Busek, 1941 geboren, war bereits von Beginn seiner politischen Tätigkeit an in einer Reihe wichtiger Funktionen mit nachhaltigem Einfluß vor allem im Bereich des Wirtschaftslebens tätig, sagte Zilk. 1976 wurde Busek Stadtrat, 1978 bis 1987 war er Vizebürgermeister von Wien.

„Sie waren mehr als ein Bunter Vogel“, wandte sich Zilk direkt an Busel. „Ihre Tätigkeit hat in Wien Akzente gesetzt. Sie gehören zu jenen Persönlichkeiten, die durch ihr Engagement starken Einfluß auf die Wiener Politik ausgeübt haben.“ Die Opposition müsse ihre Ideen zwar nicht durchsetzen, stelle aber eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie dar. Eine Reihe dieser Ideen wurde jedoch gemeinsam realisiert. „Sie waren ein unangenehmer, weil intellektuell und rhetorisch brillanter Gegner. Aber, um einen Schlagertext zu zitieren: Ich hab' mich so an Sie gewöhnt. Sie werden mir fehlen.“

Forts. von Blatt 842

Forts. auf Blatt 844

Abschließend hob Zilk hervor, daß Busek angekündigt habe, in seiner Tätigkeit in der Bundesregierung weiterhin die Interessen Wiens vertreten zu wollen. Da gebe es viel zu tun: so das Projekt Messepalast, die Reorganisation der Bundesmuseen oder den Ausbau der Forschung. Der Landeshauptmann schloß mit den besten Wünschen an den neuen Bundesminister für viel Erfolg in seiner künftigen Tätigkeit.

### **Bericht zur Grünlanddeklaration**

Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ) legte den Bericht zur Grünlanddeklaration vor. Im Zusammenhang damit erklärte Häupl, daß es in der Stadtentwicklung und in der Grünlandpolitik Zielkonflikte im Hinblick auf die unterschiedlichen Nutzungsinteressen gebe. So stehe bisweilen die notwendige Nutzung für Wohnbau und Betriebsansiedlungen im Gegensatz zu den ebenso notwendigen Interessen von Erhaltung, Schaffung und Bewirtschaftung von Grünflächen. Auf der Basis des Stadtentwicklungsplanes sei es notwendig, diese Zielkonflikte möglichst zu beseitigen.

LAbg. Mag. KABAS (FPÖ) erklärte, daß die Konflikte zwischen Wohnraumbeschaffung und Grünlandpolitik künstlich forciert würden. Vorrang sollte nämlich die Stadterneuerung haben. Mit dem vorliegenden Bericht zur Grünlanddeklaration sei eine Chance vertan worden, der Bevölkerung klarzumachen, welche Anstrengungen in Wien zu einer positiven Grünlandpolitik unternommen werden müssen. Für ihn, so Kabas, sei der Bericht ein Torso. Es fehlten sowohl ein Durchführungs- als auch ein Kosten- und Finanzierungsplan zur Grünlanddeklaration. Außerdem finde sich in dem Bericht keine umfassende Darstellung der nächsten Schritte in der Grünlandpolitik. Weiters fehlten eine Beschreibung des Zustandes des Wienerwaldes, Details über die Innenhofbegrünung sowie ein Kapitel über den Nationalpark Ost. Der Luftbericht, auf den verwiesen wird, liege noch immer nicht vor. Außerdem fehlten Hinweise, in welchen Bereichen die Grünlanddeklaration nicht eingehalten werde, wie zum Beispiel bei der Verbauung der Schmelz.

Aus den erwähnten Gründen lehne die FPÖ den Bericht zur Grünlanddeklaration ab, schloß Kabas.

LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) meinte, Grünraumpolitik sei konfliktträchtig, dies gehe aber aus dem Bericht nicht hervor, alle Probleme seien ausgeklammert. Als aktuelle Beispiele nannte Hawlik Fragen im Zusammenhang mit geplanten Einkaufszentren, der geplanten Weltausstellung, der Entwicklung der Quellenschutzwälder und dem Zustand des Wienerwaldes. Am Beispiel der geplanten Verbauung der Schmelz zeige sich, daß die Stadt Wien bei Interessenskonflikten dem Grünland nicht den Vorrang gebe, wie es in der Grünlanddeklaration vorgesehen sei. Dr. Hawlik warf der Regierungspartei vor, sich nicht der Diskussion zu stellen. Weiters urgierte er die Schaffung eines Grünlandfonds.

LAbg. REITER (SPÖ) widersprach Hawlik und betonte, daß bei Interessenskonflikten dem Grünland sehr wohl Vorrang eingeräumt werde. Und der Bericht drücke das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie deutlich aus. Er enthalte alle Maßnahmen, die von Bedeutung sind, und gehe auch sachlich auf die „kleinen Dinge“ ein. An positiven Beispielen nannte Reiter die Maßnahmen im 23. Bezirk sowie in Floridsdorf und besonders am Bisamberg.

LAbg. Rosemarie WALLNER (ÖVP) verwies darauf, daß in den letzten 20 Jahren jährlich rund 50 Hektar an landwirtschaftlichen Flächen in Wien verloren gegangen seien. In der Landwirtschaft herrsche eher ein großes Mißtrauen. Eine widmungsmäßige Absicherung der landwirtschaftlich genutzten Grundflächen sei nötig, denn Grund und Boden seien für die Bauern eine Produktionsgrundlage. Die Grünpolitik der Stadt müsse eine

Forts. von Blatt 843

Forts. auf Blatt 845

funktionierende Landwirtschaft ermöglichen, und der Verdrängungsprozeß der Wiener Landwirtschaft müsse gestoppt werden.

LABg. Josefa TOMSIK (SPÖ) verwies darauf, daß bei zwei Drittel aller Flächenwidmungsänderungen der Grüngedanke im Vordergrund gestanden sei. An positiven Maßnahmen der letzten Jahre erinnerte Tomsik an die Innenhofbegrünungsaktionen, an die Alleensanierungen und bedauerte, daß es trotz intensiver Forschungen noch nicht gelungen sei, die Ursachen des Eichensterbens im Wienerwald wissenschaftlich zu erforschen.

3. Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) nannte den Bericht eher einen Jubelbericht als einen Problebericht. Ein derartiger Bericht sollte die Probleme und die Konfliktbereiche aufzeigen. Dieser Bericht enthalte nichts Kritisches, nichts Selbstkritisches und sei daher kaum eine Grundlage für eine weitere Diskussion. Dennoch, so Welan, sei in den letzten Jahren Positives geschehen.

Dazu zählte Welan die Sanierung der Kleingartengebiete, die Maßnahmen zur Lobauverordnung, die Alleensanierung und die Verbesserung der Grünversorgung in machen Teilen des inneren Stadtgebietes. Für die weitere Planung genüge es aber nicht, veraltetes Datenmaterial heranzuziehen. Welan wünschte sich einen rigorosen Vollzug der Gründlanddeklaration und verwies auf die noch zu lösenden Probleme etwa bei der Deponie Rautenweg, im Industriezentrum im Süden von Wien, bei der geplanten Weltausstellung, beim Wienerwald und bei der Nationalpark-Frage.

StR. Dr. HÄUPL wehrte sich in seinem Schlußwort gegen den Vorwurf der Diskussionverweigerung zum Thema Schmelzverbauung. Es habe ausführliche und öffentliche Diskussion gegeben, er vertrete eben eine andere Auffassung als die Bürgerinitiative, und das geforderte Umweltveto wäre gesetzwidrig gewesen. Zur Situation der Wiener Landwirtschaft meinte Dr. Häupl, das Mißtrauen, das LABg. Wallner ausgedrückt habe, sei übertrieben. Andererseits, so Häupl, sei die von ihr vertretene rationelle Bewirtschaftung ohne Einschränkungen mit dem Begriff der Öko-Sozialen Landwirtschaft nicht vereinbar. Hier gebe es offensichtlich einen Zielkonflikt, der ausdiskutiert werden müsse. Der Bericht verdiene die Abqualifizierung als Jubelbericht nicht, sagte Häupl, da dieser Bericht viel Kritik und Selbstkritik enthalte.

ABSTIMMUNG: Der Bericht zur Gründlanddeklaration 1986 wurde mit den Stimmen der SPÖ zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung des Landtages schloß um 11.55 Uhr. (Schluß) red

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von Gemeinderätin Eveline ANDRLIK (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), wie weit die Vorbereitungsarbeiten für das Mozart-Jahr 1991 gediehen sind, antwortete Stadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) mit einem Überblick über das bisher geplante Programm. Auftakt soll eine Ausstellung des Historischen Museums im Künstlerhaus sein. Themen werden das letzte Lebensjahrzehnt Mozarts in Wien und Mozarts europäische Dimension sein. Am 6. Jänner 1991 ist ein Eröffnungskonzert mit dem Titel „Mozart gehört der Welt“ geplant. Im Musikverein, im Konzerthaus, in der Augarten-Manufaktur, in der Staatsoper, in der Volksoper sowie im Rahmen des Wiener Musiksommers sind Veranstaltungen vorgesehen. Den Abschluß bildet eine Requiem-Aufführung am 6. Dezember 1991. Es wird außerdem Symposien, Kongresse, Projekte für Kinder und Amateur-Kammermusik-Veranstaltungen geben. Das Wiener Zusatzprogramm für das Mozart-Jahr wird innerhalb des nächsten Jahres der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. GOLLER (ÖVP), warum sie nicht in Erwägung ziehe, den Zuschuß aus dem Altstadterhaltungsfonds für das Demel-Haus durch das Kontrollamt überprüfen zu lassen, antwortete StR. Dr. PASTERK, sie habe sich am 18. April dazu entschlossen, das Kontrollamt um eine Untersuchung zu bitten. Es habe bereits damit begonnen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. SEVCIK (SPÖ), welche Maßnahmen die Stadt Wien ergreift, damit das bei Tiefbauvorhaben gefundene kulturelle Erbe nicht zerstört werde, antwortete Stadträtin Dr. PASTERK, daß diesem Ziel durch eine Neuorganisation der Kompetenzen ebenso Rechnung getragen wurde wie durch das Einwirken der Stadt auf den Inhalt des Denkmalschutzgesetzes und durch die Einsetzung eines eigenen Stadtarchäologen. Nun soll ein archäologischer Fundkataster erstellt werden, damit bei künftigen Bauvorhaben Schäden an historischem Bestand vermieden werden können. Als Beispiele erfolgreicher Stadtarchäologie nannte Pasterk die Einbeziehung der Stadtmauer bei der Wollzeile in die U-Bahn-Station, den Ludwigschor neben der Michaelerkirche, die Ausgrabungen auf der Freyung, die alte Freitreppe des Schlosses Schönbrunn und das Kindermassengrab in Heiligenstadt.

Das 3. Festival „Töne und Gegentöne“ sei ein Publikumshit gewesen, sagte Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK (SPÖ) auf die VIERTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Von den rund 6.100 Karten für die 13 Konzerte in der Secession wurde über 90 Prozent verkauft, die zwei Konzerte im Messepalast haben rund 2.000 Besucher angelockt. Es habe sogar nach Möglichkeit Wiederholungskonzerte gegeben. Auch die Kartenbons sind gut angekommen. Töne und Gegentöne werde im Frühjahr 1991 wieder stattfinden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Karin LANDAUER (FPÖ), inwieweit promovierte Jungärzte verstärkt im Pflegedienst eingesetzt werden könnten, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß diese Jungärzte, da sie keine Pflegeausbildung hätten, nur als ungeprüfte Stationsgehilfen angestellt werden könnten. Seit 1982 gebe es 60 Ärzte im Pflegedienst, ab 1. Mai bis 30. September könnten weitere 50 im Pflegedienst eingesetzt werden. Man müsse sich aber darüber im klaren sein, daß dies kein Ersatz für diplomierte Krankenschwestern sein könne. Zu der Zahl von 1.800 fehlenden Krankenpflegern und -schwestern sagte Stacher, diese basiere auf einer Gewerkschaftsforderung. Obwohl zusätzliche Planstellen unbestritten nötig seien, sei die Zahl 1.800 zu überprüfen. Zur Attraktivierung des

Berufes der diplomierten Krankenschwester betonte Stacher, man müsse der Tatsache ins Auge sehen, daß ohne Personalvermehrung nicht möglich sei, daß das Krankenpflegepersonal mehr Zeit für die Patienten aufwenden könne. Um mehr Personal habe er, unterstrich Stacher, sich seit Jahren bemüht.

Die Innenrevision im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgarten habe, sagte Stacher auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP), ergeben, daß trotz dezidierter Weisungen der MA 17 an den zuständigen Abteilungsvorstand nicht alle Patienten, die die Nacht im Psychiatrischen Krankenhaus verbracht hätten, stationär aufgenommen worden seien. Als Argument werde angeführt, daß eine Abgrenzung besonders schwierig sei. Man habe den zuständigen Abteilungsvorstand nachdrücklich angewiesen, in jedem Fall eine stationäre Aufnahme durchzuführen und strebe mit dem Sozialversicherungsträger eine Regelung für eine teilstationäre Behandlung an.

Er sei damit einverstanden, erklärte Stacher, dem Gesundheitsausschuß die Berichte der Medikamentenkommission vorzulegen, mache aber darauf aufmerksam, daß eine Differenz zwischen dem Soll- und dem Iststand an Medikamenten in einer Abteilung nicht aussagekräftig sei. Seit über zwei Jahren erhalte jeder Abteilungsvorstand eine monatliche Computerliste über den Medikamentenverbrauch seiner Abteilung, den er verantworten müsse. Man könne keinen Abteilungsvorstand und auch keinen Arzt aus seiner diesbezüglichen Verantwortung entlassen, unterstrich Stacher.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Mag. Ruth BECHER (SPÖ), für welche Projekte das Budget für Frauenprojekte verwendet wird, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß heuer erstmals 800.000 Schilling für diesen Bereich zur Verfügung stehen. Es gibt bisher 18 Ansuchen, davon zehn mit konkreten Zahlenangaben, die in der Summe bereits den Voranschlag überschreiten würden. Drei Projekte, bei denen auch die soziale Komponente im Vordergrund steht, wurden bereits bewilligt.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Mag. KARL (ÖVP), wie konkret die Überlegungen seien, den Standort der Sporthauptschule Hermann-Broch-Gasse an eine andere Stelle in Meidling zu verlegen, um das Gebäude für die Volksschule Hetzendorf verwenden zu können und sich einen Neubau in der Rohrwassergasse ersparen zu können, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL, daß die Hauptschule nicht verlegt wird. Der Neubau der Volksschule Rohrwassergasse ist angesichts der Bevölkerungssituation im Bereich Hetzendorf absolut notwendig und wird demnächst begonnen. Das Naturbiotop, für das sich eine Bürgerinitiative eingesetzt hat, soll dabei erhalten werden.

Die im September 1988 in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt eingerichtete Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung wurde von der Bevölkerung über alle Erwartungen hinaus hervorragend angenommen. Dies antwortete StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. MENTSCHIK (SPÖ).

Die Anzahl der Anfragen ist 1989 gegenüber dem Vorjahr um rund 300 Prozent gestiegen, heuer wurden bereits 1.274 telefonische und persönliche Beratungen durchgeführt. War ursprünglich eine Einzelperson für die Beratung vorgesehen, steht heute bereits ein ganzes Team zur Verfügung. Die meisten Fragen betreffen die Themenkreise Biogemüse, Inhalts- und Zusatzstoffe in Lebensmitteln, Wurstzusammensetzung sowie Cholesterin und Nitratrückstände in Lebensmitteln. Zu den wichtigsten Themen sollen in Zukunft auch Vorträge für Schüler, Berufsgruppen und andere Personengruppen gehalten werden, kündigte Schirmer an.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Maßnahmen er getroffen habe, um die Einhaltung der Bestimmungen des

Forts. von Blatt 846

Forts. auf Blatt 848



Krankenpflegegesetzes in bezug auf den Tätigkeitsumfang der Stationsgehilfinnen zu gewährleisten, antwortete StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER, es werde seit Jahren alles dazu getan. Der wichtigste Punkt in diesem Zusammenhang sei die Erhöhung der Anzahl der diplomierten Krankenschwestern gegenüber den Stationsgehilfinnen. Fanden um 1975 noch 90 bis 120 Diplomierungen jährlich statt, sind es derzeit 420 bis 430. 1976 gab es 3.914 diplomierte Krankenschwestern, heute sind es 5.993. Demgegenüber ist die Anzahl der Stationsgehilfinnen von 1.710 auf 901 zurückgegangen. Damit ist der Anteil der Stationsgehilfinnen am Pflegepersonal an den Akutanstalten der städtischen Krankenhäuser von 30 auf 13 Prozent reduziert worden. Dieser Prozentsatz beträgt für ganz Wien inklusive der Privatspitäler, wo der Anteil der Stationsgehilfinnen wesentlich höher ist, 27,9. Bei der Anzahl der diplomierten Pflegepersonen pro Bett liegen die Wiener städtischen Spitäler österreichweit an der Spitze.

Stacher verwies darauf, daß die Vorschriften des Bundesgesetzgebers nicht immer ganz klar und durchführbar sind. So habe es beispielsweise einen Erlass gegeben, der diplomierten Krankenschwestern untersagte, Infusionen umzustecken, was den Betrieb unmöglich gemacht hätte. Erst nach langwierigen Verhandlungen wurde dieser Erlass modifiziert. Er werde darauf dringen und habe dies auch bereits in Gesprächen mit den Ministern Löschnak und Ettl getan, daß die Gesetze realistischer und praxisbezogener formuliert werden, sagte Stacher.

Im Gesetz werde nicht ausdrücklich angeführt, ob Stationsgehilfinnen subkutane Injektionen geben dürfen oder nicht. Auf den Hinweis Hirnschalls in einer Zusatzfrage, daß in der Ersten Medizinischen Abteilung in Lainz im Gegensatz zum Wiener Durchschnitt das Verhältnis zwischen diplomierten Schwestern und Gehilfinnen nur 1:1 sei, verwies Stacher darauf, daß seit 1979 die Anzahl der Betten in dieser Abteilung von 168 auf 95 reduziert wurde, während die Anzahl der diplomierten Krankenschwestern von 30 auf 39 erhöht wurde. Stacher stimmte Hirnschall zu, daß die Verwendung von Jungärzten in Spitälern, die zum Beispiel keinen Pflegedienst machen dürfen, überdacht und eventuell neu geregelt werden sollte.

#### **Bericht der Psychiatriekommission**

GR. Herta SLABINA (SPÖ) legte dem Gemeinderat den Bericht der Psychiatriekommission vor. Die Kommission, die aus acht Mitglieder besteht, hat seit 1983 laufend die verschiedenen Einrichtungen der Psychiatrie besucht und bei allen legislativen Problemen beratend gewirkt. Als Grundlage für die Arbeit der Kommission diente der 1979 vom Gemeinderat einstimmig beschlossene Zielplan. Bei Besuchen auf der Baumgartner Höhe und im Krankenhaus Ybbs konnten umfassende Veränderungen in personeller und räumlicher Hinsicht festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit den Psychosozialen Diensten funktioniert gut, die Aufenthaltsdauer der Patienten konnte verkürzt werden, und die neue Station im Kaiser-Franz-Josef-Spital hat sich bewährt.

Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) wies auf die Ausgangssituation der Reform vor zehn Jahren hin. Auf der Baumgartner Höhe seien damals 100 bis 150 Patienten auf Strohsäcken im Keller untergebracht gewesen. Sehr viele Patienten verbrachten 20, 30 Jahre, manche sogar mehr, im Psychiatrischen Krankenhaus, obwohl es gar nicht notwendig gewesen wäre. Stacher nannte einige Zahlen: 1978 waren auf der Baumgartner Höhe und in Ybbs über 3.100 Patienten stationär untergebracht, heute sind es unter 1.000. 1978 waren 17,4 Prozent freiwillige Aufnahmen, heute sind es 66,6 Prozent. Das bedeutet, so Stacher, daß die Angst der Patienten vor einer Aufnahme ins Psychiatrische Krankenhaus deutlich zurückgegangen ist. Der Patienten-Mitarbeiter-Schlüssel hat sich verdreifacht, und die Zahl der Langzeitpatienten ist um 60 Prozent gesunken. Entgegen den ursprünglichen Befürchtungen hat sich der Prozent-

Forts. von Blatt 847

Forts. auf Blatt 849

Forts. von Blatt 848

anteil bei der sogenannten „Drehtür-Psychiatrie“, gemeint sind Patienten, die in rascher Folge immer wieder zurückkommen, nicht vergrößert. In diesen zehn Jahren ist die außerstationäre Betreuung verwirklicht worden. Die Psychosozialen Dienste betreuten bisher 18.000 Patienten, mit 100.000 Patientenkontakten jährlich. In der Übergangspflege werden 3.000 ältere Patienten zuhause betreut. Diese Zahlen, so Stacher, beweisen die Erfolge der Psychiatriereform und bieten für die weitere Entwicklung des Gesundheitswesens einige Lehren. Die politische Einigkeit habe die Reform unterstützt, der Zielplan habe sich bewährt, die Motivation aller Betroffenen habe funktioniert, und die Erfahrung zeige, daß eine Reform der Spitäler nur bei einer vorbereiteten Reform der Außenversorgung funktioniert.

Aus aktuellem Anlaß meinte Stacher zur Spitalsreform, sowohl eine Verkürzung der Verweildauer als auch eine Verbesserung der Situation der alten Menschen sowie eine weitere Bettenreduzierung seien nur möglich, wenn vorher die Außenversorgung, z.B. Soziale Dienste, Mobile Schwestern, verstärkt worden ist. Außerdem müsse, vor allem bei älteren Menschen, die soziale Komponente miteinbezogen werden. Die Regionalisierung auf freiwilliger Basis ermögliche ein gutes Arzt-Patienten-Verhältnis.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) lobte den Erfolg und den vorbildlichen Charakter der Wiener Psychiatriereform. „Es sollte versucht werden, in den anderen Bundesländern nach dem Wiener Modell zu arbeiten“, sagte Karin Landauer. Sie verlangte, daß die Leistung niedergelassener Nervenärzte und Psychiater auf Krankenschein in Anspruch genommen werden könne. Dies sei unbedingt notwendig, um die durch die Psychiatriereform gute psychiatrische Betreuung noch wirkungsvoller zu machen. Sie kritisierte, daß trotz gestiegener Zahlen bei den Patientenkontakten der Personalstand bei den psychosozialen Diensten zurückgegangen sei. Dies gehe auf Kosten der Patienten, und dieser Tendenz müsse entgegengesteuert werden. Notwendig wäre auch eine intensivere fachliche Aus- und Weiterbildung sowie eine psychische Betreuung des Personals. Als unbefriedigend bezeichnete Landauer die Tatsache, daß die Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation im Kuratorium Psychosoziale Dienste nicht vertreten sei.

GR. Hilde SCHILLING (ÖVP) meinte, die Psychiatriereform habe sich positiv entwickelt, und viele Patienten können jetzt ein menschenwürdiges Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten. Die Toleranz gegenüber Behinderten und psychisch Kranken sei in der Öffentlichkeit gestiegen. Die Psychiatriekommission solle weiter zur Bewußtseinsbildung beitragen. Gute Eindrücke habe sie, Schilling, von Besuchen im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs und in der Psychiatrischen Abteilung des Franz-Josef-Spitals gewonnen, während ihre Erfahrungen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe weniger zufriedenstellend seien. Räumliche und therapeutische Ressourcen würden aus Personalmangel nicht benützt. Der Spitalsbetrieb richte sich zu wenig nach den Bedürfnissen der Patienten.

Für die psychiatrische Pflege stünden Ausbildungskapazitäten zur Verfügung, die nicht genützt würden. Für leitendes Pflegepersonal sollte es einen Fortbildungsurlaub geben. Verbesserungen sollte es bei der Übergangspflege geben. Absolventen der Sozialakademie sollten ihr Praktikum beim Psychosozialen Dienst ableisten können.

Jedes Gemeinderatsmitglied und jeder Wiener könne während der Besuchszeit jedes Wiener Spital besuchen, sofern nicht ein Arbeitsablauf gestört wird, sagte GR. DINHOF (SPÖ). Zum Wunsch der Patientenorganisation HPE, Mitglied im Vorstand des Psychosozialen Dienstes zu werden, sagte Dinhof, es gebe laufend Gespräche mit dieser Organisation. Laut Gemeinderatsbeschluß und Statuten des PSD sei eine Mitgliedschaft im Vorstand aber nicht möglich.

Forts. auf Blatt 850

Forts. von Blatt 849

Ab Mitte der 90er Jahre werde es in Wien wesentlich mehr ältere Menschen als heute geben. Ein Ziel der Psychiatriereform müsse auch die Werbung um Verständnis für psychisch erkrankte Menschen und behinderte Personen sein.

Man habe mit der Psychiatriereform Versäumnisse vergangener Jahre aufgeholt, sagte GR. Dr. RASINGER (ÖVP). Trotzdem gebe es noch wichtige Punkte, bei denen Verbesserungen erzielt werden müßten, wie zum Beispiel:

- Vermeidung von Parallelitäten in der Arbeit von niedergelassenen Ärzten, Psychiatern und dem PSD
- keine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten bei der Behandlung beziehungsweise dem Behandlungsort
- Vermeidung von überraschenden oder zu raschen Entlassungen und Problemen bei der stationären Aufnahme von Patienten zugunsten der Statistik
- Ausbildung von mehr Psychiatern in Wien
- Psychotherapie als Kassenleistung
- eine psychiatrische Ausbildung von praktischen Ärzten in der Dauer von drei Monaten auf Psychiatrischen Abteilungen
- eine Verstärkung der internen Qualitätskontrolle und
- höhere Gehälter für Abteilungsvorstände.

Rasinger machte auf die Gefahr eines Kreativitätsdefizits bei der Fortschreibung der Psychiatriereform aufmerksam und forderte die dritte Stufe des Zielplanes ein.

Die frühere ÖVP-Stadträtin Dr. KUBIENA habe, erklärte GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) die Psychiatriereform einmal als „Stachers Erzählungen“ bezeichnet. Nun seien diese handfeste Realität geworden und konsequent durchgeführt worden. Erkenntnisse über Hospitalisierungsschäden sprächen für eine rasche Entlassung von Patienten, widersprach Stubenvoll ihrem Vorredner. Die Psychiatriereform sei aber nicht nur eine Reform der Krankenhäuser und der Behandlungsmethoden gewesen, sondern auch eine der Gesellschaft. Diesbezüglich werde man noch wichtige Öffentlichkeitsarbeit zu leisten haben, denn rund 15 Prozent der gesamten Bevölkerung weisen psychische Störungen auf. Die Weiterarbeit an der Psychiatriereform sei auch eine Weiterarbeit an der Verbesserung der psychohygienischen Verhältnisse in der Gesellschaft, schloß Stubenvoll.

Es hänge nicht von ihm ab, zog Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER Bilanz über die Debatte, ob die HPE in den Vorstand des Kuratoriums psychosozialer Dienste berufen werde. Dies sei nur nach einer Änderung des vorliegenden Gemeinderatsbeschlusses und der gesamten Statuensituation des Kuratoriums möglich.

Man habe beim Beginn der Psychiatriereform eine Durchführungszeit von 15 bis 20 Jahren prognostiziert, nun sei sie bereits nach zehn Jahren erfolgreich durchgeführt und Realität, zog Stacher Bilanz. Man könne stolz auf ein dichtes Netz von Einrichtungen sein, das eine erstklassige psychiatrische Versorgung der Bevölkerung unabhängig von deren sozialen Status garantiere. Zu Parallelitäten bei der Betreuung von Patienten meinte Stacher, psychisch kranke Menschen hätten Bedürfnisse sowohl in medizinischer als auch sozialer Hinsicht. Psychiater und praktische Ärzte trügen die Verantwortung für die medizinische Betreuung, der PSD Sorge für die Abdeckung sozialer Notwendigkeiten. Insofern müsse diese Parallelität gegeben sein. Zur Ausbildung von mehr Psychiatern in Wien sagte Stacher, die Stadt Wien habe die Ausbildungsstellen vermehrt und sei außerordentlich interessiert an mehr Fachärzten für Psychiatrie. Es sei allerdings nicht möglich, sagte Stacher, im Rahmen der derzeitigen Ausbildung von Turnusärzten zusätzliche drei Monate für eine psychiatrische Ausbildung aufzuwenden. Dies würde die Schlange der wartenden promo-

Forts. auf Blatt 851

vierten Jungärzte auf einen Turnusplatz verlängern. Er unterstütze auch die Forderungen nach besserer Bezahlung für die Primarii, sagte Stacher. Zur dritten Stufe der Psychiatriereform erklärte der Gesundheitsstadtrat, dies sei die Phase, in der Detailarbeit geleistet und die Koordination verbessert werden müsse. In dieser dritten Phase werde die Zusammenarbeit aller bei der psychiatrischen Betreuung intensiviert, die Ausbildung des Personals verbessert und um noch mehr Verständnis für psychisch kranke Menschen geworben werden müssen, schloß Stacher.

Die Besuche der Psychiatriekommission, erklärte GR. Herta SLABINA (SPÖ), erfolgen unangemeldet. Man müsse dafür Verständnis haben, sagte die Vorsitzende der Psychiatriekommission, daß ausführliche Einzelgespräche während des laufenden Arbeitsprogrammes zusätzlich nicht möglich seien. Auch die Befragung von Patienten wirke oftmals verunsichernd. Die Kommission werde alle in die Debatte eingebrachten Vorschläge prüfen, schloß Slabina.

**ABSTIMMUNG:** Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

#### **Institut für Umweltmedizin**

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) beantragte neue Tarife für Untersuchungen des Institutes für Umweltmedizin. Technische Veränderungen hätten einerseits eine Verbilligung bewirkt, andererseits entstünden durch verbesserte Untersuchungsmethoden beträchtliche Preiserhöhungen.

GR. Mag. KARL (ÖVP) sagte, wer die Tarifpolitik der Stadt Wien kenne, müsse angesichts gewaltiger Tarifierhöhungen mißtrauisch sein. Er kritisierte, den Akt und auch den Ergänzungsakt viel zu spät erhalten zu haben. Die Gründe für die Tarifierhebung müßten klar definiert werden, und da dies nicht der Fall sei, werde seine Partei den Antrag ablehnen.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) bedauerte, daß die Akten der ÖVP zu spät zugegangen sind. Man werde sich künftig bemühen, Unterlagen rechtzeitig bereitzustellen. Die Erhöhung der Tarife für das Institut für Umweltmedizin seien aber aufgrund der Anzahl der Messungen, der verbesserten Technologien, sowie gestiegener Material- und Verwaltungskosten unumgänglich.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

#### **Abbrucharbeiten beim Freudenuer Hafen**

Den Abbruch von Gebäuden in der Freudenuer Hafenstraße zwischen der Seitenhafenstraße und dem Hafen Freudenu mit Kosten von 8,5 Millionen Schilling beantragte GR. STOCKINGER (SPÖ). Diese Abbrucharbeiten dienen dem Ausbau des Donaudammes für einen verbesserten Hochwasserschutz, kurzfristig soll auf diesem Gelände das 50. Welt-Caravan-Treffen stattfinden. Man habe mit der Auswahl dieses Geländes eine große internationale Veranstaltung für Wien gerettet, ohne die Donauinsel zu beeinträchtigen, sagte Stockinger.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) begrüßte die Entscheidung von StR. HÄUPL, diesen Standort für das Caravan-Treffen auszuwählen. Diese Vorgangsweise sollte Schule machen. Kabas lobte ausdrücklich, das unkonventionelle und kooperative Vorgehen von StR. Häupl. Ursprünglich hätten rund 5.000 Kraftfahrzeuge vom 28. Juli bis zum 6. August ihr Treffen auf der Donauinsel in der Nähe der Steinspornbrücke abhalten sollen. Eine derartige Konzentration hätte zu einer großen Umweltbelastung geführt. Er, Kabas, habe dieses Problem erstmals zur Sprache gebracht, und obwohl 43 Teilnehmerstaaten bereits eingeladen worden waren, sei es nach einem Lokalaugenschein doch noch zu dieser guten Lösung gekommen.

GR. Erich HUBER (SPÖ) dankte seinem Vorredner für dessen Objektivität

Forts. von Blatt 850

Forts. auf Blatt 852

bei der Beurteilung der Entscheidungsfindung für den Standort des Caravan-Treffens. Er bezeichnete diese Vorgangsweise als beispielhaft für die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in Wien. Huber verwies noch darauf, daß entgegen manchen Annahmen nie daran gedacht gewesen sei, den ursprünglichen Standort auf der Donauinsel nach der Veranstaltung zu einem Campingplatz zu machen.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

### **Zubau Obdachlosenherberge Gänsbachergasse**

GR. FAYMANN (SPÖ) stellte den Antrag zur Errichtung eines Erweiterungsbaues zur bestehenden Obdachlosenherberge in Wien 3, Gänsbachergasse 3, mit Gesamtkosten von 75 Millionen Schilling.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) kritisierte die Vorgangsweise bei der Vergabe des Projektes. Auch bei einer freihändigen Vergabe müßten nach den Richtlinien mehrere Angebote eingeholt werden. In diesem Fall sei die Vergabe nur nach dem Angebot der Firma WIBEBA erfolgt. Der Auftrag widerspreche der Wiener Stadtverfassung, da für ein derartiges Vorhaben der Grundsatzbeschluß des Gemeinderates notwendig sei. Der zuständige Stadtrat Edlinger habe damit die Stadtverfassung gebrochen. Das Obdachlosenheim Gänsbachergasse widerspreche aber auch dem Konzept der für Soziales zuständigen Vizebürgermeisterin Smejkal. Auch die Bewährungshilfe habe sich gegen ein Massenquartier ausgesprochen. Für den Betrag von 75 Millionen Schilling hätte man mehr als 1.800 Substandardwohnungen für Obdachlose erwerben können.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) meinte, in der langen Zeit, in der er dem Gemeinderat angehöre, sei noch nie das Recht des Gemeinderates so untergraben worden. „Wofür gibt es Vergaberichtlinien, wenn sie nicht eingehalten werden?“ Eine derartige Vorgangsweise könne nicht toleriert werden. Bei der Debatte zum Bericht über die Grünlanddeklaration habe Vizebürgermeister Mayr ein Beispiel dafür verlangt, wo Grünland in Bauland umgewidmet worden sei. „Hier haben sie ein Beispiel; das Grundstück auf dem bereits Wochen vor dem Grundsatzbeschluß des Gemeinderates gebaut wird, ist seit 1985 als Grünland gewidmet, es gibt noch keine Umwidmung.“

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) stellte fest, die Sozialisten hätten sich zum Ziel gesetzt, für die Schwachen Partei zu ergreifen, deshalb habe man sich für den Erweiterungsbau entschlossen. Diese Herberge sei für das Gesamtkonzept notwendig, um eine Resozialisierung der Obdachlosen zu ermöglichen. Nach dem Stufenplan gehe es darum, diese Angehörigen der Randschichten zunächst weg von der Straße, in Tageszentren, zu bringen, sie dann in der Herberge zu resozialisieren und schließlich mit Übergangswohnungen und -Wohngemeinschaften die Fähigkeit des Wohnens in eigenen Wohnungen anzupeilen.

GR. Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) sprach sich für einen größtmöglichen Konsens zur Lösung des Obdachlosenproblems aus. Sie begrüße daher das SPÖ-Konzept zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft und stimme der Analyse des Grundproblems zu. Die Herberge dürfe nur eine Übergangslösung sein. Rauch-Kallat bemängelte, daß es zwischen der SPÖ und dem Sozialen Hilfswerk der ÖVP kaum Gespräche darüber gegeben habe und reklamierte auch die Gruppe GRUFT, die Bürgermeister Zilk zu Weihnachten als beispielhaft geehrt hatte, in die Arbeitsgemeinschaft. In diesen Bereichen müßten alle mitmachen, die dafür geeignet seien. Soziale Hilfe dürfe kein Monopol einer Gruppierung bleiben.

Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ) dankte der Vorrednerin für die Bereitschaft zur Mitarbeit und für die positive Einstellung gegenüber dem Konzept der SPÖ. Sie werde sich auch weiterhin mit vollem Engagement für sozial Schwache und für die Randgruppen einsetzen, auch wenn

Forts. von Blatt 851

Forts. auf Blatt 853

das in der Öffentlichkeit nicht immer Anklang finde. Das Rechenbeispiel von GR. Landauer, daß mit dem Geld der Herberge 1.800 Substandardwohnungen erworben werden könnten, wies Smejkal zurück. „Wir können diese nicht aus dem Ärmel schütteln.“ Die Arbeitsgemeinschaft sei jetzt ein erster Schritt, und sie schließe die Mitarbeit anderer Gruppen nicht aus. Sie nehme das Angebot, an diesem Konzept gemeinsam weiterzuarbeiten, dankend an.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erkundigte sich, warum dem Gemeinderat heute ein Projekt zur Abstimmung vorliege, an dem längst gebaut werde. Inzwischen wurden acht alte Kastanienbäume gefällt, doch den Gemeinderat habe niemand informiert. Es müsse auch seinen Grund haben, warum keine Notverordnungsbestimmung der Stadtverfassung angewendet und ein Auftrag in Höhe von 75 Millionen Schilling freihändig vergeben wurde. Dieser Weg der Vergabe sei ein Skandal, sagte Pawkowicz.

Stadträtin Christine SCHIRMER erläuterte, daß die Mittel für Frauenprojekte nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit bereitgestellt würden. Vielmehr habe sie in ihrem Beitrag zum Budget 1989 darüber berichtet. Auch Frauengruppen wüßten davon.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) erklärte, daß gemäß den Konzepten der ARGE „Bürger in Not“ ein Mehrstufenplan realisiert werden soll, der den teilweise sozial sehr schlecht angepaßten Menschen dienen soll, die in Obdachlosenheimen untergebracht werden müssen. Edlinger berichtete über die Schwierigkeiten der provisorischen Unterbringung „Im Werd“ und in der Gerhardusgasse und stellte fest, daß nach dem Provisorium Gerhardusgasse eine Alternative gefunden werden mußte, die noch vor der kalten Jahreszeit zur Verfügung stehen kann. Dabei war sowohl auf die Anliegen möglicher Anrainer als auch auf die der Stadt Wien zur Verfügung stehenden Grundstücke Rücksicht zu nehmen. Von dem Vorschlag, sozial Bedürftigen Wohnungen der Kategorie D zur Verfügung zu stellen, halte er, Edlinger, nichts, weil er es als politisches Ziel ansieht, daß die Menschen die notwendigste Infrastruktur vorfinden.

Es sei ihm klar, sagte Stadtrat Edlinger, daß der heutige Grundsatzbeschluß formal zu spät komme. Es habe aber keine andere Möglichkeit gegeben, das Projekt termingerecht fertigzustellen. Er bekenne sich zur Freihandvergabe und habe veranlaßt, daß ein unabhängiger Zivilingenieur Preise und Kosten prüft. Die Stadt Wien sei kein Risiko eingegangen, denn die WIBEBA habe das Risiko eines vorzeitigen Baubeginns vor dem Gemeinderatsbeschluß auf sich genommen. Daher habe auch keine Notkompetenz angewendet werden müssen. Das Projekt entspreche den Vorschlägen der ARGE, und unter den genannten Umständen sei er bereit, die gegen ihn erhobenen Angriffe zu akzeptieren.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

### **Sachkredit U-Bahn-Stationen Gürtellinie**

GR. HUMMEL (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des Sachkredites für die Ausrüstung der bestehenden Stationen der Stadtbahn-Gürtellinie auf U-Bahn-Standard sowie die Renovierung im Stil Otto Wagners um 97 Millionen Schilling.

GR. PRINZ (FPÖ) lehnte den Antrag namens seiner Fraktion wegen Ungereimtheiten im Akt ab. Die Begründung der Überschreitung sei unbefriedigend. Die Kritik der FPÖ wende sich nicht gegen die Umrüstung auf U-Bahn-Standard und auch nicht gegen die Renovierung im Stil Otto Wagners, sondern gegen die desinformative Darstellung.

GR. HUFNAGL (SPÖ) verwies darauf, daß dieser Akt die letzte formalrechtliche Voraussetzung für die Umstellung der Gürtellinie auf U-Bahn-

Forts. von Blatt 852

Forts. auf Blatt 854

Betrieb sei. Die Ablehnung durch die FPÖ sei ihm unverständlich, da sowohl im Verkehrsausschuß als auch im Finanzausschuß keine Kritik daran geübt worden sei. In der Sitzung des Gemeinderates im März habe Stadtrat Hatzl den Antrag absetzen lassen, um eine neue Diskussion im Ausschuß zu ermöglichen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 17.35 Uhr geschlossen.  
(Schluß) red

Forts. von Blatt 853

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlagssumme: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
1. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 25. April 1989

Blatt 855

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- 30 Prozent der Pflegepersonen arbeiten in Wien (856/FS: 24.4.)
- Familiensonntag am 30. April (857)
- Enquete über Hauskrankenpflege (858)
- Ab 6./7. Mai wieder Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal (859/860)
- 5. Zentralberufsschulgebäude wird eröffnet (861)
- Smejkal: Appell an die Vernunft (862)
- Touristenboom in Wien am Wochenende (863)
- Volkszählung: Wien wird an Probezählung nicht teilnehmen (864)
- Am Donnerstag Pressekonferenz über Neugestaltung des Meiselmarktes (nur FS)
- Am Donnerstag PVC-Enquete (nur FS)



## **30 Prozent der Pflegepersonen arbeiten in Wien**

**Stacher zu Forderungen der Gewerkschaft öffentlicher Dienst**

Wien, 24.4. (RK-KOMMUNAL) Überrascht zeigte sich Montag der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER von der Ankündigung der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, Landesanstalten und -betriebe, auf ihrem Bundessektionstag in Windischgarsten, „wenn notwendig“, würden aus allen Bundesländern tausende Krankenhausbedienstete nach Wien reisen, um mit den Wiener Kollegen über eine optimale Versorgung der Wiener Spitäler — darunter ist die Forderung von 1.800 zusätzlichen Krankenpflegern zu verstehen — zu demonstrieren.

„Dieser Beschluß zeugt von einer unglaublichen Unwissenheit oder einer bemerkenswerten Scheinheiligkeit“, sagte Stacher. Denn in Wien leben 20 Prozent der österreichischen Bevölkerung, hier arbeiten aber 30 Prozent der Pflegepersonen. Österreichweit kommen auf 100 Betten in Krankenanstalten 57 Pflegepersonen, in Wien sind es jedoch 78. Davon sind 56 diplomierte Schwestern und Pfleger. Das heißt, daß in Wien pro 100 Betten ungefähr so viele diplomierte Schwestern und Pfleger tätig sind wie im Bundesdurchschnitt Pflegepersonen insgesamt.

Rund 20 Prozent der Patienten in den Wiener städtischen Krankenanstalten sind Nichtwiener. Ein hoher Prozentsatz davon nimmt in Wien medizinische Spitzenleistungen in Anspruch und belastet die Wiener Steuerzahler mit hunderten von Millionen Schilling pro Jahr. Wenn in Wien keine Patienten aus den anderen Bundesländern zu versorgen wären, gäbe es genügend Pflegepersonal.

Wenn nun Pflegepersonen aus den Bundesländern nach Wien kommen wollen, um hier für eine Vermehrung des Pflegepersonals zu demonstrieren, so sei ihm das, so Stadtrat Stacher, sehr willkommen. Sie könnten dann gleich die Pflege ihrer Landsleute in den Wiener Spitälern übernehmen. Viele hätten auch kaum Eingewöhnungsschwierigkeiten in Wien, da sie ja in Wiener Krankenpflegeschulen — ebenfalls auf Kosten der Wiener Steuerzahler — ausgebildet worden seien.

Stacher abschließend: „Wien ist sich seiner Aufgabe, auch für Patienten aus den anderen Bundesländern zu sorgen, voll bewußt. Die Bundeshauptstadt wird diese Leistungen selbstverständlich auch weiterhin zur Verfügung stellen. Es ist aber unverständlich und letztlich beschämend, daß vor dem Hintergrund der schrecklichen Vorfälle in einer Abteilung des Krankenhauses Lainz jetzt egoistische Gruppeninteressen vertreten und Profilierungsneurosen gepflegt werden.“ (Schluß) sc/gg

Bereits am 24. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Famillensonntag am 30. April**

Wien, 25.4. (RK-LOKAL) Besuche in der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik und im ORF-Zentrum, ein Ballettnachmittag im Haus der Begegnung, 22., Schrödingerplatz, Kulturwandern im Bezirk Landstraße und vieles andere bietet der Familiensonntag des Wiener Landesjugendreferates am 30. April. Ebenfalls auf dem Programm stehen ein Papierfliegerwettbewerb auf dem Roten Berg, eine „wunderbare Wunderreise“, die im Wiener Rathaus ihren Ausgangspunkt nimmt, Film und Theater für Kinder, ein „Naturerlebnis im Dehnepark“ und das Alsergrunder Familienfest im Liechtensteinpark. (Schluß) jel/bs

## **Enquete über Hauskrankenpflege**

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) „Hauskrankenpflege — was wird darunter verstanden?“ lautet der Titel einer Enquete, die über die Initiative von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER morgen, Mittwoch, im Rathaus stattfindet. Eingeladen dazu wurden die Vertreter privater Vereine und Organisationen, Sozialarbeiter, Direktoren und Oberinnen städtischer und privater Krankenanstalten, die Primarii der städtischen Spitäler sowie Vertreter der Sozialversicherung und der Gewerkschaft. Sinn und Zweck dieser Veranstaltung wird es unter anderem sein, zu versuchen, den Begriff bzw. die Aufgabenstellung und die Schwerpunkte der Tätigkeit der Hauskrankenpflege im Rahmen einer Diskussion zu klären und festzulegen. (Schluß) zi/rr

## Ab 6./7. Mai wieder Kunst- und Kulturmarkt am Donaukanal

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Den Kunst- und Kulturmarkt am rechten, stadtinnenseitigen Ufer des Donaukanals gibt es heuer wieder an den Wochenenden ab 6./7. Mai bis Ende September jeden Samstag von 14 bis 20 Uhr und jeden Sonntag von 10 bis 20 Uhr.

„So wie im vergangenen Jahr werden auch heuer Antiquitäten und Kunstgegenstände, kunstgewerbliche Waren, Bücher, Musikalien, Schallplatten und Musikkassetten und Altwaren aus diesen Bereichen, Blumen und Souvenirs angeboten. Wir wollen es aber auch den Künstlern, die ja keine Marktgebühr zahlen müssen, leichter machen, am Kunst- und Kulturmarkt kreativ zu sein und ihre Werke zu verkaufen: die Anmeldung beim Kulturamt ist heuer nicht mehr notwendig. Wer unverwechselbare eigenständige kreative Werke schafft, (also keine Hunderterserien Schmuck oder z.B. Schmuckbäumchen, wie es sie in Parfümerien, Kaufhäusern, etc. schon gibt) gilt als Künstler und ist herzlich eingeladen, sich ohne Kosten am Kunst- und Kulturmarkt zu präsentieren“. Das betonte die für die Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters zum Kunst- und Kulturmarkt. Zur Eröffnung des diesjährigen Kunst- und Kulturmarktes, die Stadträtin Schirmer am 6. Mai um 14 Uhr am Donaukanal bei der Marienbrücke durchführen wird, gibt's außerdem eine Reihe von Attraktionen: am Samstag, dem 6. Mai, ab 14 Uhr und am Sonntag, dem 7. Mai gibt es auf der Marienbrücke — sie wird dazu ab Samstag früh für den Autoverkehr (nicht für Fußgänger und Straßenbahn) gesperrt — eine Oldtimershow mit Einsatzfahrzeugen, historischen Postautos, einem alten Ankerbrot-Wagen, einem Eiswagen und alten Fahrzeugen der Feuerwehr, der Polizei, der Rettung und der Post.

**Kostenlos** werden außerdem von den Verkehrsbetrieben und den Wiener Lokalbahnen Oldtimerfahrten mit alten Tramwaygarnituren bzw. einer alten Garnitur der Badner Bahn geboten: eine Badner Bahn aus dem Jahr 1927 befährt die Strecke Ring-Kai (im äußeren Kreis) — die genauen Einstiegstellen werden noch fixiert, eine wird sich jedenfalls im Bereich des Schottentors befinden.

Eine Oldtimertramway aus dem Jahr 1914 fährt auf der Strecke Schwedenplatz-Praterstern mit Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den beiden Endpunkten (dazwischen sind leider keine Stationen möglich, man kann also nur am Praterstern bzw. Schwedenplatz zu- und aussteigen).

Der Kunst- und Kulturmarkt, den es im vergangenen Jahr erstmals gab, befindet sich am rechten Donaukanalufer etwa zwischen Schottenring und Salztorbrücke/Marienbrücke. Auf allgemeinen Wunsch — das Marktamt hatte im vergangenen Jahr eine Befragung der MarktstandlerInnen und KünstlerInnen durchgeführt — wird der Markt heuer ein bißchen konzentrierter werden und sich nicht mehr bis zur Urania erstrecken. Den Kunst- und Kulturmarkt gibt es bis Ende September jedes Wochenende (wenn Wetter, Händler und Künstler mitspielen). Er ist schon im vergangenen Jahr zu einer neuen Attraktion in der Stadt geworden und sorgte für eine zusätzliche Belebung des Donaukanals.

Heuer sollen die Wiener und die Gäste unserer Stadt auch durch Luftballons und ähnliche Werbemittel am Gelände längs des Kais auf den Markt aufmerksam gemacht werden. Gemeinsam mit dem Kulturressort wird außerdem versucht, eine verstärkte Präsentation der Werke und Erzeugnisse verschiedener Kunstklassen, von Bildhauerei über Design und Malerei bis zur Mode, zu erreichen. „Alle Künstler sind herzlich eingeladen, den Kunst- und Kulturmarkt zu beleben, direkt auf dem Markt ihre Werke zu gestalten und/oder zu verkaufen“, sagte Schirmer dazu.

Beim und auf dem Donaukanal wird es heuer noch eine Reihe weiterer Veranstaltungen geben, vom etablierten Kinderflohmarkt bis zu Motorbootveranstaltungen. So findet auf der Asphaltstockschießbahn bei der Salztorbrücke jeweils an einem Samstag im Monat von 12 bis 17 Uhr ein durch Privatinitiative ins Leben gerufener Kinderflohmarkt statt, bei dem Kinder ihre alten Spielsachen anbieten. Die Termine für den Kinderflohmarkt sind der 20. Mai, der 17. Juni, der 15. Juli, der 19. August, der 16. September.

Am Nachmittag des 21. Mai ist eine Motorbootveranstaltung mit geschmückten Booten geplant, am 17. Juni findet abends ebenfalls eine Motorbootveranstaltung statt. Und für 16. September ist ein Erntedankfest mit Motorbooten vorgesehen.

Der 3. Juni bringt einen internationalen Kanumarathon (12 bis 16 Uhr) am Donaukanal. Und am linken Ufer des Donaukanals, im 2. Bezirk, vis-a-vis des Schwedenplatzes, findet zwischen 12. Juni und 15. August die schon traditionelle Künstlerwerkstatt Agora statt.

Und die Wiener ÖVP wird an den Wochenenden im Sommer jeweils von 15 bis 20 Uhr für Kinder den „Kasperl am Kanal“ bringen sowie am 22. September (einem Freitag) ihr Lichterfest veranstalten. (Forts.mgl.) hrs/rr

Forts. von Blatt 859

## 5. Zentralberufsschulgebäude wird eröffnet

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Eines der zentralen Anliegen des Konzeptes zur Modernisierung der Wiener Berufsschulen war die Errichtung einer neuen Ausbildungsstätte für die Lehrlinge des KFZ-Bereiches. Das in Floridsdorf, Scheydgasse 40 errichtete 5. Zentralberufsschulgebäude wird nun am Mittwoch, dem 26. April, offiziell seiner Bestimmung übergeben. Das neue Schulgebäude wird den Namen des österreichischen Erfinders Siegfried Marcus tragen, der den ersten Benzinmotor der Welt konstruiert hatte, den Vergaser erfand und die magnetelektrische Zündung entwickelt hatte. Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL informierte darüber im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Ausgebildet werden in der „Siegfried-Marcus-Berufsschule“ KFZ-Mechaniker, KFZ-Elektriker, Berufskraftfahrer, Spengler, Karosseure, Blechschlosser und Kupferschmiede. Bis zum Jahr 1988 waren die rund 2.500 Lehrlinge dieser drei nun im 5. Zentralberufsschulgebäude beheimateten Berufsschulen, KFZ-Technik I und II und die Berufsschule für Karosseure und Spengler, im 1911 gebauten 1. Zentralberufsschulgebäude, 6., Mollardgasse 87 untergebracht. Die technischen Anforderungen dieser Berufsschulen sowie die Weiterentwicklung und Intensivierung der Ausbildungsmethoden machten den Bau eines neuen Schulgebäudes notwendig.

Der von Arch. Prof. Hannes LINTL geplante Schulneubau wurde 1986 auf dem 14.000 Quadratmeter großen Areal begonnen, die Bauausführung wurde der GESIBA übertragen, das Raumprogramm für das 5. Zentralberufsschulgebäude, das eines der modernsten seiner Art in Europa ist, wurde von der Städtischen Schulverwaltung — MA 56 — in Zusammenarbeit mit dem Stadtschulrat für Wien entwickelt. Im August 1988 konnte der Schulneubau, der mit einem Gesamtkostenaufwand von rund 425 Millionen Schilling errichtet wurde, fertiggestellt werden.

Unterrichtet werden in den drei Berufsschulen des 5. Zentralberufsschulgebäudes täglich rund 500 Lehrlinge, denen ein Raumangebot von insgesamt 37 Klassenzimmern, 6 Labors, 35 Lehrwerkstätten, Pausenraum, Speiseraum, Turnsaal und Gymnastikraum, Bibliothek, Garderoben und Waschräumen zur Verfügung steht. Eine Gliederung des Baus in vier Trakte trägt den Erfordernissen der Ausbildung Rechnung. Sowohl die Klassenräume, die jeweils durch dazwischen liegende Lehrmittelräume ergänzt werden, als auch die Laborräume sind auf neueste lernpsychologische Erkenntnisse und gruppenspezifische Erfordernisse abgestimmt. Dabei spielte die Sicherheit der Schüler eine genauso große Rolle, wie die ergonomisch richtige Gestaltung der Arbeitsplätze. Die Praxisräume sind mit modernsten Maschinen und Werkzeugen ausgestattet. An den viergeschossigen Trakt für den theoretischen Unterricht schließen drei jeweils eingeschossige Werkstatteintrakte an. An Nutzflächen weist die Siegfried-Marcus-Berufsschule insgesamt rund 21.000 Quadratmeter auf. (Forts.mgl.) jel/sk

### **Smejkal: Appell an die Vernunft**

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) An die Vernunft und die Verhandlungsbereitschaft der Hausgemeinschaft Aegidigasse appellierte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL Dienstag über die „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Die Hausgemeinschaft möge im Sinne eines kooperativen Verhandlungsklimas den Schulspielplatz in der Mittelgasse im 6. Bezirk, auf dem seit Sonntag ein Zeltlager errichtet ist, freiwillig räumen, forderte Smejkal auf. Die Probleme der Hausgemeinschaft Aegidigasse ließen sich nicht mit Rücksichtslosigkeit gegenüber Kindern, die den Schulspielplatz nun nicht benützen können, lösen. Zahlreiche Eltern, Schüler und Lehrer der Schule hätten bereits gegen das Zeltlager bzw. die unhygienischen Zustände protestiert. Es bestehe kein Grund, Häuser bzw. öffentliche Grünflächen oder Grundstücke zu besetzen, zumal die Gespräche mit der Hausgemeinschaft Aegidigasse weitergeführt werden. (Schluß) jel/gg

## **Touristenboom in Wien am Wochenende**

### **Hotelzimmer Mangelware, Besucherrekord in Schönbrunn**

Wien, 25.4. (RK-LOKAL) „Wir sind ausgebucht.“ — Das hörten die Damen in den Tourist-Informationsstellen des Wiener Fremdenverkehrsverbandes von Freitag, den 21., bis Montag, den 24. April, von den Wiener Hotels. „Ganz Italien“ suchte freie Hotelbetten, ein verlängertes Wochenende für die Italiener — der 25. April ist Italiens Nationalfeiertag — führte zu diesem „run“ auf Wien. Gelanges am Wochenende noch, die Zimmersuchenden in Wiens näherer Umgebung, insbesondere in Baden, unterzubringen, so war am Montag auch dort alles voll belegt, und die Reisenden mußten Quartiere in größerer Entfernung von Wien in Kauf nehmen.

Auch das Schloß Schönbrunn hatte am Sonntag einen noch nie dagewesenen Besucherrekord zu verzeichnen. Allein in den Schauräumen des Habsburger-Schlusses wurden an diesem Tag 10.600 Besucher gezählt. (Schluß) wfv/gg



## **Volkszählung: Wien wird an Probezählung nicht teilnehmen**

Wien, 25.4. (RK-KOMMUNAL) Wien wird, sollte es bei den Erläuterungen des Statistischen Zentralamts nicht doch noch eine Änderung geben, nicht an der jetzt aktuellen Probezählung mit Stichtag 27. April 1989 für die Volkszählung 1991 teilnehmen. Auch die Universitätsstädte Klagenfurt und Graz werden sich dieser Vorgangsweise anschließen. Durch eine Formulierung in den Erläuterungen, die nicht abgesprochen war und mit der Wien nicht einverstanden ist — maßgebend für den Zählort ist für volljährige Schüler, Lehrlinge und Studenten zum Beispiel der Ort des „häufigen Beisammenseins mit Freunden“ — würde Wien zahlreiche StudentInnen „verlieren“, samt entsprechenden Auswirkungen auf den Finanzausgleich. Das berichteten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und die für das Statistische Amt der Stadt Wien zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters.

Der Hintergrund: 1991 soll in Österreich die nächste Volkszählung stattfinden, dafür sollen auch die Kriterien für den Zählort (Auswirkungen u.a. auf Finanzausgleich und damit das Geld, das Städte/Gemeinden erhalten) neu definiert werden. War es bisher der Mittelpunkt der Lebensbeziehungen — und damit für StudentInnen, die jahrelang in einer Stadt studieren und leben, die Stadt des Studiums — so werden nun weitere Kriterien, u.a. die gesellschaftliche Betätigung, herangezogen. In weiten Bereichen war das Land Wien hier kompromißbereit. Als aber bei den Vorbereitungen zur Probezählung plötzlich die nirgends abgesprochene — und noch weniger beschlossene, weil auch das Volkszählungsgesetz für die Volkszählung 1991 mangels Einigung vom Nationalrat noch nicht beschlossen werden konnte — Formulierung des „häufigen Beisammenseins mit Freunden“ als ausschlaggebend für den Zählort auftauchte, beschlossen Wien, Klagenfurt und Graz, an der Probezählung nicht teilzunehmen.

Zilk dazu: „Ein Student, der das ganze Jahr hier ist, konsumiert ja die Stadt“ — er benützt Tramway, Spitäler, hat hier Ermäßigungen usw. Ein erheblicher Teil dieser StudentInnen, die in Wien leben, die Einrichtungen der Stadt in Anspruch nehmen, sich später oft hier niederlassen, würde nach dieser Definition woanders gezählt werden. Es sei sicher nicht möglich, daß nun die gesellschaftliche Betätigung nicht am Ausbildungsort, sondern nur am Wohnort der Eltern für relevant erklärt werde, sagte Zilk. Ebenso sei z.B. zu akzeptieren, daß eine Familie die ganze Woche hindurch in Wien lebe, die Kinder hier zur Schule gingen, die Einrichtungen der Stadt genutzt werden, und nur weil die Freizeit am Wochenende an anderer Stelle, im Wochenendhaus außerhalb der Stadt, verbracht werde, dieser Ort nun plötzlich zum Zählort werde. „Das kann nicht sein, da muß sich eine Stadt wehren“, betonte Zilk und wies auch darauf hin, daß z.B. auch nicht, wie bei Studenten, aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit auf den ordentlichen Wohnsitz geschlossen werden könne. Umgekehrt, wenn z.B. ein Wiener eine Tante in einem Dorf am Land finanziell unterstütze, werde ja auch nicht die Verwandte aus dem Ort X für Wien gezählt. (Schluß) hrs/bs

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 26. April 1989

Blatt 865

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs (866)
- Spielaktionen des Jugendzentrums Großfeldsiedlung (867)
- Verabschiedung von Gemeindebediensteten (869)
- Inkrafttreten der Anonymverfügung (870)
- Dienstag Beisetzung von Prof. Adametz (871)
- Siegfried-Marcus-Berufsschule: eine „Werkstätte der Europareife“ (873)
- Hatzl: Keine Notwendigkeit für Gespräche über die nö. Stromversorgung (874)
- ÖVP urgiert Konzepte für den Katastrophenschutz (875)
- Bögl: Anonymverfügung liegt im Interesse der Verkehrssicherheit (876)

## Kultur:

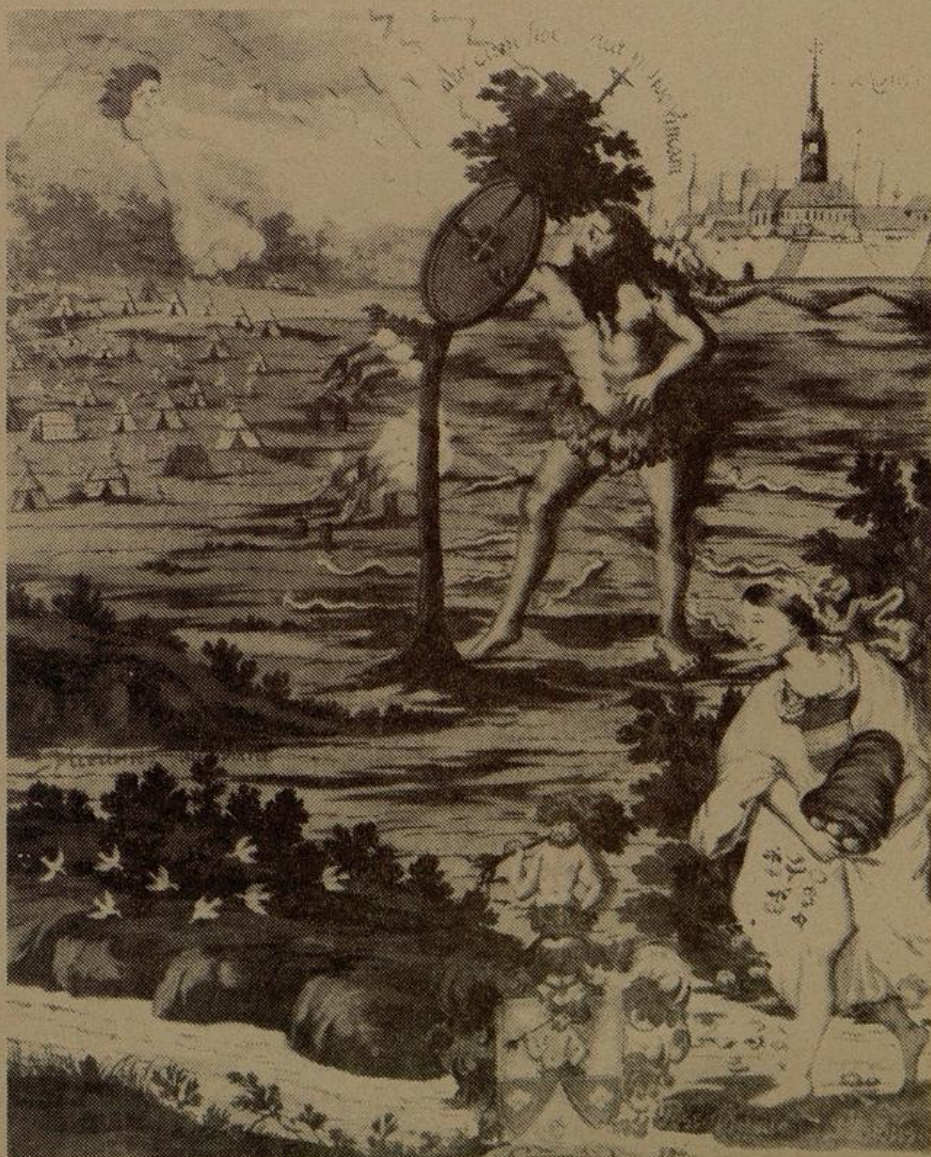
- Mozartprogramm im Jugendstiltheater auf der Baumgartner Höhe (868)
- „Jour fixe der Vernunft — Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und seine Folgen“ (872)

## Schätze aus den Tresoren des Landesarchivs

Das „Wappenbuch“ der Stadt Wien (1627-1736)

Wien, 26.4. (RK-LOKAL) Das Wiener Stadt- und Landesarchiv präsentiert anlässlich des Jubiläums seines 100jährigen Bestehens als eigene Abteilung seine kostbarsten Urkunden, die 800 Jahre Stadtgeschichte dokumentieren. In einer eigenen Vitrine in der Stadtinformation (Rathaus, Schmidthalle, Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr) ist alle 14 Tage ein anderes „historisches Schmankerl“ zu sehen. Von 26. April bis 9. Mai wird das „Wappenbuch“ der Stadt Wien gezeigt. Der farbenprächtige Pergamentband, der 85 Wappen städtischer Amtsträger und Ratsherren der Jahre 1627 bis 1736 enthält, zählt zu den prunkvollsten Stücken des Archivs. 1626 faßten die Ratsherren und Bürgermeister Daniel Moser den Beschluß, ihre und die Namen, Wappen und Lebensläufe ihrer Nachfolger in einem eigenen Buch der Nachwelt zu überliefern.

Das Buch enthält die Wappen der Stadtanwälte, Bürgermeister (auch Andreas Liebenberg ist vertreten), Stadtrichter, Oberkämmerer, Stadtschreiber und Ratsherren. Die Aufzeichnung ihrer Lebensläufe unterblieb jedoch. Das „Wappenbuch“ stand bis 1703 in Verwendung; bis 1736 wurden noch drei Wappen nachgetragen. Als Wappenmaler fungierten vor allem Hieronymus Khol und Georg Payer, die übrigens auch bei der Ausstattung städtischer Bauten beschäftigt waren. (Schluß) am/gg



Aus dem „Wappenbuch“ der Stadt Wien (1627-1736): Wappen des Bürgermeisters Simon Stephan Schuster mit Darstellung der Türkenbelagerung von 1683. Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv

## **Spielaktionen des Jugendzentrums Großfeldsiedlung**

Wien, 26.4. (RK-LOKAL) Spielaktionen veranstaltet das Jugendzentrum Großfeldsiedlung ab heute jeden Mittwoch bis zum 11. Oktober jeweils von 14 bis 17 Uhr. Spezielle Schwerpunkte im Angebot, wie der Bau der größten österreichischen Luftburg am 10. Mai und der Besuch von Clowns und Kindertheatergruppen, ergänzen das normale Angebot, das sich von kreativem Werken bis zur Nutzung verschiedener Sport- und Spieleinrichtungen erstreckt. Bei Schlechtwetter wird im Jugendzentrum, 21., Meistergasse 3, gespielt, sonst am Spielplatz in der Kürschnergasse.

Die Teilnahme an den Aktionen ist kostenlos. (Schluß) jel/bs

## **Mozartprogramm im Jugendstiltheater auf der Baumgartner Höhe**

### **Neuer Spielort für Musiktheater**

Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Von Freitag, den 28. April, bis Sonntag, den 30. April, finden im Jugendstiltheater auf dem Gelände des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien auf der Baumgartner Höhe Vorstellungen des Neuen Wiener Mozart & Musiktheater Ensembles statt. Das Mozart-Programm besteht aus dem Klavierkonzert C-Dur KV 415, drei Arien mit Orchester und dem Singspiel in einem Akt „Bastien und Bastienne“. Unter der Regie von Olivier TAMBOSI spielt das Orchester des Jugendstiltheaters Baumgartner Höhe (Musikalische Leitung und Klavier: Matthias FLETZBERGER), es singen Johanna Christine REIMELT (Sopran), Wolfgang G. GRATSCHMAIER (Tenor) und Bernhard STEJSKAL (Bass).

In Zusammenarbeit zwischen der Direktion und dem Kulturverein des Psychiatrischen Krankenhauses sowie dem Neuen Wiener Mozart & Musiktheater Ensemble wird nun erstmals das Jugendstiltheater Baumgartner Höhe regelmäßig bespielt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dadurch gewinnt die Wiener Kulturszene einen neuen festen Spielort. Schwerpunkte der geplanten Programme werden Mozart-Opern sein.

Die Vorstellungen beginnen Freitag und Samstag jeweils um 19.30 Uhr, Sonntag um 16 Uhr. Eineinhalb Stunden vor Vorstellungsbeginn finden Jugendstilführungen statt (Treffpunkt: Otto Wagner-Kirche). Die Eintrittskarten kosten 100 bis 300 Schilling (telefonische Kartenbestellungen: 87 35 61). (Schluß) sc/rr

## **Verabschiedung von Gemeindebediensteten**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen einer Feierstunde verabschiedete Dienstag vormittag Personalstadtrat Dr. Hannes SWOBODA 891 in den Ruhestand getretene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien.

Der Personalstadtrat betonte in seinen Abschiedsworten, in denen er auch den Dank von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überbrachte, die Bedeutung der Stadt Wien als einer der größten Arbeitgeber der Ostregion. Mit Stand von 1. April 1989 beschäftigt die Stadt Wien insgesamt 78.263 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sind mehr als 10 Prozent der in Wien Erwerbstätigen.

In seinen Dankesworten nahm Dr. Swoboda auch auf die jüngsten Ergebnisse im Krankenhaus Lainz Bezug, die einen Schatten auf die hervorragende Arbeit geworfen hätten, die nahezu alle anderen Bediensteten der Stadt täglich verrichten.

Als erfreulich bezeichnete es der Personalstadtrat, daß diese schrecklichen und unverständlichen Vorgänge aber nicht dazu geführt haben, daß es in der Wiener Bevölkerung zu einem negativen Pauschalurteil über die städtischen Bediensteten gekommen ist.

„Es ist schmerzlich, das Fehlverhalten einiger weniger zur Kenntnis nehmen zu müssen, und wir haben uns jetzt mit der Gewerkschaft gemeinsam zu überlegen, was wir besser machen können, wie wir vor allem die Arbeitsbedingungen jener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbessern können, die unter so schwierigen Umständen ihren Dienst an der Gemeinschaft leisten“, sagte Swoboda.

Der Personalstadtrat bedankte sich abschließend bei den scheidenden Mitarbeitern für deren Arbeit, die schließlich wesentlich dazu beigetragen habe, daß Wien heute im internationalen Vergleich eine der attraktivsten Städte geworden ist.

„Unser aller Arbeitsbedingungen sind nicht leichter geworden, wir haben uns in der Öffentlichkeit, gegenüber kritischer gewordenen Medien und in sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Verhältnissen zu bewähren. Vor allem diesen gesellschaftlichen Wandel mitzumachen, ist die größte, aber auch schönste Aufgabe in unserer Tätigkeit“ sagte Dr. Swoboda.

An der Feierstunde nahmen auch mehrere Gemeinderäte, hohe Beamte und namhafte Vertreter der Gewerkschaft teil. (Schluß) lf/bs

## **Inkrafttreten der Anonymverfügung**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Mittwoch in einem gemeinsamen Pressegespräch mit Polizeipräsident Dr. Günther BÖGL bekanntgab, wird mit den am 1. Mai 1989 in Kraft tretenden Bestimmungen über die Anonymverfügung auf die Kraftfahrer eine grundlegende formale Änderung bei der Ahndung von Verkehrsdelikten zukommen.

Die nach wie vor steigende Zahl motorisierter Verkehrsteilnehmer stellt die Behörde vor die Aufgabe, eine ebenfalls steigende Zahl von Verwaltungsstrafen zu bewältigen. Der Gesetzgeber hatte deshalb Grundlagen zu schaffen, um zur Erreichung des angestrebten Rationalisierungseffektes im Verwaltungsbereich die vermehrte Anwendung automationsunterstützter Verarbeitungen zu ermöglichen.

Durch die Verwaltungsstrafgesetznovelle 1987, die mit 1. Juli 1988 in Kraft getreten ist, wurde unter anderem die Möglichkeit zur Erlassung von Anonymverfügungen geschaffen. Damit reagierte der Gesetzgeber auf ein dringendes Anliegen der Sicherheitsbehörden, da das herkömmliche gesetzliche Instrumentarium nicht länger ausreichte. Die besagte Novelle ermöglicht es den Behörden, durch Verordnung einzelne Tatbestände von Verwaltungsübertretungen zu bestimmen, für die sie durch Anonymverfügung eine im vorhinein festgesetzte Geldstrafe vorschreiben dürfen.

### **Vier-Wochenfrist für Bezahlung**

Die Anonymverfügung wird dem Zulassungsbesitzer eines Kraftfahrzeuges zugestellt, wobei durch den Wegfall der für die nachweisliche Zustellung zu eigenen Händen anfallenden Postgebühren bereits eine entsprechende Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Die Anonymverfügung bleibt vier Wochen aufrecht; innerhalb dieser Frist ist die Einzahlung des Strafbeitrages vorzunehmen. Im Falle der zeitgerechten Zahlung der Strafe ist es für die Behörde ohne Belang, wer die angelastete Verwaltungsübertretung tatsächlich begangen hat. Erst wenn das Angebot der Einzahlung der Anonymverfügung nicht genutzt wird, kommt es zur Lenkererhebung und der weiteren Verfolgung des Lenkers. Der mit einer Anonymverfügung Bestrafte wird hingegen nicht vorgemerkt.

Auf Grund der Bestimmungen der Verwaltungsstrafgesetznovelle 1987 hatte die Behörde die Möglichkeit erhalten, einen Katalog von Übertretungen zusammenzustellen und die hierfür angemessenen Geldstrafen zu bestimmen.

### **Keine Kavaliersdelikte im Straßenverkehr**

Vekehrsstadtrat Hatzl hob in diesem Zusammenhang besonders hervor, daß es „keine Kavaliersdelikte im Straßenverkehr geben könne und dürfe“. Schon die bisherige Praxis zeige, daß es im Verkehrsablauf Schwerpunkte gebe, die nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt eines Schutzes des jeweils schwächeren Verkehrsteilnehmers einer besonderen Aufmerksamkeit bedürften. Auch das Nichteinhalten von speziell im Interesse des öffentlichen Verkehrs getroffenen Maßnahmen sei dementsprechend zu ahnden. Dazu einige Beispiele:

- Schutz von Fußgängern, besonders bei Fußgängerübergängen
- Überfahren von Sperrlinien (besonders dort, wo im Interesse des öffentlichen Verkehrs angelegt)
- Einhalten von Geschwindigkeitsbegrenzungen
- Einhalten von Abständen im fließenden Verkehr
- Befahren von Kreuzungen (ungeregelt)
- Abstellen von Kraftfahrzeugen in Verbotszonen.

In diesen und ähnlichen Fällen kommt es im Rahmen des vorgestellten Strafenkataloges zu Neufestsetzungen des Strafrahmens. (Schluß) pz/bs

### **Dienstag Beisetzung von Prof. Adametz**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Die Beisetzung des Journalisten und Lyrikers Prof. Wilhelm ADAMETZ, der bis 1972 Chefredakteur des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien war, findet am Dienstag, dem 2. Mai um 14 Uhr auf dem Hernalser Friedhof statt. (Schluß) red/rr



## **„Jour fixe der Vernunft – Der Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“**

### **Ein Resumee**

Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Im Kleinen Festsaal der Wiener Universität hat vom 20. bis 22. April ein Symposium über den „Wiener Kreis um Moritz Schlick und die Folgen“ stattgefunden. Siebzehn Philosophen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus England, Frankreich, Italien und Österreich referierten und diskutierten die Auswirkungen der wissenschaftstheoretischen und logisch-mathematischen Arbeit, die im sog. „Wiener Kreis“ von 1924 bis zur Ermordung Moritz Schlicks 1936 geleistet wurden. Aus diesen Arbeiten sind als Hauptströmungen der Philosophie vor allem im anglo-amerikanischen Bereich der logische Empirismus, die analytische Philosophie und der kritische Rationalismus hervorgegangen. Im Wiener Kreis, vor allem bei Otto Neurath, ist auch die Kritik an den von Moritz Schlick, von Rudolf Carnap, Herbert Feigl und Victor Kraft entwickelten Methoden entstanden. Mit den Worten von Rainer Hegselmann, Bremen, kann man sagen, daß der logische Empirismus mit seinem Programm des systematischen Einsatzes der modernen Logik in der philosophischen Argumentation Maßstäbe für die transparente, konsequente und konsistente Lösung philosophischer Probleme gesetzt hat. Folgerichtigkeit, Widerspruchsfreiheit und Klarheit sind fundamentale Orientierungen, ohne die Philosophie im Sinn eines nachvollziehbaren, überprüfbaren, öffentlichen und gemeinschaftlich betriebenen Projekts nicht möglich ist. Standards wie Konsequenz, Konsistenz und Transparenz sind sozusagen formale Voraussetzungen nicht-willkürlichen Philosophierens. Philosophen, die heute noch philosophische Probleme ohne das explizite Heranziehen des Analyseinstrumentariums, wie es im Wiener Kreis entwickelt wurde, bearbeiten, sind mit Astronomen zu vergleichen, die sich weigern, die Existenz von Fernrohren zur Kenntnis zu nehmen.

Die Vorträge und die Ergebnisse des Wiener Symposiums werden im Verlag Holder, Pichler, Tempsky (Wien) erscheinen. (Schluß) gab/rr

## **Siegfried-Marcus-Berufsschule: eine „Werkstätte der Europareife“**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Als eine „Werkstätte der Europareife“ bezeichnete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK das 5. Zentralberufsschulgebäude der Stadt Wien, das Mittwoch in Anwesenheit von Bundesminister a.D. Gertrude FRÖHLICH-SANDNER, die Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL und Hans MAYR, dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrates NAbg. Prof. Hans MATZENAUER, AK-Präsidenten Mag. VOGLER und zahlreichen weiteren Ehrengästen eröffnet wurde. Zilk würdigte in seiner Eröffnungsrede die ausgezeichnete Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der Wiener Wirtschaft und wies auf das Mißverhältnis zwischen derzeit rund 3.800 offenen Lehrstellen und etwa 2.000 Lehrstellensuchenden in Wien hin.

Ein Schülervereiner der Siegfried-Marcus-Berufsschule übergab Zilk einen aus Sozialaktionen der Berufsschüler finanzierten elektrischen Rollstuhl für einen behinderten Jugendlichen.

Mit dem mit Gesamtkosten von rund 425 Millionen Schilling erbauten und ausgestatteten 5. ZBG in Wien 21., Scheydgasse 26-40, habe die Stadt Wien die Möglichkeit zu einer erstklassigen Ausbildung der Lehrlinge der KFZ-Berufe geschaffen, betonte Vizebürgermeister Hans Mayr.

Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal unterstrich die Verantwortung der Stadt Wien für die bestmögliche berufliche Ausbildung junger Menschen.

Im Anschluß an die Eröffnung enthüllte der Vizepräsident der Kammer der gewerblichen Wirtschaft Dr. Manfred MAUTNER-MARKHOF den von Schülern der nach dem österreichischen Erfinder benannten Siegfried-Marcus-Berufsschule nach Fotografien rekonstruierten ersten Marcus-Wagen. (Schluß) jel/rr

## **Hatzl: Keine Notwendigkeit für Gespräche über die nÖ. Stromversorgung**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) „Ohne Bürgermeister Dr. ZILK vorgreifen zu wollen, sehe ich überhaupt keine Notwendigkeit für Gespräche über die von den Wiener Stadtwerken mit Strom versorgten niederösterreichischen Gemeinden“, sagte Mittwoch Energiestadtrat Johann HATZL zu einer Aussendung des niederösterreichischen Landeshauptmannes LUDWIG. „Wien hat seinerzeit Milliarden in die Erschließung der Umlandgemeinden mit Elektrizität gesteckt, und es gibt ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes, das uns ganz klar das Recht zur weiteren Versorgung dieser Gemeinden zuspricht“, sagte Hatzl. Schlichtweg falsch sei es, von Benachteiligungen der durch die Wiener Stadtwerke versorgten Gemeinden zu sprechen. „Auch die Argumentation unterschiedlicher Tarife durch Landeshauptmann Ludwig trifft für die Haushalte nicht zu. Nach der für Wien geplanten Tarifreform, mit der Einführung des 'grünen' Stromtarifes, wird für die große Mehrheit der Haushalte die Stromversorgung durch die Wiener Stadtwerke sogar billiger sein als durch die EVN“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

## **ÖVP urgirt Konzepte für den Katastrophenschutz**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Das Fehlen von Konzepten für den Zivil- und Katastrophenschutz kritisierte die Wiener ÖVP in ihrem heutigen Pressegespräch. LAbg. GR. Anton FÜRST stellte fest, daß es in Wien drei Jahre nach Tschernobyl noch kein wirksames Frühwarn- und Alarmsystem, keine ausreichenden Schutzräume und Evakuierungspläne sowie keine dezentralen Medikamenten- und Nahrungsmitteldepots gebe. Der Katastrophen-Vorsorgeplan der Wiener Feuerwehr sei zwar begrüßenswert, aber wesentliche Voraussetzungen für den Katastrophenschutz fehlten darin dennoch. Als Beispiele führte Fürst an: die lückenlose Ausstattung der Feuerwachen mit Notstromaggregaten, das Anlegen von Treibstoffreserven, die Vorsorge für die Trinkwasser-Notversorgung alarmierter Zusatzkräfte sowie die Vorsorge für Bekleidung und Ausrüstung freiwilliger Hilfskräfte. Abschließend kritisierte Fürst, daß es auch die für Wien unbestritten notwendigen 560 elektronischen oder 200 pneumatischen Sirenen noch nicht gebe. (Schluß) du/bs

## **Bögl: Anonymverfügung liegt im Interesse der Verkehrssicherheit**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) In dem heute, Mittwoch, anlässlich des Inkrafttretens der Anonymverfügung am 1. Mai 1989 gemeinsam mit Verkehrsstadtrat Johann HATZL abgehaltenen Pressegespräch betonte Polizeipräsident Dr. Günther BÖGL, daß es sich bei der Anonymverfügung um eine Notwendigkeit bei der Verkehrsüberwachung im Interesse der uns alle angehenden Verkehrssicherheit handle und nicht etwa um ein Inkassovorhaben. Das grundsätzliche Prinzip der Bestrafung von Verkehrsübertretungen müsse und werde bleiben.

Allerdings ist die Anonymverfügung eine Zahlungsaufforderung und kein Bescheid. Alle anderen Formen der Ahndung von Verkehrsdelikten bleiben aufrecht, doch läßt die Verwaltungsvereinfachung beim Anonymverfahren den Straßenaufsichtsorganen mehr Zeit, sich auf die Verkehrsüberwachung zu konzentrieren.

Bögl kündigte in diesem Zusammenhang das Projekt der Errichtung eines zentralen Strafamtes für den Bereich der Bundespolizeidirektion Wien an. Er sprach sich auch für den befristeten Führerscheinentzug als „Nachdenkphase“ und für eine Nachschulung (Sonntagsschule) von sich nicht verkehrskonform verhaltenden Verkehrsteilnehmern aus. (Schluß) pz/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Druckerei: Druck: Presse- und Informationsdienst (M 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Donnerstag, 27. April 1989

Blatt 877

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

## Kommunal/Lokal:

- Stacher: Flächendeckende Organisation der Hauskrankenpflege in Wien (879/880/FS: 26.4.)
- Floridsdorf: Ausstellung über „alte Ortskerne“ (881)
- Studie über Nordbahnhof (882)
- Planungsverfahren EXPO '95 (883)
- Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren (884)
- Aktivitäten des Vereins „Wiener Jugenderholung“ 1989 (885)
- Öffentlicher Verkehr behindert (886)
- Zusätzlich 150 Jungärzte für Pflegedienst (887)
- Patienten-Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus (888)
- Disziplinarverfahren gegen Primarius Pesendorfer (889)
- Vier neue Obersenatsräte (890)
- Ehrenzeichen des Landes Wien (890)
- Ausgestaltung des Meiselmarchtes als lokales Zentrum (891-893)
- PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus (894)
- Konstituierende Sitzung der Expertenkommission für Lainz (nur FS)

## Kultur:

- „Wunderblock. Eine Geschichte der modernen Seele“ (878/FS: 26.4.)

## **„Wunderblock. eine Geschichte der modernen Seele“**

**Festwochenausstellung im Messepalast**

Wien, 26.4. (RK-KULTUR) Im Wiener Messepalast in der Reithalle der ehemaligen Hofstallungen ist vom 27. April bis 6. August die Ausstellung „Wunderblock. Eine Geschichte der modernen Seele“ zu sehen, die von den Wiener Festwochen in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Wien gezeigt wird.

50 Jahre nach dem Tod von Sigmund Freud illustriert die Schau anhand von 500 Exponaten aus bedeutenden Museen und wissenschaftlichen Sammlungen den Weg, den Wissenschaft und Kunst im 19. Jahrhundert zu Freud und seiner Lehre genommen haben.

Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK bezeichnete die Ausstellung in der Presseführung als Versuch, den Dialog zwischen Wissenschaft und Kunst in dieser Epoche anschaulich zu machen, eine Ideengeschichte des 19. Jahrhunderts dazustellen. In ihrer auf Freud und seine Lehre focussierten Thematik sei die Ausstellung vielleicht auch ein Anstoß zur weiteren Auseinandersetzung mit Freud in Wien.

Die Ausstellung — Ausstellungskomitee: Jean Clair, Cathrin Pichler, Wolfgang Pircher, Gestaltung: Hermann Czech — geht von einem Kulturbegriff aus, der Kunst und Wissenschaft vereint. Zahlreiche wissenschaftliche Apparate, Bücher und Dokumente bereiten das Erkenntnisterrain der Wissenschaft von Mesmer bis Freud für das Auge auf. Meisterwerke wichtiger Künstler dieser Zeit bis zur frühen Moderne illustrieren die Entwicklung der Bildenden Kunst. Die Ausstellung ist täglich von 10 bis 19.30 Uhr geöffnet. (Schluß) gab/bs

Bereits am 26. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Stacher: Flächendeckende Organisation der Hauskrankenpflege in Wien**

**200 Teilnehmer bei Enquete im Rathaus**

Wien, 26.4. (RK-KOMMUNAL) Auf Einladung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER fand Mittwoch vormittag im Wiener Rathaus eine Enquete zum Thema „Hauskrankenpflege — was wird darunter verstanden?“ statt. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Ärzte, Schwestern und Pfleger, Mitarbeiter von Krankenanstalten, Sozialarbeiter, Vertreter der Sozialversicherungsträger und der Gewerkschaft sowie mehrere Abgeordnete zum Wiener Landtag teil. Der Gesundheitsstadtrat betonte in seiner Einleitung, daß es darum gehe, ein flächendeckendes Konzept der Hauskrankenpflege für Wien zu entwerfen. Um eine entsprechende Organisation aufzubauen, müßten aber zuerst Aufgaben und Umfang der Hauskrankenpflege eindeutig definiert werden. Das sei auch eine notwendige Basis für Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern, um Geld für die Hauskrankenpflege zu bekommen.

Man dürfe nicht die Illusion haben, meinte Stacher, Hauskrankenpflege nur mit diplomiertem Pflegepersonal durchführen zu können, nicht nur deshalb, weil zu wenig diplomierte Schwestern und Pfleger zur Verfügung stehen. In der Hauskrankenpflege seien unterschiedliche Leistungen zu erbringen — von einfachen Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Körperpflege der Patienten, bis zur hochqualifizierten Tätigkeit der mobilen Krankenschwestern. Die Frage sei, welche Personen mit welcher Ausbildung welche Aufgaben übernehmen sollen. Es müsse ein Miteinander, eine Teamarbeit, von diplomierten Schwestern und Pflegern, geprüften Stationsgehilfinnen, Ergo- und Physiotherapeuten und den sozialen Diensten geben.

Andererseits müßte festgelegt werden, wann die Hauskrankenpflege notwendig sei: nach einem Spitalsaufenthalt bis zur Genesung, bei chronisch Kranken für einen längeren Zeitraum oder bei akut Erkrankten, die nicht unedingt in ein Spital müssen, durch den Einsatz der mobilen Schwestern.

Wie bei der Psychiatriereform müsse auch der Hauskrankenpflege ein geordnetes System zugrunde gelegt werden. Jede Wienerin und jeder Wiener — egal ob arm oder reich — müsse die Möglichkeit haben, die Hauskrankenpflege in Anspruch zu nehmen. Hundertprozentig funktionieren könne das System allerdings erst, wenn nach Fertigstellung des neuen Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum Ost die neuen Strukturen der Wiener Schwerpunktkrankenhäuser fixiert und die Verbindungen der niedergelassenen Ärzte zu „ihrem“ Schwerpunktkrankenhaus hergestellt sind. Das sei eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche flächendeckende Hauskrankenpflege.

Stadtrat Stacher ging auch auf die Kostenfrage ein und vertrat die Ansicht, daß die qualifizierte Hauskrankenpflege durch diplomierte Krankenschwestern und -pfleger eine Aufgabe der Sozialversicherungsträger sei. Grundsätzlich müsse man aber, wenn man mehr Leistungen haben wolle, mit höheren Kosten rechnen. Er, Stacher, sei der Meinung, es gehe den Österreichern, die jährlich Dutzende von Milliarden Schilling allein für alkoholische Getränke und Tabakwaren ausgeben, nicht so schlecht, daß nicht noch Geld für jene Mitmenschen abgezweigt werden könnte, die — besonders im Alter — unsere Hilfe benötigen.

In der Diskussion wies die Oberin der mobilen Schwestern, Gisela LUKESCH, darauf hin, daß die diplomierten mobilen Schwestern seit 1975 ein Bindeglied zwischen dem Spital, den niedergelassenen Ärzten und den Angehörigen der Patienten darstellen. Derzeit gibt es in Wien 87 teilzeitbeschäftigte mobile Schwestern, die die Behandlungspflege im Auftrag der niedergelassenen Ärzte durchführen. In einem Modellprojekt im 2. Bezirk

Bereits am 26. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!



stunden die mobilen Schwestern jetzt auch am Nachmittag, also von 7 bis 19 Uhr, zur Verfügung. Eine Ausweitung dieses Modellversuchs wäre notwendig.

Obermagistratsrat Dr. Friedrich LEITNER vom Sozialamt unterstrich die Wichtigkeit der sozialen Dienste für die Hauskrankenpflege. In den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten seien diese Dienste enorm ausgebaut worden. Derzeit seien insgesamt 6.000 Mitarbeiter, davon 3.000 Heimhelferinnen im Einsatz. Er warnte jedoch davor, durch die Unterstützung einzelner Initiativen eventuell die Versorgung in anderen Bereichen einzuschränken.

Der ehemalige Gesundheitsminister Obermedizinalrat Dr. Kurt STEYRER bezeichnete die Lostrennung der sozialen Dienste vom Gesundheitsressort als Mißgriff. Als unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren der Hauskrankenpflege müßten diese beiden Funktionen wieder zusammengelegt werden.

Die Ärzte Dr. Rolf JENS und Dr. Erich ROBETIN vom Sozialmedizinischen Zentrum Unter-Penzing (SMUP) berichteten, daß nun, eineinhalb Jahre nach Beginn dieses Projekts, 100 Menschen bereit sind, regelmäßig Nachbarschaftshilfe auszuüben. Bisher wurden 130 Patienten zu Hause betreut, derzeit sind es 60 Patienten. Dadurch hätten sich beträchtliche Einsparungen an Krankenhauskosten ergeben. Als Pflege bezeichnete Dr. Jens alles das, was der Patient nicht selbst machen könne, zu Hause in der angestammten Wohnung. Dr. Robetin wies darauf hin, daß mit diesem Projekt ein Bereich von rund 15.000 Einwohnern betreut werde. Auf Grund dieser Erfahrungen sollte man in Wien für die Hauskrankenpflege Bezirkszentren für 15.000 bis 20.000 Einwohner schaffen, die den Einsatz der verschiedenen Dienste und der privaten Hilfe koordinieren.

Weitere Diskussionsbeiträge waren unter anderem:

- Viele Patienten sind nur aus Gründen der sozialen Versorgung im Pflegeheim. So wie für die Erste Hilfe sollte es mehr Kurse für die Betreuung alter Menschen geben, damit die Angehörigen besser helfen können.
- Ein einzelner kann die Hauskrankenpflege nicht besorgen, es ist ein multiprofessionelles Team erforderlich.
- In der Hauskrankenpflege muß die Haftungsfrage rechtlich geklärt werden. Für das ganze Bundesgebiet muß man die Frage einer Kostenbeteiligung überlegen.
- Es gibt ein weites Feld von Hilfen in der Familie, durch Bekannte und Nachbarn. Sie brauchen aber eine Unterstützung durch interdisziplinäre Teams für die Hauskrankenpflege.
- Die Sozialversicherungsträger müssen einen Kostenbeitrag für einen Aufenthalt im Krankenhaus leisten, warum dann nicht auch für die Hauskrankenpflege?
- Man muß auch über eine Pflegeversicherung reden.

Zum Schluß lud Stadtrat Stacher die Vertreter der verschiedenen bei der Enquete vertretenen Organisationen ein, eine Arbeitsgruppe zu bilden, um die Diskussionsergebnisse in die Praxis umzusetzen. (Schluß) sc/gg

### **Floridsdorf: Ausstellung über „alte Ortskerne“**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Ab 28. April wird im Festsaal der Bezirksvorstehung Floridsdorf, Am Spitz 1, eine Ausstellung über die „alten Ortskerne“ zu sehen sein. Die Eröffnung findet um 11 Uhr durch Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Kurt LANDSMANN statt. Bis einschließlich 12. Mai ist die Ausstellung Montag bis Freitag, von 9 bis 12 Uhr, und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr geöffnet. Nähere Informationen: Telefon 38 15 04. (Schluß) red/bs

## Studie über Nordbahnhof

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Es liegt nunmehr die gemeinsam von den ÖBB und der Stadt Wien in Auftrag gegebene Grobstudie über die Verwendbarkeit des Nordbahnhofareals vor.

Die Studie bzw. die Interpretation durch die ÖBB ist für die Stadt Wien insofern nicht zufriedenstellend, als lediglich ein 15 ha großer, sehr schmaler Streifen, der „zufälligerweise“ auch der teuerste ist, zur Nutzung durch die Stadt Wien angeboten wird. Eine solche Lösung ist aus stadtplanerischen Überlegungen heraus wenig interessant, sagte dazu Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Aus Sicht der Stadt Wien ist aber eine Variante vorstellbar, die einen reduzierten Frachtenbahnhof auf dem Areal beläßt; es wird aber untersucht, inwieweit den ÖBB andere Flächen im Stadtgebiet angeboten werden können. Unter anderem sind dezentralisierte Standorte etwa im Bereich Albern (was den Vorteil der Verknüpfung von Wasser/Schiene/Straße hätte) und am Rautenweg im Gespräch.

Seitens der Stadt Wien besteht Zuversicht auf eine vor allem im Hinblick auf die EXPO '95 rasche Lösung, die Rücksicht auf die Stadtentwicklungsmöglichkeiten nimmt.

Bundesminister Streicher hat deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er an einer gemeinsamen Lösung interessiert ist, teilte Swoboda mit. (Schluß)  
lf/rr

## **Planungsverfahren EXPO '95**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Die Republik Österreich und die Stadt Wien bereiten derzeit einen Projektwettbewerb für die EXPO '95 vor, an dem sich österreichische und ungarische Architekten beteiligen sollen, teile Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA mit.

Die dafür notwendigen Vorbereitungen sind angelaufen: Es werden Gutachten und Expertisen in Auftrag gegeben, die Ideensuche (österreichweit für alle Interessenten) ist angelaufen, die Ergebnisse der EXPO-Enquete werden weiter bearbeitet.

Alle Ergebnisse fließen in ein LEITPROGRAMM ein, das bis Jahresende 1989 erstellt und politisch beschlossen werden soll. Dieses Leitprogramm beinhaltet die Randbedingungen für die Planungs-, Bau- und Wettbewerbstätigkeit bis 1995.

Das Leitprogramm umfaßt sowohl die erforderlichen Maßnahmen im gesamten Wiener Bereich wie z.B. die Verlängerung der U 6 oder notwendige Straßenbauten als auch das unmittelbare EXPO-Gelände.

Fünf Teams unter der Leitung prominenter Architekten und Planer (wie z.B. Hollein, Peichl, Potyka und Wimmer) sollen zusammen mit Fachleuten aus den verschiedensten Gebieten sowie mit jüngeren Architekten (z.B. Coop Himmelblau, Czech, Hausrucker oder Podrecca) städtebauliche, architektonische, volkswirtschaftliche und Fragen der Nachnutzung behandeln.

In Form von Gutachten, Expertisen, Simulationen oder anderen Untersuchungen sollen MATERIELLE (Standort, Brückenköpfe, Donauquerungen, Einbeziehung der Donauinsel, Nordbahnhof usw.) sowie IMMATERIELLE (bauliche Manifestation des Themas, „Wahrzeichen“, Gestaltung, Nachnutzungsbandbreiten mit Konsequenzen) Aufgaben behandeln.

Die noch im Mai beginnenden Arbeiten sollen in ständiger Kontaktnahme mit den beamteten Planern im Oktober/November abgeschlossen werden, im Anschluß öffentlich präsentiert und diskutiert werden. (Schluß) lf/bs

## **Raumverträglichkeitsprüfung für Einkaufszentren**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) In den letzten Wochen haben, wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA bekanntgab, auf Beamtenebene der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien Verhandlungen stattgefunden, die sich mit der Problematik des in letzter Zeit aufkommenden Nachfragedrucks für die Errichtung von Einkaufszentren beschäftigt haben.

Durch Planungen und Projekte für neue Einkaufszentren im Ausmaß von rund 700.000 bis 800.000 Quadratmetern Verkaufsfläche (dies entspricht bis zu einer Million Quadratmeter Gesamtnutzfläche) in der Länderregion Ost hat dieses Thema besondere Aktualität erlangt.

Da es sich in der Länderregion Ost um einen gemeinsamen Lebens- und Wirtschaftsraum handelt, ist eine koordinierte Vorgangsweise zur Beurteilung der Standorte geplanter Einkaufszentren nach gleichen Kriterien notwendig. Dabei sollen ungünstige Einflüsse auf die Siedlungsstruktur und auf die Funktionsfähigkeit der bestehenden und geplanten Zentren des städtischen und des ländlichen Raumes, unerträgliche Verkehrssituationen und unzumutbare Umweltbelastungen vermieden werden.

Auf Beamtenebene wurde dazu eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundesverfassungsgesetz vorbereitet, die vorsieht

- Standorte für Einkaufszentren über 2.500 Quadratmeter Gesamtnutzfläche einer Raumverträglichkeitsprüfung zu unterziehen.
- Eine solche Raumverträglichkeitsprüfung ist auch für bestehende Einkaufszentren durchzuführen, die nach einer Erweiterung eine Gesamtnutzfläche von mehr als 2.500 Quadratmeter erreichen.

Bei der Raumverträglichkeitsprüfung sind jedenfalls die Auswirkungen auf Natur- und Landschaftshaushalt, Landschafts- und Ortsbild, vorhandene Nutzungen, Verkehrsbelastung und Umwelt, Zentren und Siedlungsstruktur usw. aufzuzeigen.

Dieser Entwurf bildet die Grundlage für die vorgesehenen politischen Gespräche und die Festlegung der weiteren Vorgangsweise in der Planungsgemeinschaft Ost, sagte Swoboda. (Schluß) lf/rr

## **Aktivitäten des Vereins „Wiener Jugenderholung“ 1989**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Das Programm der für den Sommer 1989 gemeinsam mit den Jugendämtern geplanten Erholungsturnusse wurde anlässlich einer Vorstandssitzung des Vereins „Wiener Jugenderholung“ vorgestellt. Für mehr als 5.000 Wiener Kinder werden während der Sommerferien Aufenthalte in Ferienheimen und Privatquartieren angeboten. Die Auswahl reicht von traditionellen Ferienaktionen mit viel Spiel und Sport über Badeurlaube an der Adria bis hin zu speziellen Angeboten wie Lern-, Rad-, Reit-, Segel- und Surfturnussen. Diätferien für übergewichtige Kinder befinden sich heuer genauso im Programm wie Erholungsaufenthalte für Behinderte.

Unter dem Motto „Nicht daheim und doch zu Hause“ können Kinder tagsüber in Tageserholungsstätten am Stadtrand Wiens untergebracht werden.

Neben den vielen Kindererholungsaufenthalten werden auch wieder 14tägige Familienurlaube für bedürftige Familien in eigens angemieteten Quartieren in der Oststeiermark sowie im südlichen Wald- und Mühlviertel durchgeführt. Mit Hilfe des Jugendamtes erhalten so rund 430 Wiener Familien die Möglichkeit eines gemeinsamen Urlaubsaufenthaltes.

Der Verein „Wiener Jugenderholung“ hat die Aus- und Weiterbildung des pädagogischen Personals intensiviert. Neben der berufsbegleitenden Supervision der ständigen Erzieher werden in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit dem Institut für Heimerziehung der Stadt Wien vier Seminare abgehalten. Das Ergebnis dieser Fortbildung soll die weitere Verbesserung der Qualität des pädagogischen Angebots sein.

Anmeldungen für die angebotenen Aktionen nimmt das für den Wohnsitz zuständige Bezirksjugendamt entgegen. Die Kostenbeiträge werden nach dem jeweiligen Familieneinkommen berechnet, wobei Ermäßigungen bis hin zu einem Freiplatz gewährt werden. (Schluß) jel/rr

## **Öffentlicher Verkehr behindert**

### **Stadtfest und Malfeiern**

Wien, 27.4. (RK-LOKAL) Wegen des „12. Wiener Stadtfestes“ muß der Betrieb der innerstädtischen Autobuslinien „1 A“, „2 A“ und „3 A“ am Samstag, dem 29. April, eingestellt werden.

### **Fackelzug am Ring**

Anlässlich eines Fackelzuges wird der Straßenbahnbetrieb über den Ring am Sonntag, dem 30. April, von 20 bis 22.30 Uhr teilweise eingestellt.

Folgende Maßnahmen der Wiener Verkehrsbetriebe werden dabei wirksam:

Die Linie „J“ verkehrt nur zwischen Ottakring und dem Lerchenfelder Gürtel/Uhlplatz.

Die Linie „D“ wird ab Wipplinger Straße/Ring über den Schottenring — Franz-Josefs-Kai zur Hinteren Zollamtsstraße und die gleiche Strecke zurück nach Nußdorf geführt. Weiters verkehrt die Linie „D“ zwischen Südbahnhof und Schwarzenbergplatz. Nach Freiwerden des Schwarzenbergplatzes wird die Linie „D“ ab Julius-Raab-Platz über den Ring — Schwarzenbergplatz und Südbahnhof und die gleiche Strecke retour geführt.

Die Linie „1“ und „2“ werden ab dem Schottentor über Schottenring — Franz-Josefs-Kai bis zur Hinteren Zollamtsstraße und über die gleiche Strecke zurück geführt.

Die Verkehrsbetriebe ersuchen ihre Fahrgäste, auf die U-Bahn-Linien auszuweichen.

Zur Information werden an den Haltestellen Hinweise angebracht, über die Lautsprecher wird die jeweilige Verkehrslage bekanntgegeben.

### **1. Mai**

Am Montag, dem 1. Mai, wird der Betrieb auf der Straßenbahn um 14 Uhr ab Ring und zum gleichen Zeitpunkt auf der Stadtbahn und U-Bahn aufgenommen.

Die Stationen der U-Bahn und Stadtbahn werden um 13.55 Uhr geöffnet. Der Verkehr auf allen Autobuslinien mit Ausnahme der innerstädtischen Linien wird so aufgenommen daß der erste Wagen jeder Linie von der der Stadt nähergelegenen Endstation um etwa 14 Uhr abfährt. (Schluß) roh/bs

## **Zusätzlich 170 Jungärzte für Pflegedienst**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Im Bereich des Pflegedienstes der städtischen Spitäler und Pflegeheime sollen in nächster Zeit 170 zusätzliche Jungärzte zum Einsatz kommen. Dies ist das Ergebnis neuerlicher, im Auftrag von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER, zwischen dem Anstaltenamt (MA 17) und zentralen Stellen geführter Verhandlungen. Seitens des Anstaltenamtes werden aufgrund der nunmehr genehmigten zusätzlichen Stellen alle für einen Turnusplatz in einem städtischen Spital vorgemerkten Jungärzte angeschrieben und auf die Möglichkeit, für die Dauer eines Jahres als „Arzt im Pflegedienst“ tätig sein zu können, aufmerksam gemacht. Zur Zeit sind in den städtischen Spitälern insgesamt 60 Jungärzte als Pfleger tätig. (Schluß) zi/bs



## **Patienten-Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus**

### **Patienten präsentieren Grafiken und Malereien**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Bilder, die von Patienten während ihres Krankenhausaufenthaltes gezeichnet und gemalt wurden, präsentiert das Krankenhaus Floridsdorf in einer Ausstellung, die Mittwoch abend von Gesundheits- und Spitalstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gemeinsam mit Gemeinderätin Prof. Erika STUBENVOLL eröffnet wurde.

Die ausgestellten Bilder wurden von den Patienten im Rahmen des Projektes „Treffpunkt Aktiv“ — einer gemeinsamen Aktion der Volkshochschule Wien Nord, der Magistratsabteilung 13 und des Vereines „Freunde des Floridsdorfer Krankenhauses“ — hergestellt. Ohne großen Aufwand an Technik und ohne Anspruch auf Perfektion, stand dabei die Freude am kreativen Gestalten im Vordergrund. An Materialien wurden Bleistifte, Filzstifte, Pinsel sowie verschiedene Farbtechniken verwendet.

Das im Floridsdorfer Krankenhaus durchgeführte Projekt, mit dessen Hilfe die Kreativität der Patienten trotz Krankheit und Behinderung geweckt werden soll, stellt eine weitere Aktivität der bereits in den vergangenen Jahren im Rahmen der in städtischen Spitälern durchgeführten patientenbezogenen und humanitären Maßnahmen dar. So gibt es unter anderem für Patienten in den städtischen Spitälern eigene Hörfunk-Kassetten-Programme und diverse kulturelle Aktivitäten wie etwa Galerien, Konzerte, Lesungen usw.

Die unter dem Motto „Mir geht es schon besser“ stehende Ausstellung im Floridsdorfer Krankenhaus ist bis zum 28. Mai, jeweils während der Besuchszeiten, zu besichtigen. (Schluß) zi/bs

## **Disziplinarverfahren gegen Primarius Pesendorfer**

**Prüfteam des Magistrats legt ersten Bericht vor**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Das von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION am 11. April eingesetzte Arbeitsteam zur Untersuchung der Vorfälle an der 1. Medizinischen Abteilung des Krankenhauses Lainz hat nunmehr einen ersten Bericht vorgelegt. Wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK heute, Donnerstag, dazu erklärte, werde aufgrund der vorliegenden Untersuchungsergebnisse ein Disziplinarverfahren gegen den mittlerweile vom Dienst suspendierten Leiter der Abteilung, Prof. Dr. Franz PESENDORFER, eingeleitet, da von den Prüfern Verletzungen der Dienstaufsichtspflichten festgestellt worden sind. Weitere Ermittlungen des magistratsinternen Prüfungsteams gegen leitendes Ärzte- und Pflegepersonal der Abteilung sind laut Bürgermeister ZILK im Laufen.

Gleichzeitig ersuchte der Bürgermeister um Verständnis, daß aus prinzipiellen rechtlichen Gründen — Wahrung der Vertraulichkeit und Präjudizierung des bevorstehenden Disziplinarverfahrens — weder der Untersuchungsbericht noch Teile davon veröffentlicht werden dürfen.

Der Bericht samt Unterlagen wird der vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen unabhängigen Expertenkommission, die heute nachmittag im Wiener Rathaus zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt, zur Verfügung gestellt. (Schluß) chr/rr

### **Vier neue Obersenatsräte**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Vier leitende technische Beamte des Magistrats wurden zu Obersenatsräten befördert. Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION überreichte am Donnerstag die entsprechenden Dekrete an die drei vor kurzem bestellten neuen Gruppenleiter der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion, Dipl.-Ing. Herbert EHRlich (Baupolizei), Dipl.-Ing. Peter BORTENSCHLAGER (Umwelttechnik und technische Betriebe) und Dipl.-Ing. Gerhard MAGER (Tiefbau und Verkehr), sowie an den Leiter der Magistratsabteilung 35 (Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten) Dipl.-Ing. Friedrich LENZ. (Schluß) ger/rr

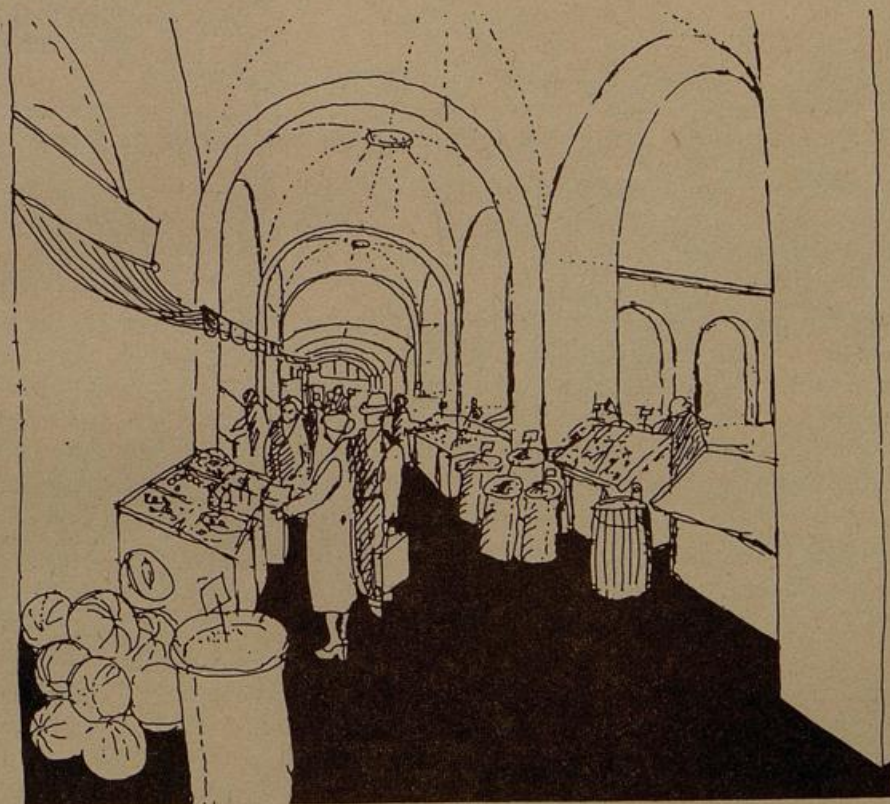
### **Ehrenzeichen des Landes Wien**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR überreichte Donnerstag im Wiener Rathaus an zwei verdienstvolle Persönlichkeiten der Wiener Wirtschaft Ehrenzeichen des Landes Wien. Das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt der Bundesobmann der Sektion Gewerbe, Komm.-Rat Dipl.-Ing. Werner HUTSCHINSKI, das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien erhielt Komm.-Rat Josef LITSAUER. (Schluß) sei/rr

## **Ausgestaltung des Meiselmarktes als lokales Zentrum**

### **Revitalisierung des Wasserbehälters/Gestaltungswettbewerb**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Der Bereich des Meiselmarktes im 15. Bezirk bietet eine interessante städtebauliche Chance auf Bezirksebene mit möglichen Auswirkungen auch auf die angrenzenden westlichen Bezirke Wiens. Durch die Aufschließung mit der im Bau befindlichen U 3-Station Johnstraße kann das Gebiet zu einem lokalen Zentrum aufgewertet werden. Dabei soll auch der nunmehr freiwerdende alte Wasserbehälter in die Überlegungen miteinbezogen werden. Diese Randbedingungen lassen Spielraum für verschiedene Ansätze zu architektonischen und planerischen Lösungen. Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA und Bezirksvorsteher Kurt MENGER informierten darüber am Donnerstag in einer Pressekonferenz.



Ein Leitprogramm soll nun den funktionellen, zeitlichen und wirtschaftlichen Rahmen stecken.

Bis zum Jahr 1994, in dem die U 3 in Betrieb gehen wird, soll nach höchsten städteplanerischen und architektonischen Ansprüchen dieses lokale Zentrum unter Mitwirkung vor allem auch der Bevölkerung entstehen. Planungsstadtrat Swoboda will in einem transparenten Verfahren, alle Interessenten einladen, ihre Ideen einzubringen. In einer öffentlichen Veranstaltung am 23. Mai um 19 Uhr in der Bezirksvorstehung des 15. Bezirkes soll das Projekt öffentlich diskutiert werden.

Stadtrat Swoboda und Bezirksvorsteher Menger sind sich darin einig, daß das lokale Zentrum Meiselmarkt insbesondere eine preisgünstige Nahversorgung der Bevölkerung gewährleisten soll.

### **Ausgangssituation Wasserbehälter**

Durch die Inbetriebnahme des neuen Wasserbehälters auf der Schmelz wird der alte Wasserbehälter mit dem denkmalgeschützten Schiebergebäude an der Meiselstraße funktionslos und müßte abgerissen oder anders genutzt werden.

**Ausgangssituation U-Bahn-Bau**

Durch die notwendigen Bauarbeiten an der U 3, inklusive der Stationsgebäude im Bereich des Meiselmarktes und des Wasserbehälters kommt es zu umfangreichen Bauarbeiten im öffentlichen Raum. Dadurch ergibt sich gleichzeitig die Chance, den gesamten Bereich zwischen Kardinal-Rauscher-Platz und Johnstraße im Zuge der notwendigen baulichen Wiederherstellung der Oberflächen neu zu gestalten. Besonderer Schwerpunkt wird auf Verkehrsberuhigung und Begrünung gelegt. Es werden insgesamt 400 Bäume gepflanzt.

Durch die U-Bahn-Stationen entstehen völlig neue Verkehrsverknüpfungen und ein zusätzliches Personenaufkommen in diesem Raum. Der Bereich Wasserbehälter/Meiselmarkt wird bereits dadurch zu einem Bezirkszentrum und zu einem Kristallisationspunkt für städtebauliche Entwicklungen.

**Meiselmarkt**

Durch die Abnahme der Bezirksbevölkerung, mangelnde Parkmöglichkeiten, aber auch durch die Bauarbeiten im Zuge des U-Bahn-Baues ist mit einer Stagnation des derzeit bestehenden Marktes zu rechnen.

Der Markt ist langfristig zu sichern, vor allem im Hinblick auf die mögliche Konkurrenz durch große Einkaufszentren am Stadtrand.

**Projektidee**

Die in gutem baulichen Zustand befindlichen Gewölbe des alten Wasserbehälters sollen restauriert und zu den umgebenden Straßen geöffnet werden. In der so entstehenden offenen Halle soll — gruppiert um ein zentrales offenes „Atrium“ — der Markt untergebracht werden. Darüber befinden sich im Bereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße Läden, Arztpraxen und Büros. Das macht den Markt selbst attraktiver, und stärkt die Bedeutung der Hütteldorfer Straße als Einkaufsstraße.

Auf dem nach Süden gerichteten Teil des Wasserbehälters soll eine öffentliche Parkanlage entstehen, die nahtlos in die große, begrünte Fußgängerzone übergeht, die vom Kardinal-Rauscher-Platz bis zur Johnstraße unter Einbeziehung einiger Seitengassen reichen soll.

Und schließlich sollen im Projektbereich im Sinne einer gemischten städtischen Struktur auch hochwertige Wohnungen entstehen. In den Leergeschoßen der U-Bahn und unter den Neubauten werden fast 1.000 Garagenplätze entstehen.

**Die Vorteile des Projektes**

- Sinnvolle Nutzung alter kulturhistorisch wertvoller Baustrukturen.
- Langfristige Sicherung des Marktes durch attraktive (weil witterungsgeschützte und verkehrsmäßig günstig gelegene) Unterbringung.
- Attraktivierung der innerstädtischen Einkaufsmöglichkeiten als Gegengewicht zu den Entwicklungen außerhalb der Stadtgrenzen.
- Schaffung hochwertiger zentral gelegener Wohnungen.
- Schaffung eines innerstädtischen Grünraumes in Verbindung mit verkehrsberuhigten Zonen in einem bisher noch nie dagewesenen Ausmaß.

Forts. von Blatt 891

Forts. auf Blatt 893

- Wirtschaftliche Optimierung des Projektes durch Verbindung mit den U-Bahn-Bauarbeiten.

#### **Verfahren**

Als erste wurden die im Projekt involvierten Marktparteien informiert, deren Reaktion mehrheitlich positiv war. In Detailgesprächen sollen offene Probleme geklärt werden.

Nach Bekanntwerden der Projektidee gab es bereits zahlreiche Anfragen für Läden bzw. Marktstände in diesem Projekt, allerdings soll den derzeitigen Standinhabern ein Vorrecht eingeräumt werden.

Derzeit ist ein geladener Architektenwettbewerb im Einvernehmen mit der Ingenieur- und Architektenkammer im Gange (Teilnehmer: Architekten Brunbauer, Falkner, Guttmann, Wimmer). Dabei soll der städtebauliche Rahmen für das zukünftige Projekt erarbeitet werden.

Die Jury unter dem Vorsitz von Prof. Puchhammer wird im Juni zusammentreten um die Ergebnisse zu sichten. Das gesamte Projekt soll wie bisher unter ständiger Information der Öffentlichkeit abgewickelt werden.

#### **Termine**

- Dezember 1988: Baubeginn U 3 im gegenständlichen Abschnitt
  - Mai 1989: Baubeginn neuer Wasserbehälter Schmelz
  - Oktober 1991: Inbetriebnahme neuer Wasserbehälter Schmelz
  - Oktober 1994: Inbetriebnahme der U 3 im gegenständlichen Abschnitt
- (Forts. mgl.) lf/bs/rr

Forts. von Blatt 892

## **PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Viele kontroversielle Ansichten über den Kunststoff PVC kamen am Donnerstag im Rahmen der PVC-Enquete der Stadt Wien zur Sprache, die von der Wiener Stadtbaudirektion veranstaltet wurde.

Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Herbert BECHYNA erklärte, daß der Bericht der vor kurzem eingesetzten PVC-Kommission die Grundlage für einen Beschluß des Gemeinderates bilden soll, der eventuell auch Forderungen an den Bund hinsichtlich des Stoffes PVC beinhalten könnte.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL verwies darauf, daß die Argumente in der PVC-Problematik einer ständigen Entwicklung unterworfen seien. Deshalb sei sowohl die sachliche, wissenschaftlich fundierte Darstellung als auch die anschließende Diskussion bei der Enquete notwendig. Auch er bekräftigte, daß die Ergebnisse von PVC-Enquete und PVC-Kommission die Basis für einen Gemeinderatsbeschluß würden, durch den eine Änderung in der Praxis mit PVC erzielt werden müßte.

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Ernst WOGROLLY, der generell über Kunststoffsprach, bezeichnete PVC als Recycling-Produkt.

Dipl. Chemiker Hans-Werner MACKWITZ hingegen sprach sich vehement für eine Förderung der sanften Chemie aus und erklärte PVC zu einem Kunststoff ohne Zukunft.

A.o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Otto HINTERHOFER vom Österreichischen Kunststoffinstitut behandelte in seinem Referat die chemische Produktion von PVC.

Dr. Volker HOFMANN von der HÜLS-Troisdorf AG, referierte anhand von drei Studien über die Unbedenklichkeit von PVC für den Benutzer.

Branddirektor Dipl.-Ing. Dr. Friedrich PERNER, der über das Verhalten von PVC im Brandfall aus der Praxis berichtete, sprach sich aus der Sicht der Feuerwehr für einen weitgehenden Ersatz von PVC durch andere, weniger bedenkliche Stoffe aus.

Mit dem Verhalten von PVC bei der thermischen Behandlung beschäftigte sich Dipl.-Ing. Josef STUBENVOLL vom der Simmering-Graz-Pauker-AG. Seine Kernaussage war, daß geringe Mengen an PVC bei der Verbrennung von Müll keine wesentliche Rolle spielen, aber eine Gesamtentsorgung von PVC-Produkten ohne eine grundlegende Betriebsänderung der herkömmlichen Müllverbrennungsanlagen nicht möglich sei.

Univ.-Prof. Dr. Gerhard VOGEL referierte über den Anteil von PVC an der Verpackung.

Mit der Vermeidung von PVC-Produkten beschäftigte sich Dr. Monika LANGTHALER vom Österreichischen Ökologieinstitut.

SR Mag. Johann SCHORSCH von der MA 22 — Umweltschutz — erklärte die Möglichkeiten eines gesetzlichen Verbots von PVC.

Die Frage „Ist ein Verzicht auf PVC möglich?“ behandelte Dr. Uwe LAHL, der Dezernent für Umweltangelegenheiten der Stadt Bielefeld, der sich dort auch mit dem Einkauf beschäftigt.

Der Leiter der städtischen Müllabfuhr, SR. Univ. Lektor Dipl.-Ing. Gerhard GILNREINER referierte aus praktischer Sicht über die Sammel- und Verwertungsmöglichkeiten von PVC.

SR Dr. Werner GSCHWINDL von der MA 54 — Zentraler Einkauf sprach in seinem Referat über die Einkaufspolitik der Stadt Wien zur Substitution von PVC.

Im Anschluß an die Referate fand eine Diskussion statt. (Forts.mgl.) du/rr

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
Übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 28. April 1989

Blatt 895

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Politik:

Städtebund: Keine Beteiligung der Gemeinden am EG-Mitgliedsbeitrag (901)

Walter Nettig neuer ÖVP-Stadtrat (907/908)

### Kommunal/Lokal:

PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus (896/FS: 27.4.)

„Reformvorschläge sind keine Diskriminierung einzelner Berufsgruppen“ (897/FS: 27.4.)

Konstituierende Sitzung der Expertenkommission für Lainz (898/899/FS: 27.4.)

Die Wiener Rettung im März (900)

Verabschiedung von 180 Landeslehrern (902)

Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai (903)

Expertenhearing zur Stadterneuerung (904/905)

Städtische Bäder öffnen am 2. Mai (906)

Ein neuer Park in Döbling (906)

Wasserleitungsmuseen Kaiserbrunn und Wildalpen sperren wieder auf (910)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Straßenbahnstörung in Währing wegen eines Unfalls (nur FS)

### Wirtschaft:

Neues Konzept der Porzellanmanufaktur Augarten (909)



## **PVC-Enquete der Stadt Wien im Alten Rathaus (2)**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Bei der PVC-Enquete der Stadt Wien wurde im Anschluß an die Referate eine Diskussion abgehalten. Nicht nur bei den einzelnen Referaten, sondern auch bei der Diskussion manifestierten sich die kontroversiellen Ansichten zum Thema PVC. Die Bereitschaft, anderen Argumenten zugänglich zu sein, war gering. Manche Diskussionsteilnehmer vertraten die Ansicht, daß es aufgrund der verschieden gelagerten Interessen keine objektive Wissenschaft gebe. Eine Polarisierung Grüne — Wirtschaft war deutlich zu erkennen.

Umweltstadtrat Dr. HÄUPL erklärte am Ende der Diskussion, daß er kein Schlußwort halten wolle, weil es sich bei der PVC-Enquete nur um eine Bestandsaufnahme handeln könne, der Problembereich sei keineswegs ausdiskutiert, und es sei viel zu früh, um schon handlungsrelevante Konsequenzen aus dieser Veranstaltung abzuleiten. Abschließend betonte Häupl, daß er nach wie vor zu seinen Forderungen stehe, nämlich ein Pfandsystem auf alle Einweggebinde, Produktkennzeichnung sowie die Substituierung von PVC im Verpackungsbereich. (Schluß) du/rr

Bereits am 27. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet  
Forts. von Blatt 894

## **„Reformvorschläge sind keine Diskriminierung einzelner Berufsgruppen“**

**Stacher zur Neumann-Pressekonferenz**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Heftig reagierte der Wiener Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER auf die Äußerungen von Ärztekammer-Präsident Primarius Dr. Michael NEUMANN in Zusammenhang mit den Vorfällen im Krankenhaus Lainz. Als Gesundheitsstadtrat müsse er, Stacher, die Interessen der gesamten Wiener Bevölkerung und nicht standespolitische Interessen der Ärztekammer vertreten. Dazu sei eben der Ärztekammerpräsident da.

Er habe von Anfang an alle Personalgruppen in den Spitälern, damit auch die Ärzteschaft, gegen ungerechtfertigte Pauschalverurteilungen verteidigt. Er bekenne sich zur Mitbestimmung aller Berufsgruppen, lasse sich jedoch nicht das Recht nehmen, Änderungen, wie z. B. Strukturverbesserungen und klarere Dienstzeitregelungen, anzustreben, zumal ihm auch von der Bevölkerung und zahlreichen Organisationen entsprechende Forderungen vorgelegt worden seien. Er sei sicher, daß alle Berufsgruppen, selbstverständlich auch die Ärzte, an den Reformen in den österreichischen Krankenhäusern aktiv mitarbeiten wollen. Ein Hick-Hack zwischen den verschiedenen Berufsgruppen wäre in der gegenwärtigen Situation katastrophal, sagte Stacher, der bereits zu weiteren Gesprächen mit den Vertretern der Mitarbeitergruppen eingeladen hat. Die gemeinsame Verantwortung für die Patienten mache die gemeinsame Durchführung von Reformen zur Pflicht, schloß Stacher. (Schluß) sc/gg

Bereits am 27. April 1989  
über Fernschreiber ausgeendet

## **Konstituierende Sitzung der Expertenkommission für Lainz**

Bereits am 27. April 1989  
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) Donnerstag nachmittag fand im Wiener Rathaus die konstituierende Sitzung jener unabhängigen Expertenkommission statt, die sich mit den Hintergründen der Vorfälle im Krankenhaus Lainz beschäftigen wird. Die Kommission besteht aus 15 in- und ausländischen Persönlichkeiten aus den Bereichen Medizin, verwandter Wissenschaftsgebiete und der Rechtswissenschaften.

Im einzelnen sind dies:

Univ.-Prof. DDr. Karl Fellingner,  
Präsident des Obersten Sanitätsrates, Wien;

Prof. Dr. Rudolf Hartmann,  
Richter beim OGH i.R.,  
Vorsitzender der Schiedsstelle der Ärztekammer Wien, Wien;

Prof. Dr. H. Löffler,  
Kiel (BRD);

Dr. Christiane Meyer-Bornsen,  
Klinische Psychologin, Wien;

Univ.-Prof. Dr. Anton Neumayr,  
Leiter des Ludwig-Boltzmann-Institutes für klinische Geriatrie, Wien;

Prof. Dr. J.P. Obrecht  
Leiter der Abteilung für Onkologie, Dep. Innere Medizin der Universität,  
Kantonsspital Basel (Schweiz);

Univ.-Prof. Dr. Jürgen Pelikan,  
Vorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien und des  
Ludwig-Boltzmann-Institutes für Medizinsoziologie, Wien;

Krankenschwester Renate Reimann,  
Bildungszentrum Essen (BRD);

Univ.-Prof. Dr. Leopold Rosenmayr,  
Institutsvorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien, Wien;

Dr. Walter Schuppich,  
Präsident der Rechtsanwaltskammer für Wien, Niederösterreich und  
Burgenland, Wien;

Dr. Wilhelm Schützenberger,  
Ärztlicher Direktor am a.ö. Krankenhaus Linz, Linz;

Dr. Elisabeth Seidl,  
Leiterin des Pflegedienstes im Rudolfinerhaus, Wien;

Univ.-Prof. Dr. Walter Siegenthaler,  
Primarius am Universitätsspital Zürich (Schweiz);

Hofrat Primarius Dr. Erich Wayand,  
Kirchdorf, Oberösterreich;

Prof. Dr. Hans Georg Wolters,  
Internist, Niederhausen (BRD).

### **Zilk: Kommission völlig unabhängig**

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK begrüßte die Kommissionsmitglieder vor Beginn der Sitzung im Rathaus und erinnerte daran, daß die Einsetzung dieser Kommission vom Wiener Gemeinderat vor zwei Wochen einstimmig beschlossen wurde. Die Kommission ist vom Magistrat vollkommen unabhängig. Die Kommission hat die Aufgabe, strafrechtlich nicht relevante Hintergründe der Mordserie sachkundig zu beurteilen, Fehler und Mängel festzustellen und entsprechende Vorschläge und Maßnahmen zu deren

Beseitigung zu erarbeiten. Vor allem die Interessen der Patienten sollen dabei im Vordergrund stehen.

Die Kommission erhält sämtliche Unterlagen, die der Stadt Wien selbst zur Verfügung stehen, so den Bericht des magistratsinternen Prüfungsteams sowie an die tausend Mitteilungen aus der Bevölkerung an den Wiener Spitalsombudsmann. Darüber hinaus können sich Personen mit weiteren Hinweisen vertraulich direkt an eine Anlaufstelle der Kommission wenden. Dafür wird in den nächsten Tagen eine eigene Telefonnummer eingerichtet.

Zilk betonte die Bereitschaft, konstruktive Anregungen und Änderungsvorschläge aufzugreifen und in die Praxis umzusetzen. Es gelte, das beeinträchtigte Vertrauensverhältnis zwischen Patienten, Pflegepersonal und Ärzteschaft wieder herzustellen, wobei der Bürgermeister im Hinblick auf die öffentliche Diskussion bemerkte, daß man allerdings auch nicht vergessen sollte, daß hunderttausende Patienten in Wiener Spitälern gut behandelt und geheilt werden und daß Wiens Pensionistenheime als international vorbildlich gelten.

Als Zeitrahmen für die Tätigkeit der Expertenkommission sind sechs Wochen vorgesehen.

Zilk zur Kommission: „Sie sind in Ihrer Tätigkeit vollständig unabhängig, ich stehe Ihnen aber jederzeit zur Verfügung, wenn Sie irgendetwas brauchen.“ Bevor die Kommission anschließend ihre ersten Beratungen aufnahm, verließen Bürgermeister Dr. Zilk, Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER und Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION den Raum.

#### **Prof. Fellingner zum Vorsitzenden gewählt**

Wien, 27.4. (RK-KOMMUNAL) In ihrer ersten Sitzung wählte die Kommission Univ.-Prof. DDr. Karl FELLINGER zu ihrem Vorsitzenden. Stellvertreter sind Dr. Elisabeth SEIDL (Leiterin des Pflegedienstes im Rudolfinerhaus, Wien) sowie Univ.-Prof. Dr. Walter SIEGENTHALER (Primarius am Universitätsspital Zürich), zum Schriftführer wurde Univ.-Prof. Dr. Jürgen PELIKAN (Vorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien) bestimmt.

#### **Verschwiegenheitspflicht bis zum Abschluß der Beratungen**

Die Kommission, die sofort ihre Arbeit aufnahm, beschloß eine Geschäftsordnung, wonach ihre Mitglieder während der laufenden Untersuchungen zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Ihr abschließender Bericht soll dann in einem Hearing mit Mitgliedern des Gemeinderates und des Stadtsenats diskutiert werden.

#### **Telefonnummer 48 59 59 für vertrauliche Mitteilungen**

Um den Kontakt mit Personen zu ermöglichen, die nur unter der Zusicherung der absoluten Vertraulichkeit zu Aussagen oder Angaben bereit sind, beschloß die Kommission die Einrichtung einer besonderen telefonischen Anlaufstelle: Sie steht ab kommenden Dienstag allen Wienerinnen und Wienern als Ansprechpartner für die Entgegennahme von Mitteilungen und Informationen täglich (Montag bis Freitag) von 7.30 Uhr bis 17 Uhr unter der Nummer 48 59 59 zur Verfügung.

Der Inhalt jener Mitteilungen, die in den vergangenen Wochen dem Spitalsombudsmann gemacht wurden, wurde der Kommission bereits zur Verfügung gestellt! (Schluß) ger/rr

Forts. von Blatt 898

## **Die Wiener Rettung im März**

### **7.218 Einsätze der Rettungsgemeinschaft**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) 7.218 Einsätze hatte die Wiener Rettungsgemeinschaft, das sind der städtische Rettungsdienst, die Krankenbeförderung im Rettungseinsatz, das Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund und die Johanniter-Unfallhilfe, im Monat März zu leisten. Die Rettungsfahrzeuge legten dabei 41.974 Kilometer zurück. Von den 7.144 Patienten, zu denen Ärzte und Sanitäter der Rettungsgemeinschaft gerufen wurden, wurden 5.361 in Spitäler gebracht.

Die Rettungsgemeinschaft intervenierte im März bei 3.906 akut Erkrankten; bei 132 von ihnen wurde ein Herzinfarkt diagnostiziert, in 638 Fällen waren es sonstige Herzerkrankungen. Außerdem wurden 2.326 verletzte Personen betreut, davon 560 nach Verkehrsunfällen, 216 nach Betriebsunfällen und 86 nach Sportunfällen. 150 Personen waren schwer, 933 Personen unbestimmten Grades verletzt. In 34 Fällen lagen Verbrennungen, in 335 Fällen Vergiftungen und in 54 Fällen Psychosen vor. Bei 18 Geburten wurde ärztliche Hilfe geleistet.

Der Rettungsdienst intervenierte bei 123 Rauschgift- und Drogenkranken, 526 Personen standen unter Alkoholeinfluß. 51 Personen hatten Selbstmordversuche unternommen. 253 Personen konnten nicht mehr gerettet werden. Die Todesursache war in 71 Fällen Herzinfarkt, in 17 Fällen Selbstmord.

Der Krankenbeförderungsdienst verzeichnete im März 5.777 Ausfahrten und beförderte 5.760 Patienten. Die 18 Einsatzwagen legten dabei insgesamt 84.807 Kilometer zurück. (Schluß) sc/bs

## **Städtebund: Keine Beteiligung der Gemeinden am EG-Mitgliedsbeitrag**

Wien, 28.4. (RK-POLITIK) „Der Österreichische Städtebund lehnt eine Beteiligung der Gemeinden am EG-Mitgliedsbeitrag ab“, erklärte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK als Präsident des Österreichischen Städtebundes nach diesbezüglichen Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden am 27. April im Finanzministerium. „Ein solcher Beitrag würde die Gemeinden nach den derzeit vorliegenden Berechnungen rund 2 Milliarden Schilling kosten. Eine Beteiligung der Städte und Gemeinden ist sachlich ungerechtfertigt, da die Republik Österreich Mitglied der Europäischen Gemeinschaften würde, und es in die Kompetenz des Bundes fällt, die Republik nach außen zu vertreten.“ Für ein solches Verlangen des Bundes gibt es auch kein Vorbild in Europa. In allen Fällen leisten die nationalen Staaten den EG-Mitgliedsbeitrag, und selbst in Staaten mit föderaler Struktur, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, haben die Länder und Gemeinden eine solche Beteiligung an den Kosten des EG-Mitgliedsbeitrages abgelehnt.

Die Vertreter des Österreichischen Städtebundes haben sich in der Besprechung beim Finanzminister allerdings bereit erklärt, an den steuerlichen Auswirkungen mitzutragen, wobei vom Bund jedoch Paketlösungen in der Form erwartet werden, daß Steuersenkungen — etwa bei der Mehrwertsteuer — zumindest zum Teil durch gleichzeitige EG-verträgliche Anpassungsmaßnahmen bei Verbrauchssteuern ausgeglichen werden. Die finanzielle Lage der Gemeinden, die derzeit schon an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit sind, ist bei allen Maßnahmen jedenfalls zu berücksichtigen. Allein 1989 und in den kommenden Jahren werden die österreichischen Gemeinden durch die Steuerreform jährlich einen Einnahmefall von rund 1,5 bis 2 Milliarden Schilling zu verkraften haben. (Schluß) roh/gg

## **Verabschiedung von 180 Landeslehrern**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Der Präsident des Wiener Stadtschulrates Prof. Hans MATZENAUER bedankte sich am Freitag in einer kleinen Feierstunde im Wiener Rathaus bei 180 Wiener Landeslehrern, die vor kurzem in den Ruhestand getreten sind, für ihre pädagogische Arbeit in den letzten Jahrzehnten. Matzenauer verwies darauf, daß die Lehrergeneration, die derzeit das Pensionsalter erreicht, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg beim Wiederaufbau des Wiener Schulwesens maßgebend beteiligt gewesen sei. Der Dank gelte den Pädagogen auch deshalb, weil es ihnen gelungen sei, den großen Anforderungen der Gesellschaft an das Schulwesen zu entsprechen. (Schluß) fk/bs

## **Terminvorschau vom 2. bis 12. Mai**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) In der Zeit vom 2. bis 12. Mai hat die „RATHAUSKORRESPONDENZ“ vorläufig folgende Termine vorgemerkt (Änderungen vorbehalten):

### **DIENSTAG, 2. MAI:**

11.30 Uhr, Pressegespräch des Bürgermeisters (PID)

14.00 Uhr, Ehrenzeichenüberreichung durch Bgm. Zilk an Dir. Herbert Lugmayr (Arb.-Zi, Bgm.)

### **MITTWOCH, 3. MAI:**

10.30 Uhr: Pressebesichtigung Lärmschutztunnel Kaisermühlen, A 22 (StR. Hatzl) (Treffpunkt für Busfahrt: bei der U 1-Haltestelle Kaisermühlen)

14.00 Uhr, Verkehrsfreigabe A 22 incl. Lärmschutztunnel Kaisermühlen (Zilk, Hatzl)

### **SAMSTAG, 6. MAI:**

ab 13.00 Uhr, Oldtimerparade auf der Marienbrücke

14.00 Uhr, Eröffnung des Kunst- und Kulturmarktes am Donaukanal durch StR. Schirmer

### **MONTAG, 8. MAI:**

10.00 Uhr, Spatenstich Augarten-Radweg, StR. Hatzl

11.00 Uhr, Pressekonferenz der ÖVP (Cafe Landtmann)

### **DIENSTAG, 9. MAI:**

11.30 Uhr, Pressekonferenz des Bürgermeisters (PID)

### **MITTWOCH, 10. MAI:**

11.00 Uhr, Pressegespräch StR. Hatzl, U 6 (PID)

16.30 Uhr, Präsentation: Neuer Katalog des Uhrenmuseums (Uhrenmuseum, Schulhof 2)

### **DONNERSTAG, 11. MAI:**

10.00 Uhr, Eröffnung eines Kindertagesheimes durch Vbgm. Smejkal (6, Stiegengasse 15)

21.15 Uhr, Eröffnung der Wiener Festwochen (Rathausplatz)

### **FREITAG, 12. MAI:**

11.00 Uhr, Angelobung von Bundesheersoldaten, Bgm. Zilk (Rathausplatz)

(Schluß) red/rr



## **Expertenhearing zur Stadterneuerung**

### **Neuer Qualitätssprung heißt „Blocksanierung“**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) „Mit der Blocksanierung soll ein neuer und sehr bedeutender Qualitätsschritt in der Stadterneuerung eingeleitet werden. Über die Sanierung einzelner Wohnungen und Wohnhäuser hinaus heißt das Ziel, durch Hofentkernung, Grünraumgestaltung, verkehrsberuhigende und infrastrukturelle Maßnahmen auch das Wohnumfeld entscheidend mitzuverbessern“. Das erklärte der Wiener Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER Freitag bei einem Experten-Hearing zur Stadterneuerung.

### **150.000 verbesserte Wohnungen, 900 Wohnhaussanierungen**

Stadterneuerung sei einmal ein Modewort gewesen. In den letzten Jahren aber sei Stadterneuerung ein wesentlicher Bestandteil der Wohnungspolitik und ein wichtiger Auftraggeber für die Bauwirtschaft geworden, sagte Edlinger. 150.000 alte Wohnungen wurden in Wien in den letzten rund zwei Jahrzehnten verbessert. Rund 400 Wohnhäuser wurden in den letzten Jahren saniert, über 500 Sanierungen sind derzeit im Gang. Wohnhaussanierungen im Wert von 7,2 Milliarden Schilling wurden in den letzten Jahren vom Land Wien mit beträchtlichen Mitteln gefördert. Dieser Weg der hohen öffentlichen Förderung schuf die notwendige Investitions- und Sanierungsbereitschaft bei den Hauseigentümern einerseits und sicherte andererseits ein leistbares Mietzinsniveau für die Hausbewohner.

### **Stadterneuerung braucht Planung, Partizipation und Geld**

Man habe aber erkannt, daß eine durchgreifende und für alle spürbare Stadterneuerung aber mehr sein müsse als die Summe vieler kleiner, punktueller und spontaner Maßnahmen im Wohnbereich und im öffentlichen Raum. Stadterneuerung müsse künftig in einer integrativeren Weise als bisher vorangetrieben werden, betonte Edlinger. Das heißt, der Einsatz der Mittel soll konzentrierter und damit effizienter und gezielter erfolgen. Stadterneuerung brauche daher, so Edlinger, künftig vor allem drei wichtige Dinge: Planung, Partizipation und Geld.

### **Partizipation und Koordination als „Angelpunkte“**

Es müsse die Arbeit der Gebietsbetreuungen in den Stadterneuerungsgebieten ergänzt werden. Denn Stadterneuerung werde immer eine Sache, die über die Kompetenz einzelner Magistratsabteilungen längst hinausgehe, eine Sache, die jeden angeht, wo jeder etwas beitragen kann und soll. Die Sanierung ganzer Häuserblöcke verlange in noch viel höherem Maße als die Sanierung einzelner Wohnhäuser die Abstimmung der Wünsche und Interessen der davon Betroffenen: Der Hauseigentümer, der Nutzer von Betriebsgebäuden, vor allem aber der jeweils mehreren hundert Hausbewohner. Partizipation sei neben Koordination der entscheidende „Angelpunkt“ einer erfolgreichen Blocksanierung, wenn sie nicht nur technokratischen oder wirtschaftlichen Kriterien, sondern vor allem dem erklärten Prinzip einer sanften, humanen Stadterneuerung gerecht werden soll, betonte Edlinger.

### **Neue Finanzierungsformen bei der Blocksanierung**

Die Blocksanierung könne nur dann als neues Instrument wirkungsvoll werden, wenn auch seine Finanzierung gesichert werden kann. Dies erfordert die Entwicklung neuer Finanzierungswege, denn ein Annuitätenzuschußsystem würde bald zur Unfinanzierbarkeit führen, und auch für das System öffentlicher Darlehen ist der Finanzbedarf zu groß. Eine Finanzierung der Blocksanierung scheint aber möglich durch die Kombination

von öffentlichen Zuschüssen mit privaten Mitteln, sagte Edlinger. Insgesamt stehen in Wien Landesförderungsmittel im Sanierungsbereich zur Verfügung, die ein Bauvolumen von jährlich 3 Milliarden Schilling auslösen können. Dieser Betrag soll in den kommenden Jahren nach Möglichkeit schrittweise steigen. Die große Nachfrage nach Sanierungsförderung bedinge in den kommenden Jahren aber längere Wartezeiten. Adaptierungen im Förderungsrecht, genauere Qualitätsprüfungen und eine Bewertung der Sanierungsanträge mit Hilfe eines objektiven Punktesystems.

#### **17 Testblöcke wurden bereits untersucht**

In einer ersten Testphase wurden nun 17 Häuserblöcke in ganz Wien untersucht und die Erfahrungen und daraus hervorgehende Vorschläge und Überlegungen Freitag bei einem Experten-Hearing diskutiert. Die Ergebnisse bzw. der Diskussionsstand sind eine Grundlage und Leitlinie für die konkrete Verwirklichung erster Blocksanierungen in Wien.

#### **Swoboda: Stadtplanung kann durch Blocksanierung viel lernen**

„Die Stadtplanung kann aus der Blocksanierung viel lernen, weil dort die Maßnahmen unmittelbar am Menschen orientiert sind. Die Sanierung ganzer Häuserblöcke ist daher nicht nur ein neues Modell für die Stadterneuerung, sondern auch ein Lehrbeispiel für die Stadtplanung etwa bei der Bewältigung der Probleme am Gürtel.“ Dies erklärte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Freitag beim Expertenhearing zur Stadterneuerung.

Die entscheidenden Ansätze für eine umfassende Stadterneuerung und eine Verbesserung der Lebensqualität müßten seitens der Stadtplanung, so Swoboda, bei der Verkehrspolitik erfolgen. Es müsse mehr getan werden, um die Autos von der Straße wegzubekommen und um das Durchfahren dicht bebauter Wohngebiete zu beschränken. Swoboda plädierte für eine Änderung des Garagengesetzes, wodurch mehr Stellplätze in Wohngebäuden geschaffen werden sollen. Andere Großstädte seien bei der Bewältigung des Autoverkehrs bereits einige Schritte voraus.

Swoboda sprach sich weiters für eine Öffnung privater Grünräume aus, da die Schaffung öffentlicher Grünflächen allein den Natur- und Erholungsbedarf der Menschen in der Stadt nicht befriedigen könne. Auch hier sollen von der Blocksanierung entscheidende Impulse ausgehen. Insgesamt werde die Stadtplanung darauf bedacht sein, daß es auch in Zukunft infolge von Sanierung zu keiner Verdrängung ärmerer Bevölkerungsschichten und zu keiner Trennung der Stadt in reiche und arme Gebiete kommt. Wien habe im Unterschied zu den meisten anderen Großstädten in zentrumsnahen Gebieten bisher einen harten und spekulativen Sanierungsdruck verhindern können. Diesen Weg der sanften Stadterneuerung gelte es fortzusetzen, sagte der Planungsstadtrat.

Das Hearing zur Stadterneuerung wird nach den Grundsatzreferaten der Stadträte Edlinger und Swoboda mit Expertenberichten über die Arbeitsergebnisse zur Blocksanierung fortgesetzt. Insbesondere werden Fragen der Verbesserung des Wohnens, der Gestaltung des öffentlichen Raums sowie der Finanzierung und Förderung insbesondere auch des Gewerbes diskutiert. Das Hearing findet im Hauptgebäude der Zentralsparkasse statt und wird gegen 16 Uhr beendet. (Schluß) ah/gg

Forts. von Blatt 904

## **Städtliche Bäder öffnen am 2. Mai**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener städtischen Sommerbäder öffnen wie jedes Jahr am 2. Mai ihre Pforten. Im Krapfenwaldbad und im Laaerbergbad, wo voriges Jahr aufgrund von Beckensanierungsarbeiten nur eingeschränkter Badebetrieb möglich war, kann man heuer wieder alle Schwimmbecken benützen. (Schluß) du/gg

## **Ein neuer Park in Döbling**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Ein neuer Park in der Raimund-Zoder-Gasse im 19. Bezirk wird am Sonntag, dem 30. April um 15 Uhr, von Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL eröffnet. Der naturnahe Park, der auf ehemaligen Glashausflächen errichtet wurde, umfaßt 8.300 Quadratmeter. Als Besonderheit weist der Park einen 480 Quadratmeter großen Teich auf. Für die Kinder gibt es einen Rodelhügel. Neben zahlreichen Bäumen und Sträuchern wurden vom Wiener Stadtgartenamt 10.000 Tulpenzwiebeln gesetzt. (Schluß) du/rr

## Walter Nettig neuer ÖVP-Stadtrat

Wien, 28.4. (RK-POLITIK) Wissenschaftsminister Dr. Erhard BUSEK stellte als ÖVP-Landesparteiobmann am Freitag den neuen ÖVP-Stadtrat Kommerzialrat Walter NETTIG in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Walter Nettig übernimmt das Stadtratsmandat von Dr. Busek. Busek betonte, daß die vier ÖVP-Stadträte, Maria Hampel-Fuchs, Wilhelm Neusser, Günther Engelmayer und Walter Nettig, im Team die Schwerpunktthemen Umweltpolitik, Verkehr, Wirtschaft, Sozialpolitik, Gesundheit, Wohnbau, Stadtplanung sowie Kultur und Sportpolitik betreuen werden.



Foto: K. Reiberger

### Lebenslauf von Walter Nettig

KmzIR. Walter Nettig wurde am 7.6.1935 in Wien geboren. Nach der Schule absolvierte er ein zweijähriges Handelsstudium in den Vereinigten Staaten.

Forts. auf Blatt 908

Seine dreijährige Lehrzeit in Wien als Fotokaufmann konnte er „mit Auszeichnung“ abschließen. Im Anschluß daran arbeitete er ein Jahr als Geschäftsführer einer Fotofirma in Wien, und ging dann nach Australien, wo er zwei Jahre in der Fotobranche tätig war. Danach war er zwei Jahre in leitender Stellung innerhalb des größten Fotokonzerns der Westküste der USA beschäftigt.

Nach seiner Rückkehr nach Österreich (1958) gründete er sein erstes Geschäft in Traiskirchen. Drei Jahre später eröffnete er das erste Wiener Geschäft und legte so den Grundstein zur Entwicklung seiner Fotokette.

Seit 1970 ist Walter Nettig Mitglied im Landesgremium Wien für den Fotohandel und seit 1980 dessen Vorsteher. Er war Gründungsmitglied und Obmann der Fotoring-Austria, der größten Einkaufsvereinigung Österreichs innerhalb der Fotobranche.

1985 wurde er zum Obmann der Sektion Handel gewählt, seit 1987 ist er auch Präsident des Fonds der Wiener Kaufmannschaft.

Neben anderen Funktionen, wie etwa als Mitglied des Kuratoriums des WIFI oder in diversen Gremien des Wirtschaftsbundes und der ÖVP-Hernals ist Walter Nettig seit 9.12.1987 Landesabgeordneter und Gemeinderat von Wien. (Schluß) fk/bs

Forts. von Blatt 907

## **Neues Konzept der Porzellanmanufaktur Augarten**

Wien, 28.4. (RK-WIRTSCHAFT) Der Ausbau der Wiener Porzellanmanufaktur Augarten werde, betonte der Geschäftsführer Dr. Oswald KADLECEK am Freitag bei einer Pressekonferenz der Wiener Holding, plangemäß im Juni fertiggestellt sein. Die Reparaturarbeiten an den alten Gebäuden werden noch bis kommenden August andauern. Eine Umsatzsteigerung von 9 Prozent im Jahr 1988 bestätige die Richtigkeit des neuen Augarten-Konzepts, es werde auch eine Steigerung der Produktionskapazität um 50 Prozent erwartet.

Dem traditionsreichen Unternehmen sei es auch gelungen, durch verschiedene leistungssteigernde Maßnahmen — wie verbesserte Formen und Rohmasse, sowie verstärkte Kontrolle bei der Rohproduktion — die Produktion der Buntware im Vorjahr um 6 Prozent zu erhöhen und eine Steigerung des i.-Wahl-Anteiles bei Weißporzellan um 8 Prozent zu erzielen. Das Inlandgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent. 70 Prozent der Exporte, so Dr. Kadlecek, gehen nach Japan. Auch die Kontakte mit Singapur, Hongkong und Großbritannien entwickeln sich zufriedenstellend.

Im Herbst 1988 begannen 15 neue Lehrlinge ihre dreijährige Ausbildung zum Porzellanmaler.

Für 1989 erwartet sich Dr. Kadlecek eine weitere Umsatzsteigerung um 15 Prozent und eine Erhöhung des Exportanteiles um ebenfalls 15 Prozent. Wegen der hohen finanziellen Belastungen — der Ausbau des Betriebes werde insgesamt 70 Millionen kosten — sei 1989 wie im Vorjahr wieder nur mit einer ausgeglichenen Jahresbilanz zu rechnen. (Schluß) rw/gg

## **Wasserleitungsmuseen Kaiserbrunn und Wildalpen sperren wieder auf**

Wien, 28.4. (RK-KOMMUNAL) Die beiden Wasserleitungsmuseen der Stadt Wien in Kaiserbrunn in Niederösterreich (I. Wiener Hochquellenleitung) und in Wildalpen in der Steiermark (II. Wiener Hochquellenleitung) sind nach der Wintersperre ab 1. Mai bis einschließlich 26. Oktober wieder geöffnet. Besichtigungen können jeden Sonn- und Feiertag von 10 bis 12 Uhr durchgeführt werden. Sonderführungen und Gruppenführungen ab zehn Personen sind nach vorheriger Anmeldung unter den Nummern 02666/2548, WLM Kaiserbrunn, 03636/2010, WLM Wildalpen, bzw. bei den Wasserwerken in Wien 59959/318, möglich.

Das Wasserleitungsmuseum Kaiserbrunn wurde 1973 eingerichtet und seither von 48.366 Personen besucht. Das 1985 eröffnete Wasserleitungsmuseum Wildalpen besuchten 31.461 Interessenten. (Schluß) du/rr



60984 81800



